

Schlüsseldaten über Europa

Ausgabe 2016



STATISTISCHE
BÜCHER

eurostat 

Schlüsseldaten über Europa

Ausgabe 2016

Europe Direct soll Ihnen helfen, Antworten auf Ihre Fragen zur Europäischen Union zu finden.

**Gebührenfreie Telefonnummer (*):
00 800 6 7 8 9 10 11**

(*) Sie erhalten die bereitgestellten Informationen kostenlos, und in den meisten Fällen entstehen auch keine Gesprächsgebühren (außer bei bestimmten Telefonanbietern sowie für Gespräche aus Telefonzellen oder Hotels).

Zahlreiche weitere Informationen zur Europäischen Union sind über Internet verfügbar (<http://europa.eu>).

Luxemburg: Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union, 2017

Web
ISBN 978-92-79-63349-2
ISSN 2315-2036
doi: 10.2785/824029
N° Cat: KS-EI-16-001-DE-N

Print
ISBN 978-92-79-63345-4
ISSN 1831-3248
doi: 10.2785/057872
N° Cat: KS-EI-16-001-DE-C

Thema: Allgemeine und Regionalstatistiken
Reihe: Statistische Bücher

© Europäische Union, 2017
Nachdruck mit Quellenangabe gestattet, Fotos ausgenommen, sofern die Quelle angegeben wird.

Weitere Informationen finden Sie unter : <http://ec.europa.eu/eurostat/about/policies/copyright>

Copyright für Fotos: Cover und Anhänge: NatureQualityPicture © Shutterstock.com, 2017; andere Kapitel: © Fotolia, 2017
Für die Vervielfältigung oder sonstige Verwendung dieser Fotos muss die Genehmigung des Rechteinhabers eingeholt werden.

Printed in Belgium by Bietlot

GEDRUCKT AUF ELEMENTAR CHLORFREI GEBLEICHTEM PAPIER (ECF)



Vorwort

Unser statistisches Buch *Schlüsseldaten über Europa* bietet Ihnen eine Auswahl der wichtigsten und interessantesten Statistiken über Europa. Auf Grundlage der großen Menge an Daten, über die Eurostat verfügt, möchten wir Aufschluss über die europäische Wirtschaft, Gesellschaft und Umwelt geben: zum Beispiel wie sich die Bevölkerung der Europäischen Union verändert, wie sich die Lebensbedingungen zwischen den EU Mitgliedstaaten unterscheiden oder über die Wirtschaftsleistung im Vergleich zu anderen großen Ländern, wie etwa, China, Japan oder den Vereinigten Staaten. Ich hoffe, dass diese Informationen sowohl für Ihre berufliche Tätigkeit als auch für Ihren Alltag von Interesse sind.



Der Inhalt dieser Veröffentlichung ist in weitaus umfassenderer Form als jährlich aktualisierte Online-Veröffentlichung *Europa in Zahlen — Eurostat-Jahrbuch* verfügbar. Die aktuellsten und vollständigen Fassungen der Daten können Sie von der [Eurostat-Webseite](#) herunterladen.

Eurostat ist das statistische Amt der Europäischen Union mit Sitz in Luxemburg. Sein Auftrag ist es hochwertige Statistiken für Europa bereitzustellen. Wir erstellen in Zusammenarbeit mit den nationalen statistischen Behörden, die dem Europäischen Statistischen System angehören, amtliche Statistiken, die den höchsten Qualitätsstandards genügen.

Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre!

Mariana Kotzeva

Stellvertretende Generaldirektorin, Eurostat



Zusammenfassung

Schlüsseldaten über Europa enthält eine Auswahl statistischer Daten über Europa. Die meisten Daten beziehen sich auf die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten. Einige Indikatoren werden auch für andere Länder, wie die Europäische Freihandelsassoziation-, Erweiterungsländer, China, Japan oder die Vereinigten Staaten bereitgestellt. Diese Veröffentlichung enthält einen Teil der interessantesten Informationen aus der kontinuierlich aktualisierten Online-Veröffentlichung *Europa in Zahlen* — *Eurostat-Jahrbuch* (verfügbar unter <http://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained>). Es kann als Einführung in die europäische Statistik betrachtet werden und bietet einen Ausgangspunkt für jene Leser, welche das kostenlos verfügbare Datenangebot auf der Eurostat-Webseite unter <http://ec.europa.eu/eurostat> erkunden möchten.

Redaktion

Helene Strandell und Pascal Wolff
Eurostat, Referat B4 — Digitale Verbreitung

Kontaktadresse

Eurostat
Gebäude Joseph Bech
5, rue Alphonse Weicker
L-2721 Luxembourg
E-mail: estat-user-support@ec.europa.eu

Produktion

Diese Veröffentlichung wurde von William Helminger und Carla Martins — CRI (Luxembourg) S.A. — sowie Bruno Scuvée und Edouard Henderyckx erstellt

Weitere Informationen finden Sie hier:

Eurostat Webseite: <http://ec.europa.eu/eurostat>
Statistics Explained: <http://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained>

Danksagung

Die Redaktion dieser Veröffentlichung bedankt sich bei allen Eurostat Kollegen, die bei der Erstellung dieses Buches geholfen haben.



Inhaltsverzeichnis

Vorwort	3
Zusammenfassung	4
Inhaltsverzeichnis	5
Einleitung	9
1. Bevölkerung	13
Einleitung	14
1.1 Bevölkerung und Bevölkerungswachstum	14
1.2 Bevölkerungsstruktur und Bevölkerungsalterung	17
1.3 Eheschließungen und Scheidungen	19
1.4 Fruchtbarkeit	21
1.5 Sterblichkeit und Lebenserwartung	23
1.6 Wanderungsströme und Migrantenbevölkerung	25
1.7 Asyl	27
2. Lebensbedingungen	31
Einleitung	32
2.1 Soziale Eingliederung	32
2.2 Einkommensverteilung	35
2.3 Wohnen	37
2.4 Sozialschutz	39
2.5 Verbrechen	41
3. Gesundheit	43
Einleitung	44
3.1 Gesunde Lebensjahre	44
3.2 Todesursachen	47
3.3 Gesundheitsversorgung	48
3.4 Gesundheitsausgaben	50
3.5 Arbeitsunfälle	53



4. Bildung und Weiterbildung	57
Einleitung	58
4.1 Elementare und primäre Bildung	59
4.2 Sekundäre Bildung	62
4.3 Tertiäre Bildung	65
4.4 Frühzeitige Schul- und Ausbildungsabgänger	67
4.5 Lebenslanges Lernens	70
4.6 Bildungsausgaben	73
5. Arbeitsmarkt	77
Einleitung	78
5.1 Beschäftigung	78
5.2 Arbeitslosigkeit	81
5.3 Löhne und Arbeitskosten	83
5.4 Mindestlöhne	85
5.5 Offene Stellen	86
6. Wirtschaft und Finanzen	89
Einleitung	90
6.1 Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen und BIP	90
6.2 Sektorkonten	92
6.3 Staatsfinanzen	95
6.4 Wechselkurse und Zinssätze	97
6.5 Verbraucherpreise — Inflation und vergleichende Preisniveaus	99
6.6 Zahlungsbilanz	101
6.7 Ausländische Direktinvestitionen	103
7. Außenhandel	105
Einleitung	106
7.1 Internationaler Warenverkehr	106
7.2 Internationaler Dienstleistungsverkehr	109
8. Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei	111
Einleitung	112
8.1 Landwirtschaftliche Erzeugung und Preisindizes	112



8.2 Struktur landwirtschaftlicher Betriebe	115
8.3 Landwirtschaftliche Erzeugnisse	117
8.4 Forstwirtschaft	120
8.5 Fischerei	122
9. Industrie, Handel und Dienstleistungen	125
Einleitung	126
9.1 Strukturelle Unternehmensstatistik	126
9.2 Industrie und Baugewerbe	129
9.3 Dienstleistungen	132
9.4 Tourismus	134
10. Wissenschaft, Technologie und digitale Gesellschaft	137
Einleitung	138
10.1 FuE-Ausgaben	139
10.2 FuE-Personal	141
10.3 Innovation	144
10.4 Patente	147
10.5 Statistik der Informationsgesellschaft — Haushalte und Privatpersonen	150
10.6 Statistik der Informationsgesellschaft — Unternehmen	152
11. Umwelt	155
Einleitung	156
11.1 Bodenbedeckung und Bodennutzung	156
11.2 Treibhausgasemissionen nach Wirtschaftszweigen und privaten Haushalten	159
11.3 Kohlendioxidemissionen durch die letzte Verwendung von Gütern	161
11.4 Materialflussrechnung und Ressourcenproduktivität	164
11.5 Abfall	165
11.6 Wasser	169
11.7 Umweltwirtschaft — Wachstum und Beschäftigung	171
11.8 Umweltschutzausgabenrechnung	173
11.9 Umweltsteuern	175



12. Energie	177
Einleitung	178
12.1 Energieerzeugung und -einführen	178
12.2 Energieverbrauch	181
12.3 Stromerzeugung, Stromverbrauch und Marktüberblick	184
12.4 Erneuerbare Energien	186
12.5 Energiepreise	188
13. Verkehr	191
Einleitung	192
13.1 Personenverkehr	192
13.2 Güterverkehr	194
Anhänge	197
Abkürzungen und Akronyme	198

Einleitung



Struktur der Veröffentlichung

Schlüsseldaten über Europa enthält einen Teil der interessantesten Informationen aus der kontinuierlich aktualisierten Online-Veröffentlichung *Europa in Zahlen — Eurostat-Jahrbuch* (verfügbar unter http://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php/Europe_in_figures_-_Eurostat_yearbook/de).

Diese Veröffentlichung vermittelt den Nutzern amtlicher Statistiken einen Überblick über die umfangreichen Informationen, die auf der Webseite von Eurostat und in den Online-Datenbanken zur Verfügung stehen. Sie soll einen ausgewogenen Satz von Indikatoren mit einem breiten Informationsquerschnitt bereitstellen.

Schlüsseldaten über Europa ist in eine Einleitung und 13 Hauptkapitel gegliedert. Die Einleitung enthält Informationen über die Datenextraktion und den Datenumfang in der Veröffentlichung

und allgemeine Anleitungen zum Zugang zu europäischen Statistiken.

In den Hauptkapiteln dieser Veröffentlichung werden folgende Themengebiete behandelt: Bevölkerung; Lebensbedingungen; Gesundheit; Bildung und Weiterbildung; Arbeitsmarkt; Wirtschaft und Finanzen; Außenhandel; Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei; Industrie, Handel und Dienstleistungen; Wissenschaft, Technologie und digitale Gesellschaft; Umwelt; Energie sowie Verkehr.

Die Hauptkapitel enthalten Daten und/oder Hintergrundinformationen zu einer breiten Palette von Eurostat-Daten. Auf der Webseite von Eurostat finden Sie noch deutlich mehr Informationen, darunter themenspezifische Veröffentlichungen und Online-Datenbanken.

Datenextraktion und Datenerfassung

Datenextraktion

Dieses statistische Buch enthält statistische Daten, die in der kontinuierlich aktualisierten Online-Veröffentlichung *Europa in Zahlen — Eurostat-Jahrbuch* analysiert wurden. Der Begleittext wurde zwischen April und Dezember 2016 verfasst.

Räumliche Datenerfassung

In dieser Veröffentlichung werden in der Regel die Daten für die EU-28 (die 28 Mitgliedstaaten

der EU), den Euroraum (normalerweise auf Basis von 19 Mitgliedern) sowie die einzelnen Mitgliedstaaten angegeben. Liegen für die EU-28 keine Zahlen vor, werden die Ergebnisse für die EU-27 (die 27 EU-Mitgliedstaaten vor dem Beitritt Kroatiens im Juli 2013) präsentiert. Das Aggregat für den Euroraum basiert auf den Daten für 18 Mitglieder (vor der Einführung des Euro durch Litauen im Januar 2015), wenn keine Daten für den Euroraum mit 19 Mitgliedern vorliegen. Die Nennung der Mitgliedstaaten in diesem Buch erfolgt normalerweise in protokollarischer



Reihenfolge, d.h. in der alphabetischen Reihenfolge der Ländernamen in der jeweiligen Landessprache. In einigen Abbildungen richtet sich die Reihenfolge der Daten nach dem Wert des jeweiligen Indikators.

Die Aggregate für die EU-28 und den Euroraum werden nur dargestellt, wenn für alle Länder Angaben vorliegen oder für die fehlenden Angaben eine Schätzung vorgenommen wurde. Auf unvollständige Gesamtwerte wird grundsätzlich in einer Fußnote hingewiesen. Bei Zeitreihen für geografische Aggregate werden, sofern nicht anders angegeben, für den gesamten dargestellten Zeitraum dieselben Länder zugrunde gelegt. Mit anderen Worten: Die Zeitreihe für die EU-28 basiert auf der Summe oder dem Durchschnitt aller 28 Mitgliedstaaten für die gesamte dargestellte Zeitreihe, als ob alle 28 Mitgliedstaaten zu früheren Zeitpunkten schon Teil der EU waren.

Wenn vorhanden werden auch Informationen für die EFTA- und Erweiterungsländer (!), sowie für China, Japan und die Vereinigten Staaten veröffentlicht. Liegen für eines dieser Länder keine Daten vor, wurde dieses in den Tabellen und Abbildungen nicht berücksichtigt. In den Tabellen werden jedoch immer sämtliche 28 Mitgliedstaaten aufgeführt, während in Abbildungen durch Fußnoten auf fehlende Angaben für bestimmte Mitgliedstaaten hingewiesen wird.

Zeitlicher Umfang

Liegen für ein Referenzjahr für ein Land keine Daten vor, wurde versucht, Tabellen und Abbildungen mit den Angaben aus vorangegangenen Referenzjahren zu ergänzen (diese Ausnahmen sind durch Fußnoten kenntlich gemacht). Für gewöhnlich wurde versucht mindestens zwei Referenzjahre zurückzugehen, zum Beispiel werden für die Länder (oder geografischen Aggregate) für die noch keine 2015 Daten verfügbar sind Daten für 2013 oder 2014 verwendet.

Darstellung der Daten

Die Online-Datenbanken von Eurostat enthalten große Mengen an Metadaten, die über den Status bestimmter Werte oder Datenreihen Aufschluss geben. Um die Lesbarkeit zu verbessern, wurden in den Tabellen und Abbildungen nur die wichtigsten Informationen dargestellt. Gegebenenfalls wurde die folgende Kennzeichnung verwendet:

- Kursiv* Datenwert ist prognostiziert, vorläufig oder geschätzt und wird sich voraussichtlich noch ändern;
- :
- Wert ist nicht verfügbar, vertraulich oder nicht zuverlässig;
- nicht zutreffend.

Auf Brüche in den Zeitreihen wird in den Fußnoten zu den einzelnen Tabellen und Abbildungen hingewiesen.

(!) Kandidatenländer: Montenegro, die Ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Albanien, Serbien und die Türkei. Potenzielle Kandidatenländer: Bosnien und Herzegowina sowie Kosovo. Die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien wird in Tabellen und Abbildungen als EJR Mazedonien bezeichnet; dies greift der endgültigen Benennung des Landes nicht vor, die nach Abschluss der laufenden Verhandlungen innerhalb der Vereinten Nationen festgelegt wird. Die Kosovo Bezeichnung berührt nicht die Standpunkte zum Status und steht im Einklang mit der Resolution 1244/99 des VN-Sicherheitsrates und dem Gutachten des Internationalen Gerichtshofs zur Unabhängigkeitserklärung des Kosovos.



Zugang zu europäischen Statistiken

Den einfachsten Zugang zu der Fülle statistischer Informationen von Eurostat bietet die Webseite (<http://ec.europa.eu/eurostat>). Eurostat bietet den Nutzern über das Internet freien Zugriff auf die Datenbanken und die gesamten Veröffentlichungen im PDF-Format. Die Webseite wird täglich aktualisiert und bietet Zugang zu den neuesten und umfassendsten statistischen Informationen über die EU, ihre Mitgliedstaaten, die EFTA-Länder sowie die Erweiterungsländer.

Online-Datenkodes von Eurostat, z.B. `tps00001` und `nama_gdp_c`, ermöglichen den einfachen Zugriff auf die aktuellsten Daten auf der Eurostat-Webseite. Diese Codes werden als Teil der Quellenangabe unter den einzelnen Tabellen, Abbildungen oder Karten aufgeführt. In der PDF-Fassung dieser Veröffentlichung gelangt der Leser direkt zu den aktuellsten Daten, wenn er auf die in jeden Online-

Datenkode integrierten Hyperlinks klickt. Diese Online-Datenkodes führen entweder zu einer zwei- oder dreidimensionalen Tabelle in der TGM-Schnittstelle (TGM — table, graph, map: Tabellen, Abbildungen und Karten) oder zu einem offenen Datensatz des Data-Explorers, der mehr Dimensionen und längere Zeitreihen enthält.

Die Online-Datenkodes können auch in die Suchfunktion der Eurostat-Webseite eingegeben werden. Als Ergebnisse einer solchen Suche werden ein oder mehrere verwandte Datensätze und eventuell Veröffentlichungen sowie Metadaten angezeigt. Durch Klicken auf die Hyperlinks kommen die Nutzer auf die Produktseite(n), die Informationen zu den einzelnen Datensätzen/Veröffentlichungen oder Metadatenansätzen bieten.

1

Bevölkerung



Einleitung

Die Bevölkerung der Europäischen Union (EU) zählt mittlerweile über 500 Millionen Einwohner, zugleich vollzieht sich ein Wandel der Bevölkerungsstruktur. An den jüngsten Zahlen zur Bevölkerungsentwicklung lässt sich ablesen, dass die Bevölkerung zwar langsam wächst, sich jedoch die Bevölkerungsstruktur verändert, da mit dem Eintritt der geburtenstarken Jahrgänge in das Rentenalter die Bevölkerung insgesamt älter wird. Zudem leben die EU-Bürger länger, da die Lebenserwartung weiter steigt. Andererseits nahmen die Fruchtbarkeitsziffern mehrere Jahre lang bis 2010 zu und verzeichnen erneut einen

Aufwärtstrend, doch liegen sie aufgrund ihres über Jahrzehnte festzustellenden Rückgangs weiter deutlich unter dem Niveau, bei dem die Bevölkerungszahl ohne Zu- oder Abwanderung konstant bliebe. Die EU wird sich daher in den kommenden Jahrzehnten einer ganzen Reihe von Veränderungen stellen müssen, die mit einer alternden Gesellschaft verbunden sind und viele Bereiche betreffen, darunter die Arbeitsmärkte, die Renten- und Gesundheitssysteme, den Wohnungsmarkt und die Sozialleistungen sowie die Steuerung der Migration und die Integration von Einwanderern.

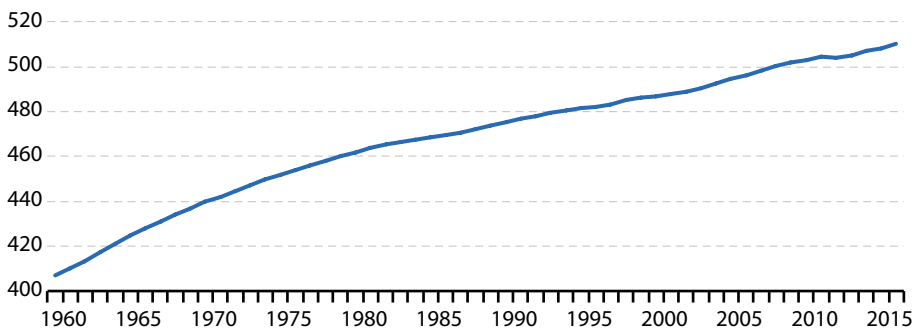
1.1 Bevölkerung und Bevölkerungswachstum

Zum 1. Januar 2016 wurde die Bevölkerung der EU-28 auf 510,1 Millionen Menschen und damit auf 1,8 Millionen mehr als im Jahr davor geschätzt. Die Zunahme der Bevölkerungszahlen fiel im Jahr 2015 höher aus als 2014, als die EU-28 um 1,3 Millionen Menschen wuchs.

Über einen längeren Zeitraum betrachtet, wuchs die Einwohnerzahl der EU-28 gegenüber 406,7 Millionen im Jahr 1960 bis 2016 auf 510,1 Millionen, das entspricht einer Zunahme um 103,4 Millionen Menschen. Das Bevölkerungswachstum hat sich in den letzten

Abbildung 1.1: Gesamtbevölkerung, EU-28, 1960–2016

(Stand: 1. Januar, in Mio.)



Hinweis: Vor 1998 ohne die französischen Überseedepartements. 2001, 2010–12, 2014–16: jeweils Bruch in der Reihe.

Quelle: Eurostat (Online-Datencode: [demo_gind](#))



Jahrzehnten allmählich verlangsamt: So wuchs die Bevölkerung der EU-28 im Zeitraum 2005-2016 um durchschnittlich etwa 1,5 Millionen Personen pro Jahr, während sie in den 1960er Jahren durchschnittlich um ca. 3,3 Millionen Personen pro Jahr zugenommen hatte.

2015 überstieg die Zahl der **Sterbefälle** in der EU-28 (erstmals seit Beginn der Zeitreihen im Jahr 1961) die Zahl der **Lebendgeburten**. Hieraus ergab sich der oben genannte natürliche Bevölkerungsrückgang. Das im Jahr 2015 verzeichnete Bevölkerungswachstum

der EU-28 war daher vollständig auf das (korigierte) Wanderungssaldo zurückzuführen. Allerdings waren in den EU-Mitgliedstaaten unterschiedliche Tendenzen zu beobachten. 2015 erreichte der Anteil des (korigierten) Wanderungssaldos am Bevölkerungswachstum 1,9 Millionen Personen – eine etwa doppelt so hohe Zunahme wie im Vorjahr und die größte Zunahme seit Beginn der Zeitreihen im Jahr 1961. Diese Komponente stellt seit 1992 die wichtigste Determinante des Bevölkerungswachstums in der EU-28 dar.

Tabelle 1.1: Bevölkerungsbilanz, 2015

(in Tsd.)

	Bevölkerung, 1. Januar 2015	Lebendge- burten	Sterbe- fälle	Natür- liches Wachstum (¹⁾)	Wande- rungssal- do (korri- giert) (²)	Wachstum insgesamt zwischen 1. Januar 2015 und 2016	Bevöl- kerung, 1. Januar 2016
EU-28 (³)	508 293,4	5 091,3	5 226,5	-135,2	1 897,8	1 762,7	510 056,0
Belgien (³)	11 209,0	122,3	110,5	11,7	69,1	80,9	11 289,9
Bulgarien	7 202,2	66,0	110,1	-44,2	-4,2	-48,4	7 153,8
Tsch. Republik	10 538,3	110,8	111,2	-0,4	16,0	15,6	10 553,8
Dänemark	5 659,7	58,2	52,6	5,7	41,9	47,5	5 707,3
Deutschland	81 197,5	738,0	925,0	-187,0	1 151,5	964,5	82 162,0
Estland (³)	1 313,3	13,9	15,2	-1,3	4,0	2,7	1 315,9
Irland	4 628,9	65,9	30,0	36,0	-6,4	29,6	4 658,5
Griechenland	10 858,0	91,9	120,8	-29,0	-35,5	-64,5	10 793,5
Spanien	46 449,6	417,3	420,0	-2,8	-8,4	-11,1	46 438,4
Frankreich (³)	66 415,2	800,8	600,1	200,6	45,8	246,5	66 661,6
Kroatien	4 225,3	37,5	54,2	-16,7	-17,9	-34,6	4 190,7
Italien	60 795,6	485,8	647,6	-161,8	31,7	-130,1	60 665,6
Zypern	847,0	9,2	5,9	3,3	-2,0	1,3	848,3
Lettland	1 986,1	22,0	28,5	-6,5	-10,6	-17,1	1 969,0
Litauen	2 921,3	31,5	41,8	-10,3	-22,4	-32,7	2 888,6
Luxemburg	563,0	6,1	4,0	2,1	11,2	13,3	576,2
Ungarn	9 855,6	92,1	131,6	-39,4	14,4	-25,1	9 830,5
Malta	429,3	4,3	3,4	0,9	4,2	5,1	434,4
Niederlande	16 900,7	170,0	147,0	23,0	55,4	78,4	16 979,1
Österreich	8 576,3	84,4	83,1	1,3	122,9	124,2	8 700,5
Polen	38 005,6	369,3	394,9	-25,6	-12,8	-38,4	37 967,2
Portugal	10 374,8	85,5	108,5	-23,0	-10,5	-33,5	10 341,3
Rumänien	19 870,6	185,0	260,7	-75,7	-35,0	-110,7	19 760,0
Slowenien	2 062,9	20,6	19,8	0,8	0,5	1,3	2 064,2
Slowakei	5 421,3	55,6	53,8	1,8	3,1	4,9	5 426,3
Finnland	5 471,8	55,5	52,5	3,0	12,6	15,6	5 487,3
Schweden	9 747,4	114,9	90,9	24,0	79,7	103,7	9 851,0
Ver. Königreich	64 767,1	777,2	602,8	174,4	399,7	574,1	65 341,2
Island	329,1	4,1	2,2	2,0	1,5	3,4	332,5
Liechtenstein	37,4	0,3	0,3	0,1	0,2	0,3	37,6
Norwegen	5 166,5	59,1	40,7	18,3	29,2	47,5	5 214,0
Schweiz	8 237,7	84,8	67,3	17,6	70,0	87,5	8 325,2
Montenegro	622,1	7,4	6,3	1,1	-0,9	0,1	622,2
EJR Mazedonien	2 069,2	23,1	20,5	2,6	-0,5	2,1	2 071,3
Albanien	2 892,3	33,2	22,4	10,8	-17,1	-6,3	2 886,0
Serbien (⁴)	7 114,4	65,7	103,7	-38,0	0,0	-38,0	7 076,4
Türkei	77 695,9	1 325,8	405,2	920,6	124,6	1 045,1	78 741,1
Bosnien und Herzegovina (⁴)(⁵)	3 830,9	29,2	34,8	-5,6	0,0	-5,6	3 825,3
Kosovo (³)(⁶)	1 804,9	31,1	8,9	22,2	-55,6	-33,3	1 771,6

⁽¹⁾ Lebendgeburten – Sterbefälle.⁽²⁾ Wachstum insgesamt – natürliches Wachstum.⁽³⁾ Bruch in der Reihe.⁽⁴⁾ Aufgrund fehlender Daten zur Wanderung wurde bei der Bevölkerungsbilanz nur das natürliche Wachstum berücksichtigt.⁽⁵⁾ Bevölkerungsbilanz: 2014.⁽⁶⁾ Gemäß Resolution 1244/99 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen.Quelle: Eurostat (Online-Datencode: [demo_gind](#))

1.2 Bevölkerungsstruktur und Bevölkerungsalterung

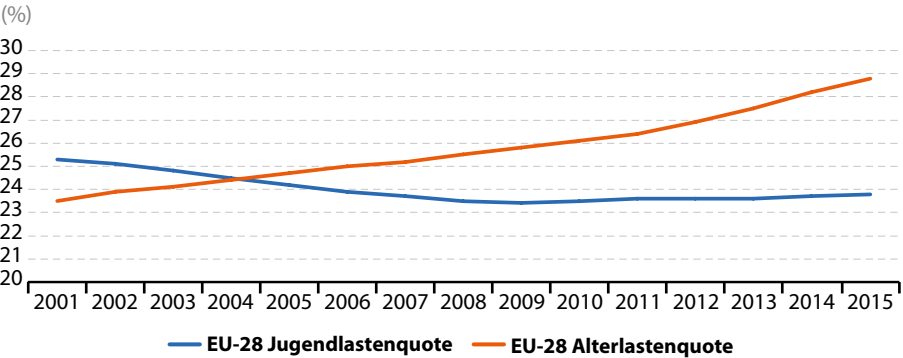
Das vorliegende Kapitel betrifft die Auswirkungen der demografischen Alterung in der Europäischen Union (EU), die in den kommenden Jahrzehnten von erheblicher Bedeutung sein dürfte. Anhaltend niedrige **Geburtenraten** und eine gestiegene **Lebenserwartung** verändern das Aussehen der **Alterspyramide** für die EU-28. Die wahrscheinlich wichtigste Veränderung wird die deutliche Verschiebung hin zu einer wesentlich älteren Bevölkerung sein, eine Entwicklung, die sich in mehreren Mitgliedstaaten bereits abzeichnet.

Die Bevölkerung der EU-28 wurde am 1. Januar 2015 auf 508,5 Millionen veranschlagt. Der Anteil von Kindern und Jugendlichen (0 bis 14 Jahre) an der Bevölkerung der EU-28 belief sich auf 15,6%, der Anteil der Personen im erwerbsfähigen Alter (15 bis 64 Jahre) auf 65,6%. Ältere Menschen (65 Jahre und älter) machten 18,9% aus (und damit 0,4% mehr als im Vorjahr und 2,3% mehr als zehn Jahre zuvor).

Unter den EU-Mitgliedstaaten hatte Irland 2015 den höchsten Anteil an Kindern und Jugendlichen an der Gesamtbevölkerung (22,1%), Deutschland dagegen den niedrigsten (13,2%). Bei den Menschen im Alter von 65 Jahren und darüber verzeichneten Italien (21,7%), Deutschland (21,0%) und Griechenland (20,9%) die höchsten Anteile, während Irland (13,0%) den niedrigsten Anteil aufwies.

Mithilfe von Belastungsquotienten kann untersucht werden, in welchem Maße Kinder und Jugendliche und/oder ältere Menschen von der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter unterstützt werden müssen. Die Quotienten werden als relative Größe der jüngeren und/oder älteren Bevölkerung im Verhältnis zur Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter ausgedrückt. Am 1. Januar 2015 betrug der **Altenquotient** für die EU-28 28,8%; das bedeutet, dass auf jeden Einwohner der EU-28 im Alter von 65 Jahren und darüber vier Einwohner im erwerbsfähigen Alter kamen.

Abbildung 1.2: Altersabhängigkeitsquotienten, EU-28, 2001–15



Hinweis: Jugendlastenquote: Anteil der Bevölkerung unter 15 Jahren bezogen auf die Bevölkerung im Alter von 15 bis 64 Jahren. Alterslastenquote: Anteil der Bevölkerung

im Alter von 65 und mehr Jahren bezogen auf die Bevölkerung im Alter von 15 bis 64 Jahren. 2001: Bruch in der Reihe.

Quelle: Eurostat (Online-Datencode: demo_pjanind)

Tabelle 1.2: Altersstruktur der Bevölkerung nach Hauptaltersgruppen, 2005 und 2015
(in % der Gesamtbevölkerung)

	0–14 Jahre		15–64 Jahre		65 Jahre und älter	
	2005	2015	2005	2015	2005	2015
EU-28 (¹)	16,3	15,6	67,2	65,6	16,6	18,9
Belgien (¹)	17,2	17,0	65,6	64,9	17,2	18,0
Bulgarien	13,7	13,9	68,9	66,2	17,4	20,0
Tsch. Republik	14,9	15,2	71,1	67,0	14,1	17,8
Dänemark	18,8	17,0	66,1	64,4	15,0	18,6
Deutschland (¹)	14,5	13,2	66,9	65,8	18,6	21,0
Estland (²)	15,4	16,0	68,0	65,2	16,6	18,8
Irland	20,7	22,1	68,2	64,9	11,1	13,0
Griechenland	15,1	14,5	66,7	64,5	18,3	20,9
Spanien	14,5	15,2	69,0	66,3	16,6	18,5
Frankreich (¹)	18,7	18,6	65,1	63,0	16,3	18,4
Kroatien (²)	15,9	14,7	66,7	66,5	17,3	18,8
Italien	14,1	13,8	66,4	64,5	19,5	21,7
Zypern	19,9	16,4	68,0	69,0	12,1	14,6
Lettland	15,0	15,0	68,4	65,6	16,6	19,4
Litauen	17,1	14,6	67,1	66,6	15,8	18,7
Luxemburg (¹)	18,6	16,7	67,3	69,2	14,1	14,2
Ungarn (¹)	15,6	14,5	68,8	67,6	15,6	17,9
Malta	17,6	14,3	69,0	67,2	13,3	18,5
Niederlande	18,5	16,7	67,5	65,4	14,0	17,8
Österreich	16,1	14,3	67,9	67,2	15,9	18,5
Polen (¹)	16,7	15,0	70,2	69,5	13,1	15,4
Portugal	16,0	14,4	66,8	65,4	17,2	20,3
Rumänien	17,5	15,5	68,4	67,5	14,2	17,0
Slowenien (¹)	14,4	14,8	70,2	67,3	15,3	17,9
Slowakei	17,1	15,3	71,3	70,7	11,7	14,0
Finnland	17,5	16,4	66,6	63,7	15,9	19,9
Schweden	17,6	17,3	65,2	63,1	17,2	19,6
Ver. Königreich	18,1	17,7	65,9	64,6	15,9	17,7
Island	22,3	20,4	65,9	66,1	11,8	13,5
Liechtenstein	17,6	15,1	71,3	68,9	11,1	16,0
Norwegen	19,7	18,0	65,6	65,8	14,7	16,1
Schweiz (¹)	16,3	14,9	67,9	67,3	15,8	17,8
Montenegro (²)	20,8	18,5	66,7	67,8	12,5	13,7
EJR Mazedonien (²)	20,0	16,8	69,1	70,5	10,9	12,7
Albanien	26,5	18,6	65,1	69,0	8,3	12,5
Serbien (¹)	15,8	14,4	67,0	67,2	17,1	18,5
Türkei	27,5	24,3	65,9	67,8	6,7	8,0

(¹) Bruch in der Reihe für verschiedene Jahre zwischen 2005 und 2015.

(²) Bevölkerung mit unbekanntem Alter zur Berechnung der Altersstruktur neu verteilt.

Quelle: Eurostat (Online-Datencode: [demo_pjanind](#))



1.3 Eheschließungen und Scheidungen

Die Eheschließung nach dem Recht des betreffenden Landes galt lange Zeit als Beginn der Familiengründung. Eine Analyse der Entwicklungen bei der Gründung und Auflösung von Familien, die lediglich auf Eheschließungs- und Scheidungsdaten beruht, bietet nicht unbedingt ein vollständiges Bild. Die rechtlichen Alternativen zur Eheschließung, wie etwa eingetragene Lebenspartnerschaften, finden zunehmend Verbreitung und die nationalen Rechtsvorschriften gewähren unverheirateten Paaren inzwischen mehr Rechte. Die jüngsten demografischen Daten zeigen, dass die Zahl der Eheschließungen pro 1 000 Einwohner in der EU-28 in den letzten Jahrzehnten rückläufig ist, während die Zahl der Scheidungen zugenommen hat. Zudem ist der Anteil der Kinder mit unverheirateten Eltern gestiegen.

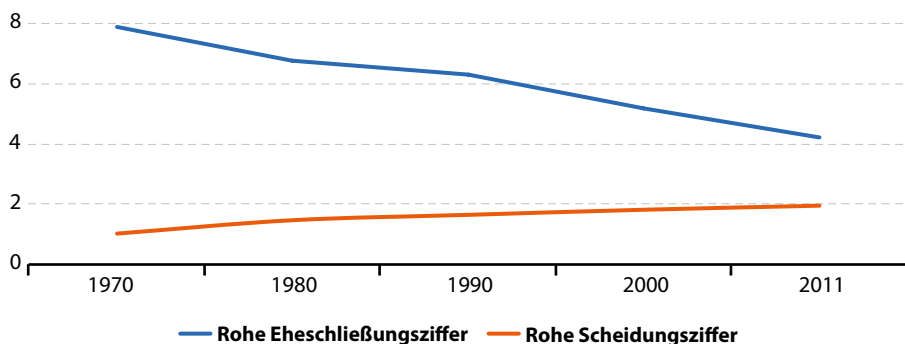
Den jüngsten Daten für alle EU-Mitgliedstaaten zufolge wurden 2011 2,1 Mio. Ehen geschlossen und 986 000 Ehen geschieden. Auf 1 000 Personen kommen also 4,2 Eheschließungen (d. h. die

rohe Eheschließungsziffer) und 2,0 Scheidungen (d. h. die rohe Scheidungsziffer).

Seit 1965 ist die rohe Eheschließungsziffer in der EU-28 relativ gesehen um nahezu 50% zurückgegangen (von 7,8 pro 1 000 Personen im Jahr 1965 auf 4,2 im Jahr 2011). Gleichzeitig stieg die rohe Scheidungsziffer von 0,8 pro 1 000 Personen im Jahr 1965 auf 2,0 im Jahr 2011. Zum Teil ist diese Zunahme darauf zurückzuführen, dass die Ehescheidung in diesem Zeitraum in mehreren Mitgliedstaaten legalisiert wurde (beispielsweise in Italien, Spanien, Irland und Malta).

In der EU-28 lag der Anteil **außerehelicher Lebendgeburten** 2012 bei 40%. Dieser Wert ist weiter gestiegen, was darauf hinweist, dass sich neben den traditionellen Mustern mit ehelichen Geburten neue Formen der Familienbildung entwickelt haben. Außereheliche Geburten werden für nichteheliche Gemeinschaften, zusammenlebende Paare und Alleinerziehende erfasst.

Abbildung 1.3: Rohe Eheschließungs- und rohe Scheidungsziffern, EU-28, 1970–2011 (pro Tsd. Einwohner)



Hinweis: Auf der x-Achse ist die Änderung im Zeitintervall zu beachten. Von 1970 bis 1990 ohne die französischen Überseedepartements.

Quelle: Eurostat (Online-Datencodes: `demo_nind` und `demo_ndivind`)

Tabelle 1.3: Rohe Eheschließungs- und Scheidungsziffer, ausgewählte Jahre, 1965–2014
(pro Tsd. Einwohner)

	Eheschließung				Scheidung			
	1965	2000	2011	2014	1965	2000	2011	2014
EU-28 ⁽¹⁾	7,8	5,2	4,2	:	0,8	1,8	2,0	:
Belgien ⁽²⁾	7,0	4,4	3,7	:	0,6	2,6	2,5	:
Bulgarien	8,0	4,3	2,9	3,4	1,1	1,3	1,4	1,5
Tsch. Republik	8,4	5,4	4,3	4,3	1,7	2,9	2,7	2,5
Dänemark	8,8	7,2	4,9	5,0	1,4	2,7	2,6	3,4
Deutschland	8,3	5,1	4,6	4,8	1,0	2,4	2,3	2,1
Estland	8,2	3,9	4,1	4,7	2,3	3,0	2,3	2,4
Irland ⁽³⁾	5,9	5,0	4,3	:	:	0,7	0,6	:
Griechenland	9,4	4,5	5,0	4,9	0,4	1,0	1,1	:
Spanien ⁽³⁾	7,1	5,4	3,4	3,4	:	0,9	2,2	2,2
Frankreich ⁽¹⁾	:	5,0	3,6	:	:	1,9	2,0	:
Kroatien	9,0	4,9	4,7	4,6	1,3	1,0	1,3	:
Italien ⁽³⁾	7,7	5,0	3,4	3,1	:	0,7	0,9	0,9
Zypern ⁽⁴⁾	7,6	13,4	7,3	:	0,2	1,7	2,3	:
Lettland	8,8	3,9	5,2	6,3	2,8	2,6	4,0	3,1
Litauen	8,4	4,8	6,3	7,6	0,9	3,1	3,4	3,3
Luxemburg ⁽⁵⁾	6,6	4,9	3,3	3,0	0,4	2,4	2,3	2,6
Ungarn ⁽⁵⁾⁽⁶⁾	8,8	4,7	3,6	3,9	2,0	2,3	2,3	2,0
Malta ⁽³⁾	6,2	6,7	6,2	6,7	:	:	0,1	0,8
Niederlande	8,8	5,5	4,3	3,9	0,5	2,2	2,0	2,1
Österreich	7,8	4,9	4,3	:	1,2	2,4	2,1	:
Polen ⁽⁷⁾	6,4	5,5	5,4	5,0	0,7	1,1	1,7	1,7
Portugal	8,4	6,2	3,4	3,0	0,1	1,9	2,5	:
Rumänien	8,6	6,1	5,2	5,9	1,9	1,4	1,8	1,4
Slowenien	9,2	3,6	3,2	3,2	1,1	1,1	1,1	1,2
Slowakei	7,0	4,8	4,7	4,9	0,6	1,7	2,1	1,9
Finnland	7,9	5,1	5,3	4,5	1,0	2,7	2,5	2,5
Schweden	7,8	4,5	5,0	5,5	1,2	2,4	2,5	2,7
Ver. Königreich	7,8	5,2	4,5	:	0,7	2,6	2,1	:
Island	8,1	6,3	4,6	:	0,9	1,9	1,6	:
Liechtenstein	6,9	7,2	4,5	:	:	3,9	2,5	:
Norwegen	6,5	5,0	4,6	4,6	0,7	2,2	2,1	1,9
Schweiz ^{(3)(?)}	7,7	5,5	5,3	5,1	0,8	1,5	2,2	2,0
Montenegro	:	:	:	5,7	:	:	0,8	0,9
EJR Mazedonien	9,0	7,0	7,2	6,7	0,5	0,7	0,9	1,1
Albanien	7,5	8,4	:	:	0,6	0,7	:	:
Serbien ⁽⁷⁾	:	5,7	4,9	5,1	:	:	1,1	1,1
Türkei	:	:	8,0	7,8	:	:	1,6	1,7
Bosnien und Herzegowina	9,3	5,6	:	:	:	:	:	:
Kosovo ⁽⁸⁾	:	:	9,3	:	:	:	0,8	:

(1) Von 1965 bis 1990 ohne die französischen Überseedepartements.

(2) Eheschließungen, 2011: Bruch in der Reihe.

(3) Scheidungen gesetzlich nicht möglich in Italien bis 1970, in Spanien bis 1981, in Irland bis 1995 und in Malta bis 2011.

(4) Bis einschließlich 2002 beziehen sich die Daten auf die Gesamtzahl der in den Land geschlossenen Ehen, einschließlich Eheschließungen zwischen nicht Gebietsansässigen. Ab 2003

beziehen sich die Daten auf Eheschließungen, bei denen mindestens ein Ehepartner in Land ansässig war. 1980: Bruch in der Reihe.

(5) Eheschließungen, 2012: Bruch in der Reihe.

(6) Scheidungen, 2012: Bruch in der Reihe.

(7) Scheidungen, 2012: Bruch in der Reihe.

(8) Gemäß der Resolution 1244 (99) des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen.

Quelle: Eurostat (Online-Datencodes: [demo_nind](#) und [demo_ndivind](#))



1.4 Fruchtbarkeit

2014 kamen in der EU-28 5,1 Millionen Kinder zur Welt, was einer **rohen Geburtenziffer** (Zahl der Lebendgeburten pro 1 000 Einwohner) von 10,1 entsprach.

In den letzten Jahrzehnten wurden in Europa generell weniger Kinder geboren, wodurch sich das Abflauen des Bevölkerungswachstums in der EU-28 teilweise erklären lässt. Der gebräuchlichste Fruchtbarkeitsindikator ist die Gesamtfruchtbarkeitsziffer, d. h. die mittlere Anzahl lebend geborener Kinder, die eine Frau im Verlauf ihres Lebens gebären würde, wenn sie im Laufe ihres Gebärfähigkeitsalters den altersspezifischen Fruchtbarkeitsziffern der betreffenden Jahre entsprechen würde. Unter der Annahme eines **Wanderungssaldos** von Null gilt in den Industrieländern eine Gesamtfruchtbarkeitsziffer von etwa 2,1 Kindern pro Frau als Reproduktionsniveau. Darunter ist die durchschnittliche Anzahl der Lebensgeburten pro Frau zu verstehen, die notwendig ist, um die Bevölkerung konstant zu halten. Eine Gesamtfruchtbarkeitsziffer unter 1,3 Lebendgeburten pro Frau gilt als besonders niedrig („lowest-low fertility“). Die Gesamtfruchtbarkeitsziffer ist für den Ländervergleich geeignet, da sie Veränderungen

des Umfangs und der Struktur der Bevölkerung berücksichtigt.

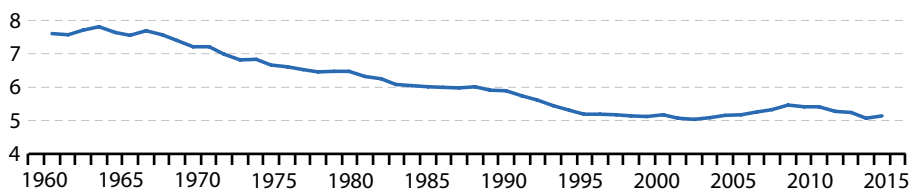
Die Gesamtfruchtbarkeitsziffer betrug in der EU-28 im Jahr 2014 1,58 Lebendgeburten pro Frau. In der EU-28 stieg die Fruchtbarkeitsziffer von ihrem bisherigen Tiefstwert von 1,46 im Jahr 2001 auf ihren bisher höchsten Stand von 1,62 im Jahr 2010, bevor sie wieder leicht abnahm und 2014 1,58 erreichte.

Unter den EU-Mitgliedstaaten verzeichnete Frankreich mit 2,01 Lebensgeburten pro Frau 2014 die höchste Fruchtbarkeitsziffer. Die niedrigsten Fruchtbarkeitsziffern wurden 2014 dagegen in Portugal (1,23 Lebendgeburten pro Frau).

In den vergangenen 50 Jahren haben sich die Gesamtfruchtbarkeitsziffern der Mitgliedstaaten im Allgemeinen einander angenähert: 1960 und 1980 lag der Unterschied zwischen der höchsten (Irland) und der niedrigsten (Estland 1960, Luxemburg 1980) Fruchtbarkeitsziffer bei etwa 1,8 Lebendgeburten pro Frau, während er 1970 etwa 2,0 betrug. Bis 1990 verringerte sich diese Differenz (zwischen Zypern und Italien) auf 1,1 Lebendgeburten pro Frau und liegt seit dem Jahr 2000 bei ca. 0,7 bis 0,8 Lebendgeburten pro Frau.

Abbildung 1.4: Zahl der Lebendgeburten, EU-28, 1961–2014

(in Mio.)



Hinweis: Vor 1998 ohne die französischen Überseedepartements. 2013 und 2014: vorläufig. 2014: Bruch in der Reihe (einschließlich Geburten in Mayotte).

Quelle: Eurostat (Online-Datencode: [demo_gind](#))

Tabelle 1.4: Gesamtfruchtbarkeitsziffer, 1960–2014
(Lebendgeburten pro Frau)

	1960	1970	1980	1990	2000	2010	2012	2013	2014
EU-28 (¹)	:	:	:	:	:	1,62	1,58	1,54	1,58
Belgien (²)	2,54	2,25	1,68	1,62	1,67	1,86	1,79	1,75	1,74
Bulgarien	2,31	2,17	2,05	1,82	1,26	1,57	1,50	1,48	1,53
Tsch. Republik	2,09	1,92	2,08	1,90	1,15	1,51	1,45	1,46	1,53
Dänemark	2,57	1,95	1,55	1,67	1,77	1,87	1,73	1,67	1,69
Deutschland (³)	:	:	:	:	1,38	1,39	1,38	1,39	1,47
Estland	1,98	2,17	2,02	2,05	1,36	1,72	1,56	1,52	1,54
Irland	3,78	3,85	3,21	2,11	1,89	2,05	2,01	1,96	1,94
Griechenland	2,23	2,40	2,23	1,39	1,25	1,48	1,34	1,29	1,30
Spanien	:	:	2,20	1,36	1,23	1,37	1,32	1,27	1,32
Frankreich (³)	:	:	:	:	1,89	2,03	2,01	1,99	2,01
Kroatien	:	:	:	:	:	1,55	1,51	1,46	1,46
Italien	2,37	2,38	1,64	1,33	1,26	1,46	1,43	1,39	1,37
Zypern	:	:	:	2,41	1,64	1,44	1,39	1,30	1,31
Lettland	:	:	:	:	1,25	1,36	1,44	1,52	1,65
Litauen	:	2,40	1,99	2,03	1,39	1,50	1,60	1,59	1,63
Luxemburg (²)	2,29	1,97	1,50	1,60	1,76	1,63	1,57	1,55	1,50
Ungarn (²)	2,02	1,98	1,91	1,87	1,32	1,25	1,34	1,35	1,44
Malta	:	:	1,99	2,04	1,70	1,36	1,43	1,38	1,42
Niederlande	3,12	2,57	1,60	1,62	1,72	1,79	1,72	1,68	1,71
Österreich	2,69	2,29	1,65	1,46	1,36	1,44	1,44	1,44	1,47
Polen (⁴)	:	:	:	2,06	1,37	1,41	1,33	1,29	1,32
Portugal	3,16	3,01	2,25	1,56	1,55	1,39	1,28	1,21	1,23
Rumänien	:	:	2,43	1,83	1,31	1,59	1,52	1,41	1,52
Slowenien	:	:	:	1,46	1,26	1,57	1,58	1,55	1,58
Slowakei	3,04	2,41	2,32	2,09	1,30	1,43	1,34	1,34	1,37
Finnland	2,72	1,83	1,63	1,78	1,73	1,87	1,80	1,75	1,71
Schweden	:	1,92	1,68	2,13	1,54	1,98	1,91	1,89	1,88
Ver. Königreich	:	:	1,90	1,83	1,64	1,92	1,92	1,83	1,81
Island	:	2,81	2,48	2,30	2,08	2,20	2,04	1,93	1,93
Liechtenstein	:	:	:	:	1,57	1,40	1,51	1,45	1,59
Norwegen	:	2,50	1,72	1,93	1,85	1,95	1,85	1,78	1,75
Schweiz (²)	2,44	2,10	1,55	1,58	1,50	1,52	1,52	1,52	1,54
Montenegro	:	:	:	:	:	1,70	1,72	1,73	1,75
EJR Mazedonien	:	:	:	:	1,88	1,56	1,51	1,49	1,52
Albanien	:	:	:	:	:	:	:	:	1,78
Serbien (²)	:	:	:	:	1,48	1,40	1,45	1,43	1,46
Türkei	:	:	:	:	:	2,04	2,09	2,08	2,17

(¹) 2012 und 2014: Bruch in der Reihe.

(²) 2012: Bruch in der Reihe.

(³) 2014: Bruch in der Reihe.

(⁴) 2000: Bruch in der Reihe.

Quelle: Eurostat (Online-Datencode: [demo_frate](#))



1.5 Sterblichkeit und Lebenserwartung

2014 waren in der EU-28 etwa 4,9 Millionen Todesfälle zu verzeichnen; dies entspricht im Großen und Ganzen den in den vergangenen 40 Jahren registrierten Todeszahlen. Besonders hoch war die Zahl mit 5,03 Millionen Sterbefällen 1993. Die rohe Sterbeziffer (d. h. die Zahl der Todesfälle pro tausend Einwohner) lag 2014 in der EU-28 bei 9,7.

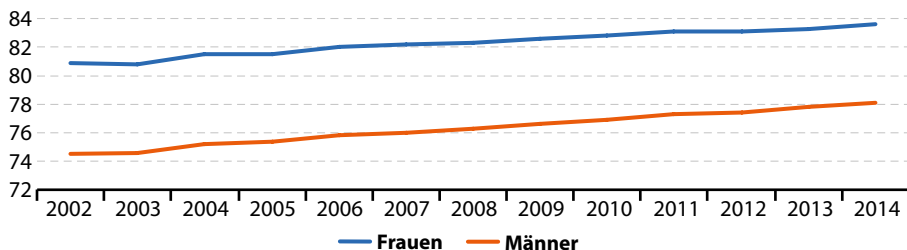
Der gebräuchlichste Indikator zur Analyse der Sterblichkeit ist die **Lebenserwartung bei der Geburt**, d. h. die Anzahl der Jahre, die eine Person im Durchschnitt zu leben hat, wenn die zu diesem Zeitpunkt herrschenden Sterbebedingungen während des Rests ihres Lebens bestehen bleiben. So lässt sich die Entwicklung der Sterblichkeit auf einfache, doch aussagekräftige Weise darstellen. Die Gesamtzahl der Sterbefälle hängt von der Größe der Altersgruppen (Kohorten) der Bevölkerung, die am Ende ihres Lebenszyklus stehen, und der Sterblichkeitsrate ab. Die Entwicklung der Wirtschaft und bessere Umweltbedingungen (beispielsweise in vielen städtischen Gebieten), eine gesündere Lebensweise, Fortschritte im Gesundheitswesen und in der Medizin, einschließlich der zurückgehenden Säuglingssterblichkeit, haben dazu geführt,

dass die Lebenserwartung bei der Geburt in Europa in den letzten einhundert Jahren kontinuierlich gestiegen ist. Da dieser Prozess in Europa früher eingesetzt hat als in den meisten anderen Teilen dieser Welt, gehört die EU-28 bei der Lebenserwartung zur Weltspitze. In den letzten fünfzig Jahren ist die Lebenserwartung bei der Geburt in der EU-28 bei Männern und Frauen gleichermaßen um etwa zehn Jahre gestiegen. Ein weiterer Anstieg ist vor allem von der Senkung der Sterblichkeit im höheren Lebensalter zu erwarten. Neben der sinkenden Fruchtbarkeit ist die schrittweise Verringerung der Sterblichkeit der wichtigste Faktor bei der Bevölkerungsalterung in der EU-28.

Im Jahr 2014 lag die Lebenserwartung bei der Geburt in der EU-28 bei schätzungsweise 80,9 Jahren. Bei Frauen betrug sie 83,6 Jahre und bei Männern 78,1 Jahre. In den mehr als zehn Jahren von 2002 (dem ersten Jahr, für das Daten für alle EU-Mitgliedstaaten vorliegen) bis 2014 stieg die Lebenserwartung in der EU-28 von 77,7 auf 80,9 Jahre und damit um 3,2 Jahre — um 3,8 Jahre bei den Frauen und um 2,7 Jahre bei den Männern.

Obgleich die Lebenserwartung in allen

Abbildung 1.5: Lebenserwartung bei der Geburt, EU-28, 2002–14
(in Jahren)



Hinweis: 2009, 2011, 2012 und 2014: Brüche in den Reihen. 2013 und 2014: Schätzung und vorläufig.

Quelle: Eurostat (Online-Datencode: [demo_mlexpec](#))

EU-Mitgliedstaaten gestiegen ist, bestehen sowohl zwischen den Ländern als auch innerhalb der einzelnen Länder erhebliche Unterschiede. Bei Männern wurde die niedrigste Lebenserwartung 2014 in Lettland (69,1 Jahre) und die höchste in Zypern (80,9 Jahre) ermittelt. Bei den Frauen waren die Unterschiede weniger stark ausgeprägt; bei ihnen reichte die

Lebenserwartung von 78,0 Jahren in Bulgarien bis 86,2 Jahre in Spanien.

2014 starben in der EU-28 knapp 18,8 Tausend Kinder vor Vollendung des ersten Lebensjahres, was einer Säuglingssterbeziffer von 3,7 Todesfällen pro 1 000 Lebendgeburten entspricht.

Tabelle 1.5: Lebenserwartung bei der Geburt, 2000–14
(in Jahren)

	Insgesamt			Männer			Frauen		
	2000	2010	2014	2000	2010	2014	2000	2010	2014
EU-28 (*)	: 79,9	80,9		: 76,9	78,1		: 82,8	83,6	
Belgien	77,9	80,3	81,4	74,6	77,5	78,8	81,0	83,0	83,9
Bulgarien	71,6	73,8	74,5	68,4	70,3	71,1	75,0	77,4	78,0
Tsch. Republik	75,1	77,7	78,9	71,6	74,5	75,8	78,5	80,9	82,0
Dänemark	76,9	79,3	80,7	74,5	77,2	78,7	79,2	81,4	82,8
Deutschland	78,3	80,5	81,2	75,1	78,0	78,7	81,2	83,0	83,6
Estland	71,1	76,0	77,4	65,6	70,9	72,4	76,4	80,8	81,9
Irland	76,6	80,8	81,4	74,0	78,5	79,3	79,2	83,1	83,5
Griechenland	78,2	80,6	81,5	75,5	78,0	78,9	80,9	83,3	84,1
Spanien	79,3	82,4	83,3	75,8	79,2	80,4	82,9	85,5	86,2
Frankreich (‡)	79,2	81,8	82,8	75,3	78,2	79,5	83,0	85,3	86,0
Kroatien	: 76,7	77,9		: 73,4	74,7		: 79,9	81,0	
Italien	79,9	82,2	83,2	76,9	79,5	80,7	82,8	84,7	85,6
Zypern	77,7	81,5	82,8	75,4	79,2	80,9	80,1	83,9	84,7
Lettland	: 73,1	74,5		: 67,9	69,1		: 78,0	79,4	
Litauen	72,1	73,3	74,7	66,7	67,6	69,2	77,4	78,9	80,1
Luxemburg	78,0	80,8	82,3	74,6	77,9	79,4	81,3	83,5	85,2
Ungarn	71,9	74,7	76,0	67,5	70,7	72,3	76,2	78,6	79,4
Malta	78,4	81,5	82,1	76,2	79,3	79,8	80,3	83,6	84,2
Niederlande	78,2	81,0	81,8	75,6	78,9	80,0	80,7	83,0	83,5
Österreich	78,3	80,7	81,7	75,2	77,8	79,2	81,2	83,5	84,0
Polen (‡)	73,8	76,4	77,8	69,6	72,2	73,7	78,0	80,7	81,7
Portugal	76,8	80,1	81,3	73,3	76,8	78,0	80,4	83,2	84,4
Rumänien	71,2	73,7	75,0	67,7	70,0	71,4	74,8	77,7	78,7
Slowenien	76,2	79,8	81,2	72,2	76,4	78,2	79,9	83,1	84,1
Slowakei	73,3	75,6	77,0	69,2	71,8	73,3	77,5	79,3	80,5
Finnland	77,8	80,2	81,3	74,2	76,9	78,4	81,2	83,5	84,1
Schweden	79,8	81,6	82,3	77,4	79,6	80,4	82,0	83,6	84,2
Ver. Königreich	78,0	80,6	81,4	75,5	78,6	79,5	80,3	82,6	83,2
Island	79,7	81,9	82,9	77,8	79,8	81,3	81,6	84,1	84,5
Liechtenstein	77,0	81,8	82,1	73,9	79,5	81,0	79,9	84,3	83,2
Norwegen	78,8	81,2	82,2	76,0	79,0	80,1	81,5	83,3	84,2
Schweiz	80,0	82,7	83,3	77,0	80,3	81,1	82,8	84,9	85,4
Montenegro	: 76,1	76,5		: 73,6	74,1		: 78,5	78,9	
EJR Mazedonien	73,0	75,0	75,5	70,8	72,9	73,5	75,2	77,2	77,5
Albanien	: 78,3			: 76,4			: 80,3		
Serbien	71,6	74,4	75,4	68,9	71,8	72,8	74,4	77,0	78,0
Türkei	: 76,8	78,1		: 74,2	75,4		: 79,4	80,9	

(*) 2010 und 2014: Bruch in der Reihe.

Quelle: Eurostat (Online-Datencode: [demo_mlexpec](#))

(‡) 2004: Bruch in der Reihe.

(§) 2000 und 2010: Bruch in der Reihe.



1.6 Wanderungsströme und Migrantenbevölkerung

Die Wanderungsströme werden durch das Zusammenwirken wirtschaftlicher, politischer und sozialer Faktoren entweder in den Herkunftsländern (Push-Faktoren) oder in den Zielländern der Migranten (Pull-Faktoren) beeinflusst. Dabei ist davon auszugehen, dass der relative wirtschaftliche Wohlstand und die

politische Stabilität der EU auf Einwanderer historisch gesehen eine beträchtliche Anziehungskraft (Pull-Effekt) ausüben.

Insgesamt 3,8 Millionen Menschen wanderten 2014 in einen EU-28 Mitgliedstaat aus, zugleich verließen mindestens 2,8 Millionen

Tabelle 1.6: Einwanderung nach Staatsangehörigkeit, 2014

	Einwanderer insgesamt	Staatsangehörige		Nichtstaatsangehörige							
				Insgesamt		Staatsangehörige anderer EU-Mitgliedstaaten		Drittstaatsangehörige		Staatenlose	
				(in Tsd.)	(in %)	(in Tsd.)	(in %)	(in Tsd.)	(in %)	(in Tsd.)	(in %)
Belgien	124,8	17,6	14,1	105,9	84,9	64,6	51,8	41,3	33,1	0,0	0,0
Bulgarien	26,6	9,5	35,7	17,0	64,0	1,4	5,4	15,3	57,4	0,3	1,2
Tsch. Republik	29,9	5,8	19,3	24,1	80,7	14,8	49,3	9,4	31,4	0,0	0,0
Dänemark	68,4	19,3	28,3	49,0	71,7	23,8	34,9	24,5	35,8	0,7	1,0
Deutschland	884,9	88,4	10,0	790,2	89,3	415,9	47,0	372,4	42,1	1,9	0,2
Estland	3,9	2,6	65,5	1,3	34,4	0,2	4,0	1,2	29,6	0,0	0,8
Irland	67,4	12,4	18,4	55,0	81,6	26,2	38,8	28,7	42,6	0,1	0,1
Griechenland	59,0	29,5	50,0	29,5	50,0	16,0	27,1	13,5	22,9	0,0	0,0
Spanien	305,5	41,0	13,4	264,5	86,6	100,0	32,7	164,4	53,8	0,1	0,0
Frankreich	339,9	126,2	37,1	213,7	62,9	83,5	24,6	130,2	38,3	0,0	0,0
Kroatien	10,6	4,8	45,3	5,8	54,6	2,3	21,9	3,5	32,6	0,0	0,1
Italien	277,6	29,3	10,5	248,4	89,5	68,1	24,5	180,3	64,9	0,0	0,0
Zypern	9,2	1,4	15,3	7,8	84,7	3,7	40,8	4,0	43,9	0,0	0,0
Lettland	10,4	5,9	56,6	4,4	42,9	0,9	8,9	3,5	33,9	0,0	0,1
Litauen	24,3	19,5	80,4	4,8	19,6	0,7	2,7	4,1	16,8	0,0	0,1
Luxemburg	22,3	1,3	5,9	21,0	94,0	16,5	74,1	4,4	19,9	0,0	0,0
Ungarn	54,6	28,6	52,4	26,0	47,6	10,5	19,3	15,5	28,3	0,0	0,0
Malta	8,9	1,8	20,5	7,1	79,5	4,4	49,6	2,7	29,9	0,0	0,0
Niederlande	145,3	37,4	25,8	107,8	74,2	58,4	40,2	47,8	32,9	1,6	1,1
Österreich	116,3	9,2	7,9	106,9	92,0	67,0	57,6	39,4	33,9	0,5	0,4
Polen	222,3	127,8	57,5	94,3	42,4	27,2	12,3	67,0	30,1	0,1	0,0
Portugal	19,5	10,2	52,4	9,3	47,6	3,4	17,3	5,9	30,3	0,0	0,0
Rumänien	136,0	123,9	91,1	12,1	8,9	1,2	0,9	10,9	8,0	0,0	0,0
Slowenien	13,8	2,5	18,3	11,3	81,7	3,3	23,6	8,0	58,1	0,0	0,0
Slowakei	5,4	2,9	54,9	2,4	45,1	2,0	36,8	0,4	8,3	0,0	0,0
Finnland	31,5	7,9	24,9	23,1	73,4	9,5	30,1	13,6	43,1	0,1	0,2
Schweden	127,0	20,9	16,4	105,6	83,2	28,1	22,1	70,7	55,7	6,8	5,3
Ver. Königreich	632,0	81,3	12,9	550,7	87,1	263,6	41,7	287,1	45,4	0,0	0,0
Island	5,4	1,9	35,8	3,4	64,2	2,9	53,2	0,6	10,3	0,0	0,8
Liechtenstein	0,6	0,2	26,7	0,5	73,3	0,2	39,8	0,2	33,5	0,0	0,0
Norwegen	66,9	6,9	10,3	60,0	89,6	35,1	52,5	24,3	36,3	0,6	0,8
Schweiz	156,3	26,2	16,7	130,1	83,2	94,4	60,4	35,7	22,9	0,0	0,0

Hinweis: Die Summe der Werte für die einzelnen Kategorien von Staatsangehörigkeiten kann aufgrund von Rundungen

und der Nichtberücksichtigung der Kategorie "Unbekannte Staatsangehörigkeit" in der Tabelle vom Gesamtwert abweichen.

Quelle: Eurostat (Online-Datencode: migr_imm1ctz)

Auswanderer einen der EU-Mitgliedstaaten. Diese Gesamtangaben betreffen nicht die Wanderungsströme in die bzw. aus der EU insgesamt, vielmehr enthalten sie auch die Wanderungsströme zwischen den Mitgliedstaaten.

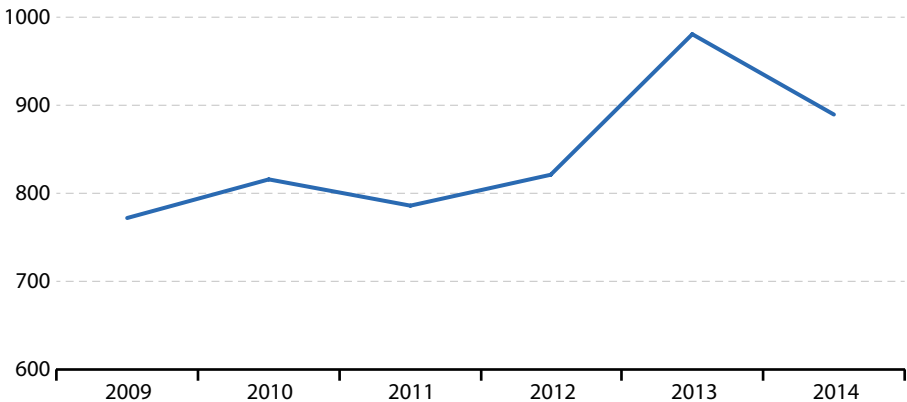
Von diesen 3,8 Millionen Einwanderern im Jahr 2014, kamen schätzungsweise 1,6 Millionen aus Drittstaaten, 1,3 Millionen aus einem anderen EU-Mitgliedstaat und etwa 870 000 Menschen wanderten in einen EU-Mitgliedstaat ein, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzen (z. B. zurückkehrende Staatsbürger oder im Ausland

geborene Staatsbürger). Hinzu kamen etwa 12 400 Staatenlose.

2014 wanderten schätzungsweise 1,9 Millionen Drittstaatsangehörige in die EU-28 ein. Weitere 1,8 Millionen kamen aus einem anderen EU-Mitgliedstaat, in dem sie zuvor gelebt hatten.

Im Jahr 2014 erwarben 889 100 Personen die Staatsangehörigkeit eines EU-Mitgliedstaats; dies entspricht einem Rückgang von 9% im Vergleich zu 2013. Dieser Rückgang erfolgte nach einem über zwei aufeinander folgende Jahre zu verzeichnenden Anstieg.

Abbildung 1.6: Zahl der Personen, die die Staatsangehörigkeit eines EU-Mitgliedstaats erworben haben, EU-28, 2009–14 (in Tsd.)



Hinweis: 2010–14: Schätzungen. 2010–12: enthält Daten für Rumänien für das Jahr 2009.

Quelle: Eurostat (Online-Datencode: migr_acq)



1.7 Asyl

Asyl ist eine Form des internationalen Schutzes, den ein Staat einer Person auf seinem Hoheitsgebiet gewährt. Asyl wird einer Person gewährt, die in dem Land, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzt oder in dem sie ihren Wohnsitz hat, keinen Schutz suchen kann, insbesondere aus Furcht vor Verfolgung aufgrund von Rasse, Religion, Nationalität oder der Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Einstellung.

Nach Spitzenwerten im Jahr 1992 (672 000 Anträge in der EU-15), als die EU-Mitgliedstaaten eine große Zahl von Asylbewerbern aus dem ehemaligen Jugoslawien aufnahmen, und erneut im Jahr 2001 (424 000 Anträge in der EU-27), fiel die Zahl der Asylanträge in der EU-27 in den nachfolgenden Jahren auf knapp 200 000 Anträge im Jahr 2006.

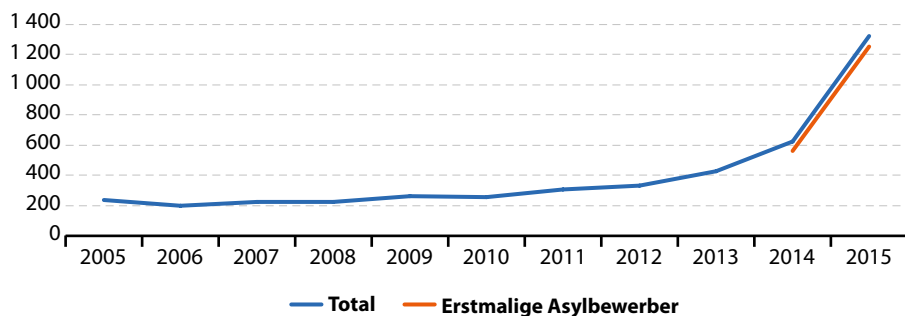
Betrachtet man nur die Anträge von Drittstaatsangehörigen, so erhöhte sich die Zahl der Asylanträge in der EU-27 und später in der EU-28

bis 2012 allmählich. Sie nahm danach rasch zu, und erreichte 2013 431 000, 2014 627 000 und fast 1,3 Mio. im Jahr 2015. Im Jahr 2015 wurden in der EU-28 fast doppelt so viele Asylanträge gestellt als 1992 in der EU-15.

Im Jahr 2015 betrug die Zahl der **Asylerstantragsteller** in der EU-28 66 000 und lag somit etwa 5 % unter der Gesamtzahl der Antragsteller. Damit hat sich die Zahl der Erstantragsteller von 563 000 2014 auf knapp 1,26 Mio. im Jahr 2015 mehr als verdoppelt. Dieser Anstieg ist vor allem auf die höhere Zahl von Bewerbern aus Syrien, Afghanistan und dem Irak und in geringerem Ausmaß aus Albanien, dem Kosovo (!), und Pakistan zurückzuführen.

Die Zahl der Asylerstantragsteller aus Syrien stieg 2015 in den Mitgliedstaaten der EU-28 auf 363 000; dies entspricht fast 29 % aller Asylbewerber aus Drittstaaten. Afghanische Staatsangehörige stellten 14 % der Gesamtzahl, Iraker 10 %, Kosovaren und Albaner je 5 %, und Pakistanis 4 %.

Abbildung 1.7: Asylanträge (Drittstaaten) in den Mitgliedstaaten der EU-28, 2005–15
(in Tsd.)



Hinweis: 2005–07: EU-27 und extra-EU-27. Erstmalige Asylbewerber: 2005–13 nicht verfügbar.

Quelle: Eurostat (Online-Datencode: [migr_asyctz](#) und [migr_asyappctza](#))

(!) Diese Bezeichnung berührt nicht die Standpunkte zum Status und steht im Einklang mit der Resolution 1244 des VN-Sicherheitsrates und dem Gutachten des Internationalen Gerichtshofs zur Unabhängigkeitserklärung des Kosovo.

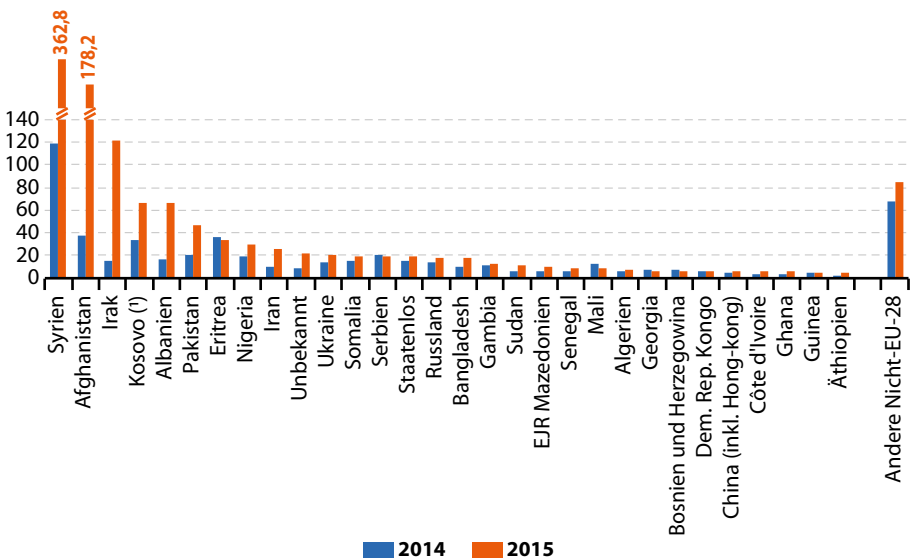
Der relativ größte Rückgang der Asylbewerber aus den wichtigsten Herkunftsländern wurde für Mali ermittelt, da die Zahl malischer Asylbewerber zwischen 2014 und 2015 um mehr als ein Drittel sank (?).

Die Zahl der Asylers Antragsteller in Deutschland stieg von 173 000 im Jahr 2014 auf 442 000 2015. Auch Ungarn, Schweden und Österreich meldeten sehr starke Zunahmen (jeweils um mehr als 50 000 zusätzliche Asylers Antragsteller) von 2014 auf 2015. Nach relativen Anteilen wurden die höchsten Zunahmen bei Asylers Antragstellern in Finnland (um mehr als das Neunfache), Ungarn (um mehr als das Vierfache) und Österreich (mehr als das

Dreifache) registriert, während Belgien, Spanien, Deutschland, Luxemburg, Irland und Schweden einen Anstieg der Asylers Antragsteller um mehr als das Doppelte meldeten. Rumänien, Kroatien, Litauen, Slowenien und Lettland dagegen meldeten 2015 weniger Asylers Antragsteller als 2014.

Mehr als vier von fünf Asylers Antragstellern des Jahres 2015 (83 %) in der EU-28 waren unter 35 Jahre alt; auf die Gruppe der 18- bis 34-Jährigen entfiel gut die Hälfte (53 %) der Gesamtzahl der Erstantragsteller, die Gruppe der Minderjährigen im Alter unter 18 Jahren machte hingegen fast ein Drittel (29 %) der Antragsteller aus.

Abbildung 1.8: Herkunftsländer der Asylbewerber (aus Drittstaaten) in den Mitgliedstaaten der EU-28, 2014 und 2015 (in Tsd. von Erstantragstellern)



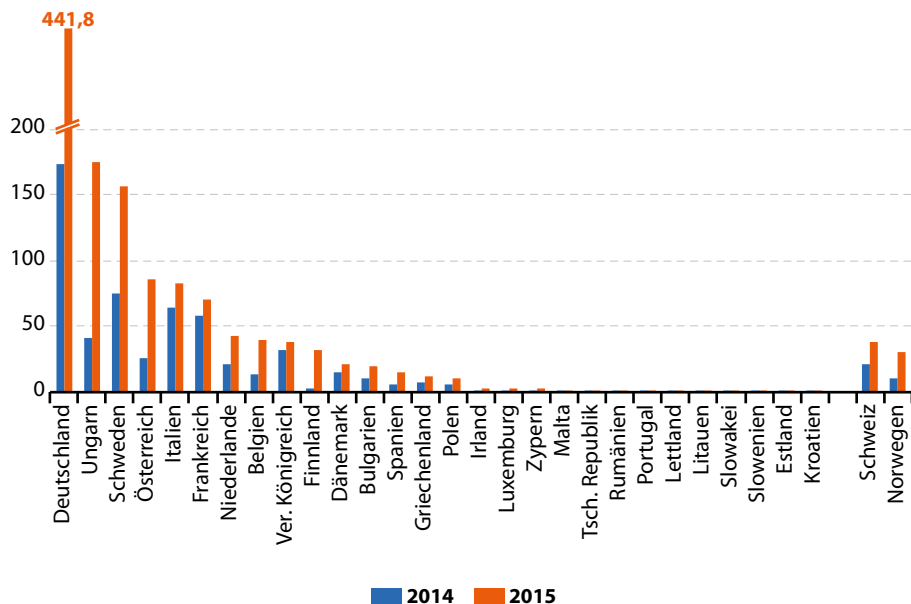
Hinweis: Gemäß der Resolution 1244 (99) des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen.

Quelle: Eurostat (Online-Datencode: [migr_asyappctza](#))

(?) In dieser Analyse werden nur die nach Anzahl der Asylbewerber stärksten 30 Länder berücksichtigt.



Abbildung 1.9: Anzahl der Asylbewerber (aus Drittstaaten) in den Mitgliedstaaten der EU und EFTA, 2014 und 2015
(in Tsd. von Erstantragstellern)



Quelle: Eurostat (Online-Datencode: migr_asyappctza)

2

Lebensbedingungen



Einleitung

Die von der Europäischen Kommission vorgeschlagene [Strategie Europa 2020 für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum](#) gibt eine Wachstumsstrategie für das derzeitige Jahrzehnt vor. Zu den sieben Leitinitiativen der Strategie zählt die Europäische Plattform zur Bekämpfung der Armut. Sie soll:

- für wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt sorgen;
- die Anerkennung der Grundrechte der von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffenen Menschen auf ein Leben in Würde und auf aktive Teilhabe an der Gesellschaft gewährleisten;
- die Eingliederung von Menschen in ihr lokales Umfeld, die berufliche Ausbildung, die Arbeitsuche und den Zugang zu Sozialleistungen erleichtern.

Um die Fortschritte bei der Verwirklichung der Ziele der Strategie Europa 2020 zu messen, wurden fünf [Kernziele](#) festgelegt, die bis 2020 erreicht werden sollen. Diese Kernziele sollen von den einzelnen EU-Mitgliedstaaten im Rahmen [nationaler Ziele](#) umgesetzt werden, die den unterschiedlichen inneren und äußeren Gegebenheiten der Länder Rechnung tragen. Eines dieser Ziele lautet, dass bis 2020 die Zahl der von Armut und sozialer Ausgrenzung bedrohten Menschen in der gesamten EU um mindestens 20 Millionen sinken sollte. Die zum ersten Mal im Jahr 2008 kombinierten und im [Jahr 2010 konkretisierten zusammengefassten wirtschafts- und beschäftigungspolitischen Leitlinien](#) werden im Kontext der Strategie Europa 2020 unter Verwendung des [Gemeinsamen Bewertungsrahmens](#) (auf Englisch) bewertet.

2.1 Soziale Eingliederung

Als mehrdimensionale Konzepte lassen sich Erscheinungen wie Armut und soziale Ausgrenzung nur schwer mit statistischen Mitteln erfassen. Folglich wurden sowohl monetäre als auch nichtmonetäre Indikatoren entwickelt, z. B. die [Armutgefährdungsquote](#), die [Armutgefährdungsschwelle](#), die [Quote der erheblichen materiellen Entbehrung](#) und der Prozentsatz von [Personen, die in einem Haushalt mit sehr niedriger Erwerbsbeteiligung leben](#). Bei der Analyse der sozialen Eingliederung sollten noch weitere, ebenfalls relevante Faktoren in Betracht gezogen werden, so der Zugang zur allgemeinen und beruflichen Bildung, die Gesundheit und die Wohnsituation.

Im Jahr 2014 lebten 122 Mio. Personen in der EU-28 in Haushalten, die als von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht eingestuft werden. Das entspricht einem Anteil von 24,5 % der Gesamtbevölkerung. 2014 sank die Zahl der armutsgefährdeten bzw. von sozialer Ausgrenzung bedrohten Personen um 564 000, womit sich der Anteil der betroffenen Personen an der Gesamtbevölkerung gegenüber 2013 um 0,1 Prozentpunkte verringerte.

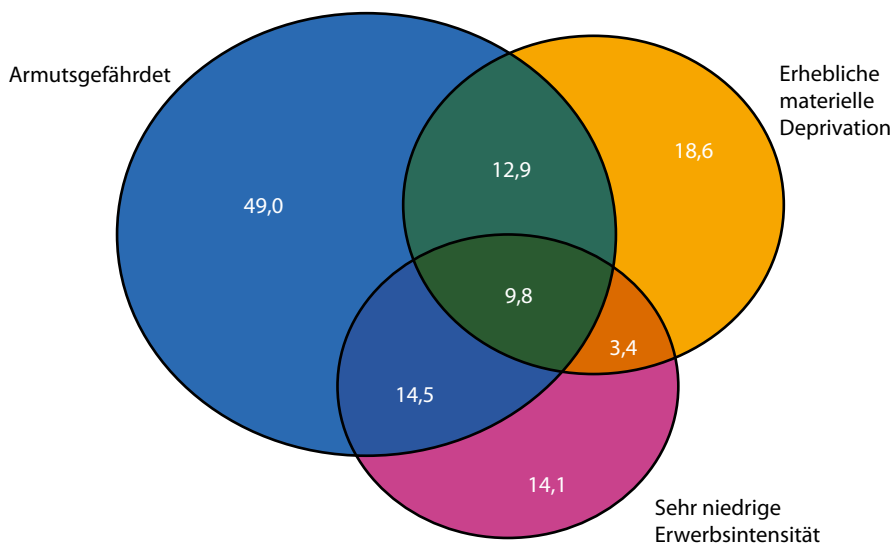
Hinter diesem als gewogener Durchschnittswert der nationalen Angaben berechneten Gesamtergebnis für die EU-28 verbergen sich erhebliche Unterschiede zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten. So galten 2014 in Rumänien



(40,2 %) und Bulgarien (40,1 %) knapp zwei Fünftel der Bevölkerung als von Armut bzw. sozialer Ausgrenzung bedroht, während dieser Anteil in Griechenland (36,0 %) über ein Drittel der Bevölkerung betrug. In zehn weiteren EU-Mitgliedstaaten, nämlich Litauen, Ungarn, Kroatien, Spanien, Italien, Portugal, Irland, Zypern, Litauen und Estland, galt 2014 über ein Viertel der Bevölkerung als von Armut bzw. sozialer Ausgrenzung bedroht.

Zu den EU-Mitgliedstaaten mit den geringsten Quoten der Armutsgefährdung bzw. Gefährdung durch soziale Ausgrenzung zählten 2014 die Tschechische Republik (14,8 %), die Niederlande (16,5 %), Schweden (16,9 %) und Finnland (17,3 %); auch Island (11,2 %), Norwegen (13,5 %) und die Schweiz (16,3 %, Daten von 2013) verzeichneten einen relativ niedrigen Anteil ihrer jeweiligen Bevölkerung als armutsgefährdet bzw. durch soziale Ausgrenzung gefährdet.

Abbildung 2.1: Anzahl der von sozialer Ausgrenzung bedrohten bzw. armutsgefährdeten Personen, aufgeschlüsselt nach Art der Gefährdung, EU-28, 2014 (Mio.)



Bevölkerung, die
 — weder von Armut bedroht ist
 — noch unter erheblicher materiellen Deprivation leidet
 — noch in einem Haushalt mit sehr niedriger Erwerbsintensität wohnt
 = 377,8 Mio.

Hinweis: Rundungsbedingt unterscheidet sich die Summe für die sieben Gruppen der Armutsgefährdung oder der sozialen Ausgrenzung vom anderweitig veröffentlichten Gesamtwert. Schätzungen.

Quelle: Eurostat (Online-Datencode: [ilc_pees01](#))

Tabelle 2.1: Von sozialer Ausgrenzung bedrohte oder armutsgefährdete Bevölkerung, 2009–14

	Anteil der Gesamtbevölkerung (%)			Anzahl Personen (in Tsd.)		
	2009 (¹)	2013	2014	2009	2013	2014
EU-28	23,3	24,6	24,5	:	122 884	122 320
ER-18	21,6	23,1	23,5	70 323	75 745	77 019
Belgien	20,2	20,8	21,2	2 145	2 286	2 339
Bulgarien (²)	46,2	48,0	40,1	3 511	3 493	2 909
Tsch. Republik	14,0	14,6	14,8	1 448	1 508	1 532
Dänemark (³)	17,6	18,3	17,9	962	1 025	1 007
Deutschland	20,0	20,3	20,6	16 217	16 212	16 508
Estland (²)	23,4	23,5	26,0	312	313	338
Irland	25,7	29,5	27,4	1 150	1 358	1 265
Griechenland	27,6	35,7	36,0	3 007	3 904	3 885
Spanien	24,7	27,3	29,2	11 336	12 630	13 402
Frankreich	18,5	18,1	18,5	11 200	11 245	11 540
Kroatien	:	29,9	29,3	:	1 271	1 243
Italien	24,9	28,5	28,3	14 799	17 229	17 146
Zypern	23,5	27,8	27,4	188	240	234
Lettland	37,9	35,1	32,7	808	702	645
Litauen	29,6	30,8	27,3	943	917	804
Luxemburg	17,8	19,0	19,0	85	96	96
Ungarn	29,6	34,8	31,1	2 924	3 388	3 035
Malta	20,3	24,0	23,8	82	99	99
Niederlande	15,1	15,9	16,5	2 483	2 648	2 751
Österreich	19,1	18,8	19,2	1 577	1 572	1 609
Polen	27,8	25,8	24,7	10 454	9 748	9 337
Portugal	24,9	27,5	27,5	2 648	2 879	2 863
Rumänien	43,1	40,4	40,2	9 112	8 601	8 549
Slowenien	17,1	20,4	20,4	339	410	410
Slowakei	19,6	19,8	18,4	1 061	1 070	960
Finnland	16,9	16,0	17,3	886	854	927
Schweden	15,9	16,4	16,9	1 459	1 602	1 636
Ver. Königreich	22,0	24,8	24,1	13 389	15 586	15 188
Island	11,6	13,0	11,2	36	40	35
Norwegen	15,2	14,1	13,5	724	714	682
Schweiz	17,9	16,3	:	1 338	1 271	:
EJR Mazedonien	:	48,1	43,2	:	993	894
Serbien	:	42,0	43,1	:	3 005	3 068
Türkei	63,9	:	:	45 051	:	:

(¹) EU-28-Daten nicht verfügbar; EU-27-Daten stattdessen.

(²) 2014: Bruch in der Zeitreihe.

(³) 2013: Bruch in der Zeitreihe.

Quelle: Eurostat (Online-Datencode: ilc_peps01)



2.2 Einkommensverteilung

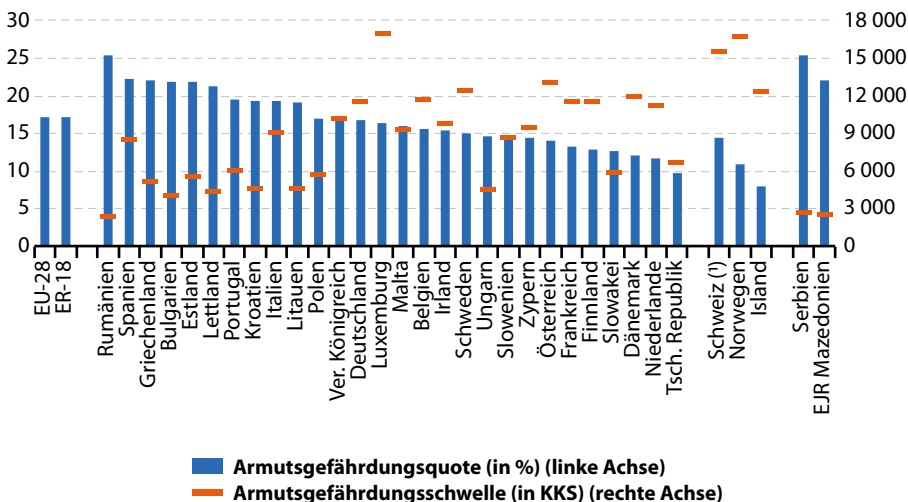
Die Armutsgefährdungsquote (nach Sozialtransfers) blieb in der EU-28 in den Jahren 2011 bis 2013 mit einem Rückgang von 16,9% auf 16,7% relativ konstant. Von 2013 bis 2014 stieg sie um 0,5 Prozentpunkte auf 17,2%.

Die Armutsgefährdungsschwelle ist auf 60% des nationalen medianen verfügbaren Äquivalenzeinkommens festgesetzt. Um den unterschiedlichen Lebenshaltungskosten in den einzelnen Ländern Rechnung zu tragen, wird dieser Wert häufig in Kaufkraftstandards (KKS) ausgedrückt. Dieser Wert schwankte 2014 in

den einzelnen EU-Mitgliedstaaten beträchtlich — von 2 400 KKS in Rumänien bis 13 000 KKS in Österreich, wobei der Wert in Luxemburg (17 000 KKS) noch darüber lag.

Unterschiedliche Gruppen der Gesellschaft sind in unterschiedlichem Maße von monetärer Armut bedroht. Arbeitslose sind besonders stark armutsgefährdet: In der EU-28 war 2014 beinahe die Hälfte (47,2%) aller Arbeitslosen von Armut bedroht, wobei Deutschland mit (67,4%) die bei Weitem höchste Quote verzeichnete.

Abbildung 2.2: Armutsgefährdungsquote und Armutsgefährdungsschwelle, 2014



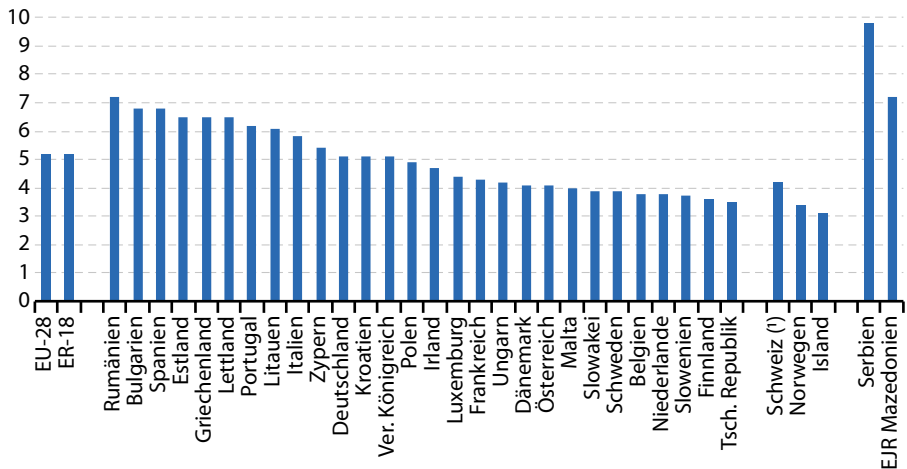
(¹) 2013.

Quelle: Eurostat (Online-Datencode: ilc_li01 und ilc_li02)

Besonders wichtig für die Schätzung der relativen Armut sind Daten über die wirtschaftliche Ungleichheit, denn die Verteilung der ökonomischen Ressourcen kann in direktem Zusammenhang mit Ausmaß und Tiefe der Armut stehen. 2014 bestanden ganz erhebliche **Ungleichheiten in der Verteilung der Einkommen**: Ausgehend vom nach der Bevölkerungszahl gewichteten Durchschnittswert der nationalen Daten der einzelnen EU-Mitgliedstaaten waren die Einkommen der oberen 20% der Bevölkerung (mit dem höchsten verfügbaren Äquivalenzeinkommen) 5,2 Mal so hoch wie die der unteren 20% der Bevölkerung (mit dem niedrigsten verfügbaren Äquivalenzeinkommen).

Der Grad der Armut, mithilfe dessen sich quantifizieren lässt, wie arm die Armen sind, kann anhand des **relativen Medianwerts der Armutsgefährdungslücke** bestimmt werden. Das Medianeinkommen der armutsgefährdeten Bevölkerung in der EU-28 lag 2014 um durchschnittlich 24,6% unter der Armutsgefährdungsschwelle, die bei 60% des nationalen verfügbaren Medianäquivalenzeinkommens aller Personen liegt. Den größten relativen Medianwert der Armutsgefährdungslücke wies Rumänien (35,2%) auf; die geringste Armutsgefährdungslücke unter den Mitgliedstaaten wies Finnland auf (13,9%).

Abbildung 2.3: Ungleichheit der Einkommensverteilung, 2014
(Anteilsverhältnis der Einkommensquintile)



(¹) 2013.

Quelle: Eurostat (Online-Datencode: ilc_d11)



2.3 Wohnen

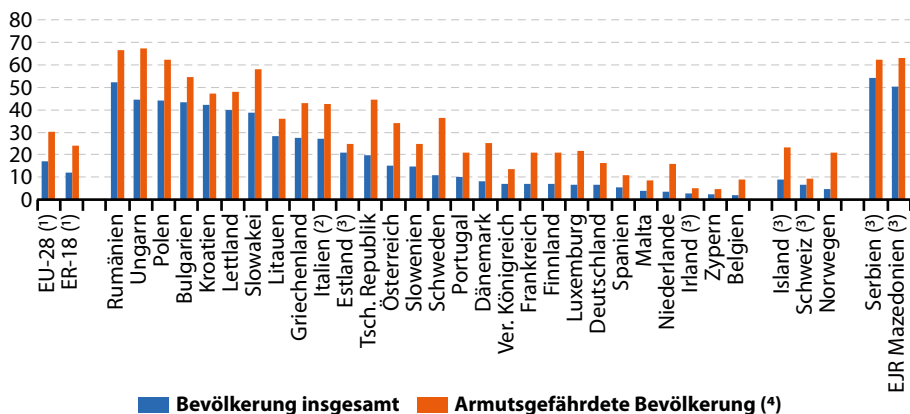
Angemessener Wohnraum zu einem bezahlbaren Preis und in einer sicheren Umgebung ist ein Grundbedürfnis und zugleich ein Grundrecht. Diesen Bedarf zu decken und damit zur Verringerung von Armut und sozialer Ausgrenzung beizutragen, stellt für einige europäische Länder immer noch eine erhebliche Herausforderung dar.

Im Jahr 2014 lebten 4 von 10 Personen in der EU-28 in Wohnungen, etwas mehr als ein Viertel (25,6%) in Doppelhaushälften und gut ein Drittel

(33,7%) in Einfamilienhäusern

Ein wesentliches Kriterium zur Bewertung der Qualität von Wohnraum ist die Frage, ob der Wohnraum ausreicht. Die **Überbelegungsquote** gibt den prozentualen Anteil der Bevölkerung an, der in überbelegtem Wohnraum lebt. Der Indikator, der auf der Grundlage der Zahl der Räume berechnet wird, die einem **Haushalt** zur Verfügung stehen, richtet sich nach der Größe des Haushalts, dem Alter der Haushaltsmitglieder und der familiären Situation. 2014 lebten 17,1%

Abbildung 2.4: Überbelegungsquote, 2014
(in % der angegebenen Bevölkerung)



(1) Schätzungen.

(2) Vorläufige Daten.

Quelle: Eurostat (Online-Datencode: ilc_lvho05a)

(3) 2013.

(4) Bevölkerung mit einem Einkommen von weniger als 60% des medianen Äquivalenzeinkommens.

der Bevölkerung der EU-28 in überbelegten Wohnungen

Im Jahr 2014 lebten 11,4% der Bevölkerung der EU-28 in Haushalten, in denen mindestens **40% des verfügbaren Äquivalenzeinkommens für Wohnraum ausgegeben wurde**.

Der EU-28-Durchschnittswert überdeckt erhebliche Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten; so gab es einerseits einige Mitgliedstaaten, in denen der Anteil der Bevölkerung, deren Wohnkosten 40% des verfügbaren Einkommens überschritten, nur sehr gering war — dies traf

insbesondere auf Malta (1,6%) und Zypern (4,0%) zu. Andererseits wendeten in Griechenland gut zwei Fünftel der Bevölkerung (40,7%) über 40%

ihres verfügbaren Äquivalenzeinkommens für ihre Behausung auf.

Tabelle 2.2: Quote der Überbelastung durch Wohnkosten nach Wohnbesitzverhältnissen, 2014 (in % der Bevölkerung)

	Bevölkerung insgesamt	Eigentum — durch Darlehen oder Hypotheken belastet	Eigentum — nicht durch Darlehen oder Hypotheken belastet	Miete — Marktpreis	Miete — zu ermäßigten Preisen oder unentgeltlich
EU-28	11,4	7,4	6,8	27,1	12,7
ER-18	11,4	7,5	5,6	26,2	11,7
Belgien	10,4	3,1	1,8	38,1	13,3
Bulgarien	12,9	9,3	11,3	40,8	17,9
Tsch. Republik	10,5	8,3	6,2	29,9	7,0
Dänemark ⁽¹⁾	15,6	5,2	7,1	32,9	:
Deutschland	15,9	11,3	9,6	23,1	16,6
Estland ⁽²⁾	7,2	9,2	4,8	25,6	10,4
Irland ⁽²⁾	4,9	1,4	1,7	17,8	6,8
Griechenland	40,7	29,2	37,6	55,8	47,5
Spanien	10,9	9,0	2,8	47,5	10,8
Frankreich	5,1	1,1	0,7	15,8	9,3
Kroatien	7,5	21,0	6,2	41,3	7,7
Italien	8,4	5,6	2,9	31,9	10,2
Zypern	4,0	6,0	0,7	19,3	1,3
Lettland	9,6	15,2	8,2	15,1	9,7
Litauen	7,1	6,8	6,4	37,3	9,2
Luxemburg	6,8	0,7	0,9	26,3	8,2
Ungarn	11,4	26,0	5,8	40,1	15,9
Malta	1,6	2,8	0,6	26,6	0,7
Niederlande	15,4	11,8	3,9	24,8	14,0
Österreich	6,6	1,8	2,6	15,6	6,8
Polen	9,6	18,0	8,0	25,5	10,9
Portugal	9,2	7,4	3,8	33,8	6,7
Rumänien	14,9	31,2	14,4	31,6	37,3
Slowenien	6,4	9,7	3,6	27,4	8,2
Slowakei	9,0	26,2	6,1	14,9	6,5
Finnland	5,1	2,3	2,6	16,8	9,6
Schweden ⁽¹⁾	7,8	2,9	5,6	17,8	60,7
Ver. Königreich	12,1	6,3	4,3	33,2	15,7
Island ⁽²⁾	8,8	6,8	7,0	17,9	14,4
Norwegen	8,2	5,1	4,0	34,2	16,8
Schweiz ⁽²⁾	10,6	5,6	5,1	15,2	9,2
EJR Mazedonien ⁽²⁾	17,6	10,3	17,1	62,4	20,2
Serbien ⁽²⁾	28,0	33,4	25,2	62,4	33,1

⁽¹⁾ Miete zu ermäßigten Preisen oder unentgeltlich; Unzuverlässige Angaben.

⁽²⁾ 2013.

Quelle: Eurostat (Online-Datencode: ilc_lvho07c und ilc_lvho07a)



2.4 Sozialschutz

Der Sozialschutz umfasst Eingriffe öffentlicher oder privater Stellen zur Verringerung der Lasten, die für private Haushalte und Einzelpersonen durch bestimmte Risiken oder Bedürfnisse entstehen, sofern diese weder eine Vereinbarung auf Gegenseitigkeit erfordern noch im Rahmen individueller Vereinbarungen erfolgen.

Da die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise überall in der EU-28 zu spüren waren, stiegen die Sozialschutzausgaben im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) zwischen 2008 und 2009 um 2,8 Prozentpunkte. In den Jahren 2010 und 2011 stiegen die Sozialschutzausgaben wertmäßig um 3,8% bzw. 1,8%.

2012 sah die Entwicklung anders aus, weil Sozialschutzausgaben und BIP um 3,3% bzw. 1,9% zulegten, was das Verhältnis der Sozialschutzausgaben zum BIP um 0,4 Prozentpunkte ansteigen ließ. Es lag somit in

der EU-28 bei 28,6%, d. h. um 2,6 Prozentpunkte über dem Niveau von 2008 (26,0%).

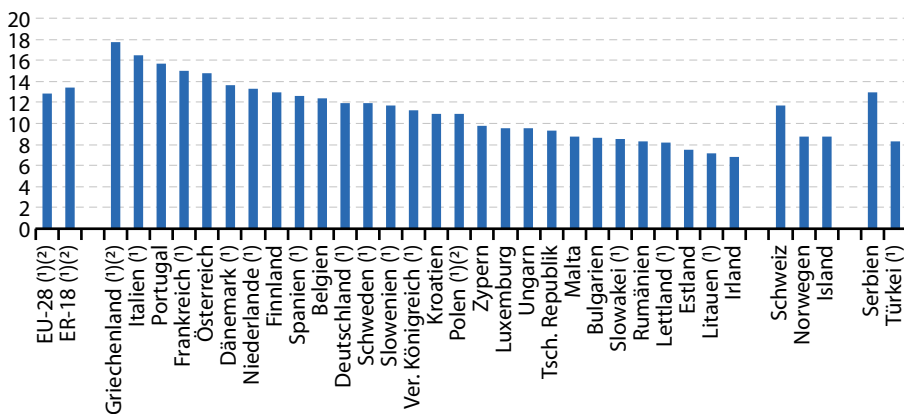
Bei der Höhe der Sozialschutzausgaben im Verhältnis zum BIP waren 2013 Frankreich (33,7%) und Dänemark (33,0%) führend. Dagegen lagen die Sozialschutzausgaben in Lettland bei 14,4%, was den niedrigsten Anteil darstellte.

Die Rentenausgaben lagen 2012 in der EU-28 bei 12,8% des BIP. Die Bandbreite innerhalb der EU-Mitgliedstaaten reichte dabei im Jahr 2013 von einem Höchstwert von 16,5% in Italien bis zu einem Tiefstwert von 6,8% in Irland, wobei der Wert für Griechenland aus dem Jahr 2012 (für 2013 standen keine Daten zur Verfügung) mit 17,7% noch oberhalb dieser Bandbreite lag.

Ausgaben für die Altenpflege umfassen Pflegegelder, Unterbringung und Hilfestellung im Alltag. In der EU-28 entfielen 2012 auf diese Ausgaben 0,5% des BIP.

Abbildung 2.5: Rentenausgaben, 2013

(in % des BIP)



(1) Vorläufig.

(2) 2012.

Quelle: Eurostat (Online-Datencode: [spr_exp_pens](#))

Tabelle 2.3: Sozialschutzausgaben, 2003–13
(in % des BIP)

	2003	2008	2009	2010	2011	2012	2013
EU-28	:	26,0	28,8	28,6	28,2	28,6	:
ER-18	26,8	26,5	29,3	29,2	28,9	29,4	:
Belgien	27,0	27,7	30,0	29,4	29,7	29,9	30,2
Bulgarien	:	14,7	16,1	17,3	16,7	16,7	17,6
Tsch. Republik	18,6	17,9	20,1	20,1	20,1	20,5	20,2
Dänemark (¹)	30,1	28,9	32,8	32,8	32,3	32,2	33,0
Deutschland	29,8	27,1	30,5	29,8	28,6	28,7	29,0
Estland	12,6	14,7	18,8	17,6	15,6	15,0	14,8
Irland	16,4	20,1	23,9	24,5	23,2	23,0	22,0
Griechenland	22,6	25,3	27,3	28,6	30,4	31,6	:
Spanien	19,8	21,4	24,4	24,7	25,4	25,5	25,7
Frankreich (²)	30,2	30,2	32,6	32,7	32,5	33,3	33,7
Kroatien	:	18,6	20,7	20,8	20,4	20,9	21,7
Italien	24,8	26,7	28,8	28,8	28,5	29,3	29,8
Zypern	16,8	17,7	19,3	20,1	20,8	21,0	22,3
Lettland	13,3	12,0	16,7	18,1	15,1	14,2	14,4
Litauen	13,4	15,9	21,0	18,9	16,9	16,3	15,3
Luxemburg	22,1	21,2	23,8	22,9	22,3	23,0	23,1
Ungarn	21,0	22,5	22,9	22,7	21,7	21,4	20,9
Malta	16,8	17,6	19,0	18,7	18,2	18,4	18,4
Niederlande	26,3	26,4	29,4	29,7	30,2	31,0	31,3
Österreich	28,8	27,8	29,8	29,8	29,0	29,3	29,7
Polen	21,0	19,4	20,4	19,6	18,6	17,7	:
Portugal	22,8	23,4	25,8	25,8	25,8	26,4	27,6
Rumänien	13,0	14,1	16,9	17,3	16,4	15,4	14,8
Slowenien	23,2	21,0	23,7	24,4	24,5	24,9	25,0
Slowakei	18,0	15,7	18,5	18,3	17,9	18,1	18,4
Finnland	25,5	25,1	29,0	29,2	28,8	30,1	31,2
Schweden	30,4	27,7	30,1	28,6	28,2	29,3	30,0
Ver. Königreich	25,4	26,4	29,1	28,8	28,7	28,8	28,1
Island	22,3	21,1	23,9	23,3	23,9	23,7	23,6
Norwegen	26,7	21,7	25,4	25,1	24,7	24,5	25,0
Schweiz	26,4	23,3	25,4	25,5	25,4	26,3	27,0
Serbien	:	:	:	23,9	22,7	24,0	23,3
Türkei (³)	10,7	11,9	14,1	13,5	13,2	13,8	14,1

(¹) 2007: Bruch in der Reihe.

(²) 2006 und 2009: Bruch in der Reihe.

(³) 2008 und 2012: Bruch in der Reihe.

Quelle: Eurostat (Online-Datencode: spr_exp_sum)



2.5 Verbrechen

Die neuesten Eurostat-Zahlen in Bezug auf Kriminalität und Strafjustiz zeigen, dass die Fälle von polizeilich erfassten vorsätzlichen Tötungen und Überfällen in der EU-28 stetig zurückgegangen sind (Daten zu Überfällen stehen aus 29 Rechtssystemen zur Verfügung und Daten zu vorsätzlichen Tötungen aus 28 der insgesamt 30 Rechtssysteme).

Die Anzahl von polizeilich erfassten vorsätzlichen Tötungen verringerte sich zwischen 2008 und 2014 um 24 %, während die Anzahl der Vergewaltigungen im gleichen Zeitraum um 37 % zunahm. Bei Sexualverbrechen (Daten aus 26 Rechtssystemen verfügbar) lag die Anzahl der polizeilich erfassten Vergehen 2014 in der

EU-28 um 8 % höher als 2008, obwohl die Zahlen zwischen 2008 und 2011 sanken und 2012 erneut zunahmen.

Zwischen 2008 und 2014 nahm die Gesamtzahl der polizeilich erfassten Sexualstraftaten in der gesamten EU-28 (Daten aus 25 Rechtssystemen verfügbar) um 16,6 % zu. Nach einem Rückgang der polizeilich erfassten Vergehen im Jahr 2009 kam es in der EU-28 im Zeitraum 2010–12 (als die Werte noch unter dem Niveau von 2008 lagen) jährlich zu einer leichten Zunahme, 2013 und 2014 dagegen zu einem rascheren Anstieg.

Insgesamt nahm die Zahl der Polizisten in der EU-28 (kohärente Daten für 23 Rechtssysteme verfügbar) in den Jahren von 2009 bis 2013 ab

Abbildung 2.6: Polizeilich erfasste Straftaten nach Art der Straftat, EU-28, 2008–14 (2008 = 100)

Jahr	Vergewaltigungen (¹)	Sexuelle Übergriffe (²)	Vorsätzliche Tötung (³)	Überfälle (⁴)
2008	100	100	100	100
2009	102	98	95	75
2010	104	96	92	70
2011	106	95	90	68
2012	108	96	85	66
2013	115	98	80	65
2014	135	108	76	65

(¹) Ohne Italien.

(²) Ohne Lettland, Luxemburg, Polen und Slowakei.

(³) Ohne Niederlande und England und Wales (Ver. Königreich).

(⁴) Ohne Polen..

Quelle: Eurostat (Online-Datencode: [crim_off_cat](#))

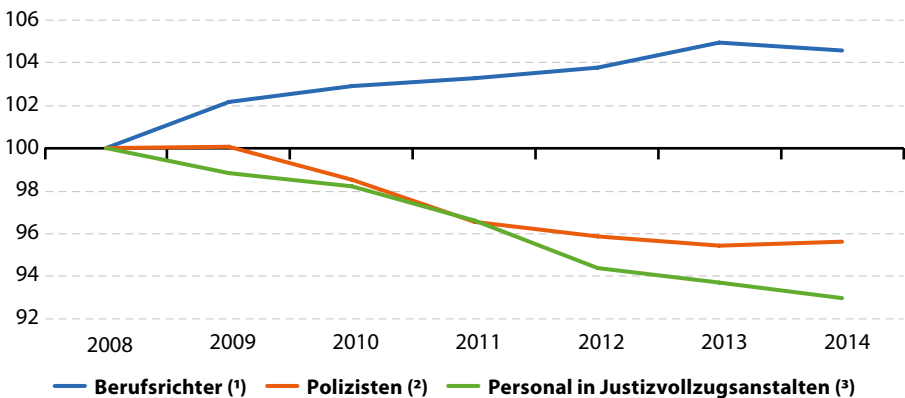
und 2014 dagegen leicht zu. In der gesamten EU-28 (20 Rechtssysteme) hat die Anzahl der Berufsrichter im Zeitraum 2008–13 jedes Jahr zugenommen und ist 2014 nur leicht zurückgegangen. Der Gesamtanstieg bei der Anzahl der Richter lag für den Zeitraum zwischen 2008 und 2014 bei 4,6%.

In der EU-28 (Daten aus 27 Rechtssystemen verfügbar) stieg die Gesamtzahl der Gefängnisinsassen zwischen 2008 und 2011 allmählich an, stabilisierte sich 2012 und ging

2013 um 3,6% und 2014 um 3,5% zurück, sodass es 2014 um 3,5% weniger Gefängnisinsassen gab als 2008.

In der EU-28 (Daten aus 26 Rechtssystemen) ist die überwiegende Mehrheit der Gefängnisinsassen männlich. Im Jahr 2014 machten erwachsene Männer 95% aller erwachsenen Gefängnisinsassen aus; dieser Anteil ist seit 2008 relativ stabil geblieben.

Abbildung 2.7: Personal in der Strafjustiz, EU-28, 2008–14
(2008 = 100)



(1) Ohne Belgien, Bulgarien, Deutschland, Irland, Italien, Luxemburg, Malta, Niederlande, England und Wales (Ver. Königreich), und Nordirland (Ver. Königreich).

(2) Ohne Deutschland, Estland, Griechenland, Spanien, Italien, Lettland und Niederlande.

(3) Ohne Belgien, Estland, Griechenland, Frankreich, Zypern, Lettland, Luxemburg, Niederlande und Schweden.

Quelle: Eurostat (Online-Datencode: [crim_just_job](#))

3

Gesundheit



Einleitung

Gesundheit liegt den Europäerinnen und Europäern besonders am Herzen. Sie wünschen sich ein langes gesundes Leben und erwarten Schutz vor Krankheiten und Unfällen sowie eine angemessene **Gesundheitsversorgung**. Gesundheitsthemen berühren zahlreiche Aspekte — etwa den Verbraucherschutz (Fragen der Lebensmittelsicherheit), die Sicherheit am Arbeitsplatz und umwelt- oder sozialpolitische Maßnahmen.

Zuständig für die Organisation und Bereitstellung von Gesundheitsdienstleistungen und der Gesundheitsversorgung sind weitgehend die EU-Mitgliedstaaten. Die EU hat den Auftrag, nationale Gesundheitsmaßnahmen zu ergänzen. Sie soll in erster Linie die Menschen vor Gesundheitsgefährdungen und Krankheit schützen, einen gesunden Lebenswandel fördern und die nationalen Behörden in der EU bei der Zusammenarbeit in Gesundheitsfragen unterstützen.

Die Alterung der Bevölkerung wird auch in den nächsten Jahrzehnten eine Herausforderung für den Gesundheitssektor in der EU darstellen. Die Nachfrage nach Gesundheitsdienstleistungen dürfte in Folge der Alterung der Bevölkerung massiv ansteigen, während der Anteil der Erwerbstätigen vermutlich stagnieren oder in manchen Fällen sinken wird. So könnte es in bestimmten medizinischen Spezialisierungen und geografischen Gebieten zu Personalknappheit kommen. Im Jahr 2014 waren ein Drittel aller Ärzte in der EU über 55 Jahre alt.

Die EU erfasst statistische Daten, um Gesundheitsfragen zu bewerten und um Maßnahmen effizient zu konzipieren und gezielt auszuarbeiten. Diese statistischen Angaben müssen auf gemeinsamen EU-Gesundheitsindikatoren basieren, über die in Bezug auf Definitionen, Erfassung und Verwendung ein europaweiter Konsens herrscht. Dazu gehören beispielsweise die **Gesundheitsindikatoren der Europäischen Gemeinschaft (ECHI)** und **Indikatoren für nachhaltige Entwicklung**.

3.1 Gesunde Lebensjahre

Ob wir die zusätzlichen Lebensjahre, die wir durch die gestiegene Lebenserwartung erhoffen können, bei guter Gesundheit verbringen, ist eine entscheidende Frage. Da sich diese Frage durch den Indikator **Lebenserwartung bei der Geburt** nicht vollständig beantworten lässt, wurden Indikatoren für die Gesundheitserwartung entwickelt, zum Beispiel der Indikator für **gesunde Lebensjahre** (auch behinderungsfreie Lebenserwartung genannt). Bei diesen Indikatoren liegt der Schwerpunkt auf der Lebensqualität im Sinne einer guten Gesundheit und nicht auf der Lebensdauer, die anhand der **Lebenserwartung** gemessen wird. Der

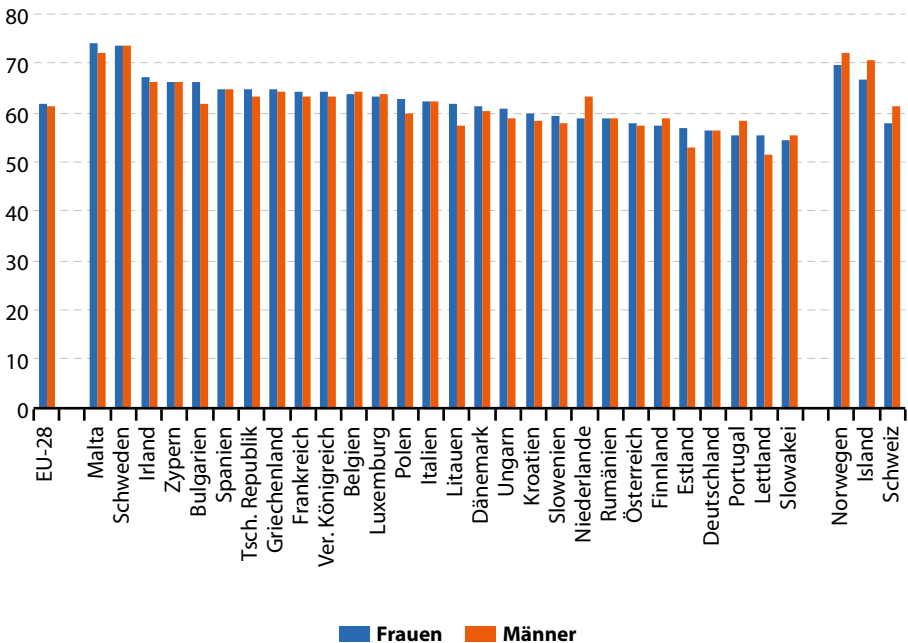
Indikator „gesunde Lebensjahre“ ist eine wichtige Messgröße für die relative Gesundheit der Bevölkerung der EU.

Im Jahr 2014 wurde die Zahl der gesunden Lebensjahre bei der Geburt in der EU-28 auf 61,4 Jahre für Männer und 61,8 Jahre für Frauen geschätzt. Diese Werte entsprachen rund 79 % der gesamten Lebenserwartung bei der Geburt für Männer und 74 % für Frauen.

Frauen hatten 2014 in der EU-28 eine um durchschnittlich 5,5 Jahre höhere Lebenserwartung als Männer. Allerdings ist davon auszugehen, dass Frauen in den Jahren, die sie länger leben als



Abbildung 3.1: Gesunde Lebensjahre bei der Geburt, nach Geschlecht, 2014
(in Jahren)



Quelle: Eurostat (Online-Datencode: hlth_hlye)

Männer, mit Aktivitätseinschränkungen rechnen müssen. Tatsächlich war der **geschlechtsspezifische Unterschied** beim Indikator für gesunde Lebensjahre 2014 mit gerade 0,4 Jahren Differenz zugunsten der Frauen deutlich geringer als bei der Lebenserwartung insgesamt. Männer verbringen zumeist einen größeren Teil ihres im Vergleich zu den Frauen kürzeren Lebens frei von Aktivitätseinschränkungen. In 18 EU-Mitgliedstaaten hatten Frauen mehr gesunde Lebensjahre bei der Geburt zu erwarten als Männer, wobei in Bulgarien und den **baltischen Mitgliedstaaten** eine Differenz von mehr als 4,0 Jahren verzeichnet wurde.

Eine Analyse, bei der die gesunden Lebensjahre beider Geschlechter im Alter von 65 Jahren miteinander verglichen wurden, zeigt, dass 2014 in zwölf EU-Mitgliedstaaten Männer davon ausgehen konnten, länger gesund zu bleiben als Frauen. Dies galt insbesondere für Zypern und Portugal (hier konnten Männer im Alter von 65 Jahren erwarten, mindestens ein Jahr länger ohne Beeinträchtigungen zu leben als Frauen). In Estland, Schweden und Dänemark hingegen konnten Frauen davon ausgehen, mindestens ein Jahr länger ohne Beeinträchtigungen zu leben als Männer.

Tabelle 3.1: Gesunde Lebensjahre mit 65 Jahren, nach Geschlecht, 2014
(in Jahren)

	Frauen	Männer	Unterschied
EU-28	8,6	8,6	0,0
Belgien	11,0	11,0	0,0
Bulgarien	9,6	8,7	0,9
Tsch. Republik	9,3	8,5	0,8
Dänemark	12,8	11,0	1,8
Deutschland	6,7	6,8	-0,1
Estland	6,0	4,9	1,1
Irland	12,3	11,4	0,9
Griechenland	7,1	7,7	-0,6
Spanien	9,4	10,1	-0,7
Frankreich	10,7	10,4	0,3
Kroatien	5,8	6,0	-0,2
Italien	7,3	7,8	-0,5
Zypern	8,8	10,4	-1,6
Lettland	4,6	4,0	0,6
Litauen	6,1	6,1	0,0
Luxemburg	10,8	11,3	-0,5
Ungarn	6,1	6,0	0,1
Malta	13,7	13,3	0,4
Niederlande	10,2	10,7	-0,5
Österreich	7,7	8,4	-0,7
Polen	8,1	7,5	0,6
Portugal	5,6	6,9	-1,3
Rumänien	5,7	5,9	-0,2
Slowenien	8,6	7,8	0,8
Slowakei	3,6	4,3	-0,7
Finnland	9,3	8,8	0,5
Schweden	16,7	15,2	1,5
Ver. Königreich	10,6	9,7	0,9
Island	15,1	15,4	-0,3
Norwegen	15,9	15,3	0,6
Schweiz	9,6	10,6	-1,0

Quelle: Eurostat (Online-Datencode: [hlth_hlye](#))



3.2 Todesursachen

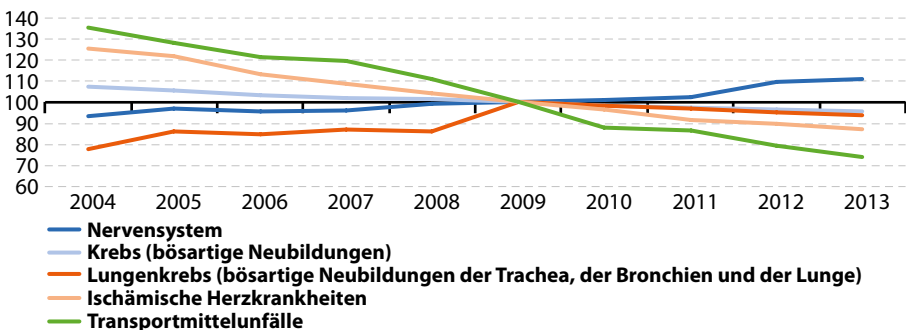
Das Risiko, an einer bestimmten Krankheit oder aufgrund anderer Ursachen zu sterben, lässt sich ermitteln, indem man alle Todesfälle in der Bevölkerung zu den zugrunde liegenden Todesursachen ins Verhältnis setzt. Anhand **standardisierter Sterberaten** können die ermittelten Zahlen nach Alter, Geschlecht, Land, in dem sich der Todesfall ereignete/Wohnort des Verstorbenen, und Region (NUTS-Ebene 2) weiter aufgeschlüsselt werden.

Zwischen 2004 und 2013 nahmen in der EU-28 die standardisierten Sterberaten im Fall von Krebs bei den Männern um 11,0 % und bei den Frauen um 5,9 % ab (siehe Abbildungen 1 und 2). Größere Rückgänge gab es auch bei den Todesfällen aufgrund von ischämischen Herzkrankheiten: Hier gingen die Sterbeziffern um 30,6 % (Männer) bzw. 33,4 % (Frauen) zurück. Bei den Verkehrsunfällen fielen die Rückgänge mit 45,3 % (Männer) bzw. 47,0 % (Frauen) noch höher aus.

Zu den Krankheiten des Kreislaufsystems zählen Krankheiten, die auf Bluthochdruck, Cholesterin, Diabetes und Rauchen zurückzuführen sind. Was diese Gruppe von Erkrankungen des Kreislaufsystems betrifft, so führten ischämische Herzkrankheiten und zerebrovaskuläre Krankheiten am häufigsten zum Tod. Im Jahr 2013 starben in der EU-28 132 von 100 000 Einwohnern an ischämischen Herzkrankheiten.

Selbstmord ist zwar keine häufige Todesursache, und in einigen EU-Mitgliedstaaten dürften auch nicht alle Fälle erfasst werden. Allerdings wird die Selbstmordrate oft als ein wichtiger Indikator gesehen, der Probleme aufzeigt, mit denen sich die Gesellschaft auseinandersetzen muss. In der EU-28 kamen 2013 durchschnittlich 11,7 Sterbefälle durch Selbstmord auf 100 000 Einwohner.

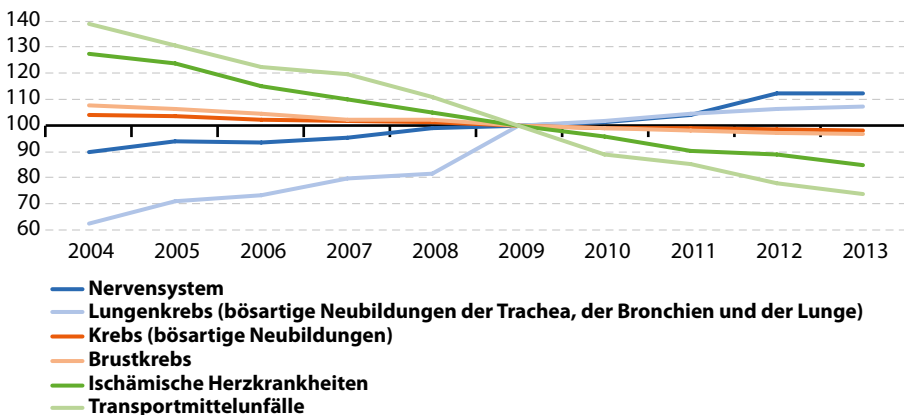
Abbildung 3.2: Todesursachen — standardisierte Sterberate pro 100 000 Einwohner, Männer, EU-28, 2004–13
(2009 = 100)



Hinweis: 2004, 2005 und 2010: vorläufig, 2011–13: Für die Standardisierung der Altersgruppen älterer Menschen wurde statt gesonderter Altersgruppen (85–89, 90–94 und über 95) die Altersgruppe der über 85-Jährigen herangezogen.

Quelle: Eurostat (Online-Datencode: [hlth_cd_asdr](#) und [hlth_cd_asdr2](#))

Abbildung 3.3: Todesursachen — standardisierte Sterberate pro 100 000 Einwohner, Frauen, EU-28, 2004–13
(2009 = 100)



Hinweis: 2004, 2005 und 2010: vorläufig. 2011–13: Für die Standardisierung der Altersgruppen älterer Menschen wurde statt gesonderter Altersgruppen (85–89, 90–94 und über 95) die Altersgruppe der über 85-Jährigen herangezogen.

Quelle: Eurostat (Online-Datencode: hlth_cd_asdr und hlth_cd_asdr2)

3.3 Gesundheitsversorgung

Die Gesundheitssituation des Einzelnen und der Bevölkerung insgesamt wird durch genetische Faktoren und Umweltfaktoren, kulturelle und sozioökonomische Gegebenheiten sowie das zur Verhütung und Behandlung von Krankheiten zur Verfügung stehende Angebot an Gesundheitsleistungen beeinflusst.

Mit nichtmonetären Statistiken kann beurteilt werden, inwieweit das Gesundheitssystem eines Landes in der Lage ist, einen allgemeinen Zugang zu einer guten Gesundheitsversorgung zu bieten, indem die personellen und technischen Ressourcen, der Einsatz dieser

Ressourcen und der Bedarf der Patienten gemessen werden. In diesem Artikel werden die statistischen Daten zum medizinischen Personal, zu Krankenhausbetten und zu Krankenhausentlassungen von stationären Patienten und Tagesklinikfällen vorgestellt.

2013 gab es in der EU-28 etwa 1,8 Millionen **Ärzte**, und damit 253 000 mehr als zehn Jahre zuvor. Einer der wichtigsten Indikatoren, mit denen das Gesundheitspersonal gemessen wird, ist die Zahl der Ärzte pro 100 000 Einwohner. Griechenland verzeichnete 2014 mit 632 Ärzten pro 100 000 Einwohner den höchsten Anteil

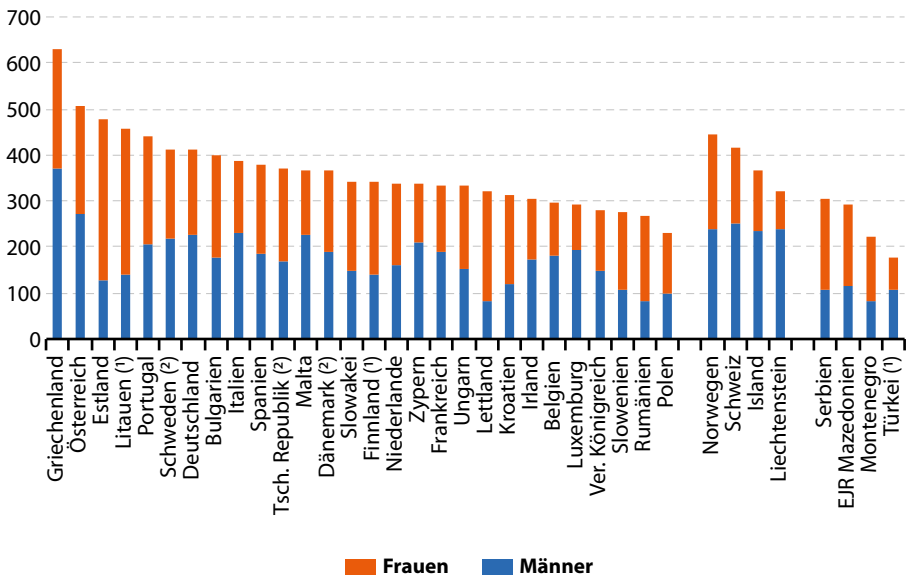


(Daten für approbierte Ärzte). Österreich (505), Portugal (443, approbierte Ärzte), Litauen (431, Schweden (412, Daten für 2013) und Deutschland (411) wiesen die nächsthöchsten Quoten auf und waren die einzigen anderen Mitgliedstaaten, die mehr als 400 Ärzte pro 100 000 Einwohner meldeten. 231 Ärzte pro 100 000 Einwohner wurden hingegen hingegen in Polen verzeichnet.

So gab es in der EU-28 über 340 000 Zahnärzte, über 440 000 Apotheker und fast 540 000 Physio-

therapeuten. Gemessen an der Bevölkerungszahl verzeichnete Griechenland mit 126 Zahnärzten pro 100 000 Einwohner (Daten für approbierte Zahnärzte) die höchste Zahl. Das waren deutlich mehr als in jedem anderen EU-Mitgliedstaat, denn die nächsthöchsten Quoten wiesen Zypern und Bulgarien (jeweils 98) auf. Weniger als 50 Zahnärzte pro 100 000 Einwohner fanden sich hingegen in der Slowakei (49; fachlich aktive Zahnärzte), Malta (37) und Polen (34).

Abbildung 3.4: Anzahl der Ärzte, nach Geschlecht, 2014
(pro 100 000 Einwohner)

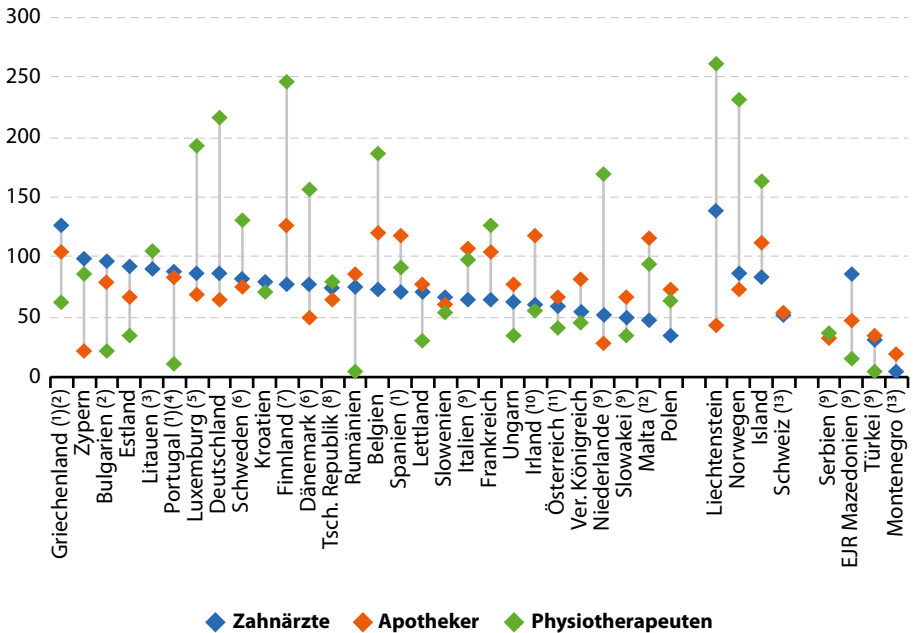


(1) Schätzungen.

(2) 2013.

Quelle: Eurostat (Online-Datencode: h1th_rs_phys und demo_pjan)

Abbildung 3.5: Anzahl der Zahnärzte, Apotheker und Physiotherapeuten, 2014
(pro 100 000 Einwohner)



Hinweis: Reihenfolge nach Zahl der Zahnärzte.

(1) Zahnärzte: approbierte.

(2) Apotheker: Fachlich aktive.

(3) Apotheker: approbierte.

(4) Physiotherapeuten: Schätzung.

(5) Ohne Stomatologen und Kieferchirurgen.

(6) 2013.

(7) Zahnärzte und Apotheker: 2012.

(8) Schätzungen.

(9) Zahnärzte und Apotheker: Fachlich aktive.

(10) Zahnärzte und Apotheker: approbierte.

(11) Physiotherapeuten: Ausgenommen Selbständige und Angestellte in anderen Einrichtungen als Krankenhäusern.

(12) Apotheker: Schätzung.

(13) Physiotherapeuten: nicht verfügbar.

Quelle: Eurostat (Online-Datencode: hlth_rs_prs1)

3.4 Gesundheitsausgaben

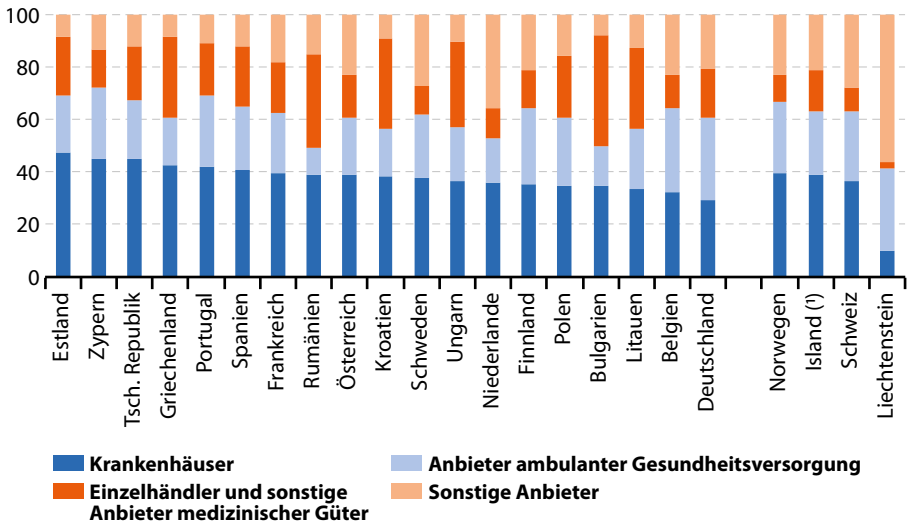
Zwischen den EU-Mitgliedstaaten bestehen zwar erhebliche Unterschiede hinsichtlich Organisation und Finanzierung ihrer Gesundheitssysteme, doch würden sicherlich die meisten Bürgerinnen und Bürger Europas zustimmen, dass der allgemeine Zugang zu einer guten und

bezahlbaren Gesundheitsversorgung zu den Grundbedürfnissen sowohl des Einzelnen als auch der Gesellschaft als Ganzes zählt. Darüber hinaus gehört er zu den gemeinsamen Werten und Grundsätzen der EU-Gesundheitssysteme.

In Deutschland beliefen sich die laufenden Gesundheitsausgaben im Jahr 2013 auf 309 Mrd. EUR, was 10,9% des BIP entsprach. In Frankreich lag der Anteil der laufenden Gesundheitsausgaben (231 Mrd. EUR) bei ebenfalls 10,9% des BIP; die Niederlande (11,0%) und Schweden (11,1%) hingegen waren die einzigen EU-Mitgliedstaaten, von denen höhere Werte gemeldet wurden. Zu beachten ist, dass die laufenden Gesundheitsausgaben in der Schweiz 11,2% des BIP entsprachen. Dagegen entsprachen die laufenden Gesundheitsausgaben in Polen, Litauen und Estland weniger als 6,5% des BIP, die niedrigste Quote (5,2%) meldete Rumänien. Auf Krankenhäuser entfiel 2013 in der Regel der höchste Anteil an den laufenden Gesundheitsausgaben, der zwischen 29,5% aller

Ausgaben in Deutschland und einem Anteil von 47,6% in Estland rangierte. Deutschland und Bulgarien waren die einzigen EU-Mitgliedstaaten, für die Daten vorliegen, deren höchster Anteil an den Gesundheitsausgaben nicht auf Krankenhäuser entfiel. Denn in Deutschland entfielen 31,1% aller Gesundheitsausgaben auf ambulante Einrichtungen, während in Bulgarien der Anteil des Einzelhandels und sonstiger Anbieter medizinischer Güter an den gesamten Gesundheitsausgaben bei 42,4% lag. Die zweitwichtigste Kategorie bildeten in der Regel ambulante Einrichtungen, deren Anteil an den Gesundheitsausgaben zwischen 10,4% in Rumänien und über 30,0% in Deutschland und Belgien lag. In Liechtenstein entfielen auf ambulante Einrichtungen 31,7% aller Gesundheitsausgaben.

Abbildung 3.6: Gesundheitsausgaben nach Leistungserbringern, 2013
(in % der laufenden Gesundheitsausgaben)



Hinweis: Dänemark, Irland, Italien, Lettland, Luxemburg, Malta, Slowenien, Slowakei und Ver. Königreich: nicht verfügbar.
(†) Abweichende Definitionen.
Quelle: Eurostat (Online-Datencode: hlth_sha11_hp)

Tabelle 3.2: Laufende Gesundheitsausgaben, 2013

	Millionen Euro	Euro je Einwohner	KKS je Einwohner	% des BIP
Belgien	40907	3 658	3 263	10,4
Bulgarien	3 298	454	1 034	7,9
Tsch. Republik	10 895	1 036	1 593	6,9
Dänemark	:	:	:	:
Deutschland	308 526	3 826	3 739	10,9
Estland	1 136	862	1 222	6,0
Irland	:	:	:	:
Griechenland	15 777	1 439	1 710	8,8
Spanien	92 700	1 988	2 110	9,0
Frankreich	231 060	3 515	3 262	10,9
Kroatien	3 171	745	1 177	7,3
Italien	:	:	:	:
Zypern	1 244	1 443	1 529	6,9
Lettland	:	:	:	:
Litauen	2 147	726	1 253	6,1
Luxemburg	:	:	:	:
Ungarn	7 408	749	1 369	7,4
Malta	:	:	:	:
Niederlande	71 453	4 252	3 731	11,0
Österreich	32 729	3 860	3 521	10,1
Polen	25 262	664	1 264	6,4
Portugal	15 477	1 480	1 844	9,1
Rumänien	7 431	372	767	5,2
Slowenien	:	:	:	:
Slowakei	:	:	:	:
Finnland	19 319	3 552	2 854	9,5
Schweden	48 375	5 039	3 540	11,1
Ver. Königreich	202 721	3 161	2 736	9,9
Island (!)	1 013	3 130	2 789	8,8
Liechtenstein	287	7 762	:	:
Norwegen	35 130	6 916	4 134	8,9
Schweiz	57 651	7 127	4 573	11,2

(!) Abweichende Definition.

Quelle: Eurostat (Online-Datencode: hlth_sha11_hf)



3.5 Arbeitsunfälle

Dieses Kapitel behandelt die wichtigsten statistischen Indikatoren zu **nicht tödlichen** und **tödlichen Arbeitsunfällen** in der EU, die im Rahmen der europäischen Statistik über Arbeitsunfälle (ESAW) bei der Erfassung von Verwaltungsdaten erfasst wurden.

In der ESAW-Methodik ist ein Arbeitsunfall als ein während der Arbeit eintretendes konkretes Ereignis, das zu einem physischen oder psychischen Schaden führt, definiert. Bei tödlichen Arbeitsunfällen handelt es sich um Unfälle, die innerhalb eines Jahres zum Tod des Unfallopfers führen. In der ESAW erfasste nicht tödliche Arbeitsunfälle sind Unfälle, die Ausfallzeiten von mehr als vier Kalendertagen nach sich ziehen (und bisweilen auch als „schwere Arbeitsunfälle“ bezeichnet werden).

Im Jahr 2013 wurden etwas mehr als 3,1 Mio. nicht tödliche Arbeitsunfälle, die Ausfallzeiten von mindestens vier Kalendertagen nach sich zogen, und 3 674 tödliche Unfälle in der EU-28 verzeichnet; so war durchschnittlich einer von 850 Unfällen in der EU-28 tödlich. Zwischen 2012 und 2013 ging die Zahl der Arbeitsunfälle in der EU-28 zurück, wobei die Zahl der nicht tödlichen Arbeitsunfälle um 38 000 fiel und die der tödlichen Arbeitsunfälle um 244 sank. Bei den Männern war die Wahrscheinlichkeit, einen nicht tödlichen oder einen tödlichen Arbeitsunfall zu erleiden, deutlich höher als bei den Frauen. In der EU-28 waren bei mehr als zwei von drei (69,8%) nicht tödlichen Unfällen Männer betroffen.

Es ist darauf hinzuweisen, dass tödliche Arbeitsunfälle sich relativ selten ereignen, so dass die Inzidenzraten der einzelnen Jahre sehr unterschiedlich ausfallen können, was insbesondere auf einige der kleineren EU-Mitgliedstaaten zutrifft.

Die Wahrscheinlichkeit eines Unfalls hängt mit dem Wirtschaftszweig zusammen, in dem eine Person tätig ist, wobei die relative Bedeutung der einzelnen Wirtschaftszweige zwischen den Ländern variiert. Deshalb werden standardisierte Inzidenzraten berechnet. Dabei wird davon ausgegangen, dass die relative Größe der Wirtschaftszweige in den einzelnen Volkswirtschaften der in der EU insgesamt entspricht.

In der EU-28 ereigneten sich 2013 durchschnittlich 2,3 tödliche Arbeitsunfälle pro 100 000 Beschäftigte während es zu 1 696 nicht tödlichen Unfällen pro 100 000 Beschäftigte kam.

In der EU-28 wurden 2013 fast zwei Drittel (65,7%) aller tödlichen Arbeitsunfälle und nahezu die Hälfte (47,0%) aller nicht tödlichen Arbeitsunfälle im Baugewerbe, im Verarbeitenden Gewerbe, in den Bereichen Verkehr und Lagerei, Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei verzeichnet. Mehr als jeder fünfte (21,4%) tödliche Arbeitsunfall ereignete sich 2013 in der EU-28 im Baugewerbe, dahinter folgt das Verarbeitende Gewerbe mit 16,6%.

Tabelle 3.3: Zahl der nicht tödlichen und tödlichen Arbeitsunfälle, 2013
(in Personen)

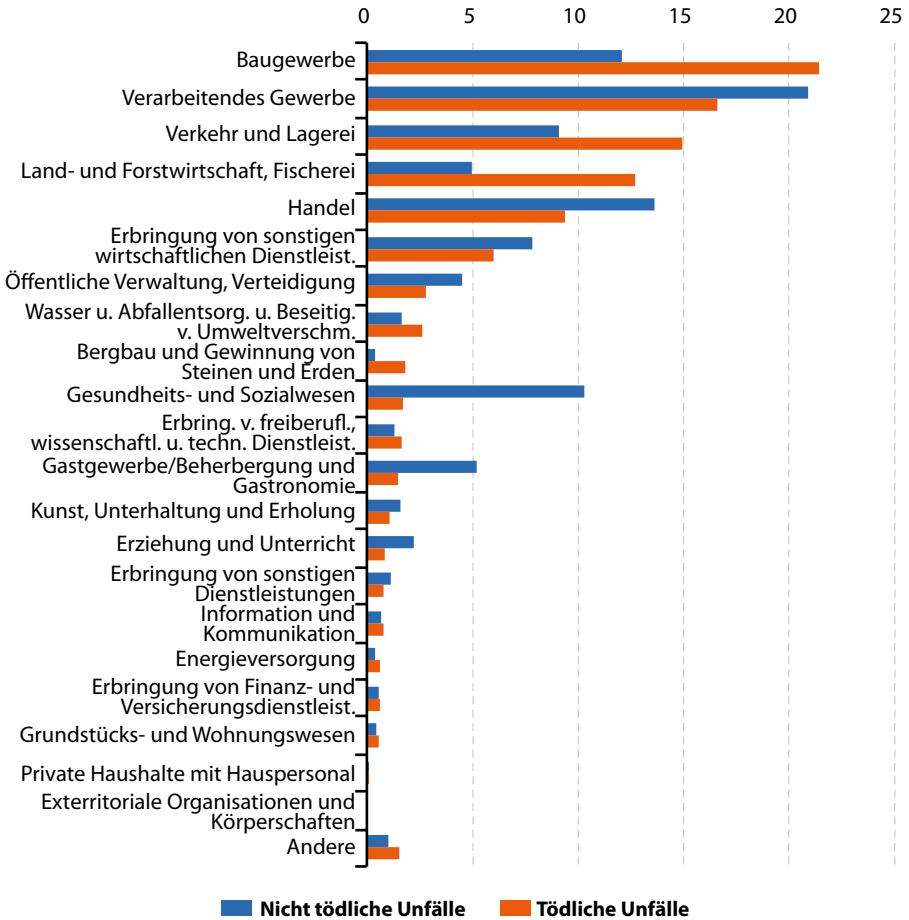
	Arbeitsunfälle mit Ausfallzeiten von mindestens vier Kalendertagen			Tödliche Arbeitsunfälle
	Insgesamt	Männlich	Weiblich	Insgesamt
EU-28	3 127 546	2 183 802	943 412	3 674
Belgien	56 405	41 444	14 954	66
Bulgarien	2 164	1 540	624	87
Tsch. Republik	44 070	30 838	13 232	130
Dänemark	55 931	33 506	22 235	39
Deutschland	852 061	635 030	217 031	444
Estland	6 175	3 801	2 373	20
Irland	18 049	11 690	6 278	40
Griechenland	9 676	7 424	2 252	22
Spanien	370 176	253 483	116 692	270
Frankreich	567 407	375 263	192 144	553
Kroatien	11 709	7 850	3 854	29
Italien	329 404	240 540	88 864	517
Zypern	1 529	1 076	453	9
Lettland	1 707	1 113	594	31
Litauen	3 043	1 955	1 088	58
Luxemburg	7 055	5 619	1 436	6
Ungarn	18 899	12 414	6 486	55
Malta	2 601	2 164	437	4
Niederlande	152 214	101 189	51 025	42
Österreich	64 646	51 275	13 371	143
Polen	77 339	50 976	26 363	277
Portugal	123 137	86 554	36 583	160
Rumänien	3 453	2 726	726	269
Slowenien	12 537	9 411	3 126	20
Slowakei	8 741	5 931	2 810	55
Finnland	47 432	32 630	14 802	22
Schweden	36 188	21 058	15 130	35
Ver. Königreich	243 798	155 302	88 449	271
Island	1 787	1 182	605	0
Norwegen	22 807	12 945	9 862	48
Schweiz	86 039	68 060	17 979	77

Hinweis: Im Rahmen von ESAW gemeldete nicht tödliche Unfälle sind Unfälle, die Ausfallzeiten von mindestens vier vollen Kalendertagen nach sich ziehen (schwere Unfälle).

Quelle: Eurostat (Online-Datencode: hsw_n2_01 und hsw_n2_02)

Abbildung 3.7: Tödliche und nicht tödliche Arbeitsunfälle nach Wirtschaftszweig, EU-28, 2013

(in % tödlicher und nicht tödlicher Unfälle)



Quelle: Eurostat (Online-Datencode: hsw_n2_01 und hsw_n2_02)

4

Bildung und Weiterbildung



Einleitung

Bildung, berufliche Bildung und ganz allgemein lebenslanges Lernen spielen sowohl in wirtschaftlicher als auch in sozialer Hinsicht eine entscheidende Rolle. Die Möglichkeiten, die die Europäische Union (EU) ihren Bürgerinnen und Bürgern im Hinblick auf Leben, Studium und Arbeit in anderen Ländern bietet, leisten einen wichtigen Beitrag zum interkulturellen Verständnis, zur persönlichen Entwicklung und zur vollen Ausschöpfung des wirtschaftlichen Potenzials der EU. Alljährlich nutzen weit über eine Million Bürgerinnen und Bürger jeden Alters die von der EU finanzierten Programme in den Bereichen Bildung, Berufsbildung und aktive Staatsbürgerschaft.

Die politische Zusammenarbeit innerhalb der EU wurde durch das Arbeitsprogramm „Allgemeine und berufliche Bildung 2010“ ausgebaut, in dem frühere Maßnahmen im Bereich der allgemeinen und beruflichen Bildung auf europäischer Ebene zusammengefasst sind. Das Nachfolgeprogramm, der [strategische Rahmen für die europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der allgemeinen und beruflichen Bildung](#) („ET 2020“) wurde im Mai 2009 vom Rat verabschiedet. Darin werden vier strategische Ziele der Bildungspolitik der EU benannt: die Verwirklichung von lebenslangem Lernen und Mobilität; die Verbesserung der Qualität und Effizienz der allgemeinen und beruflichen Bildung; die Förderung der Gerechtigkeit, des sozialen Zusammenhalts und des aktiven Bürgersinns sowie die Förderung von Kreativität und Innovation — einschließlich unternehmerischen Denkens — auf allen Ebenen der allgemeinen und beruflichen Bildung. Im strategischen Rahmen werden verschiedene Vorgaben festgesetzt, die bis 2020 erreicht werden sollen.

2014 wurden die bisher erzielten Fortschritte bewertet und die Prioritäten überprüft. Im November 2015 nahm der Rat sechs neue Prioritäten für den Zeitraum von 2016 bis 2020 an, denen ein [gemeinsamer Bericht](#) (2015/C 417/04) der Europäischen Kommission und der Mitgliedstaaten zugrunde lag. Die neuen prioritären Bereiche für die weitere Arbeit bis 2020 lauten:

- Wissen, Fähigkeiten und Kompetenzen von hoher Relevanz und hohem Wert, die im Laufe des lebenslangen Lernens erworben werden, wobei der Fokus auf den Lernergebnissen im Hinblick auf Beschäftigungsfähigkeit, Innovation, bürgerschaftliches Engagement und Wohlbefinden liegt;
- inklusive Bildung, Chancengleichheit, Gerechtigkeit, Nichtdiskriminierung und die Förderung von Bürgerkompetenz;
- offene und innovative allgemeine und berufliche Bildung, die sich die Errungenschaften des digitalen Zeitalters in vollem Umfang zu eigen macht;
- verstärkte Unterstützung für Lehrkräfte, Ausbilder, Schulleiter und sonstiges pädagogisches Personal;
- Transparenz und Anerkennung von Kompetenzen und Qualifikationen zur Erleichterung der Lern- und Arbeitsmobilität;
- nachhaltige Investitionen sowie Qualität und Effizienz der Systeme der allgemeinen und beruflichen Bildung.



Zur Messung der Fortschritte benötigt man ein ganzes Spektrum an vergleichbaren Statistiken über die Teilnahme an Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen, die Zahl von Absolventen und Lehrkräften, Fremdsprachenunterricht, die Mobilität von Studierenden und Forschern, Bildungsausgaben sowie Daten über Bildungsabschlüsse und Erwachsenenbildung. Die Bildungsstatistik deckt ein breites Themenspektrum ab, darunter: Ausgaben, Personal, Beteiligungsquoten und

Bildungsgrad. Die Normen für die internationale Bildungsstatistik werden von drei internationalen Organisationen festgelegt:

- vom Institut für Statistik (UIS) der [Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur \(UNESCO\)](#);
- von der [Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung \(OECD\)](#);
- [Eurostat](#), dem Statistischen Amt der Europäischen Union.

4.1 Elementare und primäre Bildung

In der Schule erwerben Kinder und Jugendliche grundlegende Fertigkeiten und Kompetenzen, die sie im täglichen Leben und für ihre Persönlichkeitsentwicklung benötigen. Die schulischen Erfahrungen wirken sich nicht nur auf die weitere Entwicklung der Schüler aus, sondern auch auf ihre spätere Stellung in der Gesellschaft, auf den Bildungsgrad und ihre Chancen am Arbeitsmarkt. Die Qualität der Bildung kann mit den Unterrichtsstandards in Zusammenhang gebracht werden, die wiederum von den Anforderungen an die Lehrkräfte, deren Ausbildung, den ihnen zugewiesenen Aufgaben und den verfügbaren Mitteln zur Ausführung dieser Aufgaben abhängen.

2013 gab es in der EU-28 gut 15 Millionen Schüler im Bereich Frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung für Kinder von drei Jahren bis zum Schuleintritt. Die Schülerzahlen im Primarbereich waren 1,9-mal höher und lagen knapp über 28 Millionen.

2013 gab es in der EU-28 (ohne Dänemark und Irland) 1,2 Millionen Betreuer in der Frühkindlichen Bildung, Betreuung und Erziehung für Kinder von drei Jahren bis zum Schuleintritt, und 2,0 Millionen Lehrer im Primarbereich.

Ein Indikator für die Qualität der Schulbildung ist das Verhältnis Schüler/Lehrer, das angibt, wie viele Schüler durchschnittlich von einem Lehrer betreut werden. 2013 war das [Verhältnis Schüler/Lehrer](#) im Bereich Frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung für Kinder unter drei Jahren besonders niedrig – was im Allgemeinen als positiv betrachtet werden kann; das Betreuungsverhältnis lag in den sechs EU-Mitgliedstaaten, für die Daten vorliegen, zwischen 5,1 in Deutschland und 9,5 in Kroatien. In all diesen Mitgliedstaaten lagen die Verhältniswerte im Bereich Frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung für Kinder unter drei Jahren unter den Werten des Bereichs Frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung für Kinder von drei Jahren bis zum Schuleintritt.

Das Verhältnis Schüler/Lehrer im Bereich Frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung für Kinder von drei Jahren bis zum Schuleintritt lag in den EU-Mitgliedstaaten zwischen 9,0 in Estland (der Wert enthält auch die Zahlen für die Frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung für Kinder unter drei Jahren) und 16,6 in Zypern, Rumänien und Portugal, wobei Frankreich (21,6) noch darüber und Schweden (6,4) darunter lag.

Tabelle 4.1: Schüler im Elementar- und Primarbereich, 2013
(in Tsd.)

	Die frühkindliche Entwicklung			Vorprimär			Primär		
	Insgesamt	Männlich	Weiblich	Insgesamt	Männlich	Weiblich	Insgesamt	Männlich	Weiblich
EU-28 (¹)	:	:	:	15 058,8	7 765,9	7 292,8	28 343,8	14 221,0	13 796,3
Belgien	:	:	:	457,0	234,3	222,7	764,1	390,3	373,8
Bulgarien	:	:	:	235,0	121,3	113,8	253,7	131,2	122,5
Tsch. Republik	:	:	:	358,1	185,9	172,2	491,8	252,4	239,4
Dänemark	113,7	58,3	55,4	192,2	99,9	92,3	469,6	241,3	228,3
Deutschland	677,9	346,7	331,2	2 207,1	1 139,1	1 068,0	2 890,5	1 487,7	1 402,8
Estland (²)	:	:	:	67,0	34,5	32,5	75,6	38,9	36,7
Irland	:	:	:	78,1	39,8	38,3	527,8	270,5	257,3
Griechenland	49,5	:	:	167,1	86,1	80,9	633,5	early	307,1
Spanien	449,4	233,6	215,9	1 465,6	755,7	709,9	2 934,6	1 502,1	1 432,5
Frankreich	:	:	:	2 560,8	1 309,9	1 250,8	4 171,0	2 137,6	2 033,4
Kroatien	23,0	12,2	10,9	105,0	54,5	50,5	160,3	82,2	78,1
Italien	:	:	:	1 686,1	874,6	811,5	2 861,0	1 475,3	1 385,7
Zypern	:	:	:	22,8	11,7	11,1	54,1	27,8	26,3
Lettland	:	:	:	79,7	40,9	38,8	114,1	58,6	55,4
Litauen	19,0	9,7	9,3	93,6	48,0	45,6	109,0	56,0	53,0
Luxemburg	:	:	:	16,5	8,4	8,1	35,3	18,1	17,1
Ungarn	:	:	:	340,2	175,7	164,5	385,5	199,0	186,4
Malta	:	:	:	8,9	4,6	4,3	23,7	12,1	11,5
Niederlande (³)	:	:	:	521,3	266,8	254,5	1 251,0	642,8	608,3
Österreich	36,7	18,9	17,8	237,3	122,1	115,3	327,2	168,4	158,8
Polen	:	:	:	1 216,5	625,9	590,6	2 160,9	1 107,4	1 053,5
Portugal	:	:	:	266,7	138,9	127,7	693,0	361,0	332,1
Rumänien	:	:	:	581,1	297,5	283,7	932,0	482,5	449,4
Slowenien	24,9	12,8	12,1	58,2	30,3	28,0	109,2	56,2	53,1
Slowakei	:	:	:	154,7	80,0	74,6	211,4	109,0	102,4
Finnland	50,1	25,7	24,5	194,5	99,6	94,9	348,4	178,7	169,7
Schweden	160,3	82,5	77,8	429,7	221,6	208,1	733,4	366,0	367,4
Ver. Königreich	257,9	131,3	126,6	1 258,2	658,3	599,9	4 622,2	2 367,8	2 254,4
Island	6,1	3,1	3,0	13,5	7,0	6,6	29,6	15,1	14,5
Liechtenstein	:	:	:	0,8	0,4	0,4	2,0	1,0	0,9
Norwegen	102,5	52,6	49,9	183,7	94,2	89,5	425,0	217,2	207,8
Schweiz	:	:	:	158,2	81,8	76,5	453,9	233,8	220,1
EJR Mazedonien	5,9	3,1	2,8	21,0	10,7	10,3	109,9	56,7	53,2
Serbien	31,5	16,2	15,3	156,9	80,7	76,2	:	:	:
Türkei	:	:	:	1 077,9	562,2	515,8	5 593,9	2 862,7	2 731,2

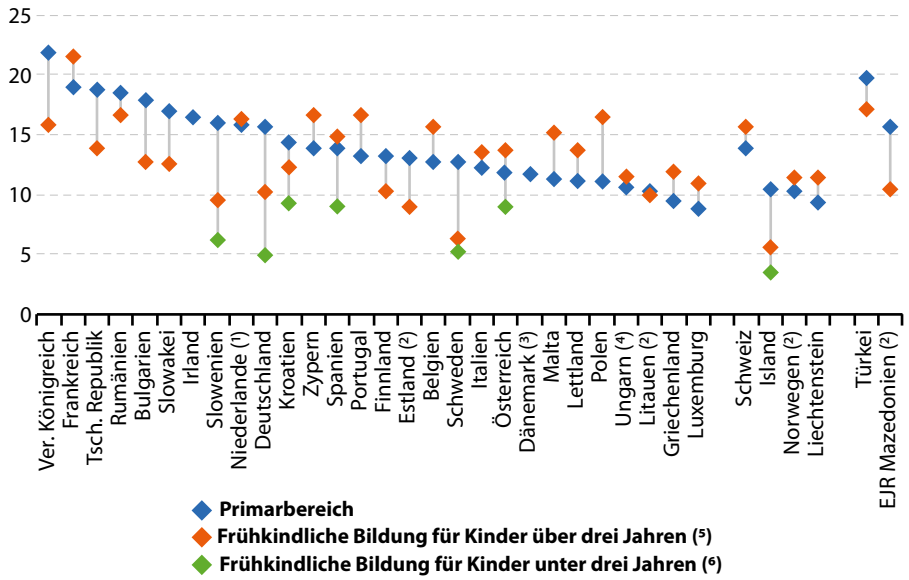
(¹) Frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung für Kinder von drei Jahren bis zum Schuleintritt: in Estland einschließlich frühkindlicher Bildung, Betreuung und Erziehung für Kinder unter drei Jahren. Primarbereich: umfasst in den Niederlanden nur den öffentlichen Sektor.

(²) Frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung für Kinder von drei Jahren bis zum Schuleintritt: einschließlich frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung für Kinder unter drei Jahren.

(³) Primarbereich: nur öffentlicher Sektor; die Schülerzahl in privaten Institutionen ist vernachlässigbar.

Quelle: Eurostat (Online-Datencodes: [educ_uae_enrp01](#) und [educ_uae_enrp04](#))

Abbildung 4.1: Verhältnis Schüler/Lehrer im Elementar- und Primarbereich, 2013
(Schülerzahl pro Lehrer)



Hinweis: Reihenfolge nach dem Verhältnis im Primarbereich.

- (1) Primarbereich: 2012.
- (2) Frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung für Kinder von drei Jahren bis zum Schuleintritt: einschließlich frühkindlicher Bildung, Betreuung und Erziehung für Kinder unter drei Jahren.
- (3) 2011. Primarbereich: einschließlich Sekundarbereich I.
- (4) Einschließlich Verwaltungspersonal.
- (5) Dänemark und Irland: nicht verfügbar.
- (6) Belgien, Dänemark, Estland, Griechenland, Litauen, Ungarn, Portugal, Rumänien, Finnland, Vereinigtes Königreich, Liechtenstein, Norwegen, EJR Mazedonien und Türkei: nicht verfügbar. Bulgarien, Tscheschische Republik, Irland, Frankreich, Italien, Zypern, Lettland, Luxemburg, Malta, Niederlande, Polen, Slowakei und Schweiz: nicht zutreffend.

Quelle: Eurostat (Online-Datencodes: educ_uae_perp04 und educ_iste)

4.2 Sekundare Bildung

Schüler kommen gewöhnlich im Alter zwischen 10 und 13 Jahren (am häufigsten im Alter von 12 Jahren) in den Sekundarbereich I (ISCED-Stufe 2) und im Alter zwischen 14 und 16 Jahren in den Sekundarbereich II (ISCED-Stufe 3). Die Schulpflicht endet in der Regel mit dem Ende des Sekundarbereichs I, in einigen Ländern erstreckt sie sich allerdings bis in den Sekundarbereich II. In den meisten EU-Mitgliedstaaten beträgt die Schulpflicht im Durchschnitt neun oder zehn Jahre. Wie der Begriff andeutet, beginnt der postsekundare, nicht tertiäre Bereich (ISCED-Stufe 4) nach dem Sekundarbereich II.

In der EU-28 gab es 2013 gut 20 Millionen Schüler im Sekundarbereich I, von denen die meisten (81,9%) öffentliche Schulen besuchten; eine Ausnahme bildeten die Niederlande. Die Schülerzahlen im Sekundarbereich II waren in der EU-28 etwas höher und lagen bei mehr als 21 Millionen, mit einer geringeren, aber doch klaren Mehrheit (75,2%; wieder ohne die Niederlande) an Schülern an öffentlichen Schulen; knapp mehr als die Hälfte (51,7%) der Schüler des Sekundarbereichs II waren in allgemeinbildenden Programmen und die übrigen in berufsbildenden Programmen eingeschrieben.

2013 war der postsekundare, nicht tertiäre Bereich mit 1,7 Millionen Schülern in der EU-28 (ohne Griechenland und Spanien; diesen Bildungsbereich gibt es in Dänemark,

Kroatien, Slowenien und im Vereinigten Königreich nicht) bei weitem der kleinste der drei Bildungsbereiche. Die Mehrheit der Schüler in diesem Bereich (90,8%) waren in berufsbildenden Programmen eingeschrieben.

2013 unterrichteten in der EU-28 (ohne Irland) 1,8 Millionen Lehrer im Sekundarbereich I, 1,8 Millionen Lehrer im Sekundarbereich II und 136 000 Lehrer im postsekundären, nicht tertiären Bereich.

Für 2013 wurde in den Sekundarbereichen I und II ein ähnliches Verhältnis Schüler/Lehrer festgestellt wie im Primarbereich. Das Verhältnis Schüler/Lehrer im Sekundarbereich I reichte in den EU-Mitgliedstaaten von weniger als 8,0 in Lettland, Malta, Litauen und Griechenland bis 15,4 in Frankreich, wobei das Verhältnis im Vereinigten Königreich (18,5) über diesem Bereich lag.

Das Verhältnis Schüler/Lehrer im Sekundarbereich I war geringer als im Sekundarbereich II. Frankreich hatte im Vergleich zum Verhältnis im Sekundarbereich I (15,4) einen besonders niedrigen Wert im Sekundarbereich II (10,1 Schüler pro Lehrer).

Das Verhältnis Schüler/Lehrer im postsekundären, nicht tertiären Bereich liegt für das Jahr 2013 für 16 der EU-Mitgliedstaaten vor; in allen Ländern, außer drei, gab es hier ein höheres Verhältnis als im Sekundarbereich II.



Tabelle 4.2: Schüler im Sekundarbereich, 2013
(in Tsd.)

	Sekundarbereich I			Sekundarbereich II			Postsekundärer, nicht tertiärer Bereich		
	Insge- samt	Öffent- lich	Privat	Insge- samt	Öffent- lich	Privat	Insge- samt	Öffent- lich	Privat
	(% des Gesamten)			(% des Gesamten)			(% des Gesamten)		
EU-28 (1)	20 188,4	81,9	18,1	21 388,8	71,8	28,2	1 670,6	60,1	39,9
Belgien	432,9	42,2	57,8	773,7	41,1	58,9	62,0	27,2	72,8
Bulgarien	235,5	94,0	6,0	284,1	95,6	4,4	2,5	13,3	86,7
Tsch. Republik	365,2	97,1	2,9	436,1	85,4	14,6	58,5	88,2	11,8
Dänemark	244,1	73,1	26,9	311,2	98,0	2,0	–	–	–
Deutschland	4 713,7	90,4	9,6	2 575,7	92,0	8,0	828,7	74,9	25,1
Estland	36,9	95,9	4,1	43,9	96,6	3,4	10,6	92,8	7,2
Irland (2)	189,5	100,0	0,0	153,4	98,4	1,6	55,6	98,8	1,2
Griechenland	323,9	95,3	4,7	371,0	95,9	4,1	:	:	:
Spanien	1 663,5	70,6	29,4	1 632,9	75,1	24,9	:	:	:
Frankreich	3 332,3	78,1	21,9	2 581,5	68,4	31,6	34,8	68,0	32,0
Kroatien	190,9	99,6	0,4	188,2	96,0	4,0	–	–	–
Italien	1 813,9	96,1	3,9	2 780,4	90,9	9,1	8,2	0,0	100,0
Zypern	28,7	83,6	16,4	32,1	80,9	19,1	0,2	100,0	–
Lettland	55,3	98,8	1,2	71,6	97,6	2,4	3,5	96,2	3,8
Litauen	203,0	98,1	1,9	91,2	98,9	1,1	15,4	99,5	0,5
Luxemburg	21,8	81,0	19,0	24,4	83,2	16,8	0,8	100,0	0,0
Ungarn	390,3	85,3	14,7	500,4	73,5	26,5	74,3	47,8	52,2
Malta	13,2	56,1	43,9	17,8	71,8	28,2	2,4	100,0	0,0
Niederlande	:	:	:	:	:	:	1,6	100,0	–
Österreich	336,7	90,7	9,3	369,8	89,6	10,4	19,8	59,9	40,1
Polen	1 188,2	94,5	5,5	1 589,5	84,1	15,9	323,4	16,5	83,5
Portugal	400,5	87,3	12,7	398,4	79,1	20,9	10,3	87,8	12,2
Rumänien	812,2	99,7	0,3	851,5	97,8	2,2	92,9	51,5	48,5
Slowenien	54,6	99,7	0,3	93,0	96,3	3,7	–	–	–
Slowakei	259,2	93,3	6,7	222,3	84,8	15,2	18,4	83,3	16,7
Finnland	181,4	95,2	4,8	359,6	81,2	18,8	24,2	84,1	15,9
Schweden	321,1	84,7	15,3	517,5	82,1	17,9	22,7	41,2	58,8
Ver. Königreich	2 379,8	47,7	52,3	4 117,2	26,0	74,0	–	–	–
Island	12,7	99,1	0,9	25,5	80,2	19,8	0,9	34,9	65,1
Liechtenstein	1,6	92,9	7,1	1,8	98,2	1,8	–	–	–
Norwegen	190,5	96,5	3,5	252,1	89,1	10,9	4,9	20,6	79,4
Schweiz	296,9	91,8	8,2	349,3	85,4	14,6	13,5	15,3	84,7
EJR Mazedonien	86,6	100,0	–	90,4	98,2	1,8	0,3	100,0	–
Türkei	5 567,0	97,0	3,0	4 995,6	96,9	3,1	–	–	–

Hinweis: Gemäß der UOE-Klassifikation wird zwischen öffentlich und privat danach unterschieden, ob eine staatliche Behörde oder eine private Institution die Gesamtkontrolle über die Einrichtung hat und nicht danach, welcher Bereich die Hauptfinanzierung übernimmt. Das bedeutet, dass üblicherweise als „privat“ angesehene Institutionen nur eine Untergruppe aller privaten Institutionen sind und hier als unabhängige private Institutionen bezeichnet werden. Letztere machen beispielsweise im

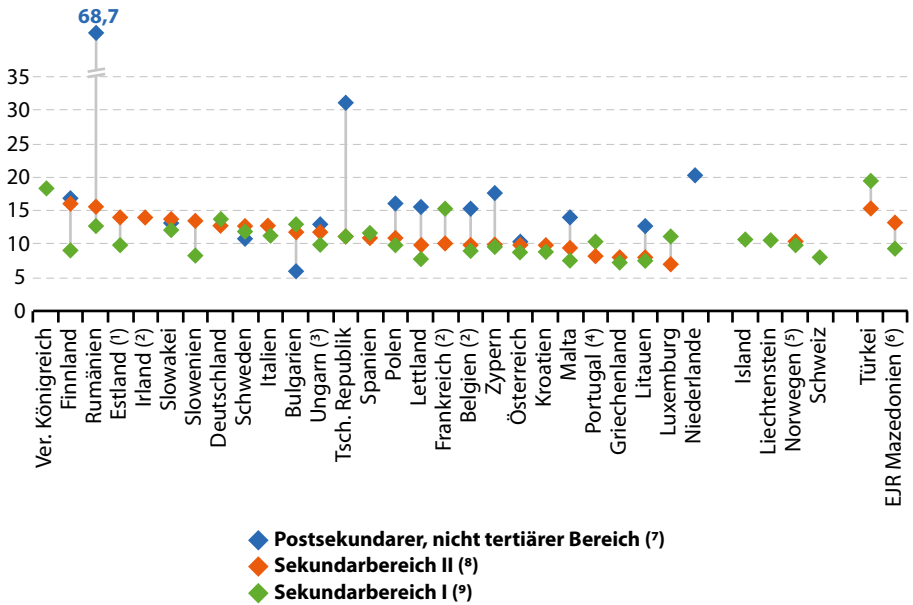
Vereinigten Königreich nur etwa 5 % aller Einrichtungen im Sekundarbereich aus.

(1) Sekundarbereich I und Sekundarbereich II: ohne Niederlande, außer in der öffentlichen Bildung. Postsekundäre, nicht tertiäre Bildung: Summe der verfügbaren Daten für die EU-Mitgliedstaaten.

(2) Postsekundäre, nicht tertiäre Bildung: ohne Schüler in kombinierten und arbeitsbasierten Programmen.

Quelle: Eurostat (Online-Datencodes: educ_uae_enrs01, educ_uae_enrs04 und educ_uae_enrs07)

Abbildung 4.2: Verhältnis Schüler/Lehrer im Sekundarbereich, 2013
(Schülerzahl pro Lehrer)



Hinweis: Nach dem Verhältnis für den Sekundarbereich II. Dänemark: nicht verfügbar.

(1) Sekundarbereich II: einschließlich des postsekundären, nicht tertiären Bereichs.

(2) Unabhängige private Institutionen ausgenommen.

(3) Einschließlich Verwaltungspersonal.

(4) Postsekundärer, nicht tertiärer Bereich: entweder im Sekundarbereich II oder im Tertiärbereich enthalten.

(5) Sekundarbereich II: einschließlich des postsekundären, nicht tertiären berufsbildenden Bereichs.

(6) Sekundarbereich II: einschließlich des postsekundären, nicht tertiären berufsbildenden Bereichs und kurzer tertiärer Bildung.

(7) Irland, Griechenland, Spanien, Frankreich, Italien, Luxemburg, Island und Schweiz: nicht verfügbar. Kroatien, Slowenien, Vereinigtes Königreich, Liechtenstein und Türkei: nicht zutreffend.

(8) Niederlande, Island und Schweiz: nicht verfügbar.

(9) Irland und Niederlande: nicht verfügbar.

Quelle: Eurostat (Online-Datencodes: educ_uoe_perp04 und educ_iste)



4.3 Tertiäre Bildung

Der Bereich der tertiären Bildung — an Universitäten und anderen Hochschuleinrichtungen — folgt auf den Sekundarbereich der schulischen Bildung. Er spielt für die Gesellschaft eine wichtige Rolle, sorgt er doch für Innovationsförderung, verstärkte wirtschaftliche Entwicklung und Wachstum und verbessert allgemein das Wohlergehen der Bürger.

2013 gab es in der EU-28 19,6 Millionen Studierende im Tertiärbereich, von denen 7,5 % kurze tertiäre Bildungsprogramme, 60,7 % Bachelorstudiengänge, 28,1 % Masterstudiengänge und 3,7 % Promotionsstudiengänge besuchten.

2013 gab es in allen EU-Mitgliedstaaten mehr Studierende in Bachelorstudiengängen als in allen anderen Bereichen der tertiären Bildung.

2013 war in der gesamten EU-28 ein Drittel (32,7 %) aller Studierenden im Tertiärbereich in Sozial-, Wirtschafts- oder Rechtswissenschaften eingeschrieben; wobei der Anteil der Frauen in diesem Bildungsbereich überwog (auf

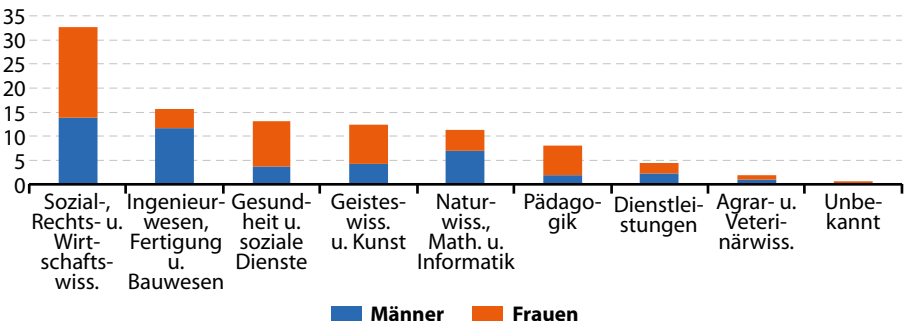
Englisch). Die zweithäufigste Fachrichtung war Ingenieurwesen, Fertigung und Bauwesen, was 15,7 % aller Studierenden im Tertiärbereich belegten. Hier waren drei Viertel der Studierenden Männer. Die am dritthäufigsten gewählte Fachrichtung war Gesundheit und soziale Dienste mit 13,2 % der Studierenden. Hier waren nahezu drei Viertel der Studierenden weiblichen Geschlechts.

Etwa 4,8 Millionen Studierende schlossen 2013 in der EU-28 ihr Hochschulstudium ab. Das Vereinigte Königreich hatte mit 792 Tsd. die höchste Zahl an Absolventen, gefolgt von Frankreich (734 Tsd.); etwas weniger waren es in Polen (598 Tsd.) und Deutschland (496 Tsd.).

2013 unterrichteten in der EU-28 1,4 Millionen Lehrkräfte im Tertiärbereich, von denen 83,9 Tsd. kurze tertiäre Bildungsprogramme anboten. Mehr als ein Viertel (26,7 %) der Lehrkräfte im Tertiärbereich in der EU-28 lebte in Deutschland und knapp über ein Zehntel jeweils in Spanien (10,9 %) und im Vereinigten Königreich (10,5 %).

Abbildung 4.3: Verteilung der Studierenden im Tertiärbereich nach Fachrichtung und Geschlecht, EU-28, 2013

(in %)



Quelle: Eurostat (Online-Datencode: educ_uoe_enrt03)

Tabelle 4.3: Studierende im Tertiärbereich nach Bildungsbereich und Geschlecht, 2013
(in Tsd.)

	Tertiärbereich		Kurze tertiäre Bildung		Bachelor oder gleichwertig		Master oder gleichwertig		Promotion oder gleichwertig	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen
EU-28 (¹)	8 969,1	10 663,2	688,2	787,3	5 541,8	6 371,6	2 344,6	3 162,7	394,5	341,5
Belgien	216,3	272,2	9,2	15,0	160,2	204,0	39,0	46,5	8,0	6,6
Bulgarien	129,1	154,9	–	–	91,9	103,8	34,6	48,4	2,6	2,7
Tsch. Republik	182,0	245,4	0,4	0,6	115,3	152,4	52,2	81,3	14,2	11,0
Dänemark	125,5	165,7	16,2	15,5	75,3	107,0	29,1	38,4	4,8	4,8
Deutschland	1 469,9	1 310,1	0,1	0,4	913,3	722,6	429,7	500,6	126,8	86,4
Estland	26,9	37,9	–	–	19,5	25,3	6,2	10,8	1,3	1,8
Irland	98,8	100,6	24,4	17,3	56,9	64,3	13,4	15,0	4,1	4,1
Griechenland	337,7	321,6	–	–	305,4	282,8	20,2	27,9	12,1	10,9
Spanien	914,8	1 054,6	174,5	171,9	497,5	587,5	230,5	283,8	12,3	11,4
Frankreich	1 062,6	1 275,6	251,6	253,3	387,2	544,6	387,1	444,9	36,7	32,8
Kroatien (²)	71,7	92,9	:	:	48,2	54,6	21,9	36,3	1,7	2,0
Italien	804,1	1 068,5	1,9	0,6	497,2	611,1	288,1	438,9	16,9	18,0
Zypern	14,3	17,7	1,4	1,9	9,5	10,5	3,0	4,9	0,4	0,5
Lettland	38,7	55,7	7,0	10,3	26,4	36,9	4,2	7,1	1,1	1,4
Litauen	66,4	93,2	–	–	54,4	70,1	10,9	21,6	1,1	1,6
Luxemburg	3,2	3,4	0,1	0,2	1,7	1,7	1,2	1,2	0,3	0,2
Ungarn	160,9	198,1	13,5	23,5	110,7	127,0	32,9	44,1	3,8	3,6
Malta	5,6	7,0	1,1	1,3	3,0	3,9	1,4	1,7	0,0	0,0
Niederlande	327,1	347,7	3,0	2,3	272,7	285,7	44,5	52,9	6,9	6,8
Österreich	196,8	225,9	35,6	41,2	84,5	95,7	63,2	76,9	13,6	12,1
Polen	764,6	1 138,1	2,0	8,9	542,7	723,8	200,0	383,0	19,8	22,5
Portugal	173,7	197,3	–	–	107,5	124,1	57,2	62,8	9,1	10,4
Rumänien	284,9	333,2	–	–	199,1	210,5	75,0	112,2	10,8	10,5
Slowenien	41,5	56,2	7,6	5,8	23,0	31,9	9,2	16,6	1,7	1,9
Slowakei	84,5	125,0	0,9	1,9	49,7	71,1	28,2	46,7	5,7	5,2
Finnland	143,1	165,9	0,1	0,0	109,1	119,2	24,1	36,0	9,9	10,7
Schweden	176,0	260,6	13,1	12,9	93,2	159,8	58,6	77,4	11,0	10,5
Ver. Königreich	1 048,0	1 338,2	124,5	202,3	686,7	840,0	178,9	244,7	58,0	51,1
Island	7,2	11,9	0,2	0,2	5,4	8,4	1,4	3,0	0,2	0,3
Liechtenstein	0,6	0,3	–	–	0,4	0,2	0,2	0,1	0,1	0,0
Norwegen	105,2	150,2	7,3	2,5	69,8	112,2	24,5	31,8	3,6	3,8
Schweiz	141,3	138,5	4,5	6,3	94,7	91,7	29,6	30,4	12,5	10,2
EJR Mazedonien	27,6	33,1	–	–	25,9	31,0	1,6	2,0	0,1	0,1
Türkei	2 706,9	2 268,8	827,8	699,9	1 657,5	1 395,2	176,0	138,8	45,6	34,8

(¹) Kurze tertiäre Bildung: ohne Kroatien; Bachelor oder gleichwertig: einschließlich kurzer tertiärer Bildung in Kroatien.

(²) Bachelor oder gleichwertig: einschließlich kurzer tertiärer Bildung in Kroatien.

Quelle: Eurostat (Online-Datencode: educ_uae_enrt01)

4.4 Frühzeitige Schul- und Ausbildungsabgänger

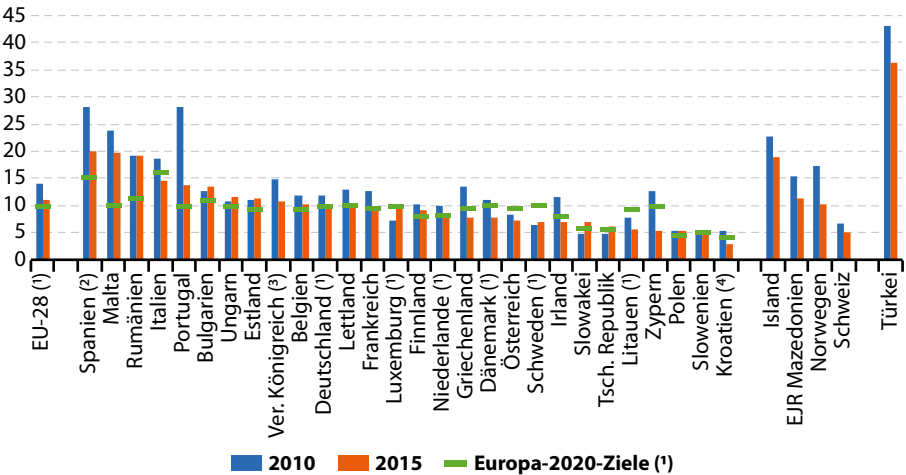
Frühzeitige Schul- und Ausbildungsabgänger können sich auf dem **Arbeitsmarkt** mit erheblichen Schwierigkeiten konfrontiert sehen. So fällt es ihnen womöglich schwer, einen sicheren Arbeitsplatz zu finden, da sie von den Arbeitgebern aufgrund ihrer schlechten Bildung unter Umständen weniger bereitwillig eingestellt werden.

Durch den **strategischen Rahmen für die europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der allgemeinen und beruflichen Bildung** (kurz ET 2020) wurde ein Referenzwert festgelegt, den es bis 2020 zu erreichen gilt und der vorsieht, dass der Anteil der frühzeitigen Schul- und Ausbildungsabgänger in der EU-28 nicht mehr als 10% betragen sollte.

In der EU-28 waren 2015 durchschnittlich 11,0% der 18- bis 24-Jährigen frühzeitige Schul- und Ausbildungsabgänger, die höchstens über einen Abschluss der Sekundarstufe I verfügten und in den vier Wochen vor der Erhebung nicht an Maßnahmen der allgemeinen oder beruflichen Bildung teilgenommen haben. In diesem Kapitel werden die Ausdrücke ‚frühzeitige Abgänger‘ und ‚frühzeitige Schul- und Ausbildungsabgänger‘ synonym verwendet.

Der Anteil der frühzeitigen Schul- und Ausbildungsabgänger ging in der EU-28 zwischen 2010 und 2015 insgesamt um 2,9 Prozentpunkte zurück.

Abbildung 4.4: Frühzeitige Schul- und Ausbildungsabgänger, 2010 und 2015
(% der Bevölkerung im Alter von 18–24 Jahren)



Hinweis: Zeitreihenbruch.

(1) Für das zu erreichende Ziel sollte der Anteil der frühzeitigen Schul- und Ausbildungsabgänger unter dem Zielwert liegen.

Quelle: Eurostat (Online-Datencode: t2020_40)

(2) Das Ziel der Strategie Europa 2020 ist als die Schulabbrecherquote definiert.

(3) Kein Europa-2020-Ziel.

(4) 2015: geringe Zuverlässigkeit.

Tabelle 4.4: Aufgliederung der frühzeitigen Schul- und Ausbildungsabgänger im Alter von 18 bis 24 Jahren nach Erwerbsstatus, 2015
(% der frühzeitigen Schul- und Ausbildungsabgänger)

	Insgesamt (junge Männer und Frauen)					Erwerbs-tätige und nicht erwerbstätige junge Männer insgesamt	Erwerbs-tätige und nicht erwerbstätige junge Frauen insgesamt		
	davon				Personen, die arbeiten möchten			Personen, die nicht arbeiten möchten	
	Insgesamt (Erwerbstätige und nicht erwerbstätige)	Erwerbs-tätige	Nicht erwerbs-tätige	davon					
EU-28	11,0	4,6	6,4	4,3	2,1	12,4	9,5		
Belgien	10,1	3,7	6,4	4,3	2,1	11,6	8,6		
Bulgarien ⁽¹⁾	13,4	2,9	10,5	4,4	6,1	13,3	13,4		
Tsch. Republik	6,2	2,2	4,0	1,7	2,3	6,4	6,0		
Dänemark	7,8	3,8	4,0	2,1	1,9	9,7	5,7		
Deutschland	10,1	4,5	5,6	3,5	2,1	10,4	9,8		
Estland ⁽²⁾	11,2	6,2	5,0	2,5	2,4	13,2	9,0		
Irland ⁽³⁾	6,9	1,8	5,1	2,8	2,3	8,4	5,4		
Griechenland	7,9	3,0	4,9	3,4	1,5	9,4	6,4		
Spanien	20,0	7,8	12,1	9,9	2,2	24,0	15,8		
Frankreich	9,3	3,1	6,2	4,3	1,9	10,1	8,5		
Kroatien ⁽⁴⁾	2,8	0,5	2,3	1,6	0,7	3,6	2,1		
Italien	14,7	4,7	10,0	8,0	2,0	17,5	11,8		
Zypern ⁽⁵⁾	5,3	2,3	2,9	2,1	0,8	7,7	3,2		
Lettland ⁽⁶⁾	9,9	6,2	3,8	2,3	1,4	13,4	6,2		
Litauen ⁽⁷⁾	5,5	2,1	3,4	:	1,9	6,9	4,0		
Luxemburg ⁽⁸⁾	9,3	5,6	3,7	2,9	:	10,5	8,1		
Ungarn	11,6	4,7	6,9	4,0	2,9	12,0	11,2		
Malta ⁽⁹⁾	19,8	13,9	5,9	4,1	1,9	22,9	16,6		
Niederlande	8,2	5,0	3,2	2,0	1,2	9,9	6,4		
Österreich	7,3	3,5	3,8	2,5	1,3	7,8	6,8		
Polen ⁽¹⁰⁾	5,3	2,0	3,3	1,8	1,5	7,2	3,2		
Portugal	13,7	7,4	6,3	5,2	1,1	16,4	11,0		
Rumänien	19,1	9,3	9,7	4,4	5,3	19,5	18,5		
Slowenien ⁽¹¹⁾	5,0	1,7	3,3	2,1	1,2	6,4	3,4		
Slowakei ⁽¹⁰⁾⁽¹²⁾	6,9	1,6	5,3	3,2	2,1	6,9	6,8		
Finnland	9,2	3,5	5,7	3,2	2,4	10,6	7,9		
Schweden	7,0	3,9	3,1	2,0	1,1	7,6	6,4		
Ver. Königreich	10,8	5,5	5,3	3,2	2,1	11,7	9,8		
Island	18,8	14,9	3,9	2,6	:	24,9	12,4		
Norwegen	10,2	6,8	3,4	2,1	1,3	12,4	8,0		
Schweiz ⁽¹³⁾	5,1	2,8	2,3	1,9	0,5	5,3	5,0		
EJR Mazedonien ⁽¹²⁾	11,4	3,2	8,2	3,7	4,5	10,0	12,9		
Türkei	36,4	17,2	19,2	5,2	13,9	35,0	37,6		



In der EU-28 war der Anteil frühzeitiger Abgänger 2015 bei den jungen Männern (12,4 %) um 2,9 Prozentpunkte größer als der Anteil der jungen Frauen (9,5 %). In der EU-28, war der Anteil der frühzeitigen Abgänger zwischen 2006 und 2015 rückläufig: Die Gesamtquote fiel um 4,3 Prozentpunkte, während der Anteil junger Männer und der Anteil junger Frauen um 5,0 bzw. 3,7 Prozentpunkte zurückging.

Wie weiter oben ausgeführt, lag in der EU-28 2015 der Anteil der frühzeitigen Abgänger, die nicht erwerbstätig waren und nicht den Wunsch

haben, zu arbeiten, bei 2,1 % der 18- bis 24-Jährigen, wobei die Quote bei jungen Männern 1,5 % betrug und bei jungen Frauen mit 2,7 % nahezu doppelt so hoch war.

2015 meldeten die Städte in der EU-28 den niedrigsten Anteil frühzeitiger Abgänger (knapp einer von zehn jungen Menschen). In den kleineren Städten und Vororten stieg der Anteil der frühzeitigen Abgänger auf 11,5 %, während er in ländlichen Gebieten mit 12,2 % noch über diesem Wert lag.

(1) Erwerbstätige junge Frauen: geringe Zuverlässigkeit.

(2) Erwerbslose junge Männer, die arbeiten möchten: geringe Zuverlässigkeit. Erwerbstätige junge Frauen, die arbeiten möchten und die nicht arbeiten möchten: geringe Zuverlässigkeit.

(3) Junge Frauen, die arbeiten möchten: geringe Zuverlässigkeit.

(4) Geringe Zuverlässigkeit.

(5) Gesamtanzahl der Personen, die arbeiten möchten und die nicht arbeiten möchten: geringe Zuverlässigkeit. Erwerbstätige und erwerbslose junge Männer, die arbeiten möchten: geringe Zuverlässigkeit. Junge Frauen: geringe Zuverlässigkeit.

(6) Gesamtanzahl der Personen, die nicht arbeiten möchten: geringe Zuverlässigkeit. Junge Männer, die arbeiten möchten: geringe Zuverlässigkeit. Erwerbstätige junge Frauen: geringe Zuverlässigkeit.

(7) Gesamtanzahl der erwerbstätigen Personen, die nicht arbeiten möchten: geringe Zuverlässigkeit. Erwerbslose junge Männer: geringe Zuverlässigkeit. Junge Frauen: geringe Zuverlässigkeit.

(8) Erwerbslose junge Männer und Frauen, die arbeiten möchten: geringe Zuverlässigkeit.

(9) Gesamtanzahl der Personen, die nicht arbeiten möchten: geringe Zuverlässigkeit. Junge Frauen, die arbeiten möchten und die nicht arbeiten möchten: geringe Zuverlässigkeit.

(10) Erwerbstätige junge Frauen: geringe Zuverlässigkeit.

(11) Gesamtanzahl der erwerbstätigen Personen, die arbeiten möchten und die nicht arbeiten möchten: geringe Zuverlässigkeit. Erwerbstätige und erwerbslose junge Männer, die arbeiten möchten und die nicht arbeiten möchten: geringe Zuverlässigkeit. Junge Frauen: geringe Zuverlässigkeit.

(12) Junge Männer, die nicht arbeiten möchten: geringe Zuverlässigkeit.

(13) Personen, die nicht arbeiten möchten: geringe Zuverlässigkeit.

Quelle: Eurostat (Online-Datencode: [edat_ifse_14](#))

4.5 Lebenslanges Lernen

Lebenslanges Lernen umfasst alle zielgerichteten formalen, nichtformalen oder informellen Lern­tätigkeiten, die einer kontinuierlichen Verbesserung von Kenntnissen, Fähigkeiten und Kompetenzen dienen. Die Absicht oder das Ziel des Lernens stellt den entscheidenden Faktor dar, der Lernaktivitäten von anderen Tätigkeiten, wie etwa kulturelle oder sportliche Betätigungen, unterscheidet.

Der Anteil der Personen im Alter zwischen 25 und 64 Jahren, die an einer Aus- und Weiterbildungsmaßnahme teilnahmen, belief sich 2015 in der EU-28 auf 10,7%; diese Quote lag um 1,4 Prozentpunkte über der des Jahres 2010.

Der Anteil der Bevölkerung, der am lebenslangen Lernen teilgenommen hatte, war in der EU 28 bei den Frauen (11,7% im Jahr 2015) größer als bei den Männern (9,7%). Sowohl bei den Männern als auch bei den Frauen waren 2015 die Anteile höher als fünf Jahre zuvor.

Daten über die Bildungsbeteiligung stammen aus der Erhebung über die Erwachsenenbildung (AES). Die jüngste Erhebungswelle erfolgte

zwischen Juli 2011 und Juni 2012. Dieser Erhebung zufolge nahmen 2011 40,3% der 25- bis 64-Jährigen in der EU-27 (in den 12 Monaten vor der Befragung) an Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen teil, wobei es sich in der Mehrzahl um nichtformale Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen handelt.

In der EU-27 insgesamt waren die Beteiligungsquoten an Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen in den 12 Monaten vor der Befragung bei Männern und Frauen nahezu ausgeglichen. Eine Untersuchung nach Alter ergibt, dass die Beteiligungsquote jüngerer Personen (25- bis 34-Jährige) in der EU-28 im Jahr 2011 fast doppelt so hoch wie die älterer Arbeitnehmer (55- bis 64-Jährige) war. Auch der Bildungsgrad wirkte sich auf die Teilnahme an Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen aus: Personen mit einem Hochschulabschluss wiesen die höchsten Beteiligungsquoten auf (61,3% für die EU-27 im Jahr 2011), und Personen, die höchstens die Sekundarstufe I abgeschlossen haben, die niedrigsten Quoten (21,8%).

**Tabelle 4.5: Lebenslanges Lernen, 2010 und 2015**

(in % der an Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen teilnehmenden Bevölkerung im Alter von 25 bis 64 Jahren)

	Insgesamt		Männer		Frauen	
	2010	2015	2010	2015	2010	2015
EU-28 (!)	9,3	10,7	8,4	9,7	10,2	11,7
Belgien	7,4	6,9	7,2	6,5	7,6	7,3
Bulgarien	1,6	2,0	1,5	1,9	1,7	2,1
Tsch. Republik (!)	7,8	8,5	7,6	8,3	8,0	8,6
Dänemark	32,6	31,3	26,0	25,3	39,2	37,3
Deutschland	7,8	8,1	7,9	8,2	7,7	8,0
Estland	11,0	12,4	8,6	10,6	13,1	14,1
Irland	7,0	6,5	6,6	6,0	7,5	7,0
Griechenland	3,3	3,3	3,4	3,3	3,2	3,3
Spanien (!)	11,2	9,9	10,3	9,2	12,1	10,7
Frankreich (!)	5,0	18,6	4,5	15,9	5,4	21,1
Kroatien	3,0	3,1	3,0	2,7	3,0	3,6
Italien	6,2	7,3	5,9	6,9	6,5	7,7
Zypern	8,1	7,5	7,9	7,0	8,2	8,0
Lettland	5,4	5,7	3,6	4,1	7,0	7,2
Litauen	4,4	5,8	3,5	5,1	5,2	6,5
Luxemburg (!)	13,5	18,0	12,9	18,2	14,2	17,8
Ungarn (!)	3,0	7,1	2,9	6,8	3,1	7,5
Malta	6,2	7,2	5,9	6,9	6,4	7,5
Niederlande (!)	17,0	18,9	16,4	18,4	17,7	19,4
Österreich	13,8	14,4	12,8	13,3	14,9	15,4
Polen (!)	5,2	3,5	4,7	3,3	5,7	3,8
Portugal (!)	5,7	9,7	5,7	9,7	5,7	9,8
Rumänien	1,4	1,3	1,3	1,3	1,4	1,3
Slowenien	16,4	11,9	14,3	10,7	18,5	13,3
Slowakei (!)	3,1	3,1	2,5	2,7	3,7	3,4
Finnland	23,0	25,4	18,9	21,8	27,1	29,1
Schweden	24,7	29,4	18,3	22,3	31,3	36,7
Ver. Königreich	20,1	15,7	16,9	13,9	23,3	17,5
Island	25,4	28,1	21,3	23,5	29,6	32,7
Norwegen	18,2	20,1	16,7	18,3	19,8	22,0
Schweiz	30,6	32,1	31,6	32,8	29,6	31,4
EJR Mazedonien	3,5	2,6	3,4	2,7	3,6	2,5
Türkei (!)	2,9	5,5	3,1	5,6	2,8	5,3

(!) Bruch in der Reihe.

Quelle: Eurostat (Online-Datencode: trng_ifs_01)

Tabelle 4.6: Erwerbsquote in Bildung und Weiterbildung, 2011
(in %)

	Art der Weiterbildung			Alle Arten der Weiterbildung						
	Insgesamt	Formale	Nicht formale	Geschlecht		Altersgruppen		Bildungsniveau (ISCED-Stufen)		
				Männer	Frauen	25 bis 34 Jahre	55 bis 64 Jahre (1)	Vorprimarstufe, Primarstufe, Sekundarstufe I (Stufen 0-2) (2)	Sekundarstufe II, post-sekundäre, nicht-tertiäre Stufe (Stufen 3 und 4)	Erste und zweite Phase des Tertiärbereichs (Stufen 5 und 6)
EU-27	40,3	6,2	36,8	40,7	39,9	48,5	26,6	21,8	37,7	61,3
Belgien	37,7	7,4	33,1	38,6	36,9	49,5	19,9	15,2	33,2	62,9
Bulgarien	26,0	2,4	24,4	27,5	24,6	31,0	15,1	12,3	24,8	40,1
Tsch. Republik	37,1	3,7	34,9	37,2	37,0	44,2	20,4	10,5	33,9	64,2
Dänemark	58,5	12,6	52,7	55,2	61,8	68,4	45,5	38,0	54,7	75,2
Deutschland	50,2	3,8	48,5	52,8	47,6	57,4	38,6	27,0	45,2	68,4
Estland	49,9	6,6	48,0	46,1	53,3	64,5	32,6	22,9	41,6	67,0
Irland	24,4	6,7	18,7	24,5	24,4	29,2	16,4	10,8	20,6	37,7
Griechenland	11,7	2,6	9,6	10,3	13,1	20,3	3,1	3,2	9,8	25,5
Spanien	37,7	7,0	34,1	38,8	36,6	47,8	23,2	22,5	40,3	57,7
Frankreich	50,5	3,5	49,1	50,2	50,8	61,1	32,8	28,0	49,0	72,5
Kroatien	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:
Italien	35,6	2,9	34,3	37,3	34,0	43,0	22,3	19,2	42,2	65,9
Zypern	42,3	3,7	40,9	43,1	41,5	50,2	27,8	16,9	36,1	63,0
Lettland	32,3	4,3	30,0	26,9	37,3	38,0	19,7	10,6	24,6	54,3
Litauen	28,5	4,0	25,9	23,4	33,1	37,3	16,2	7,2	16,0	54,5
Luxemburg	70,1	9,9	68,0	71,6	68,5	81,4	49,4	55,3	67,6	81,7
Ungarn	41,1	6,5	37,6	43,0	39,4	51,8	21,7	24,7	39,8	58,1
Malta	35,9	4,4	34,2	37,7	34,1	43,7	20,1	22,6	53,6	72,6
Niederlande	59,3	12,3	54,8	62,8	55,8	72,4	38,2	33,0	62,2	78,2
Österreich	48,2	5,9	45,5	48,7	47,6	55,4	35,7	24,8	46,5	72,4
Polen	24,2	5,4	21,0	23,2	25,2	36,0	9,6	5,8	16,7	51,7
Portugal	44,4	10,4	39,6	43,5	45,2	59,9	21,9	32,3	61,1	74,2
Rumänien	8,0	1,4	6,9	8,0	8,0	13,1	2,0	1,4	7,0	21,8
Slowenien	36,2	2,3	34,7	34,5	37,9	43,3	22,8	13,2	34,5	62,8
Slowakei	41,6	5,8	38,3	41,4	41,9	49,4	21,9	:	35,5	63,5
Finnland	55,7	12,0	51,3	48,5	63,1	65,8	35,5	34,5	51,2	71,7
Schweden	71,8	13,5	67,0	69,2	74,4	78,7	57,5	44,2	69,5	84,9
Ver. Königreich	35,8	14,8	24,3	33,6	37,9	42,6	26,5	17,9	33,5	45,8
Norwegen	60,0	7,6	56,9	59,2	60,9	71,5	40,6	33,4	53,7	74,2
Schweiz	65,5	9,0	63,1	65,0	66,0	73,0	54,0	29,8	62,7	82,6
Serbien	16,5	4,0	13,6	16,8	16,1	27,4	5,9	:	14,0	33,8
Türkei	17,8	4,2	15,1	20,6	15,1	26,8	5,5	10,1	26,0	46,4

(1) Griechenland: geringe Zuverlässigkeit.

(2) Griechenland, Litauen, Rumänien, Slowakei und Serbien: geringe Zuverlässigkeit.

Quelle: Eurostat (Online-Datencodes: trng_aes_100, trng_aes_101 und trng_aes_102)



4.6 Bildungsausgaben

Bildungsausgaben können einen Beitrag dazu leisten, das Wirtschaftswachstum zu steigern, die **Produktivität** zu verbessern, die persönliche und soziale Entwicklung der Menschen zu fördern und soziale Ungleichheiten zu verringern.

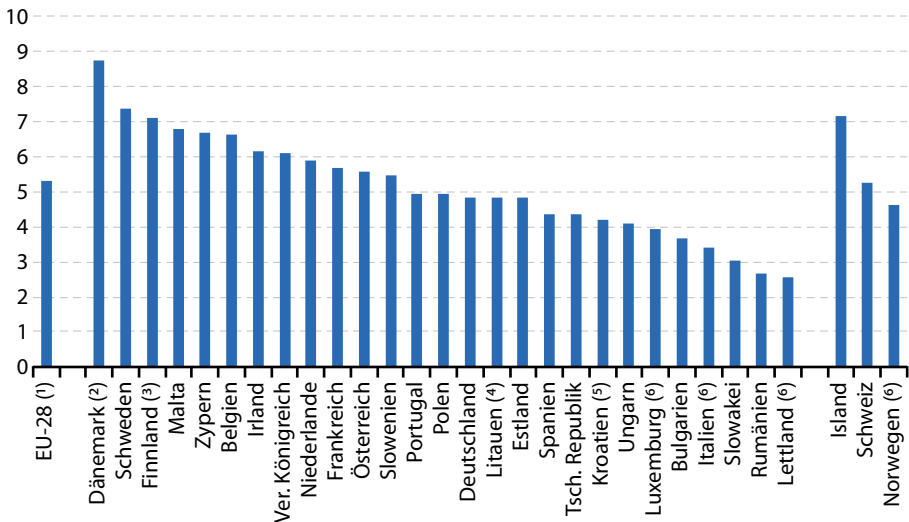
Wie groß der Anteil der finanziellen Ressourcen ist, der für das Bildungswesen ausgegeben wird, zählt in der EU zu den Grundsatzentscheidungen der nationalen Regierungen. Analog dazu treffen auch **Unternehmen**, Schüler/ Studierende und deren Familien Entscheidungen darüber, welche finanziellen Mittel sie für die Bildung aufwenden können oder wollen.

In den EU-Mitgliedstaaten werden Bildungsausgaben in erster Linie vom öffentlichen Sektor getätigt, wobei nicht bildungsbezogenen Finanzierungsquellen privater Natur eine nachgeordnete Rolle zukommt (vor allem handelt es sich hierbei um private Haushalte, Unternehmen, **Organisationen ohne Erwerbszweck** und religiöse Einrichtungen) und internationale Organisationen in der Regel eine noch geringere Bedeutung innehaben.

In der EU-28 betragen die **öffentlichen Bildungsausgaben** 2012 mehr als 672 Milliarden Euro (wobei für Griechenland und Kroatien keine Daten jüngerer Datums vorliegen). 2011 entsprachen die Bildungsausgaben in der EU-28 schätzungsweise 5,3 % des **Bruttoinlandsprodukts (BIP)**.

Am größten waren die öffentlichen Bildungsausgaben im Verhältnis zum BIP in Dänemark (8,8 % des BIP, Daten aus dem Jahr 2011), während auch Schweden, Finnland (wo die Bildungsausgaben internationaler Organisationen miteingerechnet wurden), Malta, Zypern und Belgien für das Jahr 2012 öffentliche Bildungsausgaben vermeldeten, die mindestens 6,5 % des BIP entsprachen. Die meisten EU-Mitgliedstaaten vermeldeten staatliche Bildungsausgaben in einem Bereich zwischen 3,1 % und 6,2 % ihres BIP, wobei lediglich Lettland und Rumänien unterhalb dieser Spanne lagen und die Ausgaben für den Tertiärbereich nicht in den Daten für Lettland enthalten sind.

Abbildung 4.5: Öffentliche Bildungsausgaben (ohne die frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung für Kinder unter drei Jahren), 2012
(in % des BIP)



Hinweis: Griechenland: nicht verfügbar.

(1) 2011. Schätzung.

(2) 2011. Ohne Ausgaben für FuE. Ohne unabhängige private Einrichtungen.

(3) Umfasst auch Ausgaben internationaler Organisationen.

Quelle: Eurostat (Online-Datencodes: [educ_uoe_fine06](#) und [educ_figdp](#))

(4) Einschließlich frühkindlicher Bildung, Betreuung und Erziehung für Kinder unter drei Jahren.

(5) 2011. Ohne öffentliche Transferleistungen an andere private Einheiten als die privaten Haushalte.

(6) Ohne Tertiärbereich.



Tabelle 4.7: Hauptindikatoren für öffentlichen Bildungsausgaben (ohne frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung für Kinder unter drei Jahren), 2012

	Höhe der Ausgaben	Ausgaben als Anteil am BIP	Ausgaben als Anteil am BNE	Ausgaben als Anteil an den öffentlichen Ausgaben
	(in Mio. EUR)		(In %)	
EU-28 (1)	:	5,3	5,3	10,8
Belgien	24 817	6,6	6,6	12,0
Bulgarien	1 469	3,7	3,7	10,3
Tsch. Republik	6 616	4,3	4,7	9,7
Dänemark (2)	17 029	8,8	8,5	15,2
Deutschland	129 076	4,8	4,7	10,8
Estland (3)	842	4,8	5,1	12,3
Irland	10 106	6,2	7,5	14,5
Griechenland	:	:	:	:
Spanien	44 690	4,3	4,4	9,1
Frankreich	115 479	5,7	5,6	10,0
Kroatien (4)	:	4,2	4,3	8,7
Italien (5)(6)	65 884	3,4	3,5	6,7
Zypern	1 181	6,7	6,9	14,6
Lettland (7)	811	2,6	2,7	7,0
Litauen (8)	1 590	4,8	5,0	13,4
Luxemburg (7)	1 693	3,9	5,8	9,0
Ungarn	3 942	4,1	4,3	8,3
Malta	467	6,8	7,2	15,7
Niederlande	35 327	5,9	5,8	11,7
Österreich	17 084	5,6	5,6	10,8
Polen	18 736	4,9	5,1	11,6
Portugal	8 149	4,9	5,1	10,4
Rumänien	3 476	2,6	2,7	7,2
Slowenien	1 922	5,4	5,5	11,3
Slowakei	2 169	3,1	3,1	8,0
Finnland (9)	13 696	7,1	7,1	12,6
Schweden	30 108	7,4	7,2	14,2
Ver. Königreich	115 951	6,1	6,0	12,7
Island	758	7,2	8,0	15,1
Norwegen (6)	25 636	4,6	4,5	10,6
Schweiz	25 724	5,2	5,1	15,4

(1) 2011.

(2) Einschließlich frühkindlicher Bildung, Betreuung und Erziehung für Kinder unter drei Jahren, ohne Sekundarbereich II. Ausgaben als Anteil am BIP, am BNE und als Anteil an den Ausgaben des Staates: 2011; ohne FuE-Ausgaben; ohne unabhängige private Einrichtungen.

(3) Ausgaben als Anteil am BNE und als Anteil an den Ausgaben des Staates: einschließlich frühkindlicher Bildung, Betreuung und Erziehung für Kinder unter drei Jahren.

Quelle: Eurostat (Online-Datencodes: educ_uae_fine01, educ_uae_fine06, educ_uae_fine08 und educ_figdp)

(4) 2011. Ohne öffentliche Transferleistungen an andere private Einheiten als private Haushalte.

(5) Wert: ohne kurze tertiäre Bildung.

(6) Ausgaben als Anteil am BIP, BNE und an den Ausgaben des Staates: ohne Tertiärbereich.

(7) Ohne Tertiärbereich.

(8) Einschließlich frühkindlicher Bildung, Betreuung und Erziehung für Kinder unter drei Jahren.

(9) Enthält auch Ausgaben internationaler Organisationen.

5

Arbeitsmarkt



Einleitung

In **Arbeitsmarktstatistiken** fließen sowohl wirtschaftliche als auch soziale Aspekte zusammen. Die Situation auf dem Arbeitsmarkt hat nicht nur direkten Einfluss auf die Wirtschaft, sondern wirkt sich auch auf das Leben nahezu aller europäischen Bürgerinnen und Bürger aus. Für wirtschaftliche Zwecke erfassen diese Statistiken Arbeit als Input für die Wirtschaftstätigkeit und liefern Messwerte in Bezug auf **geleistete Arbeitsstunden**, **Arbeitsproduktivität**, **freie Stellen**, Lohn- und Gehaltsniveau, **Arbeitskosten** usw. Gleichzeitig geben Arbeitsmarktstatistiken Aufschluss über soziale und sozioökonomische Themen wie Arbeitslosigkeit, (**arbeitslose Personen**), **Verdienste** und strukturelle Komponenten, soziale Ungleichheiten (z. B. **geschlechtsspezifisches Verdienstgefälle**), Beschäftigungsmodelle und soziale Integration. Eurostat deckt daher sowohl die Angebots- als auch die Nachfrageseite des Arbeitsmarktes ab und stellt dafür sowohl monetäre als auch nicht monetäre Daten für kurzfristige Analysen und Strukturanalysen bereit.

Zur Wiederbelebung der Wirtschaft rief die Europäische Kommission die **Strategie Europa 2020 für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum** ins Leben.

5.1 Beschäftigung

Nachdem 1997 ein Kapitel über Beschäftigung in den **Vertrag von Amsterdam** aufgenommen wurde, steht die Arbeitsmarktstatistik im Mittelpunkt zahlreicher politischer Maßnahmen der EU. Die **Beschäftigungsquote**, d. h. der Anteil der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter, der einer Erwerbstätigkeit nachgeht, gilt als ein sozialer Schlüsselindikator für die Untersuchung von Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt.

Im Jahr 2015 lag die mit der **Arbeitskräfteerhebung der Europäischen Union (EU-AKE)** gemessene Beschäftigungsquote für Erwerbspersonen zwischen 20 und 64 Jahren in der EU-28 bei 70,1 %. Nachdem sie 2008 einen Spitzenwert von 70,3 % erreicht hatte, sank sie in den Folgejahren und betrug 2012 und 2013 68,4 %. Die negative Entwicklung während und nach der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise bewirkte einen Rückgang um insgesamt 1,9 Prozentpunkte. Danach setzte der vor der Krise beobachtete Aufwärtstrend wieder ein und führte in den Jahren 2014 und 2015 zu einem Anstieg um 0,8 bzw. 0,9 Prozentpunkte. 2015 erreichte die

Eine der wichtigsten Prioritäten für das **Kollegium der Kommissionsmitglieder**, das 2014 sein Amt antrat, ist es, Arbeitsplätze zu schaffen sowie Wachstum und Investitionen anzukurbeln mit dem Ziel, die Regulierung zu verringern und vorhandene Finanzmittel und öffentliche Mittel intelligenter zu nutzen. Im November 2014 legte die Europäische Kommission ihre Strategie im **Jahreswachstumsbericht** vor, mit dem das **Europäische Semester** auf den Weg gebracht wurde. Im Februar 2015 veröffentlichte sie eine Reihe von **Länderberichten**, in denen die Wirtschaftspolitik von EU-Mitgliedstaaten analysiert und über die Prioritäten der EU-Mitgliedstaaten in den kommenden Jahren im Bereich Wachstumsförderung und Schaffung von Arbeitsplätzen informiert wird. Im selben Monat schlug die Europäische Kommission auch vor, 2015 1 Mrd. EUR aus der Beschäftigungsinitiative für junge Menschen bereitzustellen, um so die Vorfinanzierungen, die die Mitgliedstaaten zur Erhöhung der Jugendbeschäftigungsquoten erhalten konnten, um das 30-fache aufzustocken, wodurch bis zu 650 000 junge Menschen einen Arbeitsplatz finden können.



Tabelle 5.1: Beschäftigungsquote, Altersgruppe 20–64 Jahre, 2005–15
(in %)

	2005	2008	2012	2013	2014	2015
EU-28	67,9	70,3	68,4	68,4	69,2	70,1
ER-19	67,9	70,2	68,0	67,7	68,2	69,0
Belgien	66,5	68,0	67,2	67,2	67,3	67,2
Bulgarien	61,9	70,7	63,0	63,5	65,1	67,1
Tsch. Republik	70,7	72,4	71,5	72,5	73,5	74,8
Dänemark	78,0	79,7	75,4	75,6	75,9	76,5
Deutschland	69,4	74,0	76,9	77,3	77,7	78,0
Estland	72,0	77,1	72,2	73,3	74,3	76,5
Irland	72,6	72,2	63,7	65,5	67,0	68,7
Griechenland	64,4	66,3	55,0	52,9	53,3	54,9
Spanien	67,5	68,5	59,6	58,6	59,9	62,0
Frankreich (¹)	69,4	70,5	69,4	69,5	69,3	69,5
Kroatien	59,9	64,9	58,1	57,2	59,2	60,5
Italien	61,5	62,9	60,9	59,7	59,9	60,5
Zypern	74,4	76,5	70,2	67,2	67,6	67,9
Lettland	69,1	75,4	68,1	69,7	70,7	72,5
Litauen	70,7	72,0	68,5	69,9	71,8	73,3
Luxemburg (²)	69,0	68,8	71,4	71,1	72,1	70,9
Ungarn	62,2	61,5	61,6	63,0	66,7	68,9
Malta	57,4	59,2	63,1	64,8	66,4	67,8
Niederlande	75,1	78,9	76,6	75,9	75,4	76,4
Österreich	70,4	73,8	74,4	74,6	74,2	74,3
Polen	58,3	65,0	64,7	64,9	66,5	67,8
Portugal	72,2	73,1	66,3	65,4	67,6	69,1
Rumänien	63,6	64,4	64,8	64,7	65,7	66,0
Slowenien	71,1	73,0	68,3	67,2	67,7	69,1
Slowakei	64,5	68,8	65,1	65,0	65,9	67,7
Finnland	73,0	75,8	74,0	73,3	73,1	72,9
Schweden	77,9	80,4	79,4	79,8	80,0	80,5
Ver. Königreich (³)	75,2	75,2	74,1	74,8	76,2	76,8
Island	85,5	85,3	81,8	82,8	84,9	86,5
Norwegen	78,2	81,8	79,9	79,6	79,6	79,1
Schweiz	:	:	82,0	82,1	82,3	82,8
EJR Mazedonien	:	46,3	48,2	50,3	51,3	51,9
Türkei (⁴)	:	48,4	52,8	53,4	53,2	53,9

(¹) 2005–13: ohne Überseegebiete.

(²) 2015: Bruch in der Reihe.

(³) 2008: Bruch in der Reihe.

(⁴) 2014: Bruch in der Reihe.

Quelle: Eurostat (Online-Datencode: [lfsi_emp_a](#))

Beschäftigungsquote einen Wert von 70,1 %, nur 0,2 Prozentpunkte unter dem Spitzenwert vor der Krise.

Die Beschäftigungsquoten von Frauen und von älteren Arbeitnehmern sind in der Regel niedriger als die Gesamtquote. Im Jahr 2015 lag die Beschäftigungsquote der Männer zwischen 20 und 64 Jahren in der EU-28 bei 75,9 %, die der Frauen hingegen bei 64,3 %. Ein längerfristiger Vergleich zeigt, dass der Anteil der Arbeitnehmerinnen deutlich stieg, nämlich um 4,3 Prozentpunkte (2005: 60,0 %) während die Beschäftigungsquote der Männer 2015 denselben Wert aufwies wie zehn Jahre zuvor (2005: 75,9 %).

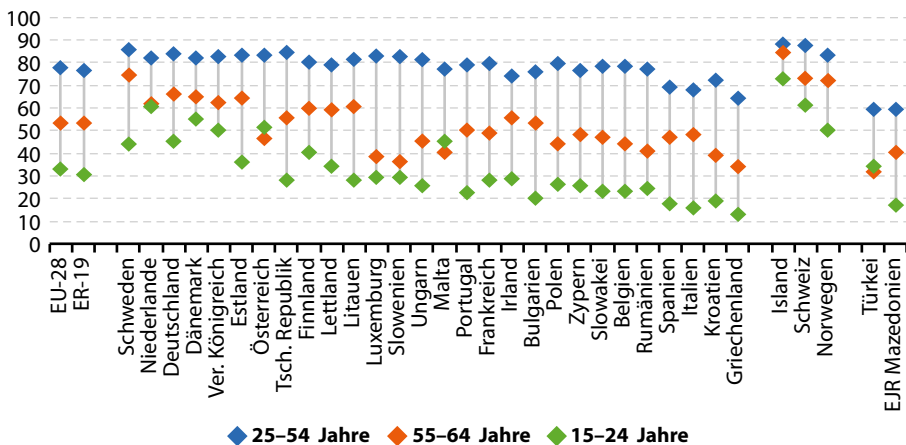
Genau wie die Beschäftigungsquote der Frauen stieg auch die Beschäftigungsquote der älteren Arbeitskräfte (zwischen 55 und 64 Jahren) trotz der Finanz- und Wirtschaftskrise rasch an. Für die EU-28 erreichte die Beschäftigungsquote älterer Arbeitskräfte 2015 53,3 %. Ab 2002 stieg die Quote (Beginn der Zeitreihen für die EU-28) jedes

Jahr bis einschließlich 2015 (jüngste verfügbare Angaben). 2015 lag die Beschäftigungsquote älterer Arbeitskräfte in elf der 28 EU-Mitgliedstaaten zwischen 50 % und 66 %. Die mit Abstand höchste Quote wurde mit 74,5 % in Schweden gemeldet.

Auch je nach erreichtem Bildungsgrad waren erhebliche Unterschiede zwischen den Beschäftigungsquoten festzustellen. Die Beschäftigungsquote der Personen mit einem tertiären Bildungsabschluss (Kurzstudiengänge, Bachelor oder gleichwertiger Abschluss, Master oder gleichwertiger Abschluss und Promotion oder gleichwertiger Abschluss) lag in der EU-28 im Jahr 2015 mit 82,7 % deutlich über der Quote (52,6 %) derjenigen Personen mit einem geringeren Bildungsgrad (Primarstufe oder Sekundarstufe I). Die Beschäftigungsquote derjenigen, die den Abschluss der Sekundarstufe II oder einen postsekundären, nichttertiären Abschluss erreicht haben, betrug in der EU-28 70,7 %.

Abbildung 5.1: Beschäftigungsquote nach Altersgruppe, 2015

(in %)



Hinweis: Reihenfolge in der Abbildung nach Gesamtbeschäftigungsquote.

Quelle: Eurostat (Online-Datencode: lfsi_emp_a)

5.2 Arbeitslosigkeit

Arbeitslosenzahlen und Arbeitslosenquoten verhalten sich zyklisch und folgen im Wesentlichen der allgemeinen *Konjunktur*. Allerdings kann sowohl die kurzfristige als auch die langfristige Entwicklung der Arbeitslosigkeit zusätzlich durch andere Faktoren wie arbeitsmarktpolitische Maßnahmen oder demografische Veränderungen beeinflusst werden.

Die Gesamtarbeitslosenquote in der EU-28 ging von 10,2 % im Jahr 2014 auf 9,4 % im Jahr 2015 zurück, was einem Rückgang von 0,8 Prozentpunkten entspricht. Bereits im Jahr zuvor war ein ähnlicher Rückgang (um 0,7 Prozentpunkte) verzeichnet worden.

Die Arbeitslosenquote sank in 22 der 28 Mitgliedstaaten zwischen 2014 und 2015, stieg in vier Mitgliedstaaten und blieb in zwei Mitgliedstaaten unverändert. Den stärksten Rückgang der durchschnittlichen jährlichen Arbeitslosenquote verzeichneten zwischen 2014 und 2015 Spanien (– 2,4 Prozentpunkte), Bulgarien (– 2,2 Punkte) und Irland (– 1,9 Punkte. Die deutlichsten wurden

in Finnland, wo die Arbeitslosenquote um 0,7 Prozentpunkte stieg, und in Luxemburg (+ 0,4 Punkte) gemeldet.

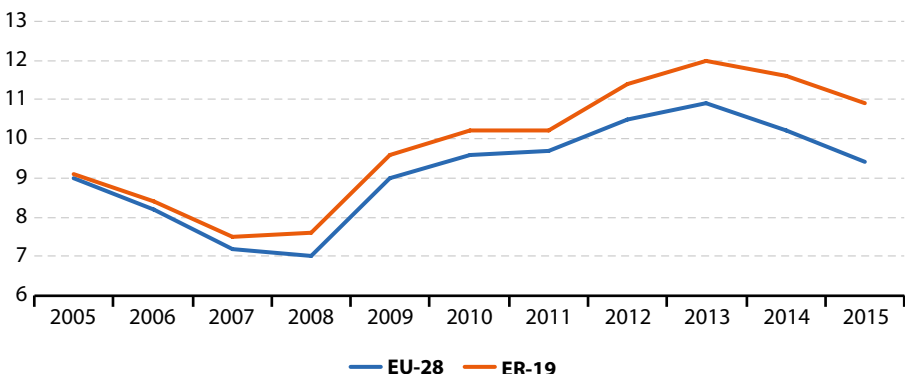
Mit 24,9 % bzw. 22,1 % war die Gesamtarbeitslosenquote 2015 in den EU-Mitgliedstaaten in Griechenland und Spanien bei weitem am höchsten. Die niedrigsten Arbeitslosenquoten verzeichneten Malta (5,4 %), das Vereinigte Königreich (5,3 %), die Tschechische Republik (5,1 %) und Deutschland (4,6 %).

Im Zeitraum 2014–2015 gingen die Arbeitslosenquoten für Männer und Frauen in der gesamten EU-28 zurück: die der Männer von 10,1 % auf 9,3 % und die der Frauen von 10,3 % auf 9,5 %. Im Euroraum (ER-19) sanken die Quoten im Zeitraum 2014–15 langsamer, und zwar bei den Männern von 11,5 % auf 10,7 % und bei den Frauen von 11,8 % auf 11,0 %.

Die *Jugendarbeitslosenquote* (erfasst werden Personen zwischen 15 und 24 Jahren) ist in der Regel höher als die Arbeitslosenquote von Per-

Abbildung 5.2: Arbeitslosenquote, 2005–15

(in %)



Quelle: Eurostat (Online-Datencode: [une_rt_a](#))

sonen aller Altersklassen (15–74 Jahre), zuweilen mehr als doppelt so hoch. Die Jugendarbeitslosenquote in der EU-28 war 2015 mehr als doppelt so hoch wie die Gesamtarbeitslosenquote. Bei einem Wert von 20,4 % war etwa jede fünfte jugendliche Erwerbsperson ohne Arbeit, suchten jedoch einen Arbeitsplatz und standen dem Arbeitsmarkt zur Verfügung. Im Zeitraum 2014–15 ging die Jugendarbeitslosenquote jedoch um 1,8 Prozentpunkte zurück. Im Euroraum lag die Jugendarbeitslosenquote mit 22,4 % etwas höher und ging langsamer zurück: Im Zeitraum 2014–15 sank sie um 1,4 Prozentpunkte.

Hohe Jugendarbeitslosenquoten spiegeln bis zu einem gewissen Grad die Schwierigkeiten junger Menschen bei der Suche nach einem Arbeitsplatz wider. Dies bedeutet jedoch nicht zwangsläufig, dass die Gruppe der arbeitslosen Jugendlichen im Alter von 15 bis 24 Jahren groß ist, denn in dieser Altersklasse absolvieren viele junge Menschen ein Vollzeitstudium und sind daher weder erwerbstätig noch arbeitsuchend (d. h., sie gehören nicht zur Erwerbsbevölkerung, die bei der Berechnung der Arbeitslosenquote den Nenner bildet). Deshalb wird der Anteil der arbeitslosen Jugendlichen anders berechnet, und zwar als Anteil der arbeitslosen Jugendlichen an der Gesamtbevölkerung der entsprechen-

den Altersgruppe. Der Anteil der arbeitslosen Jugendlichen an der gleichaltrigen Bevölkerung in der EU-28 lag — wie nicht anders zu erwarten — deutlich unter der Jugendarbeitslosenquote. Zwischen 2008 und 2013 ist er aufgrund der Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise auf den Arbeitsmarkt jedoch erheblich angestiegen. Der zuletzt gemeldete Anteil der arbeitslosen Jugendlichen an der Gesamtbevölkerung der entsprechenden Altersgruppe in der EU-28 lag 2015 bei 8,4 %.

Eine der größten Sorgen der politischen Entscheidungsträger ist die Langzeitarbeitslosigkeit. Neben ihren finanziellen und sozialen Auswirkungen auf das persönliche Leben beeinträchtigt sie den sozialen Zusammenhalt und kann das Wirtschaftswachstum bremsen. Im Jahr 2015 waren insgesamt 4,5 % der Erwerbspersonen in der EU-28 seit mehr als einem Jahr arbeitslos, über die Hälfte davon — 2,8 % der Erwerbsbevölkerung — seit mehr als zwei Jahren. Obwohl beide Werte 2015 niedriger waren als 2014, war im Vergleich zu 2008 (zu Beginn der Finanz- und Wirtschaftskrise) immer noch ein beträchtlicher Anstieg zu verzeichnen. Damals waren 2,6 % der Erwerbspersonen in der EU-28 seit mehr als einem Jahr arbeitslos und 1,5 % seit mehr als zwei Jahren.

Tabelle 5.2: Arbeitslosenquote, EU-28, ausgewählte Jahre
(in %)

	2005	2008	2012	2013	2014	2015
Männer	8,4	6,6	10,4	10,8	10,1	9,3
Frauen	9,8	7,5	10,5	10,9	10,3	9,5
< 25 Jahre	19,0	15,9	23,3	23,7	22,2	20,4
25–74 Jahre	7,7	5,9	9,1	9,5	9,0	8,3
Langzeitarbeitslosenquote	4,0	2,6	4,6	5,1	5,0	4,5
Männer	3,7	2,4	4,6	5,1	5,0	4,5
Frauen	4,4	2,8	4,6	5,1	5,0	4,5
Extremlangzeitarbeitslosenquote	:	1,5	2,5	2,9	3,0	2,8

Quelle: Eurostat (Online-Datencode: [une_rt_a](#) und [une_ttu_a](#))

5.3 Löhne und Arbeitskosten

Der Faktor Arbeit spielt eine wichtige Rolle für das Funktionieren einer Volkswirtschaft. Aus der Sicht der Unternehmen stellt sie einen Kostenfaktor (Arbeitskosten) dar, der nicht nur die an die Beschäftigten zu zahlenden Löhne und Gehälter umfasst, sondern auch Lohnnebenkosten, insbesondere vom Arbeitgeber zu entrichtende Sozialbeiträge. Sie ist somit ein Schlüsselfaktor für die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen, wengleich diese auch von den Kapitalkosten (z.B. Zinsen auf Darlehen und Dividenden auf Eigenkapital) und nicht preisrelevanten Faktoren wie Innovation oder der Positionierung der Marke bzw. des Produkts auf dem Markt beeinflusst wird.

Die durchschnittlichen Arbeitskosten pro Stunde in der EU-28 wurden 2015 auf 25,03 EUR und auf 29,50 EUR im Euroraum (ER-19) geschätzt.

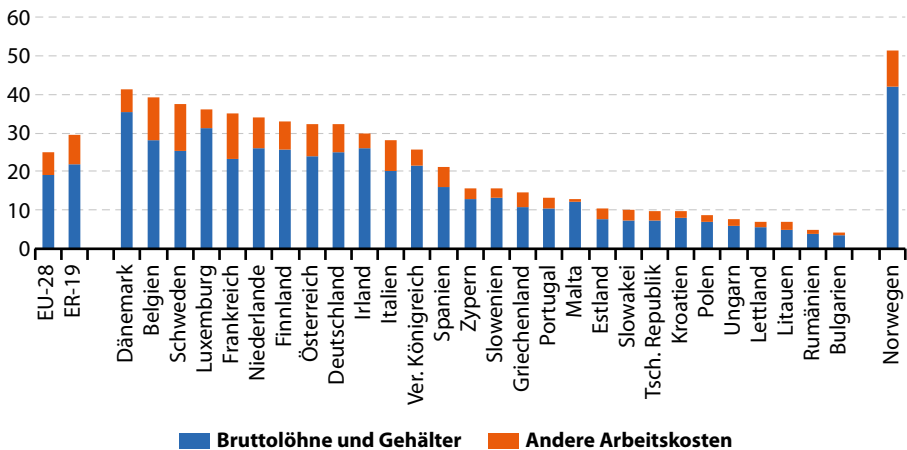
Allerdings verbergen sich hinter diesem Durchschnittswert erhebliche Unterschiede zwischen den EU-Mitgliedstaaten, mit Arbeitskosten pro Stunde im Bereich zwischen 4,08 EUR und 41,31 EUR.

Arbeitskosten setzen sich aus den Kosten für Löhne und Gehälter zuzüglich der Lohnnebenkosten, wie vom Arbeitgeber zu entrichtende Sozialbeiträge, zusammen. Der Anteil der Lohnnebenkosten an der Gesamtwirtschaft lag in der EU-28 bei 24,0%, während er 26,0% im Euroraum betrug.

Geringverdienende sind Beschäftigte, die weniger als zwei Drittel des mittleren Bruttostundenverdiensts in einem bestimmten Land beziehen. Im Jahr 2010 waren 16,9% der Beschäftigten in der EU-27 Geringverdienende, während ihr Anteil bei 14,7% im Euroraum (ER-17) lag.

Abbildung 5.3: Geschätzte Arbeitskosten pro Stunde, 2015

(in EUR)



Hinweis: Unternehmen mit mindestens 10 Arbeitnehmern. NACE Rev. 2 Abschnitte B bis S ohne O. Einschließlich vorläufiger Daten.

Quelle: Eurostat (Online-Datencode: lc_lci_lev)

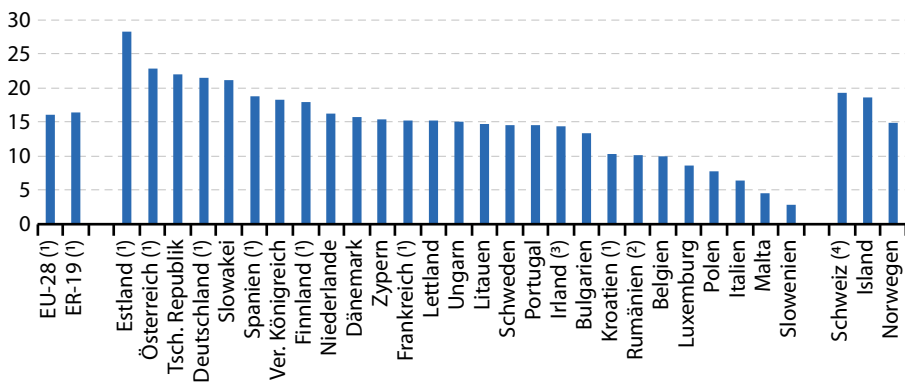
Trotz einer gewissen Konvergenz bestehen zwischen dem Durchschnittsverdienst von Männern und Frauen in der EU weiterhin erhebliche Unterschiede, ein Zustand, der gemeinhin als **geschlechtsspezifisches Verdienstgefälle** bezeichnet wird. Im Jahr 2014 war dieser Verdienst für Frauen in der EU-28 insgesamt durchschnittlich 16,1 % geringer als für Männer. Die geringsten geschlechtsspezifischen Unterschiede im Hinblick auf den Durchschnittsverdienst wurden in Slowenien, Malta, Italien, Polen, Luxemburg und Belgien verzeichnet (weniger als 10,0 % Unterschied). Das größte geschlechtsspezifische Verdienstgefälle wurde in Estland (28,3 %), Österreich (22,9 %), der

Tschechischen Republik (22,1 %), Deutschland (21,6 %) und der Slowakei (21,1 %) ermittelt.

Diese geschlechtsspezifischen Unterschiede können verschiedene Ursachen haben, wie z.B.: Unterschiede in der Erwerbsbeteiligung, Unterschiede bei den Berufen und Tätigkeiten, die hauptsächlich von Männern bzw. Frauen ausgeübt werden, Unterschiede im Umfang der Teilzeittätigkeit von Männern und Frauen sowie die Einstellung der Personalabteilungen im privaten und im öffentlichen Sektor zur Karriereentwicklung und zu unbezahltm Urlaub und/oder Mutterschaftsurlaub.

Abbildung 5.4: Geschlechtsspezifisches Lohngefälle, 2014

(Differenz zwischen dem durchschnittlichen Bruttostundenverdienst von Männern und von Frauen in % des Bruttoverdiensts von Männern, nicht bereinigt)



Hinweis: Unternehmen mit mindestens 10 Arbeitnehmer; NACE Rev. 2 Abschnitte B bis S ohne O; Griechenland: nicht verfügbar.

(¹) Vorläufig.

(²) Schätzungen.

(³) 2012. Vorläufig.

(⁴) 2013.

Quelle: Eurostat (Online-Datencode: tsdsc340)



5.4 Mindestlöhne

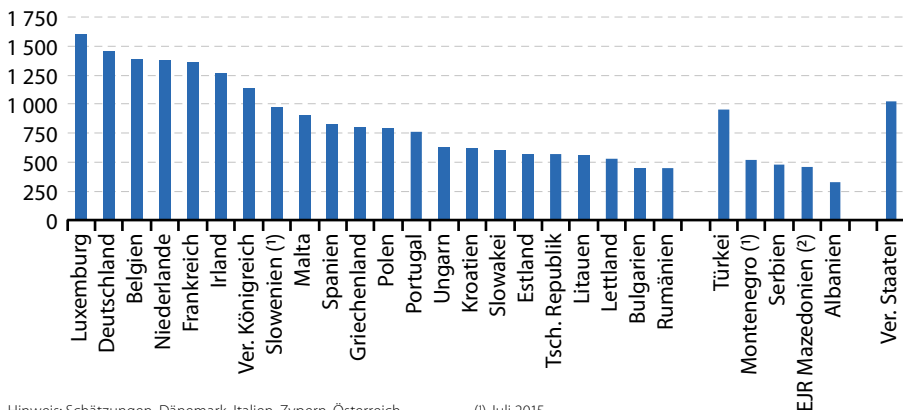
Im Januar 2016 gab es in 22 der 28 EU-Mitgliedstaaten (mit Ausnahme von Dänemark, Italien, Zypern, Österreich, Finnland und Schweden) nationale Mindestlöhne. Zum 1. Januar 2016 waren die monatlichen Mindestlöhne sehr unterschiedlich, sie reichten von 215 EUR in Bulgarien bis hin zu 1923 EUR in Luxemburg.

Erwartungsgemäß werden die Diskrepanzen zwischen den einzelnen Ländern durch die Bereinigung der Unterschiede im Preisniveau verringert. Während die Unterschiede zwischen den Mindestlöhnen der EU-Mitgliedstaaten in

Euro ausgedrückt eine Größenordnung von 1:9 erreichen, belaufen sie sich in KKS ausgedrückt nur noch auf eine Größenordnung von 1:4. In den EU-Mitgliedstaaten lagen die monatlichen Mindestlöhne im Bereich von 445 KKS in Rumänien bis 1 597 KKS in Luxemburg.

Im Jahr 2014 bewegten sich die Bruttomindestlöhne der Beschäftigten in den Bereichen Industrie, Baugewerbe und Dienstleistungen (NACE Rev. 2 Abschnitte B bis S, d. h. ohne private Haushalte mit Hauspersonal sowie extraterritoriale Organisationen und Körperschaften) zwischen

Abbildung 5.5: Mindestlöhne, Januar 2016
(in KKS pro Monat)



Hinweis: Schätzungen. Dänemark, Italien, Zypern, Österreich, Finnland und Schweden: keine nationale Mindestlöhne.

(¹) Juli 2015.

(²) Januar 2015.

Quelle: Eurostat (Online-Datencode: [earn_mw_cur](#))

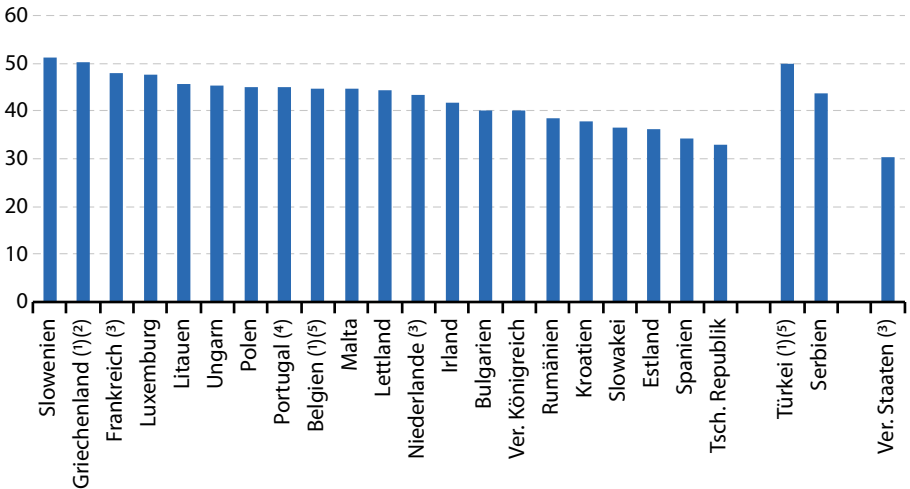
33% und gut 50% der durchschnittlichen **Bruttomonatsverdienste**.

In Slowenien (51,3%), Griechenland (50,1%, 2011) und der Türkei (50,0%, 2010) wurden im Verhältnis zu den durchschnittlichen Bruttomonatsver-

diensten die höchsten Mindestlöhne festgestellt. Am unteren Ende dieser Skala rangierten die Vereinigten Staaten (Daten für 2013), die Tschechische Republik und Spanien, die Mindestlöhne unter 35% der durchschnittlichen Bruttomonatsverdienste meldeten.

Abbildung 5.6: Mindestlöhne als Anteile des Mittelwerts der durchschnittlichen Bruttomonatsverdienste, 2014

(in %)



Hinweis: NACE Rev. 2 Abschnitte B–S. Dänemark, Deutschland, Italien, Zypern, Österreich, Finnland und Schweden: keine nationale Mindestlöhne in 2014.

(1) Ohne NACE Rev. 2 Abschnitt O.

Quelle: Eurostat (Online-Datencode: [earn_mw_avg2](#))

(2) 2011.

(3) 2013.

(4) Ohne NACE Rev. 2 Abschnitte O–Q.

(5) 2010.

5.5 Offene Stellen

Ziel der politischen Maßnahmen der EU in diesem Bereich ist die verbesserte Funktionsweise des **Arbeitsmarkts**, indem dazu beigetragen wird, Angebot und Nachfrage stärker aufeinander abzustimmen.

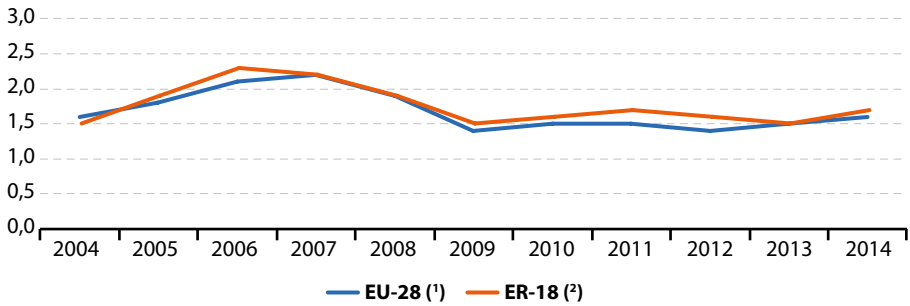
Von 2003 bis 2007 stieg die Quote der offenen Stellen in der EU-27 und erreichte 2007 einen Höchststand von 2,2%. In den folgenden Jahren nahm die Quote der offenen Stellen kontinuierlich ab; 2008 sank sie auf 1,9%. In der EU-28

erreichte die Quote 2009 (auf dem Höhepunkt der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise) ein historisches Tief von 1,4%. Seit 2009 ist die Quote relative stabil. 2010 war in der EU-28 (1) mit einer Quote der offenen Stellen von 1,4% eine leichte Erholung zu verzeichnen. 2011 blieb die Quote unverändert. 2012 sank sie auf 1,4% und stieg in den nächsten beiden Jahren jeweils um 0,1 Prozentpunkte, bis sie 2014 bei 1,6% lag – der höchste Stand seit 2008.

(1) Hinzuweisen ist auf einen Bruch in der Zeitreihe, weshalb sich alle Daten bis 2009 auf die EU-27 und alle Daten ab 2009 auf die EU-28 beziehen. Die Differenz zwischen den Quoten der beiden Aggregate war vernachlässigbar.


Abbildung 5.7: Quote der freien Stellen, 2004–14

(in %)



Hinweis: 2004–08: NACE Rev. 1.1 Abschnitte A bis O. Seit 2009: NACE Rev. 2 Abschnitt B bis S. 2008–2014: Vorläufig.

(¹) 2004–08: EU-27.

(²) 2004–08: ER-16.

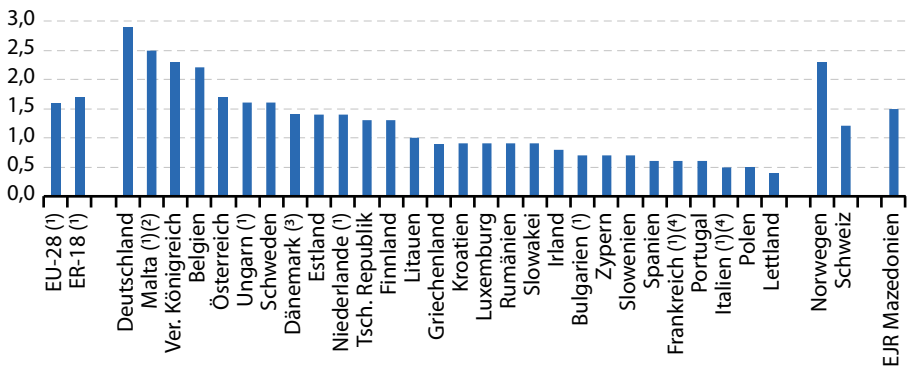
Quelle: Eurostat (Online-Datencode: [jvs_a_nace1](#) und [jvs_a_nace2](#))

Unter den EU-Mitgliedstaaten verzeichneten Deutschland (2,9%), Malta (2,5%) (²), das Vereinigte Königreich (2,3%) und Belgien (2,2%) 2014 die höchsten jährlichen Quoten der offenen

Stellen. In 15 der 28 EU-Mitgliedstaaten lag die Quote der offenen Stellen 2014 bei weniger als 1,0%, wobei die niedrigste Quote der offenen Stellen (0,4%) in Lettland verzeichnet wurde.

Abbildung 5.8: Quote der freien Stellen, 2014

(in %)



Hinweis: NACE Rev. 2 Abschnitte B bis S.

(²) Einheiten mit 10 oder mehr Arbeitnehmern.

(¹) Vorläufig.

(³) NACE Rev. 2 Abschnitte B bis N.

Quelle: Eurostat (Online-Datencode: [jvs_a_nace2](#))

(⁴) Unternehmen mit 10 oder mehr Arbeitnehmern.

(⁵) In Malta deckt die Quote der offenen Stellen nicht die gesamte Wirtschaft ab, nur Einheiten mit 10 oder mehr Beschäftigten werden erfasst.

6

Wirtschaft und Finanzen



Einleitung

2014 gab die Europäische Kommission eine Liste der zehn wichtigsten **Prioritäten** aus. Drei von ihnen waren von besonderer Bedeutung für die Wirtschaftsstatistik: als oberste Priorität ein neuer **Schub für Beschäftigung, Wachstum und Investitionen**, der **Binnenmarkt der EU** und die **Wirtschafts- und Währungsunion**.

Mit der Maßgabe, innerhalb von drei Jahren bis zu 300 Mrd EUR an privaten und öffentlichen Mitteln zusätzlich bereitzustellen, ist vorgesehen, in den Mittelpunkt des Beschäftigungs-, Wachstums- und Investitionspakets der Europäischen Kommission eine Begrenzung der Regulierungstätigkeit, eine intelligentere Nutzung der vorhandenen Finanzressourcen und einen flexiblen Einsatz der öffentlichen Mittel zu stellen. Diese Investitionen sollten in die Bereiche Infrastruktur, Bildung, Forschung und Innovation, erneuerbare Energien und Energieeffizienz sowie Jugendbeschäftigung fließen.

Der Binnenmarkt gilt als das beste Kapital, wenn es darum geht, die Herausforderungen der Globalisierung zu meistern. Durch Stärkung der industriellen Basis der Wirtschaft in der EU — indem der Anteil der Industrie am BIP in der EU bis 2020 wieder auf 20 % gebracht wird — soll sichergestellt werden, dass Europa seine weltweite Führungsposition in strategischen Sektoren

mit hochwertigen Arbeitsplätzen behält. Zu den im Rahmen dieser Priorität ausgegebenen Zielen gehört die Schaffung einer Kapitalmarktunion, die kleinen Unternehmen die Einwerbung von Geldern erleichtern und Europa zu einem attraktiveren Investitionsstandort machen soll.

In Bezug auf die Wirtschafts- und Währungsunion ist es das Ziel der Europäischen Kommission, demokratisch stärker legitimierte Entscheidungen über die Unterstützung in Schieflage befindlicher Länder des Euroraums zu treffen, die Förder- und Reformprogramme nicht nur auf ihre finanzielle Tragfähigkeit zu prüfen, sondern auch auf ihre Auswirkungen auf die Bürger, eine Überprüfung der für die steuerpolitische und makroökonomische Überwachung geltenden Rechtsvorschriften und der Vorschriften für die Haushaltsdisziplin vorzunehmen sowie weitere Strukturreformen in Ländern des Euroraums voranzutreiben.

Eine vertiefte und fairere Wirtschafts- und Währungsunion zählt zu den Prioritäten, und im Juni 2015 wurde ein **Bericht der Präsidenten** des Europäischen Rates, des Europäischen Parlaments, der Europäischen Kommission, der Europäischen Zentralbank und der Eurogruppe vorgelegt, der einen Plan enthält, in dem dargelegt wird, wie dieses Vorhaben erreicht werden soll.

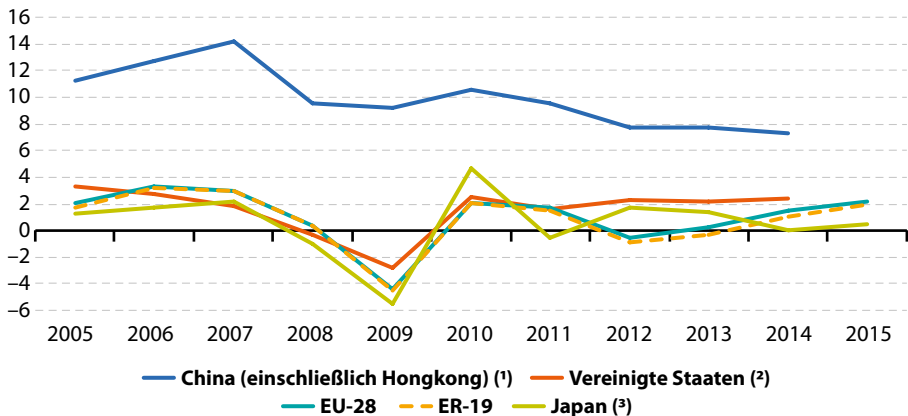
6.1 Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen und BIP

Die **Volkswirtschaftlichen Gesamtberechnungen (VGR)** sind die Quelle für zahlreiche bekannte **Wirtschaftsindikatoren**, die in diesem Artikel vorgestellt werden. Das **Bruttoinlandsprodukt (BIP)** ist das am häufigsten verwendete Maß für die Gesamtgröße einer Volkswirtschaft; davon abgeleitete Indikatoren wie das **BIP pro Kopf** — z. B. in Euro oder bereinigt um die Unterschiede in den Preisniveaus –, werden oft für einen Vergleich der

Lebensstandards oder für die Überwachung des Konvergenzprozesses in der EU herangezogen.

Die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise führte 2009 in der EU, in Japan und in den Vereinigten Staaten zu einer schweren Rezession, auf die 2010 eine Erholung folgte. Die herannahende Krise hatte sich bereits 2008 mit einem erheblichen Rückgang der Steigerungsrate des BIP in der EU-28 bemerkbar gemacht. 2009 folgte ein

Abbildung 6.1: Reales BIP-Wachstum, 2005–15
(Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)



Hinweis: Basierend auf verketteten Volumina.

(¹) 2005–10: Schätzungen. 2015: nicht verfügbar.

(²) 2014: Schätzung. 2015: nicht verfügbar.

(³) 2015: Schätzung.

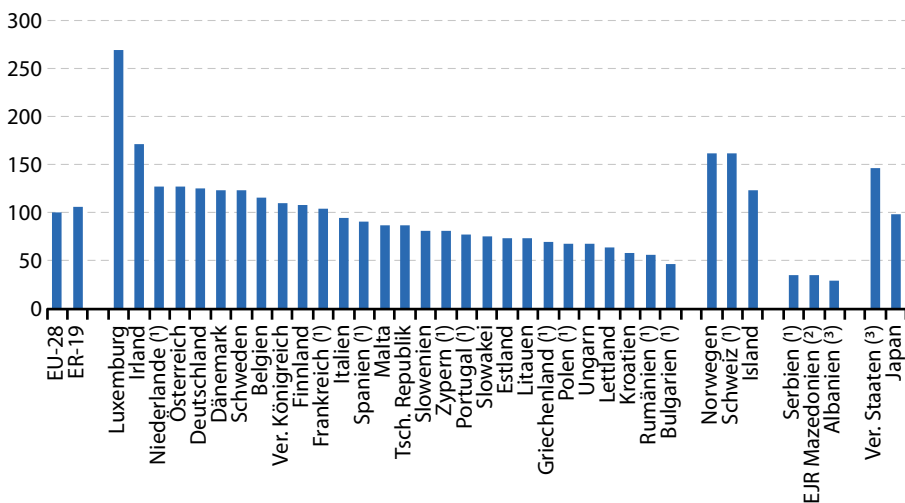
Quelle: Eurostat (Online-Datencode: [naida_10_gdp](#)), OECD und Weltbank

Rückgang des realen BIP in der EU-28 um 4,4%. Während der Erholung stieg das BIP auf der Basis von verketteten Volumina in der EU-28 2010 um 2,1 % gefolgt von einem weiteren Zugewinn um 1,7 % im Jahr 2011; danach schrumpfte das reale BIP 2012 um 0,5 %, bevor 2013 (0,2 %), 2014 (1,5 %) und 2015 (2,2 %) wieder zunehmend positivere Wachstumsraten erfasst wurden. Im Euro-Währungsgebiet (EA-19) glichen die entsprechenden Wachstumsraten bis 2010 weitestgehend denen in der EU-28, während das Wachstum 2011 leicht schwächer (1,5 %), der Abschwung im Jahr 2012 stärker war (-0,9 %) und im Jahr 2013 anhielt (-0,3 %). 2014 und 2015 entwickelte sich das Wachstum schwächer als in der EU-28 insgesamt.

Für die Beurteilung des Lebensstandards wird in der Regel das BIP pro Kopf in KKS herangezogen, da bei diesem Indikator die Unterschiede in der Größe einer Volkswirtschaft gemessen an der

Bevölkerung sowie Unterschiede im Preisniveau zwischen den Ländern berücksichtigt sind. 2015 belief sich das durchschnittliche BIP pro Kopf in der EU-28 auf 28 800 KKS und lag damit über dem Höchststand von 2008 (26 100 KKS), der erreicht worden war, bevor sich die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise bemerkbar machten. Die relative Position einzelner Länder lässt sich anhand eines Vergleichs mit diesem Durchschnitt darstellen, wobei der Wert für die EU-28 mit 100 gleichgesetzt wird. Den höchsten Wert aller EU-Mitgliedstaaten verzeichnete 2015 Luxemburg mit einem BIP pro Kopf in KKS, das den Durchschnitt der EU-28 um etwa das 2,7-fache überstieg (was zum Teil mit der großen Zahl von Grenzgängern aus Belgien, Frankreich und Deutschland erklärt werden kann). Im Gegensatz dazu betrug das BIP pro Kopf in KKS in Bulgarien im Jahr 2015 weniger als die Hälfte des Durchschnittswerts für die EU-28.

Abbildung 6.2: BIP pro Kopf in jeweiligen Marktpreisen, 2015
(EU-28 = 100; BIP pro Kopf in KKS)



(1) 2015: vorläufig.

(2) 2013 statt 2015.

(3) 2014 statt 2015.

Quelle: Eurostat (Online-Datencode: *naida_10_gdp*, *nama_10_pc* und *naida_10_pe*),
OECD und Weltbank

6.2 Sektorkonten

Die Untersuchung nach **institutionellen Sektoren** gibt genaueren Aufschluss über die wirtschaftlichen Entwicklungen in den Bereichen Produktion, Einkommensentstehung und -(um)verteilung, Konsum und Investitionen. Insbesondere die Sektorkonten der Europäischen Union (EU) liefern verschiedene Schlüsselindikatoren für **Haushalte** und nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften, wie die **Sparquote** der privaten Haushalte und die **Gewinnquote der Unternehmen**.

Die Sparquote der privaten Haushalte 2014 in den 19 Mitgliedstaaten des Euroraums (EA-19) mit 12,5 % um 2,2 Prozentpunkte höher lag als in der EU-28 (10,3 %). Dieses Gefälle lässt sich zumindest zum Teil auf die vergleichsweise hohen Spar-

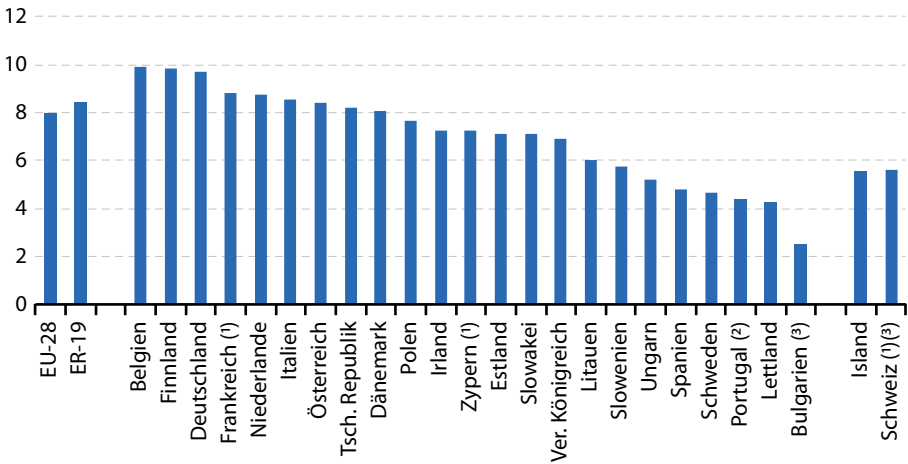
quoten in Deutschland (16,9 %), Slowenien und Frankreich (jeweils 14,1 %) zurückführen.

2014 lag die Investitionsquote der privaten Haushalte in der EU-28 bei 8,0 %. Diese Quote reichte (in den 23 Mitgliedstaaten, für die Daten vorliegen) von 9,9 % in Belgien und Finnland und 9,7 % in Deutschland; noch niedriger war sie in Bulgarien mit 2,5 % (Daten aus 2013).

2014 betrug das Verhältnis zwischen Schulden und Einkommen der privaten Haushalte im Euroraum 94,7 % (keine Daten verfügbar für die EU-28). In diesem Zusammenhang ist anzumerken, dass ein hoher Schuldenstand der Haushalte bis zu einem gewissen Grad auf hohe finanzielle

Abbildung 6.3: Investitionsquote der Haushalte (brutto), 2014

(in %)



Hinweis: Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. Griechenland, Kroatien, Luxemburg, Malta und Rumänien: nicht verfügbar.

(¹) Vorläufig.

(²) Schätzung.

(³) 2013.

Quelle: Eurostat (Online-Datencode: [nasa_10_ki](#))

Vermögenswerte schließen lässt. Außerdem kann ein hoher Schuldenstand auf Eigentum an nichtfinanziellen Vermögenswerten, unter anderem an Wohnbauten, hindeuten oder auch von einzelstaatlichen Maßnahmen zur Förderung der Kreditaufnahme beeinflusst sein (z. B. bei steuerlicher Abzugsfähigkeit von Schuldzinsen).

Die Investitionsquote der Unternehmen (nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften) lag 2014, sowohl in der EU-28 als auch im Euroraum, bei 21,7%. Von den 26 EU-Mitgliedstaaten (für die Daten vorliegen) wiesen Bulgarien (Daten aus 2013), die Tschechische Republik, Rumänien, die Slowakei,

Schweden, Spanien, Lettland, Kroatien, Belgien, Estland und Österreich mit jeweils über 25,0%; die höchsten Investitionsquoten der Unternehmen auf. Die niedrigsten Quoten verzeichnete man in Griechenland (15,1 %) und Zypern (10,5 %).

Die Gewinnquote der nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften belief sich 2014 in der EU-28 auf 39,3 % und lag im Euroraum 0,5 % Prozentpunkte höher. Unter den 27 EU-Mitgliedstaaten, für die Daten vorliegen, meldeten Kroatien (29,7 %) und Frankreich (30,4 %) die niedrigsten Gewinnquoten, wohingegen in Irland bei dieser Quote ein Spitzenwert von 60,7 % erzielt wurde.

Tabelle 6.1: Kennzahlen der Sektorkonten, nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften, 2014

	Investitionsquote	Gewinnquote	Investitionsquote	Gewinnquote
	(in %)		Veränderung gegenüber 2013 (in Prozentpunkten)	
EU-28	21,7	39,3	0,3	0,0
ER-19	21,7	39,8	0,3	0,0
Belgien	26,0	40,6	1,5	0,4
Bulgarien (!)	28,8	48,6	:	:
Tsch. Republik	28,6	51,2	-1,9	2,7
Dänemark	20,5	39,5	-0,1	-1,3
Deutschland	19,7	41,3	0,4	-0,3
Estland	25,9	46,9	-1,9	-1,8
Irland	23,9	60,7	2,5	-1,1
Griechenland	15,1	55,8	1,0	-4,0
Spanien	26,7	42,9	1,5	-0,4
Frankreich	22,8	30,4	0,2	0,4
Kroatien	26,0	29,7	-0,1	-2,2
Italien	18,7	40,7	-0,7	-0,4
Zypern	10,5	46,1	-3,5	-1,8
Lettland	26,1	49,5	-0,4	-3,1
Litauen	17,5	56,7	0,5	-0,8
Luxemburg	:	:	:	:
Ungarn	24,8	48,3	0,4	1,2
Malta	:	53,7	:	0,7
Niederlande	16,4	41,1	-0,1	0,0
Österreich	25,4	40,7	0,3	-1,0
Polen	22,1	51,0	0,5	0,6
Portugal	20,1	41,6	0,6	-0,3
Rumänien	27,2	56,9	-1,9	-0,2
Slowenien	20,1	35,5	-2,0	0,9
Slowakei	27,2	51,7	-0,4	-1,5
Finnland	20,0	40,3	-0,6	0,2
Schweden	27,1	35,9	1,6	0,5
Ver. Königreich	16,9	36,3	0,1	1,4
Island	19,6	40,5	2,0	-1,6
Norwegen	21,5	53,3	0,0	-1,2
Schweiz (!)	25,6	31,5	:	:

(!) 2013.

Quelle: Eurostat (Online-Datencode: nasa_10_ki)

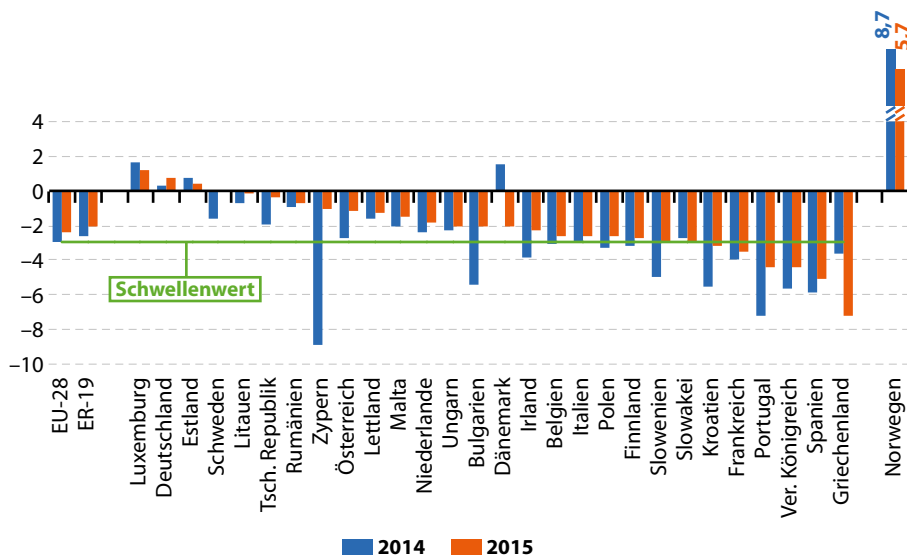


6.3 Staatsfinanzen

Diese Statistiken liefern wichtige Indikatoren für die Bestimmung des Zustands der Volkswirtschaft eines Mitgliedstaats. Im **Stabilitäts- und Wachstumspakt (SWP)** der EU haben sich die Mitgliedstaaten dazu verpflichtet, ihr öffentliches Defizit und den öffentlichen Schuldenstand unterhalb bestimmter Grenzen zu halten. Das öffentliche Defizit eines Mitgliedstaats darf 3 % des **Bruttoinlandsprodukts (BIP)** des Staates nicht übersteigen, der öffentliche Schuldenstand darf maximal 60 % des BIP eines Landes ausmachen. Wenn ein Mitgliedstaat diese Grenzwerte überschreitet, wird das so genannte **Verfahren bei einem übermäßigen Defizit** eingeleitet.

In der EU-28 schrumpfte das Defizit der öffentlichen Haushalte im Verhältnis zum BIP von $-3,0\%$ im Jahr 2014 auf $-2,4\%$ im Jahr 2015, im ER-19 verringerte es sich von $-2,6\%$ auf $-2,1\%$. Drei EU-Mitgliedstaaten — Luxemburg, Deutschland und Estland — verzeichneten 2015 einen Finanzierungsüberschuss des Sektors Staat. Schweden meldete einen Haushalt ohne Überschuss oder Defizit ($0,0\%$). In 17 EU-Mitgliedstaaten, und zwar in Litauen, der Tschechischen Republik, Rumänien, Zypern, Österreich, Lettland, Malta, den Niederlanden, Ungarn, Bulgarien, Dänemark, Irland, Belgien, Italien, Polen, Finnland und Slowenien lagen die Defizite 2015 unter $-3,0\%$ des BIP.

Abbildung 6.4: Öffentlicher Finanzierungssaldo, 2014 und 2015
(Konsolidierter Finanzierungssaldo des Staates in % des BIP)



Hinweis: Datenauszug am 21.04.2016.

Quelle: Eurostat (Online-Datencode: tec00127)

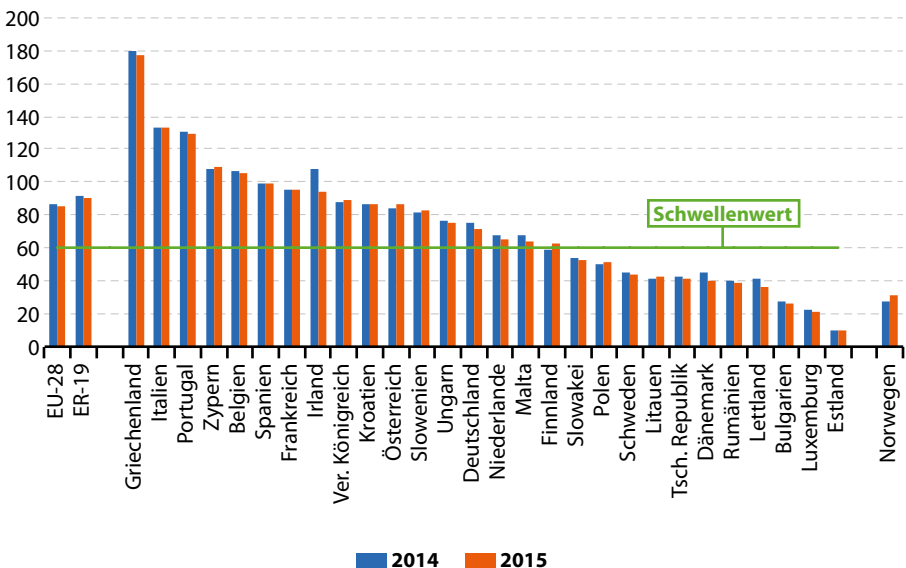
In der EU-28 ging die Verschuldung der öffentlichen Haushalte im Verhältnis zum BIP von 86,8 % Ende 2014 auf 85,2 % Ende 2015 zurück, und im ER-19 von 92,0 % auf 90,7 %. Insgesamt 17 EU-Mitgliedstaaten meldeten 2015 eine Schuldenquote von mehr als 60 % des BIP. Ende 2015 wurden die höchsten öffentlichen Schuldenquoten in Griechenland (176,9 %), Italien (132,7 %), Portugal (129,0 %), Zypern (108,9 %) und Belgien (106,0 %) verzeichnet, während die niedrigsten öffentlichen Schuldenquoten in Estland (9,7 %), Luxemburg (21,4 %) und Bulgarien (26,7 %) verzeichnet wurden.

Die Bedeutung des **Sektors Staat** in der Volkswirtschaft lässt sich an der Höhe seiner gesamten Einnahmen und Ausgaben und an dem auf ihn entfallenden Prozentsatz des BIP messen. In der EU-28 beliefen sich die Gesamteinnahmen

des Sektors Staat 2015 auf 45,0 % des BIP (ein Rückgang gegenüber 45,2 % im Jahr 2014), und die Ausgaben beliefen sich auf 47,4 % des BIP (ein Rückgang gegenüber 48,2 % im Jahr 2014). Im ER-19 betrug die Staatsausgaben 2015 insgesamt 48,6 % des BIP (ein Rückgang gegenüber 49,3 % im Jahr 2014) und die Staatseinnahmen insgesamt 46,6 % des BIP (ein Rückgang gegenüber 46,8 % im Jahr 2014).

In absoluten Zahlen nahmen die Gesamtausgaben des Sektors Staat im Zeitraum 2005–15 sowohl in der EU-28 als auch im ER-19 (abgesehen von einem leichten Rückgang im ER-19 von 2010 bis 2011) langsam zu. Kontinuierlicher stiegen die Einnahmen im Zeitraum 2009–15, was zu einem Rückgang des Defizits führte. Von 2008 bis 2009 sanken die allgemeinen Staatseinnahmen in beiden Gebieten.

Abbildung 6.5: Öffentlicher Schuldenstand, 2014 and 2015
(Konsolidierter Bruttoschuldenstand des Staates in % des BIP)



Hinweis: Datenauszug am 21.04.2016.

Quelle: Eurostat (Online-Datencode: tsdde410)



6.4 Wechselkurse und Zinssätze

In diesem Kapitel werden zu Beginn die Entwicklung der Wechselkurse in der EU, ebenso wie die Wechselkursschwankungen zwischen Euro und mehreren Währungen von Drittländern, insbesondere dem japanischen Yen, dem Schweizer Franken und dem US-Dollar, die wichtige Reservewährungen) darstellen, berücksichtigt. Die zweite Hälfte dieses Artikels ist der Untersuchung der Zinssätze gewidmet, d. h. der Kosten der Aufnahme und/oder der Vergabe von Geldmitteln. Auf makroökonomischer Ebene werden die Leitzinssätze in der Regel von den Zentralbanken festgesetzt. Sie sind ein primäres Instrument der Geldpolitik und dienen der Aufrechterhaltung der Preisstabilität sowie der Steuerung der Inflation.

Die in den verschiedenen Teilen der Abbildung 6.6 präsentierten Indizes beginnen mit dem Jahr 2005, zum Ende einer Phase, in der sich der Euro noch immer von einem historischen Tiefstand gegenüber vielen anderen Währungen erholte.

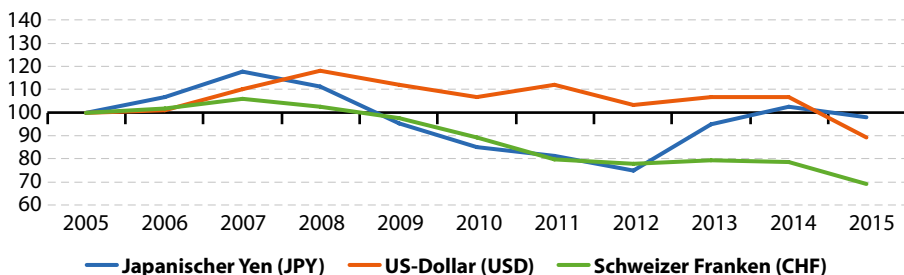
Bis 2007 kam es zu einer deutlichen Wertsteigerung des Euro im Vergleich zum japanischen Yen

(8,5 % pro Jahr). Danach verlor der Euro rasch an Wert und sank zwischen 2007 und 2012 jährlich um durchschnittlich 8,7%. Die Entwicklung des Euro-Wechselkurses gegenüber dem US-Dollar verlief anfangs ähnlich, so dass der Euro bis 2008 bei einer Steigerung von 5,7 % pro Jahr zunächst anzog. Bis 2014 kam es zu einem Wertverlust des Euro (– 1,7 % pro Jahr), der insgesamt geringer ausfiel, jedoch weniger regelmäßig verlief. Danach folgte 2015 ein stärkerer Wertverlust (– 16,5%), was dazu führte, dass der Euro 2015 gegenüber dem US-Dollar 10,8 % weniger wert war als noch 2005. Gegenüber dem Schweizer Franken zog der Euro dagegen zwischen 2005 und 2007 mit einer Wertsteigerung von 3,0 % jährlich nur leicht an. Von 2007 bis 2011 verlor der Euro gegenüber dem Schweizer Franken dann immer rascher an Wert.

Im September 2011 legte die Schweizerische Nationalbank einen Mindest-Wechselkurs von 1,20 CHF = 1 EUR fest, der die Wertsteigerung des Schweizer Franken wirksam beendete und den Kurs stabilisierte.

Abbildung 6.6: Wechselkurse gegenüber dem Euro, 2005–15

(2005 = 100)



Hinweis: Ein Rückgang des Index bedeutet einen Anstieg des Werts der Fremdwährung und einen Wertverlust des Euro. Man beachte, dass die y-Achse nicht bei 0 beginnt.

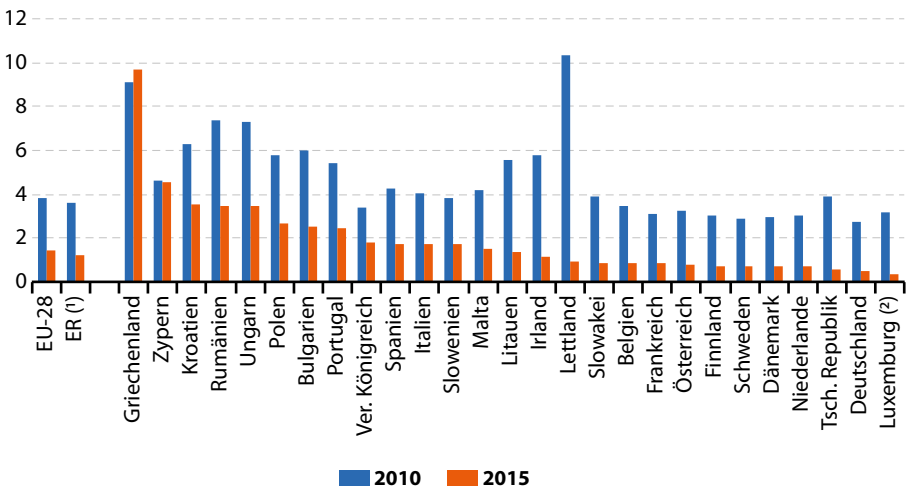
Quelle: Eurostat (Online-Datencode: ert_bil_eur_a)

Dieser Mindest-Wechselkurs wurde bis zum 15. Januar 2015 aufrechterhalten: Nachdem er aufgehoben wurde, stieg der Schweizer Franken um 30 % im Tageshandel und schloss bei 23 % ab. Insgesamt belief sich der Wertverlust des Euro gegenüber dem Schweizer Franken 2015 auf 12,1 % im Vergleich zum Vorjahr. Damit lag der Wertverlust des Euro zwischen 2005 und 2015 bei 31,0 %.

Die Anleiherenditen im (gewichteten) EU-28-Durchschnitt lagen 2015 im Allgemeinen niedriger als 2010. Damals war es in einigen Ländern im Zusammenhang mit der Staatsschuldenfinanzierung zu einem Anstieg gekommen. In der EU-28 sank der Wert der Anleiherenditen um mehr als die Hälfte (von 3,82 % auf 1,45 %), ähnlich war der Rückgang mit fast 2,4 Prozent-

punkten im Euro-Währungsgebiet. Tatsächlich fielen die Rendite in allen EU-Mitgliedstaaten (aus Estland lagen keine Daten vor) um über 40 %. Ausnahme bildeten Zypern und Griechenland. In Zypern lag die Rendite 2015 bei 4,54 % und damit etwas niedriger als die Rendite von 4,60 % im Jahr 2010. Griechenland verzeichnete 2015 eine Rendite von 9,67 %, entsprechend einen etwas höherem Wert als 2010, als 9,09 % erzielt wurden. Damit war Griechenland nicht nur das einzige Land, das zwischen 2010 und 2015 einen Anstieg der Rendite aufwies, sondern auch das Land mit der höchsten Rendite in der EU: Sie war mehr als doppelt so hoch wie die Rendite in Zypern, das an zweiter Stelle folgte. In 22 EU-Mitgliedstaaten lagen die Anleiherenditen 2015 unter 3,00 %, davon in 19 unter 2,00 % und in 12 sogar unter 1,00 %.

Abbildung 6.7: WWU-Konvergenzkriterium Anleiherenditen (Maastricht-Kriterium), 2010 und 2015
(in %)



Hinweis: Estland: nicht verfügbar.

(I) 2010: ER-16. 2015: ER-19.

Quelle: Eurostat (Online-Datencode: [tec00097](#)), EZB

(?) Der Indikator für Luxemburg basiert auf einem Korb langfristiger Anleihen mit einer durchschnittlichen Restlaufzeit von knapp zehn Jahren; Emittent der Anleihen ist ein privates Kreditinstitut.

6.5 Verbraucherpreise — Inflation und vergleichende Preisniveaus

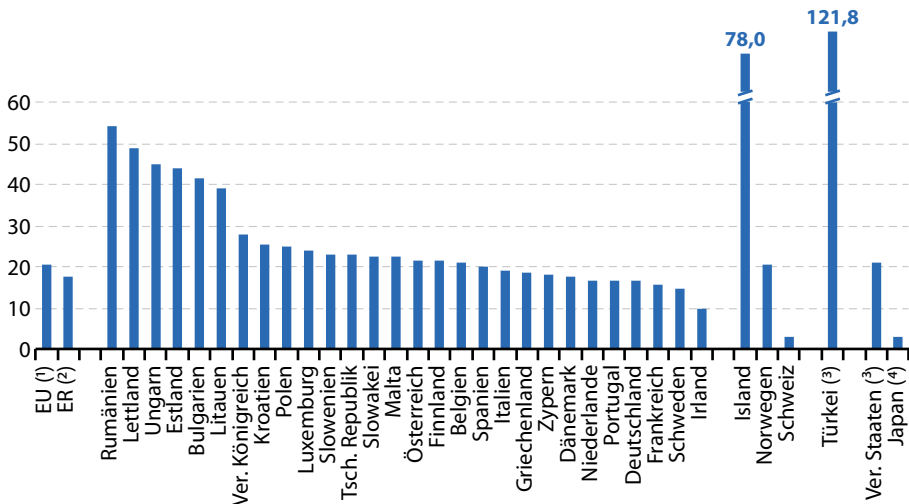
Der Anstieg des allgemeinen Preisniveaus von Waren und Dienstleistungen in einer Volkswirtschaft wird als **Inflation** bezeichnet, der umgekehrte Fall – das Absinken des allgemeinen Preisniveaus – als Deflation. Inflation und Deflation werden in der Regel anhand von **Verbraucherpreisindizes** oder Einzelhandelspreisen gemessen. Innerhalb der EU wurde ein spezieller Verbraucherpreisindex entwickelt, der **harmonisierte Verbraucherpreisindex (HVPI)**. Wenn andere Faktoren (beispielsweise Löhne) gleich bleiben, nimmt bei einer Inflation in einer Volkswirtschaft die Kaufkraft der Verbraucher ab,

da diese für denselben Geldbetrag nicht mehr dieselbe Menge an Waren und Dienstleistungen kaufen können.

Nach relativ starken Schwankungen im Zeitraum 2008–12 verlangsamte sich die Preissteigerungsrate und lag 2013 bei 1,5 % und 2014 bei 0,5 %. 2015 gab es keine Veränderung (0,0 %). Die Inflationsraten in den Jahren 2014 und 2015 waren die niedrigsten seit Beginn der Aufzeichnungen. Überdies wurden in mehreren Monaten der Jahre 2013, 2014 und 2015 negative Inflationsraten verzeichnet.

Abbildung 6.8: Gesamt-HVPI, Inflationsrate, 2005–15

(in %)



(1) Die Daten beziehen sich auf das amtliche EU-Aggregat, dessen Zusammensetzung sich mit dem Beitritt neuer Mitgliedstaaten ändert; dem wird durch die Verwendung eines Kettenindex Rechnung getragen.

(2) Die Daten beziehen sich auf das amtliche Aggregat für den

Quelle: Eurostat (Online-Datencodes: [prc_hicp_aind](#) und [prc_ipc_a](#))

Euroraum, dessen Zusammensetzung sich mit dem Beitritt neuer Mitgliedstaaten ändert; dem wird durch die Verwendung eines Kettenindex Rechnung getragen.

(3) Abweichende Definition.

(4) Nationaler VPI; mit dem HVPI nicht 100%ig vergleichbar.

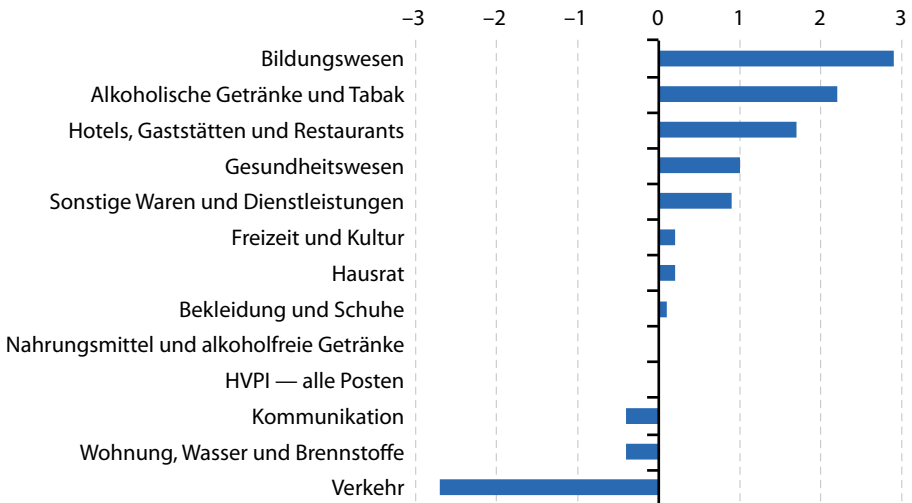
Von 2005 bis 2015 war unter den EU-Mitgliedstaaten in Rumänien der höchste (54,1 %) und in Irland der niedrigste HVPI-Anstieg (9,5 %) festzustellen. Die Veränderung in der EU insgesamt lag bei 20,7 % und damit nahe dem Wert in den Vereinigten Staaten (21,2 %), während die Preise in Japan deutlich langsamer stiegen (2,5 % im Zeitraum 2005–14).

Was die Hauptbestandteile des HVPI betrifft, so stiegen die Energiepreise in der EU von 2005 bis 2015 — trotz des Einbrüche in den Jahren 2014 und 2015 — am stärksten (um 39,6 %), die Preise für Industrieerzeugnisse ohne Energie im selben Zeitraum dagegen um 4,6 %. Die Raten für

Nahrungsmittel (30,7 %) und für Dienstleistungen (23,6 %) nahmen etwas schneller zu als der Gesamt-Index (20,9 %).

Eine genauere Betrachtung zeigt, dass die Preise in der EU im Bereich Bildung und für alkoholische Getränke und Tabak zwischen 2005 und 2015 am stärksten stiegen (um 51,7 % bzw. 50,7 %). Im selben Betrachtungszeitraum gingen die Preise im Bereich Kommunikation um 13,5 % zurück. Zwischen 2014 und 2015 sanken die Preise nicht nur im Bereich Kommunikation (– 0,4 %), sondern auch für Wohnung, Wasser und Brennstoffe (– 0,4 %) und für den Bereich Verkehr (– 2,7 %).

Abbildung 6.9: HVPI nach Hauptkategorien, durchschnittliche jährliche Inflationsrate, EU-28, 2015 (in %)



Quelle: Eurostat (Online-Datencode: prc_hicp_aind)



6.6 Zahlungsbilanz

Die **Zahlungsbilanz** erfasst alle wirtschaftlichen Transaktionen zwischen [[Glossary:Resident institutional unit|gebietsansässigen]] und gebietsfremden Einheiten für einen bestimmten Zeitraum.

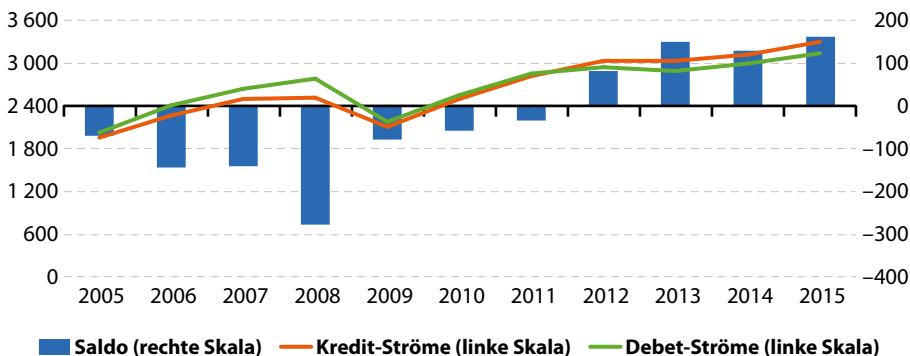
Der Saldo der Leistungs- und [[Glossary:Capital_account|Vermögensübertragung]]sbilanz gibt Aufschluss über die Stellung einer Volkswirtschaft gegenüber der übrigen Welt, während die Kapitalbilanz die zugrunde liegende Finanzierung beleuchtet.

Der Leistungsbilanz**überschuss** der EU-28 belief sich 2015 auf 161,6 Mrd. EUR, was 1,1 % des [Bruttoinlandsprodukts (BIP)] entspricht. Im Vergleich

dazu lag der Leistungsbilanzüberschuss 2014 bei 129,6 Mrd. EUR. Die jüngsten Entwicklungen der Leistungsbilanz der EU-28 zeigen, dass sich das Muster, wie es sich seit 2008 darstellt, fortsetzt: Nachdem das Leistungsbilanz**defizit** 2008 mit 2,1 % des BIP einen Höchststand erreicht hatte, ging es allmählich zurück und verwandelte sich 2012 in einen Überschuss von 0,6 % des BIP; 2013 lag der Überschuss bei 1,1 % des BIP und 2014 bei 0,9 %. Der Leistungsbilanz**überschuss** für 2015 basiert auf Defiziten bei den Primär- und Sekundäreinkommen (– 0,1 % bzw. – 0,5 % des BIP) sowie Überschüssen bei der Warenbilanz (0,7 % des BIP) und der Dienstleistungsbilanz (1,0 %).

Abbildung 6.10: Leistungsbilanz, EU-28, 2005–15

(in Mrd. EUR)



Hinweis: EU-28 im Vergleich zu extra-EU-28.

Quelle: Eurostat (Online-Datencode: [bop_eu6_q](#))

Betrachtet man die Partnerländer und -regionen, so wies die EU-28 im Jahr 2015 mit 145,7 Mrd. EUR im Handel mit China das höchste Leistungsbilanzdefizit auf, gefolgt vom Defizit gegenüber Russland (33,2 Mrd. EUR). Der höchste Leis-

tungsbilanzüberschuss wurde gegenüber den Vereinigten Staaten (101,0 Mrd. EUR) und der Schweiz (70,6 Mrd. EUR) erzielt. Auch gegenüber Brasilien, Hongkong, Kanada und Indien wurden Überschüsse erwirtschaftet.

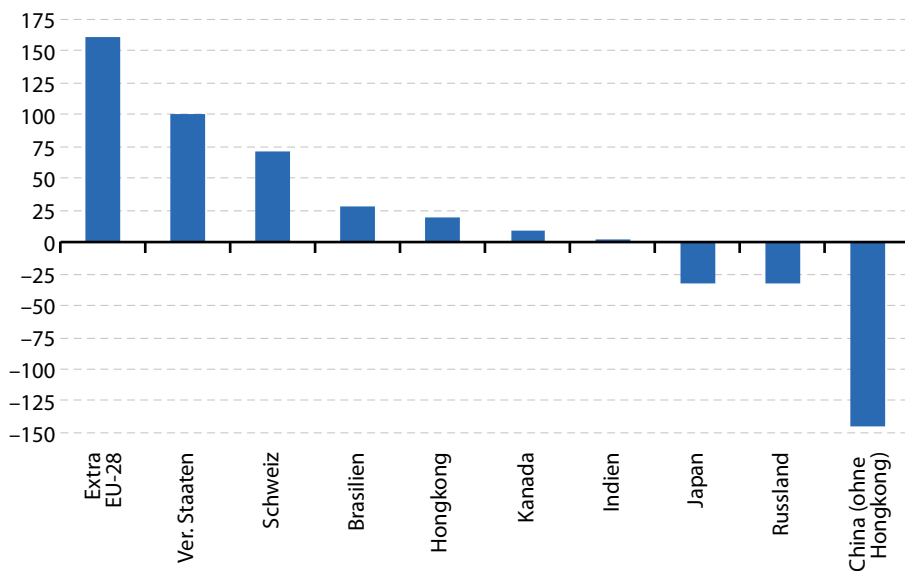
Seit jeher weist die Vermögensübertragungsbilanz der EU-28 mit beträchtlichen Vermögens-transfers an die übrige Welt ein Defizit auf. 2015 setzte sich dieser Trend mit einem Defizit von 45,0 Mrd. EUR, was 0,3% des BIP entspricht, fort, der im Wesentlichen auf das beträchtliche Defizit der Niederlande (35,2 Mrd. EUR) zurückzuführen war.

Eine positive Netto-Kapitalbilanz wird als Nettokreditvergabe an die übrige Welt und eine negative Netto-Kapitalbilanz als Nettokreditaufnahme von der übrigen Welt gewertet. Insgesamt 23 EU-Mitgliedstaaten waren 2015 Nettokreditge-

ber an die übrige Welt und wiesen Überschüsse in ihren Nettokapitalbilanzen auf, wobei Malta (10,4% des BIP) den höchsten Wert im Verhältnis zum BIP verzeichnete.

Der in absoluten Zahlen bei weitem größte Nettokreditgeber der EU-28 war 2015 Deutschland mit 232,2 Mrd. EUR. Auch der Euroraum war 2015 Nettokreditgeber gegenüber der übrigen Welt, und zwar mit 306,6 Mrd. EUR, was 2,9% des BIP entsprach. Gleichwohl blieb die EU-28 2015 ein bedeutender Nettokapitalgeber (z.B. von Darlehen) gegenüber der übrigen Welt (Nettokreditvergabe in Höhe von 1,7% des BIP).

Abbildung 6.11: Leistungsbilanzsaldo gegenüber ausgewählten Partnern, EU-28, 2015
(in Mrd. EUR)



Quelle: Eurostat (Online-Datencode: [bop_eu6_q](#))



6.7 Ausländische Direktinvestitionen

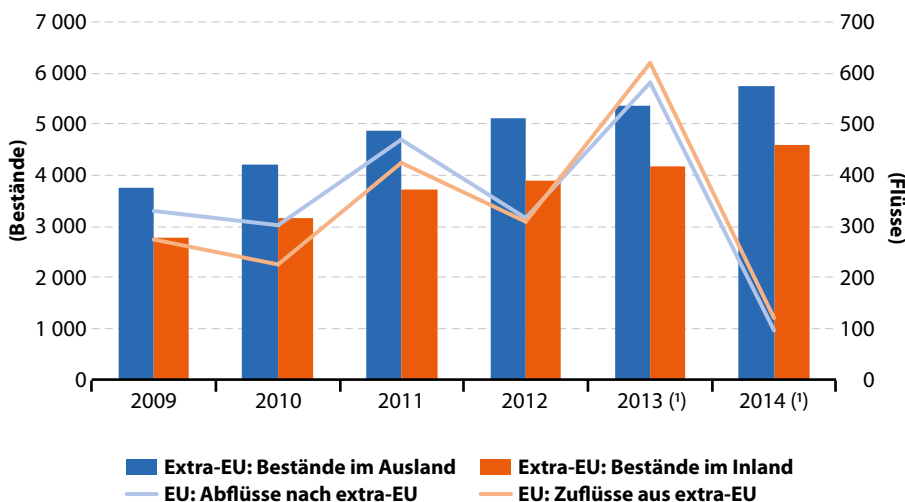
Nach einer Zunahme in den Jahren von 2009 bis 2013 gingen die Direktinvestitionen der EU-Mitgliedstaaten in Ländern außerhalb der EU 2014 stark zurück und fielen auf ihr niedrigstes Niveau im Zeitraum von 2009 bis 2014. Dieser drastische Rückgang war vor allem einem hohen Investitionsabbau (Desinvestitionen) in einigen traditionellen Partnerländern — vor allem den Vereinigten Staaten mit – 69,8 Mrd. EUR und der Schweiz mit – 20 Mrd. EUR — geschuldet.

Die Direktinvestitionen der EU-Mitgliedstaaten sanken auch in Mittelamerika erheblich, blieben aber mit 20,7 Mrd. EUR im positiven Bereich. Dies war vor allem auf die rückläufigen ADI-Transaktionen der EU mit den in diesem Raum, in dem

Zweckgesellschaften eine wichtige Rolle spielen, ansässigen Offshore-Finanzzentren zurückzuführen. In Kanada war bei den Direktinvestitionen der EU-Mitgliedstaaten eine kräftige Aufwärtsentwicklung von 11,8 Mrd. EUR im Jahr 2013 auf 23,4 Mrd. EUR im Jahr 2014 zu beobachten.

Direktinvestitionen aus Drittstaaten in EU-Mitgliedstaaten gingen 2014 zurück und spiegelten somit die Entwicklung bei den Abflüssen wider. Auch diese Entwicklung war überwiegend auf die Transaktionsströme mit den Vereinigten Staaten zurückzuführen, die nach einem Plus von 433,4 Mrd. EUR 2013 mit – 20,3 Mrd. EUR 2014 ins Minus drehten.

Abbildung 6.12: Ströme und Bestände ausländischer Direktinvestitionen, EU-28, 2009–14
(in Mrd. EUR)



Hinweis: unterschiedliche Skalen für die rechte und linke Achse.

(!) Auf der Grundlage der internationalen Normen BPM6 und BD4.

Quelle: Eurostat (Online-Datencodes: [bop_fdi_main](#), [bop_fdi6_flow](#) und [bop_fdi6_pos](#))

Auch die Direktinvestitionen aus Südamerika und Asien in der EU schrumpften. Die Direktinvestitionen aus Brasilien sanken von 14,3 Mrd. EUR 2013 auf 1,0 Mrd. EUR 2014 während für Singapur die Entwicklung von 12,9 Mrd. EUR Investitionen zu – 5,5 Mrd. EUR Desinvestitionen verlief.

Zwischen dem Ende des Jahres 2013 und dem Ende des Jahres 2014 wuchsen die Bestände bei den Abflüssen um 7,6% und bei den Zuflüssen um 9,6%. Ende 2014 wies Nordamerika den größten Anteil (40,2%) an den ADI-Beständen der EU-28 im Ausland aus. Allein auf die Vereinigten Staaten entfielen rund 34,5% (1 985 Mrd. EUR) der Gesamtabflüsse der EU-28

In europäischen Ländern außerhalb der EU befanden sich Ende 2014 20,6% der Abflussbestände der EU-28. Mit 11,0% der Gesamtbestände an Abflüssen war die Schweiz das zweitwichtigste Land bezüglich der ADI-Positionen der EU-28; diese Investitionen betrafen in erster Linie das Kredit- und Versicherungsgewerbe. Drittwich-

tigstes Land war Ende 2014 Brasilien mit einem Anteil von 6% an den ADI-Abflussbeständen der EU-28; Kanada erreichte Platz vier.

Ende 2014 entfielen auf die Vereinigten Staaten fast 40% aller ADI-Zuflussbestände der EU-28 aus der übrigen Welt. Damit behaupteten die Vereinigten Staaten ihre Stellung als bedeutendster Halter von ADI-Beständen in der EU-28; diese Investitionen betrafen Ende 2013 hauptsächlich den Sektor Finanzdienstleistungen, gefolgt vom verarbeitenden Gewerbe; bei letzterem entfielen ein Drittel auf die Herstellung von Mineralöl, chemischen Produkten, Pharmazeutika sowie Gummi- und Kunststoffzeugnissen und ein weiteres Drittel auf die Herstellung von Lebensmitteln, Getränken und Tabakwaren.

Die Zahlen für die Jahre 2013 und 2014 wurden nach den neuen internationalen Standards (BPM6 und BD4) zusammengestellt und sind daher mit den Zahlen für frühere Jahre nicht unmittelbar vergleichbar.

Tabelle 6.2: Die zehn wichtigsten Partnerländer in extra-EU-28 für Bestände ausländischer Direktinvestitionen, Ende 2012–14 (in Mrd. EUR)

	Abflüsse				Zuflüsse			
	Wert (in Mrd. EUR)			Anteil (in %)	Wert (in Mrd. EUR)			Anteil (in %)
	2012	2013 (!)	2014 (!)		2012	2013 (!)	2014 (!)	
Extra-EU-28	5 112.0	5 344.4	5 748.6	100.0	3 905.9	4 179.7	4 582.5	100.0
Ver. Staaten	1 627.8	1 812.6	1 985.3	34.5	1 543.9	1 756.0	1 810.8	39.5
Schweiz	664.8	665.9	632.3	11.0	500.6	484.1	509.4	11.1
Brasilien	257.1	278.2	343.6	6.0	81.1	99.4	113.6	2.5
Kanada	247.1	234.7	274.7	4.8	135.5	135.5	165.9	3.6
Russland	193.5	189.9	171.5	3.0	75.3	63.5	74.4	1.6
China	120.7	124.9	144.2	2.5	27.4	22.3	20.7	0.5
Mexiko	82.4	109.6	119.2	2.1	21.4	23.8	28.3	0.6
Australien	141.0	126.9	115.3	2.0	30.7	24.2	26.4	0.6
Hongkong	132.1	113.4	106.3	1.8	50.7	57.4	71.2	1.6
Singapur	92.6	91.9	102.9	1.8	47.7	35.7	43.8	1.0

(!) Beruhend auf den internationalen Standards BPM6 und BD4.

Quelle: Eurostat (Online-Datencode: [bop_fdi_main](#) und [bop_fdi6_pos](#))

7

Außenhandel



Einleitung

Der internationale Warenverkehr kann als erster Schritt im Prozess der wirtschaftlichen Globalisierung betrachtet werden. Er hat den Ländern von Anfang an ermöglicht, sich unter Berücksichtigung ihrer komparativen Vorteile auf die Produktion bestimmter Waren zu spezialisieren und andere Waren über den Handel zu beziehen.

Dienstleistungen spielen in allen modernen Volkswirtschaften eine wichtige Rolle: Neben den Dienstleistungen, die direkt für Haushalte erbracht werden, liefern Dienstleistungen auf den Gebieten Verkehr und Nachrichtenübermittlung ebenso wie Unternehmensdienstleistungen wesentliche Unterstützung für andere Wirtschaftsbereiche. Ein verstärkter internationaler Dienstleistungsverkehr und die große Verfügbarkeit von Dienstleistungen können das Wirtschaftswachstum ankurbeln, indem sie die Leistungsfähigkeit anderer Wirtschaftszweige verbessern, denn Dienstleistungen können — insbesondere in einer zunehmend vernetzten, globalisierten Welt — wichtige Vorleistungen darstellen.

Der Wert des internationalen Dienstleistungsverkehrs liegt üblicherweise unter dem des internationalen Warenverkehrs. Dieser Unterschied dürfte zum Teil der Eigenheit bestimmter Dienstleistungen zuzuschreiben sein, so basieren viele Dienstleistungen auf der unmittelbaren Beziehung zwischen Anbieter und Verbraucher und sind nicht transportierbar, das heißt, sie setzen

eine räumliche Nähe von Dienstleistungsanbieter und Verbraucher voraus.

Die EU verfolgt eine gemeinsame Handelspolitik. Dies bedeutet, dass die EU in Fragen, die den Handel betreffen (u. a. die in der [Welthandelsorganisation \(WTO\)](#) behandelten Themen) als eine Einheit auftritt. Entsprechend führt die [Europäische Kommission](#) Verhandlungen über Handelsübereinkünfte und vertritt die Interessen der EU im Namen der Mitgliedstaaten.

Die Handelspolitik der EU verfolgt das Ziel, die EU auf ausländischen Märkten wettbewerbsfähig zu machen. Als eine offene Volkswirtschaft ist die EU bestrebt, für ihre Industrie- und Dienstleistungsunternehmen sowie für ihre Investoren einen besseren Marktzugang sicherzustellen und die Durchsetzung der Regeln für freien und fairen Handel zu erreichen. Im Zeitalter der Globalisierung, in dem sich Volkswirtschaften und Grenzen immer weiter öffnen und dadurch Handel und Kapitalbewegungen ebenso wie die Verbreitung von Informationen, Wissen und Technologie zunehmen — häufig verbunden mit Deregulierungsmaßnahmen — kommt einer koordinierten Handelspolitik eine noch größere Bedeutung zu als bisher. Der ökonomische Einfluss der Globalisierung auf die EU ist im Handel mit Waren und Dienstleistungen, aber auch durch Finanzströme und die Mobilität der Bürgerinnen und Bürger im Zusammenhang mit der grenzüberschreitenden Wirtschaftstätigkeit spürbar.

7.1 Internationaler Warenverkehr

Der Warenhandel der EU-28 mit der übrigen Welt (Summe aus Extra-EU-Ausfuhren und -Einfuhren) belief sich 2015 auf 3517 Mrd. EUR. Sowohl bei den Einfuhren als auch bei den Ausfuhren war im Vergleich zu 2014 ein Anstieg zu verzeichnen, doch fiel dieser bei den Ausfuhren (88 Mrd. EUR) stärker aus als bei den Einfuhren (35 Mrd. EUR).

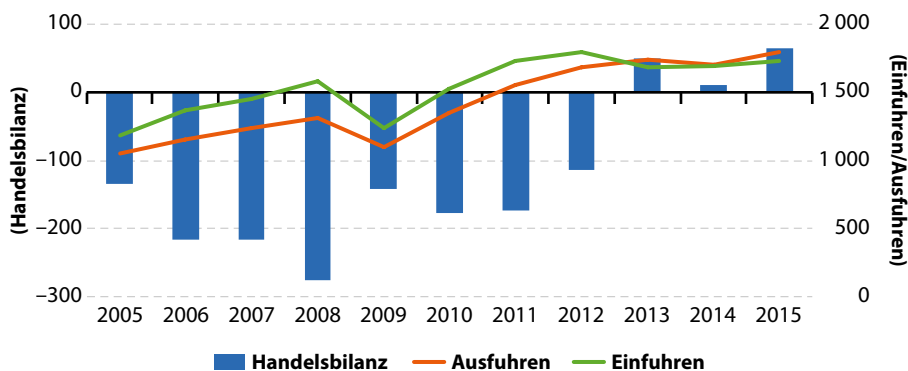
Dadurch stieg der Außenhandelsüberschuss der EU-28 von 11 Mrd. EUR im Jahr 2014 auf 64 Mrd. EUR im Jahr 2015.

Nach einem starken Rückgang im Jahr 2009 sowohl bei den Ausfuhren als auch bei den Einfuhren stiegen die Ausfuhren der EU-28 innerhalb



Abbildung 7.1: Entwicklung des Außenhandels, EU-28, 2005–15

(in Mrd. EUR)



Hinweis: Außenhandelsströme mit Extra EU-28. Unterschiedliche Skalen für die rechte und linke Achse.

Quelle: Eurostat (Online-Datencode: [ext_lt_intertrd](#))

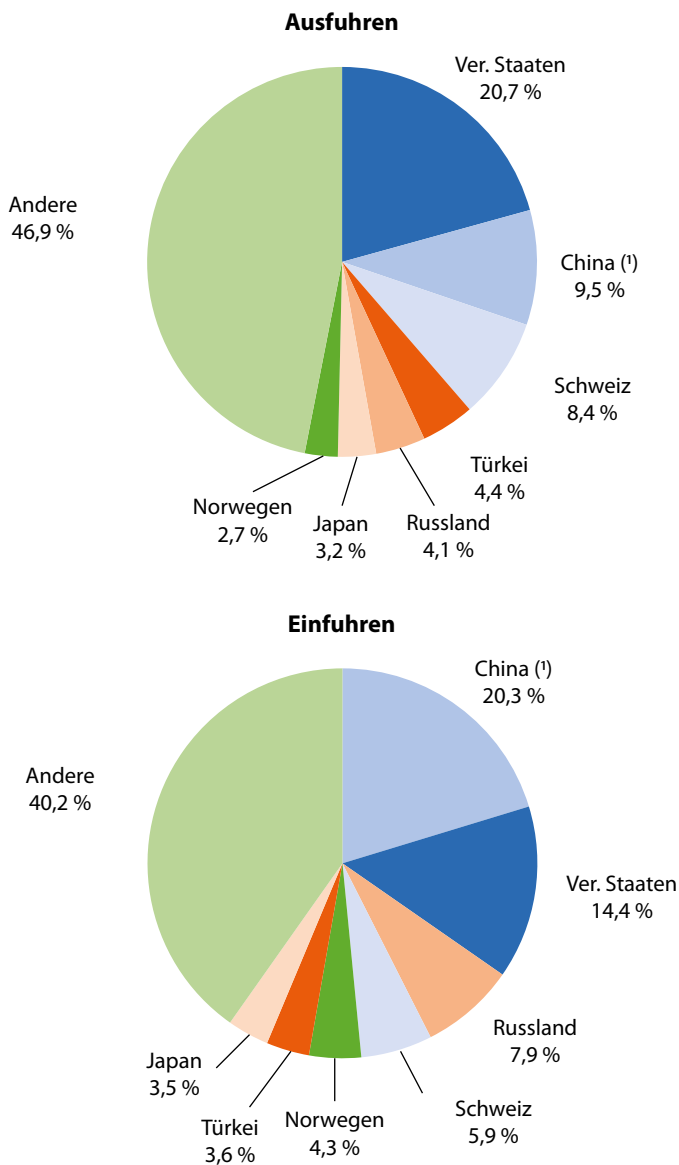
von vier Jahren um 58,7 % auf den Rekordstand von 1 737 Mrd. EUR im Jahr 2013. Die Ausfuhren gingen dann 2014 um 1,9 % zurück, bevor sie 2015 um 5,1 % auf einen neuen Höchstwert von 1 791 Mrd. EUR stiegen. Die Einfuhren wuchsen demgegenüber nach 2009 innerhalb von drei Jahren um 45,5 % und erreichten 2012 den Spitzenwert von 1 798 Mrd. EUR. 2013 gingen sie um 6,2 % zurück, bevor sie sich 2014 stabilisierten (+ 0,3 %) und 2015 um 2,0 % stiegen, womit sie jedoch weiterhin noch unter dem Wert von 2012 lagen.

Die Vereinigten Staaten waren 2015 weiterhin der mit Abstand größte Abnehmer für aus der EU-28 ausgeführte Waren, wenngleich der Anteil der EU-28-Ausfuhren in die Vereinigten Staaten von 28,0 % der Gesamtausfuhren im Jahr 2002 auf 16,7 % im Jahr 2013 zurückging, bevor er 2015 wieder auf 20,7 % anstieg. Der zweitgrößte Abnehmer für Warenausfuhren der EU-28 war 2015 China (9,5 % der Gesamtausfuhren der EU-28), gefolgt von der Schweiz (8,4 %). 2015 übernahm die Türkei den vierten Platz unter den größten Abnehmern für EU-28-Warenausfuhren von Russ-

land. Auf die sieben größten Zielmärkte — China, die Vereinigten Staaten, Russland, die Schweiz, Norwegen, die Türkei und Japan — entfiel mehr als die Hälfte (53,1 %) aller Warenausfuhren aus der EU-28.

Die sieben größten Lieferanten von EU-28-Wareneinfuhren waren zugleich auch die sieben größten Zielmärkte für EU-28-Ausfuhren, wenn auch mit geringfügigen Unterschieden in der Reihenfolge. Diese sieben Länder verzeichneten einen höheren Anteil an den EU-28-Wareneinfuhren als an den EU-28-Warenausfuhren. Knapp drei Fünftel (59,8 %) aller Wareneinfuhren in die EU-28 stammten aus diesen sieben Ländern. Aus China kam 2015 mehr als ein Fünftel (20,3 %) aller Einfuhren in die EU-28; damit war das Land der größte Lieferant von in die EU-28 eingeführten Waren. Der Anteil der Vereinigten Staaten an den EU-28-Wareneinfuhren blieb mit 14,4 % um 6 Prozentpunkte hinter dem Chinas zurück, während der Anteil Russlands (7,9 %), des drittgrößten Warenlieferanten in die EU-28, um noch einmal 6 Prozentpunkte darunter lag. 2015 überholte

Abbildung 7.2: Wichtigste Handelspartner bei den Aus- und Einfuhren, EU-28, 2015
(Anteil an den Extra EU-28-Aus- und Einfuhren in %)



(!) Ohne Hongkong.

Quelle: Eurostat (Online-Datencode: ext_lt_maineu)



die Türkei Japan und zog auf Platz 6 unter den Lieferanten von EU-28-Wareneinfuhren vor.

Von 2010 bis 2015 stieg der Wert der EU-28-Einfuhren und Ausfuhren für alle in Abbildung 13 dargestellten Produktkategorien ausgenommen für die Einfuhren von mineralischen Brennstoffen und Schmiermitteln, wo er um

14,7% zurückging. Die höchste Zuwachsrate bei Ausfuhren wurde mit 49,5% für Nahrungsmittel, Getränke und Tabak verzeichnet. Auch die Einfuhren dieser Produkte stiegen deutlich an (+ 33,8%), wurden dabei aber noch von chemischen Erzeugnissen überholt, die ein Plus von 34,8% registrierten.

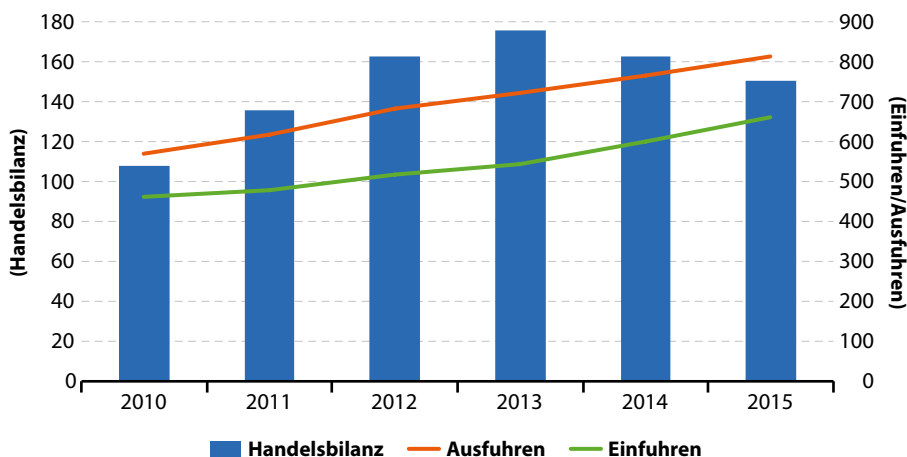
7.2 Internationaler Dienstleistungsverkehr

Die Dienstleistungsausfuhren der EU-28 in Drittstaaten stiegen von 569 Mrd. EUR im Jahr 2010 auf 811 Mrd. EUR im Jahr 2015, während die Einfuhren in die EU-28 aus Drittstaaten von 462 Mrd. EUR auf 660 Mrd. EUR zunahmen, was zu einem Anstieg des Überschusses im Dienstleistungsverkehr von 108 Mrd. EUR auf 151 Mrd. EUR führte.

Seit 2010 sind die Dienstleistungsausfuhren und Dienstleistungseinfuhren im Handel mit Drittstaaten relativ schnell gestiegen, wobei die Wachstumsrate 2015 einen Spitzenwert von 10,7% erreichte (im Vergleich zu 2014).

2015 waren die Vereinigten Staaten nach wie vor das wichtigste Bestimmungsland für Dienstleistungsausfuhren der EU-28, wobei der Handels-

Abbildung 7.3: Internationaler Dienstleistungsverkehr mit Drittstaaten (Extra-EU), EU-28, 2010–15
(in Mrd. EUR)



Hinweis: 2015 Vorläufig. Unterschiedliche Skalen für die rechte und linke Achse.

Quelle: Eurostat (Online-Datencode: [bop_its6_tot](#))

wert bei 212 Mrd. EUR lag, was mehr als einem Viertel (26 %) aller Dienstleistungsausfuhren in Drittländer entspricht. Als weitere wichtige Bestimmungsländer folgten die Schweiz (14 %), China, Japan 4 %), Russland (3 %), Kanada, Indien und Brasilien (jeweils 2 %).

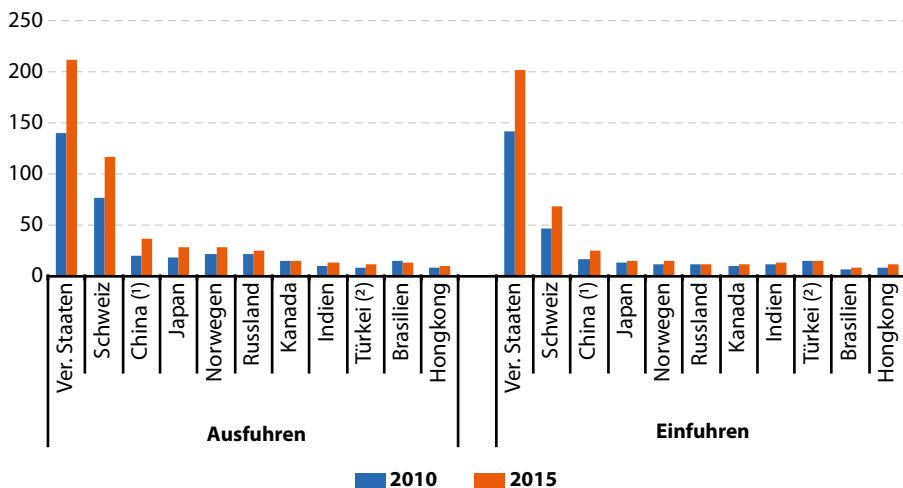
Die wichtigsten Bestimmungsländer waren auch die Hauptlieferländer von Dienstleistungen in die EU-28. Auch hier entfiel der höchste Wert der Dienstleistungseinfuhren mit rund 203 Mrd. EUR auf die Vereinigten Staaten. Dies entsprach etwa 31 % der gesamten Dienstleistungseinfuhren aus Drittländern. Danach folgten die Schweiz (10 %) und China (4 %).

Im Jahr 2015 entfiel mit 223 Mrd. EUR (27 % aller Ausfuhren) der größte Teil der Dienstleistungsausfuhren der EU-28 in Drittländer auf die sonsti-

gen unternehmensbezogenen Dienstleistungen. Gegenüber 2010 stieg der Anteil um 3 Prozentpunkte.

Mit einem Wert von 144 Mrd. EUR bildete der Bereich Verkehr 2015 die zweitgrößte Gruppe der Dienstleistungsausfuhren der EU-28 in Drittländer. Dieser Wert entspricht einem Anteil von 18 % an den Dienstleistungsausfuhren insgesamt, was im Vergleich zu 2010 einen Rückgang von 4 Prozentpunkten darstellt. Danach folgten die Bereiche Reisen (14 % aller Dienstleistungsausfuhren in den Jahren 2010 und 2015), Telekommunikations-, EDV- und Informationsdienstleistungen (12 % aller Dienstleistungsausfuhren im Jahr 2015; 11 % im Jahr 2010) sowie Finanzdienstleistungen (10 % aller Dienstleistungsausfuhren in den Jahren 2010 und 2015).

Abbildung 7.4: Dienstleistungsverkehr mit Drittstaaten (Extra-EU), wichtigste Handelspartner, EU-28, 2010 und 2015
(in Mrd. EUR)



Hinweis: Abgestuft nach den durchschnittlichen Ausfuhren und Einfuhren.

(¹) Ausgenommen Hongkong.

(²) 2014 statt 2015.

Quelle: Eurostat (Online-Datencode: [bop_its6_det](#))

8

Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei



Einleitung

Mit der Agrarstatistik der EU sollten ursprünglich die Hauptziele der **Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP)** überwacht werden, beispielsweise die Erzeugung und das Angebot von Agrarprodukten und das Einkommen im Agrarsektor. Heute deckt die Agrarstatistik die unterschiedlichsten Themen ab: **Struktur der landwirtschaftlichen Betriebe, Nutzung landwirtschaftlicher Flächen, Arbeitseinsatz, Erzeugung, Angebot/Verwendung, Preise** und die Zusammensetzung des **landwirtschaftlichen Einkommens**.

Die Landwirtschaft war einer der ersten Wirtschaftsbereiche (nach Kohle und Stahl), auf den sich die Aufmerksamkeit der politischen Entscheidungsträger der EU richtete. In Artikel 39 der **Römischen Verträge** zur Gründung der EWG (1957) wurden die Ziele der ersten GAP festgelegt. Im Mittelpunkt standen dabei die Steigerung der Produktivität der Landwirtschaft, um der landwirtschaftlichen Bevölkerung auf diese Weise eine angemessene Lebenshaltung zu gewährleisten, die Stabilisierung der Märkte und die Sicherstellung der Versorgung der Verbraucher zu erschwinglichen Preisen.

Nachdem das Hauptziel, mehr Nahrungsmittel in Europa zu erzeugen, erreicht war, fielen Nahrungsmittelüberschüsse an, die Handelsverzerrungen verursachten und ökologische Probleme aufwarfen. Dies waren die Hauptgründe für eine Überprüfung der Gemeinsamen Agrarpolitik: Anfang der 1990er Jahre wurde ein Reformprozess

eingeleitet, der zu einer Umorientierung von der Stützung der Erzeugung hin zu einer marktorientierten, umweltfreundlicheren und nachhaltigen Form der Landwirtschaft führte.

Die EU verfolgt zwar keine gesonderte Forstwirtschaftspolitik, jedoch hat ein breites Spektrum an sektorspezifischen Maßnahmen der EU Auswirkungen auf Wälder. Den ökologischen Funktionen des Waldes wird zunehmend Aufmerksamkeit geschenkt, vor allem im Hinblick auf den Schutz der Artenvielfalt und im Kontext der Energiepolitik und der Auswirkungen des Klimawandels.

Die Europäische Kommission unterbreitete Vorschläge für eine Reform der **Gemeinsamen Fischereipolitik (GFP)**, die im Dezember 2013 angenommen wurden und am 1. Januar 2014 in Kraft traten. Die GFP dient der Erhaltung der Fischbestände und der Bewirtschaftung dieser gemeinsamen Ressource. Sie gewährt allen europäischen Fischereifloten einen gleichberechtigten Zugang zu den Gewässern und Fanggründen der EU. Sie soll durch hohe langfristige Fangerträge bei allen Fischbeständen (bis spätestens 2020) gewährleisten, dass die EU-Fischerei ökologisch, wirtschaftlich und sozial nachhaltig ausgeübt wird. Dies wird als höchstmöglicher Dauerertrag bezeichnet. Ferner soll die GFP bewirken, dass unerwünschte Beifänge und verschwenderische Praktiken so weit wie möglich verringert oder ganz vermieden werden.

Landwirtschaftliche Erzeugung und Preisindizes

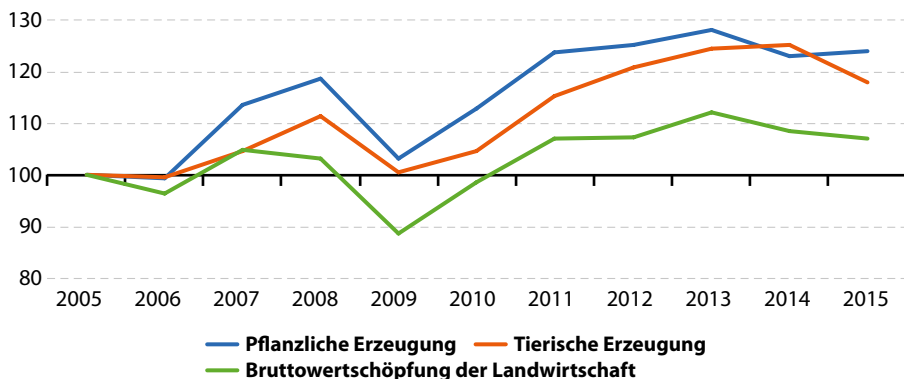
Der Bruttowert der **pflanzlichen Erzeugung** der EU-28 sank 2009 auf einen relativen Tiefstand von 177,2 Mrd. EUR. Im Anschluss daran waren eine Erholung und eine vierjährige ununterbrochene Zunahme bis 2013 auf einen Höchstwert von 220,2 Mrd. EUR zu verzeichnen. Den jüngsten

verfügbaren Informationen zufolge fiel der Wert der pflanzlichen Erzeugung 2014 in der EU-28 jedoch um 3,9% auf 211,6 Mrd. EUR bevor er sich 2015 mit + 0,6% bei einem Wert von 212,9 Mrd. EUR stabilisierte.



Abbildung 8.1: Landwirtschaftliche Erzeugung und Bruttowertschöpfung zu Herstellungspreisen, EU-28, 2005–15

(2005 = 100)



Hinweis: 2015 Schätzung.

Quelle: Eurostat (Online-Datencode: aact_eaa05)

Der Bruttowert der Erzeugerpreise der **tierischen Erzeugung** der EU-28 ging 2009 ebenfalls auf einen relativen Tiefstand (138,0 Mrd. EUR) zurück; anschließend nahm er aber bis 2014 fünf Jahre lang stetig zu. Gegen Ende dieses Zeitraums verlangsamte sich die Veränderungsrate und 2014 blieb der Wert der tierischen Erzeugung in der EU-28 mit einer Zunahme um 0,5 % bei einem Wert von 171,5 Mrd. EUR, praktisch unverändert. 2015 wies die tierische Erzeugung der EU-28 einen beträchtlichen Rückgang von 5,8 % im Vergleich zum Vorjahr auf und erreichte einen Wert von 161,7 Mrd. EUR.

Die Zunahmen bei der Bruttoerzeugung der EU-28 im Zeitraum 2009–13 wurden bis zu einem

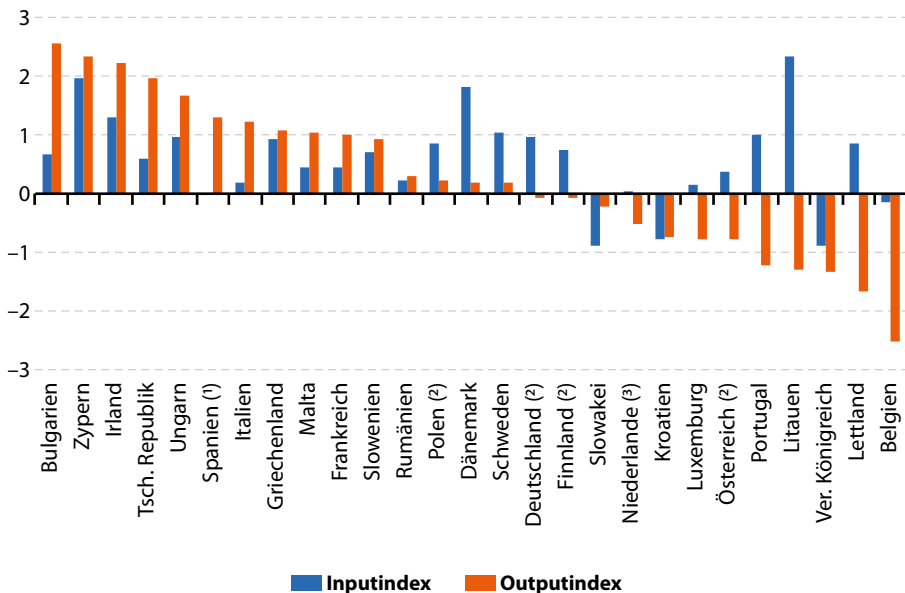
gewissen Grad durch einen Anstieg des Wertes der **Vorleistungen** von Waren und Dienstleistungen zu Herstellungspreisen ausgeglichen. Auch hier folgten auf einen Zeitraum relativ raschen Wachstums bescheidenere Wachstumsraten und in den Jahren 2014 und 2015 Abnahmen von 0,6 % bzw. 2,5 %.

Infolge dessen nahm die Bruttowertschöpfung der landwirtschaftlichen Erzeugung der EU-28 zu Erzeugerpreisen von einem relativen Tiefstand von 135,9 Mrd. EUR im Jahr 2009 vier Jahre hintereinander bis auf einen relativen Höchststand von 171,7 Mrd. EUR im Jahr 2013 zu, bevor sie 2014 um 3,2 % auf 166,3 Mrd. EUR und 2015 um weitere 1,3 % auf 164,1 Mrd. EUR fiel.

Veränderungen des Werts der landwirtschaftlichen Erzeugung beinhalten eine Volumen- und eine Preiskomponente. Ein wichtiges Element der aktuellen Agrarpolitik ist die Abkehr von der Preisstützung, die vorgenommen wurde, damit die Preise die Marktkräfte und die Angebots- und Nachfrageveränderungen genauer widerspiegeln. Bei der Entwicklung der deflationierten Preise der landwirtschaftlichen Erzeugung gab es von 2010 bis 2015 erhebliche Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten. Deflationierte Preise zeigen, inwieweit sich die landwirtschaftlichen Preise im Vergleich zu den Verbraucherpreisen verändert haben.

In 13 der 26 EU-Mitgliedstaaten, für die Daten vorliegen, war die durchschnittliche jährliche Veränderungsrate der deflationierten Preise der Produktionsmittel größer als die Veränderung der deflationierten Erzeugerpreise. Die größten Unterschiede (in Prozentpunkten) wurden für Portugal, Belgien, Lettland und Litauen verzeichnet (in diesen Ländern gingen die deflationierten Erzeugerpreise zurück). In 13 EU-Mitgliedstaaten war die Veränderung der deflationierten Erzeugerpreise größer als die Veränderung der Preise der deflationierten Produktionsmittel. Die größten Unterschiede wiesen Italien, die Tschechische Republik und Bulgarien auf.

Abbildung 8.2: Änderung der deflationierten Preisindizes der landwirtschaftl. Betriebsmittel u. der landwirtschaftl. Erzeugung, 2010–15 (durchschnittliche jährliche Wachstumsrate, in %)



Hinweis: Estonia nicht verfügbar.

(1) Inputindex: nicht verfügbar.

(2) Outputindex: vorläufig.

(3) Der Wert des Inputindex beträgt 0.02.

Quelle: Eurostat (Online-Datencodes: [apri_pi10_ina](#) und [apri_pi10_outa](#))



8.2 Struktur landwirtschaftlicher Betriebe

Die Struktur der Landwirtschaft in den einzelnen EU-Mitgliedstaaten unterscheidet sich in erheblichem Maß, als Folge von Unterschieden in Bodenbeschaffenheit, Topografie, Klima und natürlichen Ressourcen sowie aufgrund der Vielgestaltigkeit der regionalen Aktivitäten, der Infrastruktur und der sozialen Gepflogenheiten.

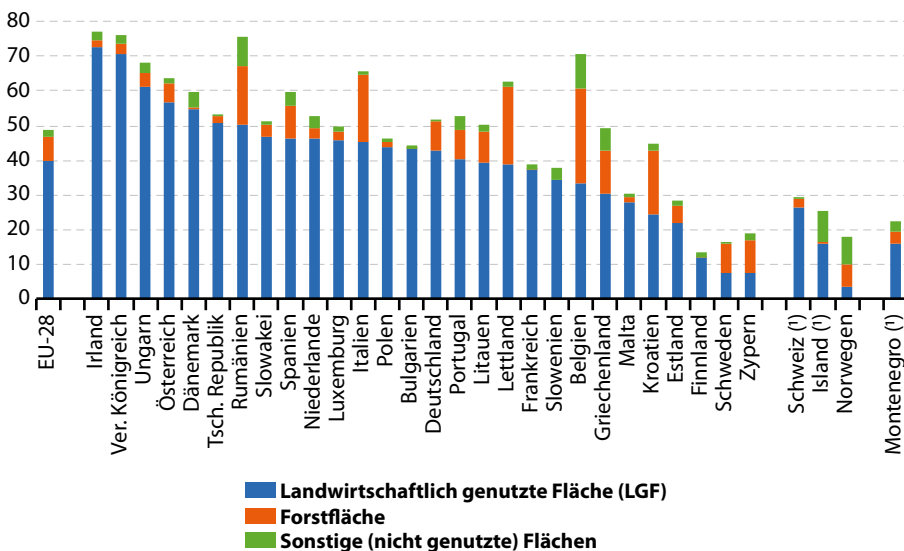
2013 gab es 10,8 Millionen landwirtschaftliche Betriebe innerhalb der EU-28. Eine Analyse nach der wirtschaftlichen Größe zeigt, dass sich darunter 6,5 Millionen (oder 59,8%) befanden, die einen **Standardoutput** von mehr als 2000 EUR verzeichneten. Die **landwirtschaftlich genutzte**

Fläche (LF) in der EU-28 betrug fast 175 Millionen Hektar (etwa 40,0% der gesamten Landfläche), wobei pro landwirtschaftlichem Betrieb eine durchschnittliche Fläche von 16,1 Hektar bestand.

In der Landwirtschaft der EU-28 waren 2013 insgesamt 9,5 Millionen Arbeitskräfte, umgerechnet in Jahresarbeitseinheiten, tätig, wovon 8,7 Millionen (92%) regelmäßig beschäftigte Arbeitskräfte waren. Die Gesamtveränderung in den Arbeitskräften der EU-28 im Zeitraum 2007–13 bestand in einer Abnahme von 2,3 Millionen **Jahresarbeitsseinheiten (JAE)**, das entspricht einem Rückgang um 19,8 %.

Abbildung 8.3: Landfläche im Besitz von landwirt. Betrieben, 2013

(in %)



Hinweis: Dänemark, Deutschland, Frankreich, Italien, Ungarn, Polen, Portugal und Montenegro: als Anteil an der Gesamtfläche anstatt an der Landfläche. EU-28: als Anteil

an der Fläche, basierend auf der Summe der verfügbaren Daten für die Gesamtfläche oder die Landfläche der Mitgliedstaaten.

Quelle: Eurostat (Online-Datencodes: [demo_r_d3area](#) und [ef_oluft](#))

(¹) 2010.

Tabelle 8.1: Landwirtschaftliche Arbeitskräfte, 2007–13

	Landwirtschaftliche Arbeitskräfte (in Tsd. Jahresarbeitseinheit)		
	2007	2010	2013
EU-28	11 850	9 946	9 509
Belgien	66	62	57
Bulgarien	494	407	320
Tsch. Republik	137	108	105
Dänemark	56	52	54
Deutschland	609	546	523
Estland	32	25	22
Irland	148	165	164
Griechenland	569	430	464
Spanien	968	889	814
Frankreich	805	780	725
Kroatien	189	184	175
Italien	1 302	954	817
Zypern	26	19	17
Lettland	105	85	82
Litauen	180	147	145
Luxemburg	4	4	4
Ungarn	403	423	434
Malta	4	5	4
Niederlande	165	162	153
Österreich	163	114	111
Polen	2 263	1 897	1 919
Portugal	338	363	323
Rumänien	2 205	1 610	1 553
Slowenien	84	77	82
Slowakei	91	56	51
Finnland	72	60	58
Schweden	65	57	59
Ver. Königreich	306	266	275
Island	:	4	:
Norwegen	56	46	44
Schweiz	117	96	:
Montenegro	:	48	:

Quelle: Eurostat (Online-Datencode: ef_kvaareg)



Der Viehbestand der EU-28 betrug im Jahr 2013 130 Millionen **Großvieheinheiten (GVE)**. Die Gesamtmenge des Viehbestands sank in der EU-28 von 2007 bis 2013 um 6,6 Millionen GVE, was einem Rückgang von 4,8 % entspricht.

Der Anteil der landwirtschaftlich genutzten Fläche an der gesamten Landfläche der EU-28 betrug im Jahr 2013 zwei Fünftel (40,0 %), wobei zusätzliche 9,0 % der Fläche, die landwirtschaftlichen Betrieben gehören, entweder als Waldflächen (6,7 %) oder als sonstige Flächen (2,3 %) nicht für die Landwirtschaft genutzt werden.

Ackerland (das Flächen für Getreide und anderes Ackerland einschließt) umfasste 2013 in der EU-28 drei Fünftel (59,8 %) der landwirtschaftliche genutzten Fläche, mit **Dauergrünland und Wiesen** (die aus Weideflächen, Wiesen und ertragsarmen Weiden bestehen), die mehr als ein Drittel davon ausmachten (34,2 %). **Dauerkulturen** wie Rebflächen, Olivenhaine und Obstbaumanlagen hatten einen Anteil von 5,9 % und die restlichen 0,2 % entfielen vor allem auf **Haus- und Nutzgärten**.

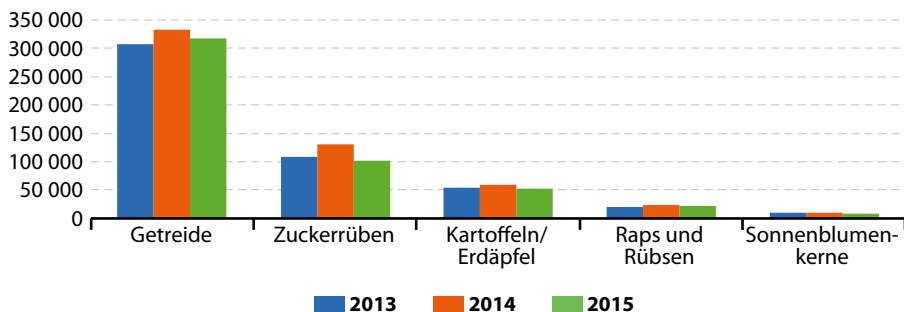
8.3 Landwirtschaftliche Erzeugnisse

In der EU gibt es eine große Vielfalt an natürlichen Lebensräumen, klimatischen Bedingungen und landwirtschaftlichen Verfahrensweisen. Dieser Reichtum schlägt sich in einem breiten Angebot an Lebensmitteln und Getränken nieder, die für den menschlichen Verzehr bestimmt sind bzw. als **Futtermittel** oder als Rohstoffe für Non-Food-Erzeugnisse dienen. Landwirtschaftliche Erzeugnisse tragen also zur kulturellen Identität der Menschen und Regionen in Europa bei.

2015 wurden in der EU-28 317,0 Mio. Tonnen **Getreide** (einschließlich Reis) produziert. Damit lag die Erzeugung 5,7 % über dem Durchschnittswert der vorangegangenen fünf Jahre (2010–14).

Die EU-28 produzierte 2015 101,9 Mio. Tonnen Zuckerrüben und lag damit 12,9 % unter dem Durchschnitt der vorangegangenen fünf Jahre. Die Erzeugung der anderen bedeutenden Hackfrucht (Kartoffeln) in der EU-28 lag bei 53,1 Mio.

Abbildung 8.4: Erzeugung wichtiger landwirtschaftlicher Kulturen, EU-28, 2013–15 (in Tsd. Tonnen)



Quelle: Eurostat (Online-Datencode: [apro_acs_a](#))

Tonnen, 7,0% niedriger als der Durchschnitt der vorangegangenen fünf Jahre.

Die Erzeugung von Ölsaaten stieg in den letzten Jahren an, was in erster Linie auf den größeren Einsatz von Ölsaaten für die Herstellung von Bioenergie zurückzuführen war. Wie beim Getreide und den Hackfrüchten war die Produktion von Sonnenblumenkernen 2015 mit 7,9 Mio. Tonnen allerdings relativ niedrig. Sie lag 5,5% unter dem Durchschnitt der vorangegangenen fünf Jahre. Im Gegensatz dazu lag die Erzeugung von Raps und Rübsen mit 21,7 Mio. Tonnen 4,3% über dem Durchschnitt der vorangegangenen fünf Jahre.

Die Milchwirtschaft ist in den EU-Mitgliedstaaten recht unterschiedlich strukturiert, was sich in der unterschiedlichen Größe der Betriebe und der Milchviehherden sowie bei den Milcherträgen widerspiegelt. 29,3% der in der EU-28 verbrauchten Vollmilch wurde 2015 für Frischerzeugnis-

se, hauptsächlich als Trinkmilch oder Rahm, verwendet. Die übrigen 70,7% wurden zu Industrieprodukten weiterverarbeitet. 36,3% der verbrauchten Vollmilch wurde zu Käse verarbeitet und 24,4% zu Butter.

2015 wurde die gesamte Kuhmilchaufnahme (d. h. an Molkereien gelieferte Kuhmilch) in der EU-28 auf 152 Mio. Tonnen geschätzt. Deutschland und Frankreich meldeten 2015 die höchsten Mengen bei der Kuhmilchaufnahme, und auf sie entfielen auch die größten Produktionsmengen bei Butter und Käse. Zusammen trugen sie zwischen 38% und 44% zur Gesamterzeugung dieser drei Molkereierzeugnisse in der EU-28 bei.

Das wichtigste Fleischerzeugnis in der EU-28 war [Schweinefleisch](#) (23,0 Mio. Tonnen im Jahr 2015). Die Erzeugung war dreimal so hoch wie die von [Rind- und Kalbfleisch](#) (7,6 Mio. Tonnen). [Schaffleisch](#) wurde in der EU-28 in relativ geringen Mengen erzeugt (0,7 Mio. Tonnen).



Tabelle 8.2: Tierische Erzeugung, 2015
(in Tsd. Tonnen)

	Kuhmilch geliefert an Molkereien	Butter	Käse	Fleisch		
				Rinder	Schweine	Schafe
EU-28 (¹)	151 588	1 890	9 525	7 590	22 958	724
Belgien	3 988	32	101	268	1 124	3
Bulgarien	488	1	77	5	61	:
Tsch. Republik	2 482	25	123	68	228	0
Dänemark	5 278	45	391	121	1 599	2
Deutschland	31 879	456	1 900	1 124	5 562	21
Estland	720	5	43	10	42	0
Irland	6 585	187	207	564	276	58
Griechenland	603	1	188	42	90	55
Spanien	6 800	32	465	634	3 896	117
Frankreich	25 323	368	1 950	1 451	1 968	81
Kroatien	513	4	34	42	73	1
Italien	10 500	95	1 207	788	1 486	34
Zypern	173	0	23	5	43	3
Lettland	808	6	38	17	29	0
Litauen	1 438	14	101	44	66	0
Luxemburg	333	:	:	9	12	0
Ungarn	1 536	5	80	26	409	0
Malta	42	0	:	1	6	0
Niederlande	13 331	:	845	383	1 456	13
Österreich	3 103	32	185	229	528	7
Polen	10 874	170	773	471	1 906	1
Portugal	1 935	32	73	89	377	11
Rumänien	919	11	82	44	330	9
Slowenien	554	:	15	34	20	0
Slowakei	865	7	36	8	45	1
Finnland	2 394	55	88	86	192	1
Schweden	2 933	16	90	144	234	5
Ver. Königreich	15 191	:	403	883	898	300
Island	:	:	:	4	7	10
Norwegen	1 570	19	98	:	:	:
Schweiz	3 457	43	189	142	240	4
Montenegro	:	:	:	4	0	1
Albanien	:	:	:	9	8	2
Serbien	862	3	41	:	:	:
Türkei	8 934	0	666	98	0	59
Bosnien und Herzegovina	:	:	:	23	9	1

(¹) EU-28: Schätzungen von Eurostat, die für diese Veröffentlichung erhoben wurden, beinhalten vertrauliche Daten. Um die nationalen vertraulichen Werte zu bewahren, wurden sie gerundet.

Quelle: Eurostat (Online-Datencodes: [apro_mk_pobta](#) und [apro_mt_pann](#))

8.4 Forstwirtschaft

Die Rundholzerzeugung ist gleichbedeutend mit dem Holzeinschlag. Sie umfasst die gesamte Holzmenge, die innerhalb eines bestimmten Zeitraums aus Wäldern, von sonstigen bewaldeten Flächen oder anderen Fällorten abtransportiert wurde. Die Rundholzerzeugung wird in Kubikmetern (m³) ohne Rinde angegeben. Zur Schnittholzerzeugung gehören Holzwaren, die entweder durch Längseinschnitt oder durch Profilierung hergestellt wurden und eine Stärke von mehr als 6 mm aufweisen.

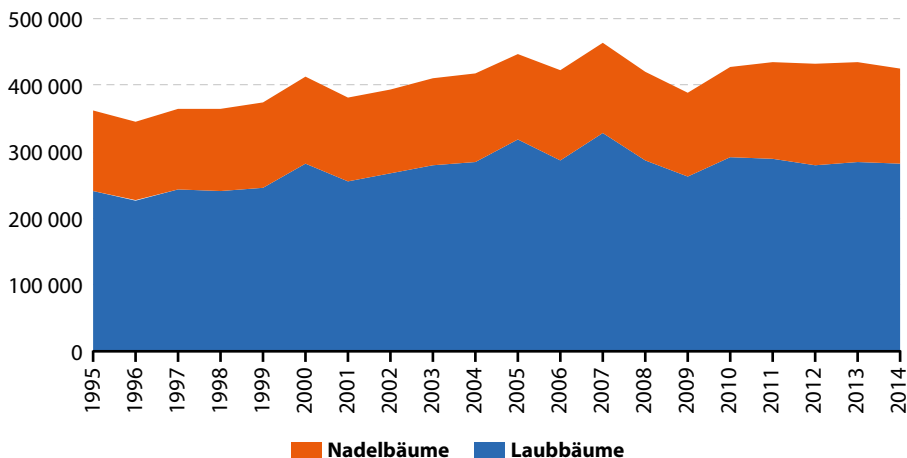
Im Jahr 2015 verfügte die EU-28 über rund 182 Mio. Hektar **Wald** und andere bewaldete Flächen. Dies entspricht 41 % der gesamten Landfläche.

Die Rundholzerzeugung (Nadel- und Laubholzerzeugung zusammen) der EU-28 erfuhr 2010 erneut einen starken Aufschwung (10,1 %)

und nahm 2011 weiter zu, wenn auch sehr viel moderater (1,4%). In den zwei darauffolgenden Jahren blieb die Rundholzerzeugung auf nahezu unverändertem Niveau. 2014 ging die Rundholzerzeugung in der EU-28 um 2,1 % zurück, sodass das Niveau bei 425 Mio. m³ lag und damit 37 Mio. m³ (oder 8,0%) unter dem vor der Krise verzeichneten Spitzenwert des Jahres 2007.

Von den EU-Mitgliedstaaten war Schweden 2014 das wichtigste Erzeugerland für Rundholz (70,1 Mio. m³), gefolgt von Finnland, Deutschland und Frankreich, die jeweils zwischen 52 Mio. und 57 Mio. m³ erzeugten. 2014 wurden in der EU-28 etwa 99 Mio. m³ **Schnittholz** erzeugt, etwas über zwei Drittel davon in den fünf größten Erzeugerländern der EU: Deutschland (22,0%), Schweden (17,6%), Finnland (11,0%), Österreich (8,4%) und Frankreich (8,0%).

Abbildung 8.5: Rundholzerzeugung, EU-28, 1995–2014
(in Tsd. m³)



Hinweis: Schätzungen. 2011: Vorläufig.

Quelle: Eurostat (Online-Datencode: [for_remove](#))



Tabelle 8.3: Holzherzeugung, 2000–14
(in Tsd. m³)

	Rundholzerzeugung			Schnittholzerzeugung		
	2000	2010	2014	2000	2010	2014
EU-28	411 764	427 611	425 351	100 706	100 815	99 208
ER (¹)	236 540	234 993	225 127	61 337	59 673	55 133
Belgien	4 510	4 827	:	1 150	1 383	:
Bulgarien	4 784	5 668	5 570	312	554	:
Tsch. Republik	14 441	16 736	15 476	4 106	4 744	3 861
Dänemark	2 952	2 669	3 180	364	448	358
Deutschland	53 710	54 418	54 356	16 340	22 059	21 787
Estland	8 910	7 200	8 460	1 436	1 771	1 600
Irland	2 673	2 618	2 831	888	772	907
Griechenland	2 245	1 048	:	123	118	:
Spanien	14 321	16 089	15 911	3 760	2 038	2 047
Frankreich	65 865	55 808	51 671	10 536	8 316	7 901
Kroatien	3 669	4 477	5 003	642	677	780
Italien	9 329	7 844	:	1 630	1 200	1 430
Zypern	21	9	9	9	4	2
Lettland	14 304	12 534	12 597	3 900	3 150	3 657
Litauen	5 500	7 097	7 351	1 300	1 272	1 345
Luxemburg	260	275	:	133	94	:
Ungarn	5 902	5 740	5 671	291	133	121
Malta	0	0	0	0	0	0
Niederlande	1 039	1 081	1 337	389	231	227
Österreich	13 276	17 831	17 089	10 390	9 603	8 351
Polen	26 025	35 467	40 565	4 262	4 220	4 615
Portugal	10 831	9 648	:	1 427	1 045	:
Rumänien	13 148	13 112	15 068	3 396	4 323	5 762
Slowenien	2 253	2 945	5 099	439	760	700
Slowakei	6 163	9 599	:	1 265	2 576	:
Finnland	54 542	50 952	57 033	13 420	9 473	10 940
Schweden	63 300	72 200	70 100	16 176	16 750	17 500
Ver. Königreich	7 791	9 718	11 184	2 622	3 101	3 764
Island	0	:	:	0	:	:
Liechtenstein	:	25	19	:	4	0
Norwegen	8 156	10 443	12 386	2 280	2 118	2 407
Schweiz	9 238	4 938	4 709	1 625	1 457	1 140
Montenegro	:	915	915	:	52	53
EJR Mazedonien	1 052	631	691	36	5	4
Türkei	15 939	20 597	22 835	5 528	6 243	6 635
Brasilien	235 402	235 432	264 443	21 300	17 452	15 397
Kanada	201 845	142 013	154 259	50 465	38 667	43 351
China	323 646	350 633	347 512	6 675	37 231	68 440
Indien	318 553	358 066	357 226	7 900	6 889	6 889
Indonesien	137 830	113 849	115 232	6 500	4 169	4 169
Russland	158 101	175 499	203 000	20 000	28 870	33 900
Vereinigten Staaten	466 549	376 572	398 693	91 076	60 013	74 803

(¹) 2000: ER-11. 2005: ER-12. 2010: ER-16. 2011–13: ER-17. 2014: ER-18.

Quelle: Eurostat (Online-Datencodes: [for_remov](#) und [for_swpan](#))

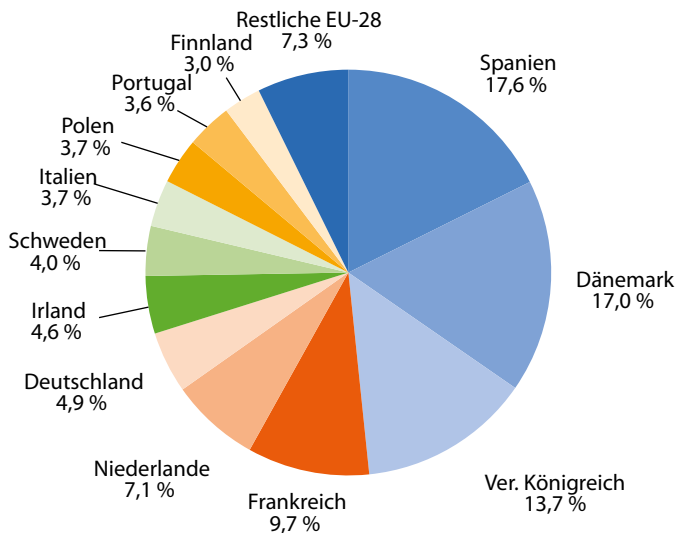
8.5 Fischerei

Fische sind eine natürliche, biologische, nachwachsende und (mitunter über große Entfernungen) bewegliche Ressource. Von der Fischzucht abgesehen, kann niemand den Besitz von Fischen für sich in Anspruch nehmen, solange er sie nicht gefangen hat. Fischbestände gelten daher nach wie vor als gemeinsame Ressource, die auch gemeinsam bewirtschaftet werden muss. Aus diesem Grund wurde eine Reihe politischer Maßnahmen ergriffen, die regeln, in welchem Umfang, mit welchen Methoden und mit welchem Fanggerät in EU-Gewässern gefischt werden darf.

Die Fischereiflotten der EU-28 hatten 2015 eine Gesamtkapazität von 1,6 Mio. Bruttoreaumzahl und eine Gesamtmaschinenleistung von 6,4 Mio. Kilowatt (kW). Gemessen an der Leistung besaßen Frankreich, Italien, Spanien und das Vereinigte Königreich die mit Abstand größten Fischereiflotten von allen EU-Mitgliedstaaten.

Nachdem die Gesamtfangmenge in der EU-28 1995 einen Spitzenwert von 7,6 Mio. Tonnen **Lebendgewicht** erreicht hatte (berechnet als die Summe der Fangmengen in den sieben Gebieten, für deren Statistiken EU-Rechtsakte gelten), ging sie bis 2007 in fast jedem Jahr zurück.

Abbildung 8.6: Gesamtfangmengen in ausgewählten Fischereigebieten, EU-28, 2015 (in % der Gesamtfangmengen)



Hinweis: Die Gesamtfangmengen in allen Fischereigebieten werden als die Summe der sieben Regionen berechnet, für die Rechtsakte gelten, nämlich 21 — Nordwestatlantik; 27 — Nordostatlantik; 34 — Mittlerer Ostatlantik; 37 — Mittelmeer und Schwarzes Meer; 41 — Südwestatlantik; 47 — Südostatlantik; und

Quelle: Eurostat (Online-Datencode: fish_ca_main)

51 — Westlicher Indischer Ozean. Somit bleiben die Fangmengen in Binnengewässern unberücksichtigt. Übrige EU-28: Lettland, Kroatien, Estland, Griechenland, Litauen, Belgien, Bulgarien, Rumänien, Malta, Zypern und Slowenien. Tschechische Republik, Luxemburg, Ungarn, Österreich und Slowakei: nicht zutreffend (Binnenländer ohne Hochseefischerei).



Danach blieb die Fangmenge in der EU-28 bis 2013 relativ stabil. 2014 verzeichnete sie einen deutlichen Anstieg (um 11,5%). Im Jahr 2015 folgte eine geringfügigere Abnahme (-5,0%) auf eine Fangmenge der EU-28 von 5,1 Mio. Tonnen. Damit lag die Menge 7,0% unter dem Wert von zehn Jahren zuvor und etwa ein Drittel niedriger als 1995.

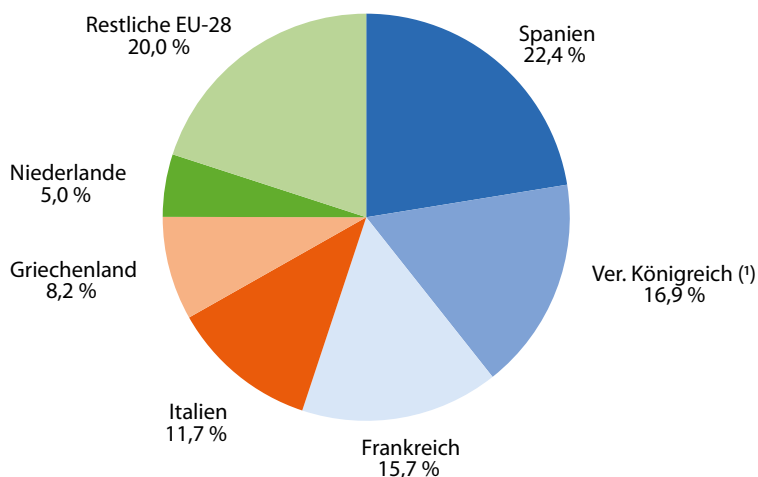
Die Aquakulturerzeugung in der EU-28 blieb von 2004 bis 2014 mit einer Produktion im Bereich von 1,2 bis 1,3 Mio. Tonnen Lebendgewicht

relativ stabil. Dabei lag der niedrigste Wert bei 1,18 Mio. Tonnen im Jahr 2013 und der höchste Wert bei 1,33 Mio. Tonnen im Jahr 2004.

Die fünf größten Aquakultur-Erzeuger unter den EU-Mitgliedstaaten waren 2014 Spanien (285 000 Tonnen), das Vereinigte Königreich, Frankreich, Italien und Griechenland. Auf diese Länder entfielen zusammen drei Viertel der EU-28. Keines der anderen EU-Mitgliedstaaten verzeichnete eine Produktion von mehr als 100 000 Tonnen Lebendgewicht.

Abbildung 8.7: Aquakulturerzeugung, EU-28, 2014

(in % des Gesamtlebendgewichts)



Hinweis: Ausgenommen Erzeugung aus Brutanlagen und Aufzuchtanlagen, Fischerie für den menschlichen Verzehr, Zier- und Aquariumsarten. Übrige EU-28:

Polen, Dänemark, Irland, Deutschland, Tschechische Republik, Ungarn, Kroatien, Finnland, Schweden, Portugal, Rumänien, Malta, Bulgarien, Zypern, Österreich, Litauen, Slowenien, Slowakei, Estland, Lettland und Belgien.

Luxemburg: nicht verfügbar.

(!) Bruch in der Reihe.

Quelle: Eurostat (Online-Datencodes: fish_aq_q und fish_aq_2a)

9

Industrie, Handel und Dienstleistungen



Einleitung

Unternehmensstatistiken decken die Bereiche Industrie, Baugewerbe, Handel und Dienstleistungen einschließlich Tourismus ab. Mehrere andere Statistiken beziehen sich ebenfalls auf Unternehmen, zum Beispiel einige Statistiken im Bereich **Wissenschaft, Technologie und digitale Gesellschaft** sowie viele **arbeitsmarktbezogene Sozialstatistiken**.

Die Unternehmenspolitik der **Europäischen Kommission** ist darauf ausgerichtet, günstige Rahmenbedingungen für Unternehmen und ihre erfolgreiche Entwicklung in der EU zu schaffen, um so **Produktivität**, Wirtschaftswachstum, Beschäftigung und Wohlstand zu steigern. Ziel ist es, den Verwaltungsaufwand zu verringern, die **Innovation** zu fördern, eine **nachhaltige** Produktion zu unterstützen und das reibungslose Funktionieren des EU- **Binnenmarkts** zu gewährleisten.

Die 22,6 Millionen **kleinen und mittleren Unternehmen (KMU)**, die es 2013 in der EU-28 gab, machten 99,8 % aller Unternehmen im nichtfinanziellen Bereich der gewerblichen Wirtschaft aus. Sie gelten als zentraler Motor für Wirtschaftswachstum, Innovation, **Beschäftigung** und soziale Integration. Die Europäische Kommission will erfolgreiche Unternehmertätigkeit fördern und

die Rahmenbedingungen für den Mittelstand verbessern, damit die KMU ihr volles Potenzial in der globalen Wirtschaft ausschöpfen können.

COSME (auf Englisch) ist ein EU-Programm für die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen und KMU. Es läuft von 2014 bis 2020 und sollte mit Mitteln in Höhe von 2,3 Mrd. EUR ausgestattet werden. Es soll KMU in folgenden Bereichen unterstützen: Verbesserung des Zugangs zu Kapital, Zugang zu Märkten, Unterstützung von Unternehmern und Verbesserung der Wettbewerbsbedingungen.

Im **Aktionsplan Unternehmertum 2020** (COM(2012) 795 final) werden Maßnahmen zur Erhöhung des unternehmerischen Potenzials in Europa, zur Beseitigung bestehender Hindernisse und zum Wandel der Unternehmenskultur in Europa vorgeschlagen. Der Aktionsplan enthält vier Aktionsschwerpunkte: junge Menschen für das Unternehmertum zu sensibilisieren, auf unternehmerische Chancen für Frauen und andere Gruppen aufmerksam zu machen, ein auf einfachen administrativen Anforderungen beruhendes Umfeld zu schaffen, und es für Unternehmer leichter zu machen, Investoren für sich zu gewinnen.

9.1 Strukturelle Unternehmensstatistik

Statistiken über die Unternehmensstruktur geben Aufschluss über die Vermögensbildung, (**Wertschöpfung**), die **Investitionen** und den Arbeitsinput in verschiedenen Wirtschaftszweigen. Mit diesen Daten lassen sich beispielsweise der Strukturwandel zwischen der Industrie und den Dienstleistungen, spezielle Angaben zu einzelnen Ländern in bestimmten Wirtschaftsbereichen, die sektorale Produktivität und **Wirtschaftlichkeit** sowie eine Reihe anderer Themen analysieren.

Im Jahr 2013 generierten die Unternehmen im nichtfinanziellen Bereich der gewerblichen Wirtschaft der EU-28 insgesamt eine Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten von 6 240 **Milliarden EUR**. Im nichtfinanziellen Bereich der gewerblichen Wirtschaft arbeiteten 133 Millionen **Beschäftigte**, dies entspricht rund drei Fünfteln (63,0 %) der erwerbstätigen Personen in der EU-28.



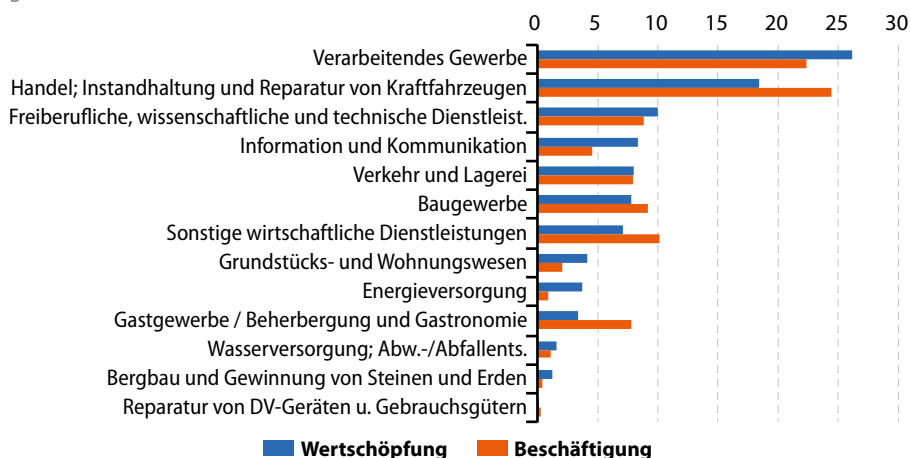
Gemessen an Beschäftigung und Wertschöpfung hatte das verarbeitende Gewerbe den größten Anteil am nichtfinanziellen Bereich der gewerblichen Wirtschaft der NACE Rev. 2. Die zwei Millionen Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes erwirtschafteten 2013 1 630 Mrd. EUR und beschäftigten 29,7 Millionen Menschen. Den größten Anteil an der Beschäftigung hatten Handelsunternehmen: Diese Unternehmen boten 32,5 Millionen Menschen einen Arbeitsplatz und erzielten eine Wertschöpfung von 1 147 Mrd. EUR. Die Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen wies die dritthöchste Wertschöpfung, aber nur die fünftgrößte Erwerbstätigenzahl aus und rangierte damit hinter sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen und dem Baugewerbe.

In Abbildung 9.1 werden die von den verschiedenen Sektoren im nichtfinanziellen Bereich der gewerblichen Wirtschaft zur

Wertschöpfung und Beschäftigung geleisteten Beiträge einander gegenübergestellt. Die Industriezweige Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden, verarbeitendes Gewerbe/Herstellung von Waren, Energie- und Wasserversorgung, Abfallentsorgung und Sanierung trugen hinsichtlich der Wertschöpfung mehr zum nichtfinanziellen Bereich der gewerblichen Wirtschaft bei als hinsichtlich der Beschäftigung, was auf eine überdurchschnittliche **sichtbare Arbeitsproduktivität** hindeutet. Dies galt auch für einige Dienstleistungsbereiche: Information und Kommunikation, Grundstücks- und Wohnungswesen sowie Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen. Das Baugewerbe hingegen und mehrere Dienstleistungsbereiche, insbesondere Gastgewerbe und Gastronomie, sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen (zu denen Reinigungs- und Sicherheitsdienste, Personaldienstleistungen wie

Abbildung 9.1: Aufteilung der Wertschöpfung und der Beschäftigung des nichtfinanziellen Bereichs der gewerblichen Wirtschaft, EU-28, 2013

(in % der Wertschöpfung und Beschäftigung des nichtfinanziellen Bereichs der gewerblichen Wirtschaft)



Hinweis: Schätzungen.

Quelle: Eurostat (Online-Datencode: sbs_na_sca_r2)

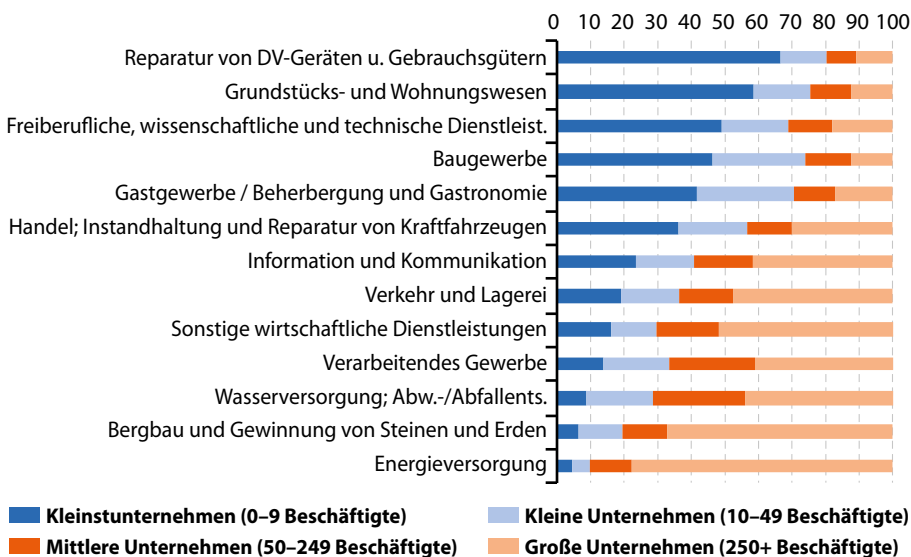
die befristete Überlassung von Arbeitskräften zählen), Reparatur von Datenverarbeitungsgeräten und Gebrauchsgütern sowie Handel, meldeten eine relativ geringe sichtbare Arbeitsproduktivität. Es sei darauf hingewiesen, dass es sich bei den hier dargestellten Beschäftigungsdaten um absolute Zahlen handelt und nicht etwa um **Vollzeitäquivalente** und dass der Anteil der Teilzeitbeschäftigten in einigen der erfassten Wirtschaftszweige erhebliche Größenordnungen erreicht, was zumindest für einige Wirtschaftszweige die geringe sichtbare Arbeitsproduktivität erklärt.

2013 bestand die überwältigende Mehrheit (99,8%) der im nichtfinanziellen Bereich der gewerblichen Wirtschaft der EU-28 tätigen Firmen aus Kleinst-, kleinen und mittleren Unternehmen

(KMU). Diese etwa 22,6 Millionen Unternehmen erwirtschafteten zusammen 57,8% der Wertschöpfung im nichtfinanziellen Bereich der gewerblichen Wirtschaft in der EU. Mehr als neun von zehn Unternehmen (92,9%) in der EU-28 waren **Kleinstunternehmen** (mit weniger als 10 Beschäftigten) und ihr Anteil an der Wertschöpfung im nichtfinanziellen Bereich der gewerblichen Wirtschaft lag mit etwa einem Fünftel erheblich niedriger.

Vielleicht am auffälligsten ist der Beitrag der KMU zur Beschäftigung. Nicht weniger als zwei Drittel (66,8%) der Erwerbstätigen im nichtfinanziellen Bereich der gewerblichen Wirtschaft der EU arbeiteten 2013 in einem mittelständischen Betrieb. Gut 22,8 Millionen Personen waren in KMU der Handelsbranche beschäftigt, 17,5 Millionen im

Abbildung 9.2: Beschäftigung nach Unternehmensgrößenklasse, EU-28, 2013
(in % des Gesamtwertes für den Sektor)



Hinweis: Schätzungen.

Quelle: Eurostat (Online-Datencodes: sbs_sc_ind_r2, sbs_sc_con_r2, sbs_sc_dt_r2 und sbs_sc_1b_se_r2)



verarbeitenden Gewerbe und 10,7 Millionen im Baugewerbe; zusammengenommen boten diese drei Wirtschaftszweige 57,4% der Beschäftigten im nichtfinanziellen Bereich der gewerblichen Wirtschaft einen Arbeitsplatz in einem mittelständischen Betrieb. Kleinunternehmen beschäftigten in allen Dienstleistungsbereichen (auf der Ebene der einzelnen Abschnitte) mehr Personen als jede andere Unternehmensgrößenklasse; eine Ausnahme bildete nur der Bereich der Erbringung sonstiger wirtschaftlicher Dienstleis-

tungen. Dieses Muster war im Wirtschaftszweig Reparatur von Datenverarbeitungsgeräten und Verbrauchsgütern besonders ausgeprägt; hier war eine absolute Mehrheit der Beschäftigten in Kleinunternehmen tätig. Demgegenüber waren in den Bereichen Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden sowie Energieversorgung mehr als die Hälfte der Erwerbstätigen in **Großunternehmen** beschäftigt; Gleiches gilt für die Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen.

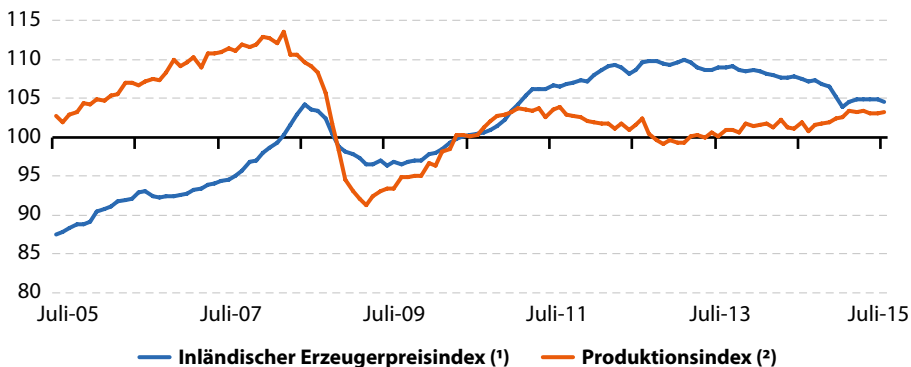
9.2 Industrie und Baugewerbe

Für die **Konjunkturstatistik (KS)** werden Indizes erstellt, die eine sofortige Bewertung des Wirtschaftsklimas in Industrie und Baugewerbe ermöglichen, indem sie einen ersten Überblick über die aktuelle Entwicklung in verschiedenen Wirtschaftszweigen bieten. Die Konjunkturstatistik zeigt die Entwicklungen im zeitlichen Verlauf an, so dass Veränderungsraten berechnet werden

können, die in der Regel Gegenüberstellungen für einen Monat oder ein Quartal mit dem vorhergehenden Monat oder Quartal oder dem entsprechenden Vorjahreszeitraum enthalten.

Die Industrieproduktion in der EU-28 erholte sich innerhalb von gut zwei Jahren von dem im April 2009 erreichten relativen Tiefstand und

Abbildung 9.3: Produktionsindex und inländischer Erzeugerpreisindex für die Industrie (ohne Baugewerbe), EU-28, 2005–15
(2010 = 100)



(¹) Bruttoreihe.

(²) Saisonbereinigte und arbeitstäglich bereinigte Daten. Juli 2015; Schätzung.

Quelle: Eurostat (Online-Datencodes: sts_inppd_m und sts_inpr_m)

verzeichnete in 22 von 28 Monaten positive monatliche Veränderungsdaten, bis im August 2011 ein Höhepunkt erreicht wurde, als sie um 13,9% höher lag als im April 2009, aber dennoch um 8,4% niedriger als bei dem vor der Krise im April 2008 verzeichneten Höchststand. Anschließend war in der EU-28 bis November 2012 ein allmählicher Rückgang der Industrieproduktion zu beobachten; in diesem Zeitraum schrumpfte die Produktion um 4,7%. In der Folgezeit nahm die Industrieproduktion bis Juli 2015 (jüngste Daten, die bei Redaktionsschluss zur Verfügung standen) langsam wieder zu und stieg innerhalb von zwei Jahren und acht Monaten um 4,3%.

Demgegenüber leitete die Rückkehr zu positiven Veränderungsdaten bei den Erzeugerpreisen der Industrie in der EU-28 im August 2009 einen Zeitraum des nachhaltigeren und längerfristigen Preisanstiegs ein. Der Erzeugerpreisindex der Industrie übertraf im Februar 2011 den vor der Krise verzeichneten Höchststand und stieg nahezu ununterbrochen weiter an bis April 2012, als er ungefähr 13,5% über dem Tiefstand während der Krise und 4,9% über dem vor der Krise (fast vier Jahre zuvor) verzeichneten Höchststand lag. Seit April 2012 stellt sich in der EU-28 die Entwicklung der Erzeugerpreise in der Industrie unterschiedlich dar, wobei bis Herbst 2013 insgesamt fast gar keine Veränderung der Preise festzustellen war. Anschließend gingen die Erzeugerpreise innerhalb eines Zeitraums von etwas mehr als einem Jahr langsam zurück und erreichten im

Januar 2015 einen Tiefstand; seitdem waren die Preise relativ stabil.

Der Abschwung der Wirtschaftstätigkeit hielt im Baugewerbe der EU-28 länger an, als in der Industrie. Trotz gelegentlicher kurzfristiger Wachstumsphasen sank der Produktionsindex des Baugewerbes in der EU-28 von einem Spitzenwert im Februar 2008 auf einen Tiefstand im März 2013; insgesamt ging die Produktion im Baugewerbe in fünf Jahren und einem Monat um 26,2% zurück. In den folgenden 13 Monaten wurde im Baugewerbe ein Produktionszuwachs von 7,6% verzeichnet, und von diesem Zeitpunkt (April 2014) bis zum letzten Zeitraum, für den Daten verfügbar sind (Juli 2015), blieb die Produktionsleistung relativ stabil.

Der lang anhaltende und tiefgreifende Abschwung des Baugewerbes betraf praktisch die ganze EU-28; dies wird durch die Tatsache belegt, dass nahezu alle Mitgliedstaaten in den letzten fünf Jahren (2010–14), für die Angaben vorliegen, in diesem Bereich über mindestens zwei Jahre hinweg eine rückläufige Produktion verzeichneten, obwohl in diesem Zeitraum die ersten zwei Jahre des Rückgangs nicht enthalten sind. 2012 waren es erneut nur noch fünf Mitgliedstaaten, die einen Anstieg der Produktion meldeten; allerdings stieg ihre Zahl 2013 auf neun und 2014, als in der EU-28 der erste Produktionszuwachs im Baugewerbe seit 2007 verzeichnet wurde, auf 18 Mitgliedstaaten.



Tabelle 9.1: Jährliche Wachstumsraten der Industrie (ohne Baugewerbe), 2010–14
(in %)

	Produktionsindex (¹)					Inländischer Erzeugerpreisindex (²)				
	2010	2011	2012	2013	2014	2010	2011	2012	2013	2014
EU-28	6,8	3,1	-2,1	-0,5	1,1	3,1	6,1	2,8	0,0	-1,5
ER-19	7,3	3,4	-2,4	-0,7	0,8	2,7	5,7	2,8	-0,2	-1,5
Belgien	11,1	4,1	-2,1	0,9	1,0	5,4	8,1	3,5	0,6	-4,6
Bulgarien	2,1	5,9	-0,2	-0,1	1,7	7,1	8,6	5,3	-1,3	-0,9
Tsch. Republik	8,2	5,9	-0,8	0,1	5,0	1,3	5,5	2,1	0,8	-0,8
Dänemark	2,0	1,9	0,1	0,4	0,8	6,4	7,8	2,5	2,2	-2,3
Deutschland	10,9	7,2	-0,3	0,2	1,3	1,5	5,1	1,7	0,0	-0,9
Estland	22,9	19,7	1,5	4,2	2,4	1,7	4,6	3,4	9,9	-2,3
Irland	7,5	-0,4	-1,5	-2,2	20,9	1,5	6,5	3,1	1,5	-0,3
Griechenland	-6,1	-5,8	-2,1	-3,2	-2,0	6,1	7,4	4,9	-0,7	-0,8
Spanien	0,8	-1,7	-6,9	-1,7	1,3	3,7	6,9	3,8	0,6	-1,3
Frankreich	5,0	2,4	-2,6	-0,7	-1,1	2,7	5,4	2,8	0,3	-1,3
Kroatien	-1,6	-1,2	-5,3	-2,0	1,3	4,3	6,4	7,0	0,4	-2,7
Italien	6,8	1,2	-6,3	-3,2	-0,5	3,1	5,1	4,1	-1,2	-1,8
Zypern	-1,7	-7,7	-9,6	-13,5	-0,9	4,0	5,9	8,1	-2,1	-3,1
Lettland	14,4	8,8	6,2	-0,4	-0,9	-0,2	8,8	5,3	1,1	0,1
Litauen	6,1	6,6	3,7	3,3	0,2	3,9	10,4	5,6	-0,3	-5,1
Luxemburg	8,7	1,9	-5,3	-3,9	5,7	1,5	4,4	3,6	1,3	-4,8
Ungarn	10,3	5,7	-1,4	1,5	7,2	7,3	6,1	5,3	-0,5	-2,1
Malta	8,6	-0,1	5,4	-5,3	-5,8	11,5	2,2	2,3	0,9	-1,2
Niederlande	7,8	-0,7	-0,5	0,5	-3,0	4,2	9,8	3,8	-1,3	-3,2
Österreich	6,7	6,8	-0,3	0,8	0,8	4,0	4,8	0,9	-1,0	-1,5
Polen	11,1	6,7	1,2	2,3	3,4	3,7	7,6	3,6	-1,2	-1,4
Portugal	1,6	-1,0	-6,1	0,5	1,8	3,6	6,0	2,9	0,1	-1,2
Rumänien	4,9	7,9	2,5	7,5	6,3	4,0	6,6	4,8	3,7	0,2
Slowenien	6,9	2,1	-0,5	-1,4	1,7	2,0	3,8	1,0	0,3	-1,1
Slowakei	8,2	5,3	8,0	5,2	3,7	-2,8	2,7	3,8	-0,2	-3,6
Finnland	5,3	1,7	-1,5	-3,2	-2,1	6,7	5,8	2,3	0,9	-0,9
Schweden	8,7	2,6	-1,2	-4,6	-1,7	3,0	0,9	-0,3	-0,7	0,1
Ver. Königreich	3,1	-0,6	-3,0	-0,2	1,5	5,4	9,7	2,2	1,0	-2,3
Norwegen	-5,4	-4,5	2,7	-5,0	3,6	8,5	8,0	-0,1	2,9	0,4
Schweiz	:	:	:	:	:	0,6	0,2	-0,5	-0,1	-0,7
Montenegro	:	-10,2	-7,1	10,6	-11,4	:	:	:	:	:
EJR Mazedonien	-4,8	6,9	-2,8	3,2	4,8	8,7	12,4	4,6	0,4	-1,2
Serbien	1,1	2,5	-2,6	6,0	-6,6	12,1	14,4	5,6	3,0	1,0
Türkei	12,6	9,5	2,4	3,5	3,5	6,2	12,3	6,1	5,7	10,1
Bosnien und Herzegovina	4,2	2,3	-3,6	5,2	0,1	:	:	:	:	:

(¹) Arbeitstäglich bereinigt.

(²) Bruttoreihe.

Quelle: Eurostat (Online-Datencodes: sts_inprgr_a und sts_inppdgr_a)

9.3 Dienstleistungen

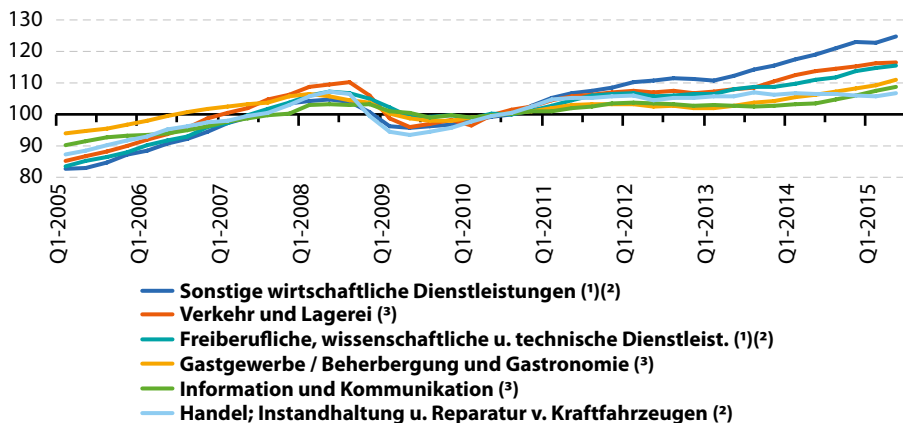
Traditionell konzentrierte sich die Konjunkturstatistik auf die Industrie und das Baugewerbe sowie in geringerem Umfang auf den Einzelhandel. Seit Mitte der 1990er Jahre wurden die amtlichen Statistiken der EU neu ausgerichtet und die Konjunkturdatenerhebung verstärkt auf Dienstleistungen konzentriert.

Der Umsatz mit Dienstleistungen (in laufenden Preisen ausgedrückt) ging in der EU-28 im Jahr 2009 gegenüber dem Vorjahr um 8,8 % zurück, belebte sich 2010 und 2011 aber zunehmend und erreichte ein Wachstum von 4,7 % bzw. 5,0%. 2012, 2013 und 2014 setzte sich das Wachstum fort, jedoch etwas langsamer als zuvor (ein Anstieg um 0,4 %, 0,9 % bzw. 1,4 %).

Nach Spitzenwerten im Jahr 2008 beim Umsatz aller sechs Dienstleistungsbranchen in Abbildung 9.4 erreichte dieser in der EU-28 im zweiten bzw.

dritten Quartal 2009 und im ersten Quartal 2010 einen Tiefstand. Danach meldete der Bereich der Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen bis zum zweiten Quartal 2015 die größte Umsatzsteigerung der verschiedenen Dienstleistungsbranchen (30,3%), gefolgt vom Bereich Verkehr und Lagerei (21,4%). Der Bereich Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen, der Handel sowie der Bereich Gastgewerbe/Beherbergung und Gastronomie verzeichneten ebenfalls zweistellige Wachstumsraten zwischen ihren Tiefstwerten inmitten der Krise und ihren jüngsten Werten (zweites Quartal 2015); hier stiegen die Umsätze um 16,9%, 14,0% bzw. 13,2% an. Im Bereich Information und Kommunikation fiel die Veränderungsrate mit 9,8% moderater aus.

Abbildung 9.4: Umsatzindex, ausgewählte Dienstleistungsbranchen, EU-28, 2005–15 (2010 = 100)



Hinweis: Saisonbereinigte und arbeitstäglich bereinigte Daten.

(1) Gemäß Konjunkturstatistik-Verordnung.

(2) 2005–09: Schätzungen. Q2-2015: Schätzungen.

(3) 2005–09 und 2015: Schätzungen.

Quelle: Eurostat (Online-Datencodes: sts_trtu_q und sts_setu_q)



Tabelle 9.2: Jährliche Wachstumsraten des Umsatzes, ausgewählte Dienstleistungen, 2013–14
(in %)

	Handel; Instandhaltung u. Reparatur v. Kraftfahrzeugen		Verkehr und Lagerei		Gastgewerbe/ Beherbergung und Gastronomie		Information und Kommunikation		Freiberufliche, wissen- schaftliche u. techn. Dienstleist. (¹)		Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen (¹)	
	2013	2014	2013	2014	2013	2014	2013	2014	2013	2014	2013	2014
EU-28	1,7	0,2	1,3	5,0	0,5	3,3	-0,5	1,6	1,7	3,3	2,1	6,1
ER-19	-0,5	0,5	0,1	1,6	0,0	2,0	-1,7	1,4	-0,3	1,3	0,0	4,3
Belgien	0,8	1,3	-7,9	-4,7	3,3	5,4	0,6	1,0	5,6	-0,8	8,7	16,6
Bulgarien	3,5	-10,2	8,8	-3,2	6,0	5,8	1,6	-4,0	-3,8	-0,4	6,7	2,1
Tsch. Republik	1,1	4,3	3,0	4,1	1,1	2,5	-3,6	0,7	-6,5	-1,9	2,4	3,6
Dänemark	-2,3	-5,5	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:
Deutschland	-0,1	0,7	0,3	2,1	1,0	3,6	-0,4	3,0	2,2	4,9	0,4	9,1
Estland	15,2	-1,0	-5,9	-3,5	8,1	7,5	3,1	2,2	-9,0	17,5	-6,7	-2,9
Irland	-5,0	-2,4	:	:	-1,9	10,9	:	:	:	:	:	:
Griechenland	-10,1	1,0	-4,4	-1,0	4,8	12,7	-9,3	-1,7	-8,9	-2,3	-3,5	-1,2
Spanien	-1,8	3,0	-0,4	4,2	0,1	4,2	-5,1	-0,3	-3,8	-0,3	-3,1	0,9
Frankreich	0,0	-0,6	0,5	1,0	-0,8	-1,2	-1,7	-0,5	0,0	0,8	0,0	2,2
Kroatien	1,2	-1,4	-0,3	1,1	19,3	1,7	-4,2	-1,7	-0,8	2,3	0,8	-6,1
Italien	-2,5	0,7	0,0	1,1	-2,4	-0,1	-5,7	-3,4	-2,2	-2,1	-4,2	-1,7
Zypern	-10,1	-0,9	-1,3	-0,6	-3,9	2,0	16,0	-3,3	-11,1	7,2	-12,8	-3,7
Lettland	4,9	-0,5	-2,1	-0,4	6,9	7,9	8,2	2,8	4,8	-2,9	16,3	4,3
Litauen	6,8	3,0	8,3	6,0	7,5	7,5	2,9	2,8	12,6	10,5	12,9	7,5
Luxemburg	4,5	3,9	2,0	4,6	5,0	2,9	4,7	1,1	8,5	8,1	9,3	5,2
Ungarn	4,7	8,4	10,6	12,8	14,9	22,5	16,9	1,5	10,6	15,6	18,6	3,2
Malta	0,7	2,4	5,7	1,1	1,3	9,9	1,9	-9,4	6,4	13,3	-3,3	-8,9
Niederlande	-3,1	-1,8	0,6	2,2	0,9	5,1	-2,5	2,6	-0,5	2,8	1,1	4,1
Österreich	-2,3	-1,4	1,1	-0,4	3,9	3,7	0,2	-0,1	1,1	3,3	2,8	-0,3
Polen	3,7	0,5	5,0	7,4	5,8	5,7	2,8	1,8	5,4	3,9	9,1	15,1
Portugal	-3,5	-2,3	0,9	0,1	-3,4	3,9	-5,5	-3,8	-7,9	-5,2	-5,2	-0,2
Rumänien	2,7	0,5	9,9	4,0	2,8	3,6	4,6	7,5	4,1	5,9	14,7	4,2
Slowenien	-0,6	1,6	0,5	6,1	-1,2	2,1	-0,1	1,2	-2,2	-2,5	3,0	2,4
Slowakei	2,6	5,5	10,4	4,9	3,2	3,3	4,6	3,3	18,7	-1,8	16,0	7,2
Finnland	-3,2	-0,8	-1,5	-0,8	1,1	0,8	2,5	8,5	0,8	3,0	-0,4	0,5
Schweden	-0,6	4,9	-1,6	0,5	5,2	4,8	-1,0	4,5	-0,1	7,6	0,5	2,6
Ver. Königreich	8,9	-0,5	3,1	7,1	0,9	6,4	2,7	1,6	7,8	8,1	7,8	11,4
Türkei	9,0	12,0	11,0	12,3	15,4	13,3	8,7	6,9	9,7	-0,5	11,0	10,8

Note: Arbeitstäglich bereinigt.

(¹) Gemäß Konjunkturstatistik-Verordnung.

Quelle: Eurostat (Online-Datencode: sts_trtu_a und sts_setu_a)

9.4 Tourismus

Die **Einwohner** der EU-28 (im Alter von 15 Jahren oder älter) verreisten 2014 1,2 Mrd. Mal aus persönlichen oder geschäftlichen Gründen. Bei mehr als der Hälfte dieser Reisen (57,4 %) handelte es

sich um **Kurzreisen** (eine bis drei Übernachtungen). Drei Viertel dieser Reisen (74,9 %) führten an einen Zielort im eigenen Land und die übrigen ins Ausland.

Tabelle 9.3: Beherbergungsbetrieben für Touristen, 2014

	Anzahl der Betriebe (in Zahl)	Schlafgelegenheiten (in Tsd.)	Übernachtungen von Inländern und von Nichtinländern (in Mio.)
EU-28 (1)	570.268	30.913,0	2.684,0
Belgien	5.139	366,2	32,6
Bulgarien	3.163	314,3	21,7
Tsch. Republik	9.013	710,4	42,9
Dänemark	1.118	420,0	29,6
Deutschland	50.925	3.318,6	366,5
Estland	1.419	58,1	5,8
Irland	6.574	205,9	29,2
Griechenland	34.522	1.238,6	95,1
Spanien	47.689	3.483,0	404,0
Frankreich	28.895	5.109,9	402,3
Kroatien	67.724	893,8	66,1
Italien	158.412	4.849,4	378,2
Zypern	802	87,6	13,7
Lettland	644	39,1	4,2
Litauen	2.062	72,9	6,5
Luxemburg	434	64,9	2,9
Ungarn	4.176	435,6	26,1
Malta	166	41,9	8,8
Niederlande	9.214	1.373,6	99,8
Österreich	20.329	993,6	110,4
Polen	9.885	694,0	66,6
Portugal	3.429	519,9	55,0
Rumänien	6.191	309,0	20,2
Slowenien	2.900	106,6	9,5
Slowakei	2.687	149,1	10,8
Finnland	1.408	251,0	19,8
Schweden	4.269	805,3	52,3
Ver. Königreich (2)	87.079	4.001,0	303,6
Island (3)	916	:	4,3
Liechtenstein	86	2,0	0,1
Norwegen	2.707	575,3	30,6
Schweiz (4)	5.541	398,6	41,3
Montenegro (5)	524	149,3	9,2
EJR Mazedonien	441	43,4	1,5
Serbien	987	102,4	6,0
Türkei	:	:	130,0

(1) Auf der Grundlage der neuesten verfügbaren Daten für die Mitgliedstaaten für diese Veröffentlichung erstellte Schätzung.

(2) Anzahl der Betriebe und Schlafgelegenheiten: 2013. Übernachtungen: 2012.

Quelle: Eurostat (Online-Datencodes: *tour_cap_nat* und *tour_occ_ninat*)

(3) 2013.

(4) Ausgenommen: Ferienunterkünfte und ähnliche Beherbergungsstätten.

(5) 2012.



In einigen EU-Mitgliedstaaten, so in Luxemburg, Belgien, Malta und Slowenien (sowie der Schweiz), führte 2014 mehr als die Hälfte der Urlaubsreisen ins Ausland. In Rumänien, Spanien und Portugal hingegen lag die Quote der Einwohner, die ins Ausland reisten, bei 10,0% oder darunter. Diese Zahlen scheinen sowohl von der Größe als auch von der geografischen Lage der Mitgliedstaaten beeinflusst zu werden (kleinere Länder in den nördlichen Regionen melden in der Regel eine größere Neigung ihrer Einwohner zu Reisen ins Ausland).

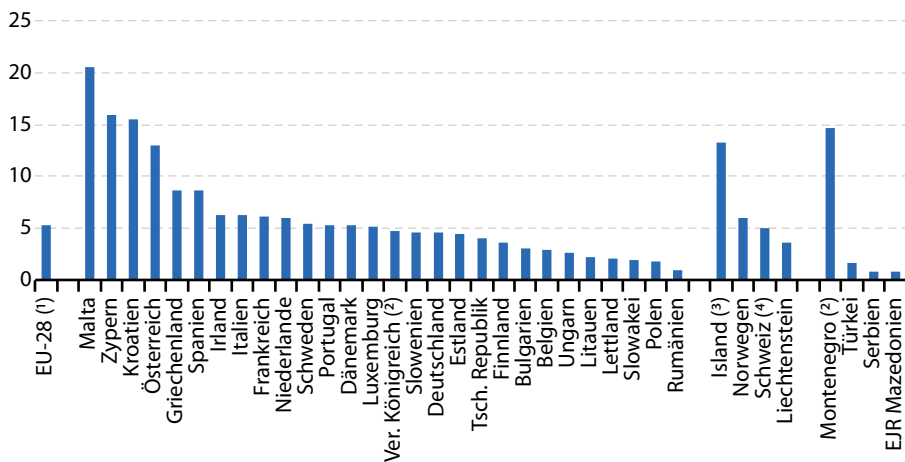
Berücksichtigt man die Größe eines Landes (gemessen an seiner Einwohnerzahl), war Luxemburg der EU-Mitgliedstaat, dessen Einwohner die meisten Nächte je Einwohner im Ausland verbrachten (durchschnittlich 24,6 Übernachtungen im Jahr 2014), gefolgt von Zypern (20,3). Am anderen Ende des Spektrums befinden sich Rumänien,

Bulgarien und Griechenland, deren Einwohner 2014 im Durchschnitt weniger als eine Nacht im Ausland verbrachten

Spanien war 2014 das beliebteste Reiseziel in der EU für Nichtinländer (Touristen aus dem Ausland). Auf dieses Land entfielen 260 Millionen Übernachtungen in Beherbergungsbetrieben bzw. 21,5% aller Übernachtungen in der EU-28. In der EU waren die vier beliebtesten Reiseziele bei Nichtinländern Spanien, Italien (187 Millionen Übernachtungen), Frankreich (131 Millionen Übernachtungen, Daten für 2013), die zusammengenommen mehr als die Hälfte (56,6%) der Übernachtungen von Nichtinländern in der EU-28 auf sich vereinigten. Am wenigsten gefragt waren Luxemburg und Lettland, wobei jedoch die Größe der betreffenden Mitgliedstaaten zu berücksichtigen ist.

Abbildung 9.5: Tourismusintensität, 2014

(Übernachtungen von Inländern und Nichtinländern in Beherbergungsbetrieben für Touristen pro Einwohner)



(1) Auf der Grundlage der neuesten verfügbaren Daten für die Mitgliedstaaten für diese Veröffentlichung erstellte Schätzung.
(2) 2012.

(3) 2013.

(4) Ausgenommen: Übernachtungen in Ferienunterkünfte und ähnliche Beherbergungsstätten.

Quelle: Eurostat (Online-Datencode: [tour_occ_ninat](#))

10

Wissenschaft, Technologie und digitale Gesellschaft



Einleitung

Die Statistiken der EU in den Bereichen Wissenschaft, Technologie und digitale Gesellschaft behandeln eine Reihe von Themen, aber insbesondere Statistiken über [Forschung und Entwicklung \(FuE\)](#), Statistiken über [Innovation und Humanressourcen in Wissenschaft und Technologie](#).

Wissenschaft ist Teil nahezu jedes Aspekts unseres Lebens: Wir brauchen nur den Lichtschalter zu betätigen, schon geht das Licht an. Wenn wir krank sind, helfen uns Arzneimittel, wieder gesund zu werden. Wenn wir uns mit einem Freund unterhalten wollen, greifen wir einfach zum Telefon oder schicken ihm eine SMS oder E-Mail. Europa kann auf eine lange Tradition herausragender Leistungen in Forschung und Innovation zurückblicken. Heute ist die EU in einer Reihe modernster Industriezweige globaler Akteur, beispielsweise in den Bereichen Biotechnologie, Arzneimittel, Telekommunikation und in der Luft- und Raumfahrt.

FuE gelten vielfach als Triebkräfte für wirtschaftliches Wachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen. Doch ihr Einfluss reicht weit über den rein wirtschaftlichen Bereich hinaus, da FuE unter anderem zur Lösung von Umweltfragen oder Beseitigung von Sicherheitsbedrohungen auf internationaler Ebene beitragen, für bessere Lebensmittelsicherheit sorgen oder zur Entwicklung neuer Arzneimittel für die Prävention und Bekämpfung von Krankheiten und chronischen Erkrankungen führen können.

Im Oktober 2010 startete die Europäische Kommission eine Leitinitiative der [Strategie Europa 2020](#) mit dem Titel 'Innovationsunion' (KOM(2010) 546 endg.). In dieser Mitteilung stellt die Kommission ein strategisches Konzept vor,

mit dem unterschiedlichen Herausforderungen, z. B. Klimawandel, Energie- und Lebensmittelsicherheit, Gesundheit und Bevölkerungsalterung, begegnet werden soll.

Der [Europäische Innovationsanzeiger](#) wird zur Überwachung der Umsetzung der Innovationsunion verwendet. Dieses Instrument enthält eine vergleichende Bewertung der Leistung der EU-Mitgliedstaaten sowie einer Reihe von Drittländern.

[Horizon 2020](#) (auf Englisch) ist das Rahmenprogramm für Forschung und Innovation für den Zeitraum von 2014 bis 2020. Durch die Verknüpfung von Forschung und Innovation legt Horizon 2020 den Schwerpunkt auf Wissenschaftsexzellenz, die führende Rolle der Industrie und die Beseitigung gesellschaftlicher Herausforderungen. Damit soll sichergestellt werden, dass Europa wissenschaftliche Leistungen auf Weltklasseniveau hervorbringt, Innovationshindernisse beseitigt werden und dem öffentlichen und privaten Sektor die Zusammenarbeit erleichtert wird, um gemeinsam Innovationen zu schaffen.

Den politischen Hintergrund für IKT bildet eine Mitteilung der Europäischen Kommission über '[Eine Digitale Agenda für Europa](#)' (KOM(2010) 245 endg./2), die eine Strategie zur Förderung einer florierenden digitalen Wirtschaft in der EU bis 2020 enthält. Die Digitale Agenda für Europa ist Teil der sieben Leitinitiativen im Rahmen der Strategie Europa 2020 für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum. In der Agenda werden sieben Schwerpunktbereiche für Maßnahmen genannt, darunter die Errichtung eines [digitalen Binnenmarktes](#).



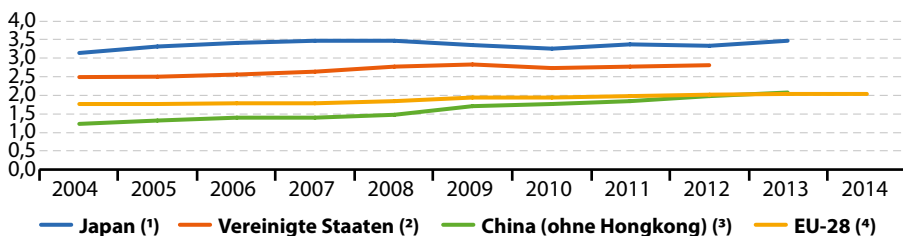
10.1 FuE-Ausgaben

Eines der wichtigsten Ziele der EU in den letzten Jahrzehnten bestand darin, das Investitionsniveau zu fördern, um die Wettbewerbsfähigkeit der EU zu stärken. In der 2010 angenommenen *Strategie Europa 2020* wurde das seit Langem bestehende Ziel, 3 % des *Bruttoinlandsprodukts (BIP)* in FuE-Tätigkeiten zu investieren, beibehalten. Es ist eines von fünf Hauptzielen der Strategie.

2014 beliefen sich die *Bruttoinlandsaufwendungen für FuE (GERD)* in der EU-28 auf 284 Mrd. EUR; dies entspricht einem Anstieg um 3,4 % gegenüber dem Vorjahr und um 42,0 % gegenüber dem Stand vor zehn Jahren (2004). Allerdings basieren diese Veränderungsdaten auf den Werten zu jeweiligen Preisen und spiegeln daher sowohl Preisveränderungen als auch reale Veränderungen der Höhe der Ausgaben wider.

Um eine bessere Vergleichbarkeit der Zahlen zu erreichen, werden die GERD häufig im Verhältnis zum BIP angegeben, was auch als *FuE-Intensität* bezeichnet wird. Das Verhältnis stieg in der EU-28 zwischen 2004 und 2007 leicht von 1,76 % auf 1,78 %. Zwischen 2007 und 2012 stieg es rascher und erreichte trotz eines leichten Rückgangs im Jahr 2010 2,01 %. 2013 nahm die FuE-Intensität leicht zu und lag bei einem Wert von 2,03 %, der sich 2014 nicht veränderte. Trotz des Anstiegs in den letzten Jahren blieben die FuE-Ausgaben der EU-28 im Verhältnis zum BIP deutlich hinter den entsprechenden Werten Japans (3,47 % im Jahr 2013) und der Vereinigten Staaten (2,81 % im Jahr 2012) zurück. Diese Entwicklung ist bereits seit längerer Zeit zu beobachten. Im Jahr 2013 übertraf die FuE-Intensität in China die der EU-28, wobei die FuE-Ausgaben Chinas 2,08 % des BIP entsprachen.

Abbildung 10.1: Bruttoinlandsaufwendungen für FuE, 2004–14
(in % des BIP)



(¹) 2008: Bruch in der Reihe.

(²) Ohne die meisten oder die gesamten

Quelle: Eurostat (Online-Datencode: tsc00001)

Investitionsaufwendungen. 2012: vorläufig.

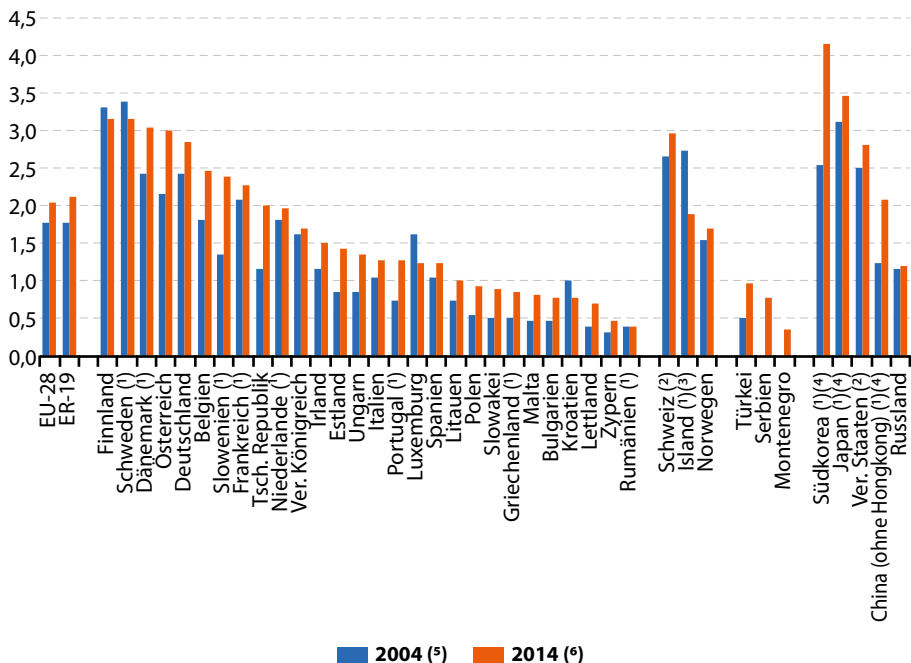
(³) 2009: Bruch in der Reihe.

(⁴) 2014: vorläufig.

Nahezu alle EU-Mitgliedstaaten meldeten 2014 eine höhere FuE-Intensität als 2004. Ausnahme bildeten die zwei Mitgliedstaaten mit der höchsten FuE-Intensität (Finnland und Schweden) sowie Luxemburg und Kroatien. In Rumänien veränderte sich die FuE-Intensität im

betrachteten Zeitraum nicht. Am anderen Ende der Skala fanden sich Slowenien, die Tschechische Republik und Österreich: Sie verzeichneten die stärksten Zunahmen bei der FuE-Intensität (in Prozentpunkten) zwischen 2004 und 2014.

Abbildung 10.2: Bruttoinlandsaufwendungen für FuE, 2004 und 2014
(in % des BIP)



(1) Bruch in der Reihe.

(2) 2012 statt 2014.

(3) 2003 statt 2004.

(4) 2013 statt 2014.

(5) Portugal und Schweden: Schätzungen. Südkorea und Vereinigte Staaten: abweichende Definition.

(6) EU-28, ER-19, Belgien, Tsch. Republik, Dänemark, Deutschland, Irland, Frankreich, Italien, Zypern, Lettland, Litauen, Luxemburg, Malta, Niederlande, Österreich, Portugal, Schweden, Ver. Königreich und Ver. Staaten: Schätzungen oder vorläufig. Ver. Staaten: abweichende Definition.

Quelle: Eurostat (Online-Datencodes: t2020_20 und rd_e_gerdot)



10.2 FuE-Personal

Die Zahl der **Forscher** ist in der EU-28 in den letzten Jahren gestiegen: Im Jahr 2014 waren in der EU-28 1,76 Millionen Forscher (ausgedrückt in **Vollzeitäquivalenten (VZÄ)**) beschäftigt. Dies entspricht einem Anstieg um 441 000 (bzw. 33,6%) gegenüber 2004.

Die Analyse des FuE-Personals in der EU-28 nach Sektor ergibt für das Jahr 2014, dass besonders viele Forscher im Unternehmenssektor (48%) und im Hochschulsektor (39%) tätig waren. 12% waren im **Sektor Staat** beschäftigt. Die relative Bedeutung der verschiedenen Sektoren war in den einzelnen EU-Mitgliedstaaten sehr unterschiedlich. In Schweden, Irland, Österreich, den Niederlanden, Frankreich, Malta und Dänemark waren drei Fünftel oder mehr aller Forscher in der Wirtschaft tätig. Dagegen war in Bulgarien (38%) und Rumänien (35%) der größte Anteil der Forscher im Sektor Staat beschäftigt. Etwa drei Fünftel aller in Zypern, Litauen, der Slowakei, Lettland und Griechenland und sogar zwei Drittel (67%) der in Portugal tätigen Forscher waren im Hochschulsektor zu finden.

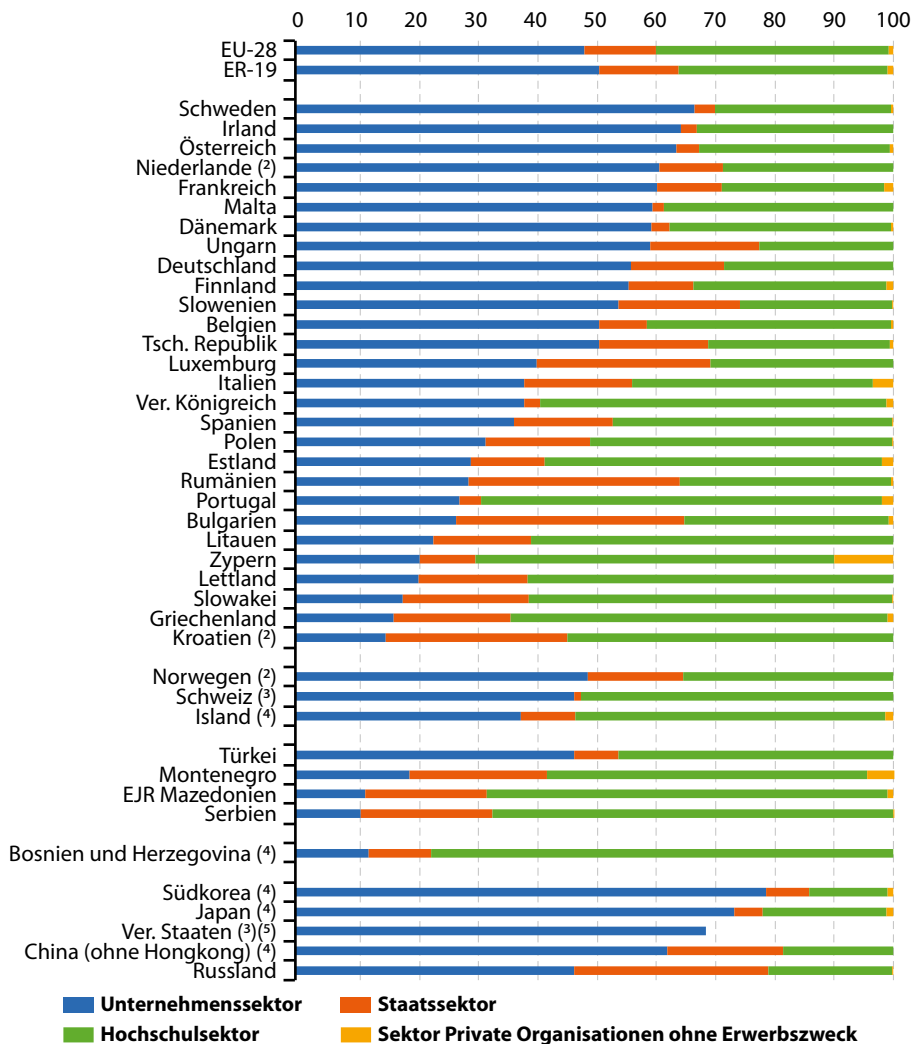
Eine Untersuchung der Forscher nach Geschlecht zeigt, dass der Anteil der Männer an den Erwerbstätigen in der EU-28 im Jahr 2013 bei

67% lag. Auf Frauen entfiel die Hälfte oder mehr als die Hälfte der Forscher in Bulgarien, Litauen und Lettland im Jahr 2013 und auch in Kroatien lag ihr Anteil bei fast der Hälfte.

Im Jahr 2014 stellten die im Bereich FuE Beschäftigten aller Sektoren zusammengenommen in Dänemark und Finnland 2,0% und in Luxemburg 1,9% der **Erwerbstätigen**. Im Durchschnitt der EU-28 lag der Anteil bei 1,1%. Abgesehen von den drei genannten Mitgliedstaaten lag dieser Anteil zwischen 0,3% in Zypern und Rumänien und 1,6% in Schweden.

Eine Analyse der Absolventen in Wissenschaft und Technologie nach Geschlecht zeigt, dass Männer (der Altersgruppe 20–29) häufiger ein Studium in diesen Bereichen abschließen als Frauen: Im Jahr 2014 verzeichneten die EU-28 24,5 Hochschulabsolventen in diesen Bereichen pro 1 000 Männer der Altersgruppe 20–29, aber nur 12,7 Hochschulabsolventinnen pro 1 000 Frauen in der selben Altersgruppe, was einem Unterschied von 11,8 pro 1 000 entspricht. Ein Geschlechtergefälle wurde 2014 in allen EU-Mitgliedstaaten beobachtet. Der Unterschied reichte von 3,0 pro 1 000 in Luxemburg bis 24,1 pro 1 000 in Irland.

Abbildung 10.3: Forscher in Vollzeitäquivalenten (VZÄ), nach Sektor, 2014 (1)
(in % der Forscher insges.)



(1) EU-28, ER-19, Belgien, Tsch. Republik, Dänemark, Deutschland, Irland, Frankreich, Italien, Zypern, Lettland, Luxemburg, Malta, Niederlande, Österreich, Portugal, Slowenien, Schweden und Ver. Königreich: Schätzungen oder vorläufig.

(2) Abweichende Definition.

(3) 2012.

(4) 2013.

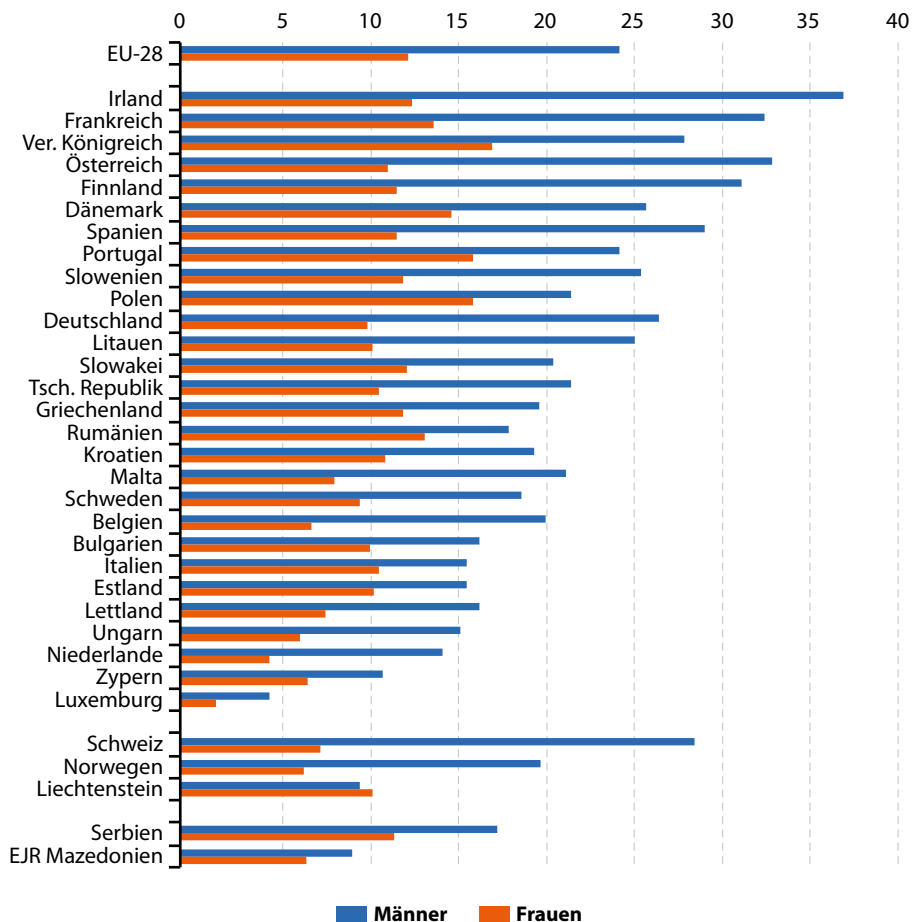
(5) Daten nur für den Unternehmenssektor.

Quelle: Eurostat (Online-Datencode: tsc00004)



Abbildung 10.4: Absolventen in Wissenschaft und Technologie, 2014

(Hochschulabsolventen in Wissenschaft und Technologie pro Tsd. Personen der Altersgruppe 20–29 Jahre)



Quelle: Eurostat (Online-Datencode: educ_uoe_grad04)

10.3 Innovation

Innovation ist durch den Beitrag, den sie zur Schaffung neuer Arbeitsplätze, zur Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen auf dem Weltmarkt, zur Verbesserung der Lebensqualität sowie zu einem nachhaltigeren Wachstum leisten kann, Teil der [[Glossary:EU 2020 Strategy|Strategie Europa 2020]]. Innovation zu fördern und anzuregen gehört zu den wichtigsten Zielen der europäischen Politik.

Nahezu die Hälfte aller Unternehmen in der EU-28 (48,9%) meldete im Zeitraum 2010–12 **Innovationstätigkeiten**. Im Vergleich zum Zeitraum 2008–10 ging der Anteil innovativer Unternehmen um 3,9 Prozentpunkte zurück.

Über ein Viertel (27,5%) der Unternehmen der EU-28 insgesamt meldeten **Innovationen im Bereich Organisation**. An zweiter Stelle standen **Innovationen im Bereich Marketing**, die in 24,3% aller Unternehmen umgesetzt wurden.

Produktinnovationen (Innovationen, die neue oder deutlich verbesserte Waren oder Dienstleistungen beinhalten) wurden in 23,7% der Unternehmen durchgeführt. Relativ wenige Unternehmen (21,4%) setzten **Prozessinnovationen** um. Dabei ist zu beachten, dass einzelne Unternehmen unter Umständen mehrere Arten von Innovationen eingeführt haben.

Den verfügbaren Daten zufolge, betrafen die Neuheiten und Verbesserungen bei den Prozessinnovatoren am häufigsten die Herstellungs-/Produktionsmethoden für Waren und Dienstleistungen. Neue oder deutlich verbesserte

unterstützende Tätigkeiten für Prozesse, wie etwa Instandhaltungssysteme oder Abläufe für Einkauf, Buchhaltung oder Rechenvorgänge, wurden in knapp drei Fünfteln (58,9%) der prozessinnovativen Unternehmen in der EU umgesetzt. Weniger häufig waren in dieser Kategorie neue oder deutlich verbesserte Logistik- und Lieferungsprozesse sowie Vertriebswege für Vorleistungen, Waren oder Dienstleistungen; diese wurden nur von gut einem Drittel (34,9%) der prozessinnovativen Unternehmen in der EU umgesetzt.

Von 2010 bis 2012 nutzten mehr als sechs von zehn produkt- und/oder prozessinnovativen Unternehmen (61,9%) in der EU zeitliche Vorsprünge vor den Wettbewerbern (also die Verkürzung der Zeitspanne zwischen der Einleitung und der Umsetzung ihrer Innovationen) zur Steigerung ihrer Wettbewerbsfähigkeit. Gut ein Viertel (28,5%) dieser Unternehmen maßen dieser Methode eine große Bedeutung bei. Ein ähnlich hoher Anteil (60,6%) der produkt- und/oder prozessinnovativen Unternehmen nutzte die Komplexität von Waren und Dienstleistungen, um ihre Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten bzw. zu steigern. Knapp die Hälfte dieser Unternehmen stufte die Bedeutung dieser Methode als hoch ein. Auf diese beiden (von den von der Erhebung erfassten Unternehmen) bevorzugten Methoden folgte mit geringem Abstand die Nutzung der Geheimhaltung, die von gut der Hälfte (51,2%) der produkt- und/oder prozessinnovativen Unternehmen in der EU angegeben wurde.


Tabelle 10.1: Anteil prozessinnovativer Unternehmen, nach Art der Umsetzung, 2010–12

	Prozessinnovative Unternehmen	Prozessinnovatoren von Logistik- und Lieferungsprozessen sowie Vertriebswegen	Prozessinnovatoren von Herstellungs-/Produktionsmethoden	Prozessinnovatoren von prozessunterstützenden Tätigkeiten
	(in % aller Unternehmen)	(in % aller prozessinnovativen Unternehmen)		
EU-28 (¹)	21,4	34,9	65,5	58,9
Belgien	31,1	35,2	60,3	53,3
Bulgarien	9,3	28,1	61,7	48,7
Tsch. Republik	24,0	39,6	68,0	59,2
Dänemark	22,9	37,7	41,9	77,8
Deutschland	25,5	44,1	74,9	53,3
Estland	23,8	25,4	65,9	48,4
Irland	25,9	40,5	59,9	70,0
Griechenland	25,6	28,3	59,7	63,3
Spanien	15,1	20,3	61,8	56,1
Frankreich	24,1	35,9	72,4	48,0
Kroatien	19,0	40,8	65,3	69,0
Italien	30,4	31,3	61,3	66,8
Zypern	28,2	95,7	57,8	84,7
Lettland	12,7	32,6	71,9	42,3
Litauen	13,1	25,4	70,1	58,3
Luxemburg	32,8	41,7	59,1	64,9
Ungarn	8,3	19,6	58,9	55,1
Malta	26,4	52,4	57,8	74,8
Niederlande	25,9	32,7	62,1	55,4
Österreich	28,7	32,5	55,4	72,8
Polen	11,0	29,2	61,7	54,1
Portugal	33,5	37,2	60,7	72,2
Rumänien	4,6	31,6	69,3	34,9
Slowenien	22,5	34,1	68,2	66,6
Slowakei	13,5	38,6	62,9	64,4
Finnland	29,3	33,9	64,0	62,9
Schweden	23,9	32,0	57,2	61,2
Ver. Königreich	14,1	:	:	:
Norwegen	11,9	25,4	60,8	47,4
Serbien	22,0	40,9	49,9	74,8
Türkei	20,4	45,3	79,9	58,4

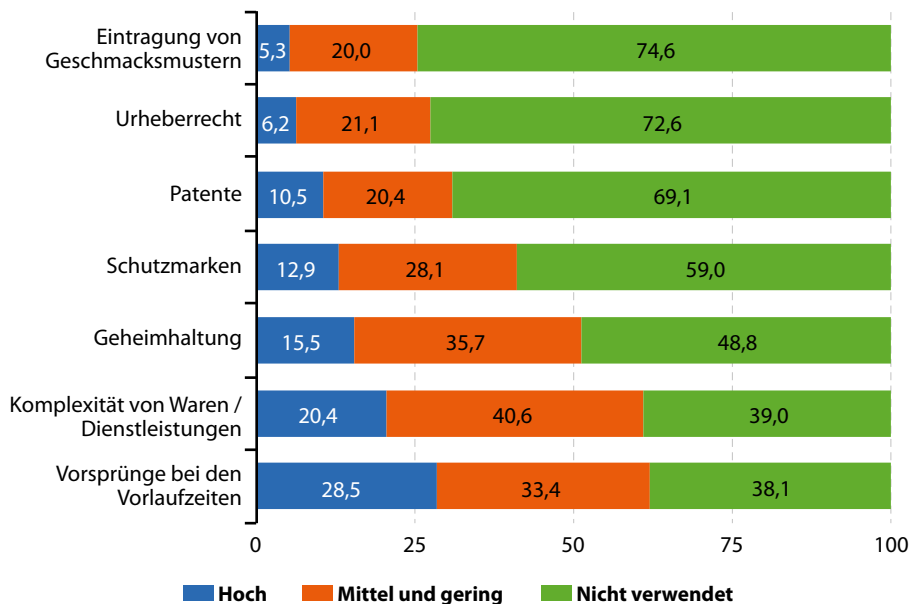
Hinweis: Der Bezugszeitraum der Erhebung erfasst die drei Jahre von 2010 bis 2012.

(¹) Ohne das Vereinigte Königreich bei der konkreten Art der Umsetzung.

Quelle: Eurostat (Online-Datencode: inn_cis8_spec)

Abbildung 10.5: Methoden zur Erhaltung und Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit in produkt- und/oder prozessinnovativen Unternehmen, nach Bedeutung, EU-28, 2010–12

(in % aller Unternehmen, die Produkt- und/oder Prozessinnovationen einführen)



Hinweis: Ohne Tschechische Republik, Dänemark, Irland, Frankreich, Lettland und dem Vereinigten Königreich. Der Bezugszeitraum der Erhebung erfasst die drei Jahre von 2010 bis 2012.

Quelle: Eurostat (Online-Datencode: [inn_cis8_comp](#))



10.4 Patente

Patente spiegeln die erfinderische Tätigkeit eines Landes wider und zeigen auch dessen Fähigkeit auf, Wissen zu nutzen und in potenzielle wirtschaftliche Gewinne umzusetzen. In diesem Zusammenhang werden auf Patentstatistiken beruhende Indikatoren häufig zur Bewertung der erfinderischen Leistungsfähigkeit von Ländern oder Regionen herangezogen.

Beim **Europäischen Patentamt (EPA)** wurden 2014 insgesamt 142 700 Patentanmeldungen eingereicht. Im Jahr 2014 wurden von den Mitgliedstaaten der EU-28 56 600 Patentanmeldungen (39,6 % aller Anmeldungen) eingereicht. Dies entspricht einer Zunahme von 1 100 bzw. einem relativen Anstieg von 2,0 % im Vergleich zu 2004.

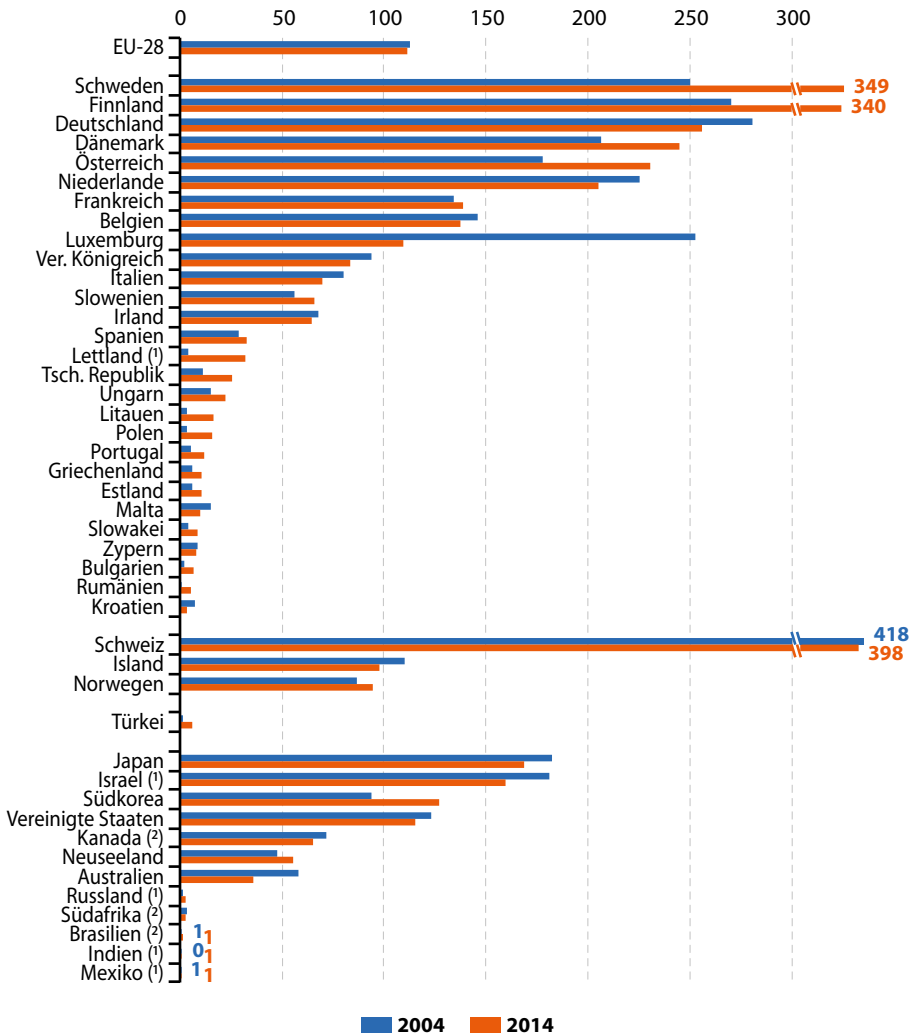
Bei den EU-Mitgliedstaaten entfiel 2014 die weitaus größte Zahl von Patentanmeldungen beim EPA mit 20 700 auf Deutschland (36,5 % der Gesamtzahl für die EU-28). Dahinter rangierten Frankreich (9 100), das Vereinigte Königreich (5 300), Italien (4 200), die Niederlande (3 500) und Schweden (3 400). Was die Drittländer betrifft, so waren bei den Patentanmeldungen die Vereinigten Staaten (36 800), Japan (21 300), gefolgt von China (7 500) und Südkorea (6 400) führend.

Im Verhältnis zur Einwohnerzahl verzeichnete Schweden 2014 mit 349 je eine Million Einwohner die meisten Patentanmeldungen, gefolgt von Finnland (340), Deutschland (256), Dänemark

(244), Österreich (230) und den Niederlanden (205). Mit Ausnahme von Italien (70 Patentanmeldungen je eine Million Einwohner) und Slowenien (66) gab es in den südlichen und östlichen Mitgliedstaaten sowie in den **baltischen Mitgliedstaaten** 2014 weniger als 50 Patentanmeldungen je eine Million Einwohner.

Im Jahr 2012 stammte fast ein Drittel (31,5 %) aller beim EPA angemeldeten Patente aus der Branche der Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT). Der relative Anteil der EU-Mitgliedstaaten an der Zahl der IKT-Patente war mit 32,0 % aller IKT-Patentanmeldungen recht niedrig. Die beim EPA angemeldeten IKT-Patente waren relativ stark auf eine kleine Gruppe von EU-Mitgliedstaaten konzentriert. Die meisten IKT-Patente wurden für Deutschland, Frankreich, das Vereinigte Königreich, Schweden, die Niederlande, Italien und Finnland verzeichnet, die alle mehr als 500 IKT-Patente anmeldeten. Zusammengenommen entfielen 87,2 % der 2012 von EU-28-Staaten angemeldeten IKT-Patente auf diese sieben Mitgliedstaaten. Die Zahl der IKT-Patentanmeldungen aus Drittländern lag bei den Vereinigten Staaten (11 900) und Japan (7 600) besonders hoch, aber auch China und Südkorea tätigten jeweils mehr Anmeldungen als jeder der EU-Mitgliedstaaten mit Ausnahme von Deutschland.

Abbildung 10.6: Patentanmeldungen beim Europäischen Patentamt (EPA),
2004 und 2014
(pro Mio. Einwohner)



Hinweis: 2013 und 2014: Schätzungen.

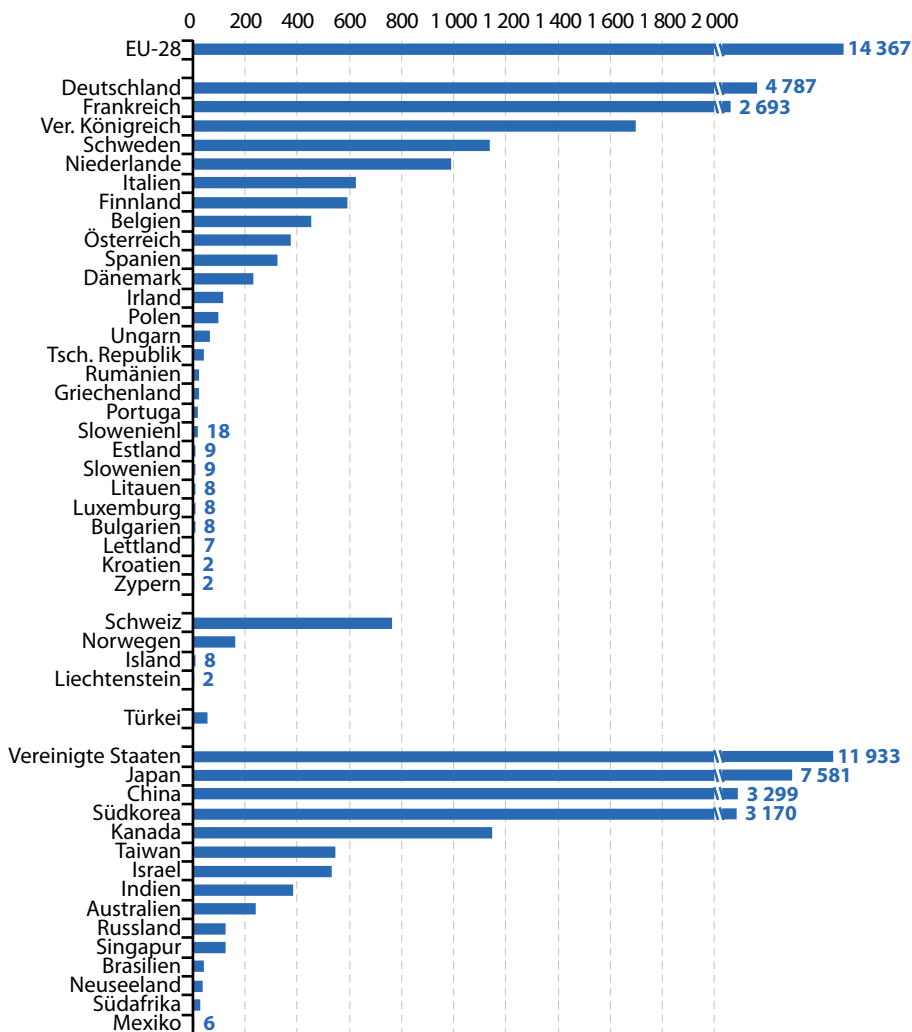
(1) 2013 statt 2014.

(2) 2012 statt 2014.

Quelle: Eurostat (Online-Datencode: pat_ep_ntot)



Abbildung 10.7: Patentanmeldungen beim Europäischen Patentamt (EPA) — IuK,
2012
(Zahl)



Hinweis: Malta: nicht verfügbar.

Quelle: Eurostat (Online-Datencode: pat_ep_nict)

10.5 Statistik der Informationsgesellschaft — Haushalte und Privatpersonen

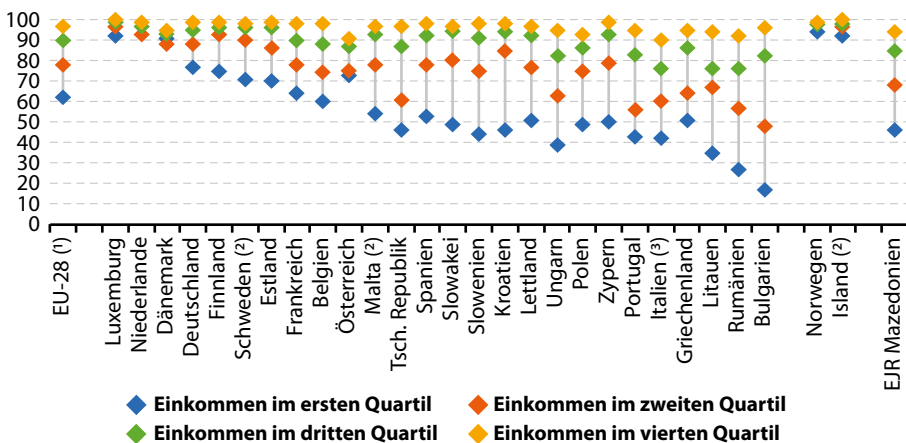
Die Entwicklung der Informationsgesellschaft gilt als wesentliche Voraussetzung für die Erfüllung der Anforderungen der Gesellschaft und der Wirtschaft der EU. Die Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) beeinflussen viele Bereiche unseres Alltags, sowohl im Arbeitsleben als auch im privaten Umfeld, beispielsweise im Hinblick auf Kommunikation oder Online-Einkäufe. Die von der EU getroffenen politischen Maßnahmen reichen von der Regulierung ganzer Bereiche, z. B. des E-Commerce, bis hin zum Schutz der Privatsphäre des Einzelnen.

Die Verfügbarkeit von IKT für die breite Öffentlichkeit hat sich sowohl hinsichtlich der Zugriffsmöglichkeiten als auch der Kosten wesentlich verbessert. Die Höhe des Einkommens kann sich auf den Internetzugang privater Haushalte auswirken. In der EU-28 lag der Anteil der Haushalte mit Internetzugang im Jahr 2015 bei Haushalten

im ersten Einkommensquartil (dem einkommensschwächsten Viertel aller Haushalte) bei lediglich 62%, stieg im zweiten und dritten Einkommensquartil jeweils an und erreichte im vierten Einkommensquartil (dem einkommensstärksten Viertel aller Haushalte) 97%. Mitgliedstaaten mit einer hohen Gesamtquote beim Internetzugang, wie beispielsweise Luxemburg, verzeichneten beim Internetzugang in der Regel relativ geringe Unterschiede zwischen den Einkommensquartilen. Größere Unterschiede wiesen hingegen in der Regel die Mitgliedstaaten mit niedrigeren Gesamtquoten beim Internetzugang auf, vor allem die südlichen und östlichen EU-Mitgliedstaaten und einige der **baltischen Mitgliedstaaten**.

2015 nutzten fast zwei Drittel (67%) der Privatpersonen das Internet täglich, weitere 9% nutzten es mindestens einmal wöchentlich (aber nicht täglich). Damit lag die Zahl der

Abbildung 10.8: Internetzugang der privaten Haushalte nach Einkommensquartil, 2015 (in % aller Haushalte)



Hinweis: Reihenfolge nach Gesamttrate des Internetzugangs. Irland und Vereinigtes Königreich: nicht verfügbar.

(1) Ohne Irland und Vereinigtes Königreich.

(2) 2014.

(3) 2013.

Quelle: Eurostat (Online-Datencode: [isoc_bde15b_h](#))

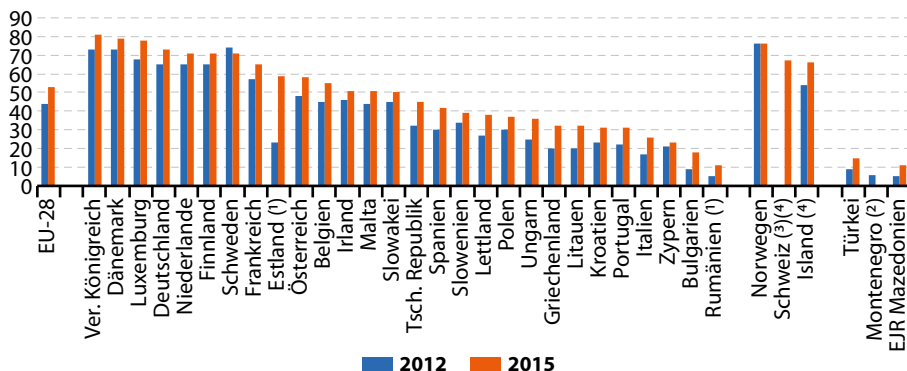


regelmäßigen Internetnutzer (mindestens einmal wöchentlich) bei 76 %, sodass die Zielvorgabe der Digitalen Agenda (75 % im Jahr 2015) knapp übertroffen wurde. Der Anteil der täglichen Internetnutzer an allen Internetnutzern (alle, die das Internet in den vergangenen drei Monaten genutzt hatten) in den EU-Mitgliedstaaten reichte von 66 % in Rumänien, 76 % in Polen und 77 % in der Slowakei bis hin zu 91 % in Dänemark, Malta, den Niederlanden und Finnland, 94 % in Italien und 95 % in Luxemburg. Norwegen (92 %) und Island (96 %, Daten von 2014) meldeten ebenfalls hohe Anteile täglicher Internetnutzer an allen Internetnutzern.

Eine der häufigsten Online-Aktivitäten in der EU-28 war 2015 die Teilnahme an sozialen Netzwerken. Die Hälfte (50 %) aller 16- bis 74-Jährigen nutzte das Internet dafür, beispielsweise Facebook oder Twitter. Rund zwei Drittel (66–68 %) der Personen im Vereinigten Königreich, in Belgien und Luxemburg nutzten soziale Netzwerke. In Norwegen lag der Anteil bei 73 %, in Island bei 83 % (Daten von 2014). In drei EU-Mitgliedstaaten (Frankreich, Italien und Slowenien) hingegen nutzten weniger als 4 von 10 Personen solche Netzwerke.

Abbildung 10.9: Anteil der Personen, die in den zwölf Monaten Waren oder Dienstleistungen für den privaten Gebrauch über das Internet bestellt haben, 2012 und 2015

(in % der 16- bis 74-Jährigen)



(1) Bruch in der Reihe.

(2) 2015: nicht verfügbar.

Quelle: Eurostat (Online-Datencode: isoc_ec_ibuy)

(3) 2012: nicht verfügbar.

(4) 2014 statt 2015.

Der Anteil der 16- bis 74-Jährigen in der EU-28, die Waren oder Dienstleistungen für den privaten Gebrauch über das Internet bestellten, stieg weiter an: Im Jahr 2015 lag er bei 53 %, ein Anstieg von 9 Prozentpunkten gegenüber 2012. Das Ziel der Digitalen Agenda, dass 50 % der Bevölkerung Einkäufe online tätigen, wurde bereits 2014 erreicht und im Zieljahr (2015) übertroffen.

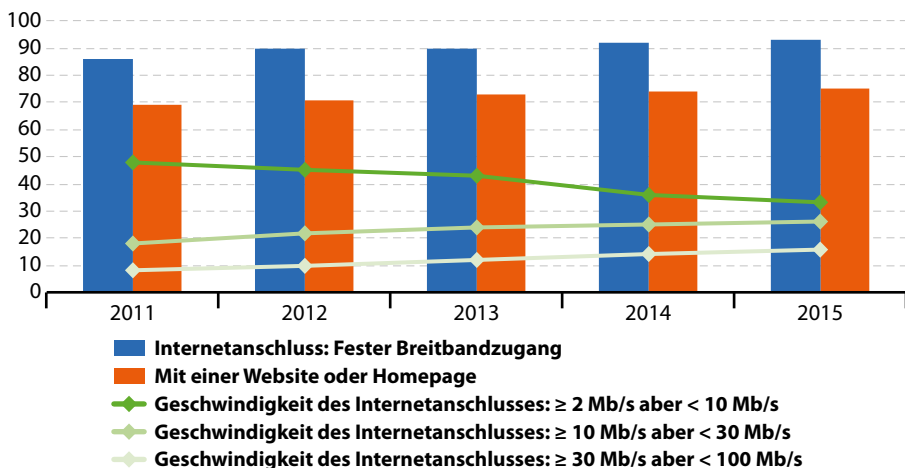
Mehr als 70 % der Privatpersonen im Vereinigten Königreich, in Dänemark, Luxemburg, Deutschland, den Niederlanden, Finnland und Schweden bestellten 2015 Waren oder Dienstleistungen online. In Italien und Zypern hingegen nutzte dazu fast jeder Vierte, in Bulgarien weniger als jeder Fünfte und in Rumänien etwa jeder Zehnte das Internet.

10.6 Statistik der Informationsgesellschaft — Unternehmen

Fortschritte bei der Entwicklung der digitalen Wirtschaft gelten als wesentlich für die Verbesserung der *Wettbewerbsfähigkeit* der EU-Industrie und allgemein für die Deckung des Bedarfs der Wirtschaft in der EU. IKT sind inzwischen zu einem integralen Bestandteil für die Arbeitsweise eines Unternehmens geworden. Ihr umfassender Einsatz hat tiefgreifende Auswirkungen auf die Unternehmensführung und betrifft zahlreiche Aspekte, beispielsweise die Organisation interner Kommunikation, den Informationsaustausch mit Geschäftspartnern oder die Kundenkommunikation.

2015 nutzte die große Mehrheit (93 %) der Unternehmen in der EU-28 mit mindestens zehn Beschäftigten für den Internetzugang einen festen Breitbandanschluss; damit verfügten nahezu alle Unternehmen über einen Breitbandanschluss. Da also fast alle Unternehmen Zugang zum Internet haben, richtet sich die Aufmerksamkeit der Politiker in letzter Zeit mehr auf die Einrichtung mobiler Internetverbindungen (Unternehmen statt ihr Personal zunehmend mit tragbaren Rechnern, Smartphones oder anderen mobilen Geräten aus) und auf die Geschwindigkeit fester Breitbandverbindungen.

Abbildung 10.10: Unternehmen mit Internet-Zugang, die einen festen Breitbandanschluss nutzen, und Unternehmen mit einer Website oder Homepage, EU-28, 2011–15
(in % der Unternehmen)



Quelle: Eurostat (Online-Datencodes: *isoc_ci_it_en2* und *isoc_ciweb*)



Durch den Einsatz von IKT kann es zu erheblichen Änderungen in der Art der Unternehmensführung kommen. Die Einführung von IKT-basierten Lösungen in Geschäftsabläufe wird häufig als E-Business bezeichnet. Im Jahr 2015 maßen drei Viertel (75 %) der Unternehmen in der EU-28 einem Internet-Auftritt Bedeutung zu und verfügten entweder über eine Website oder eine Homepage. Dieser Anteil war acht Prozentpunkte höher als 2010, als 67 % der Unternehmen eine Website oder eine Homepage aufwiesen.

Im vergangenen Jahrzehnt kam es zu einer Verlagerung von statischen Webseiten hin zu Web-Anwendungen, die auf Nutzerdaten zurückgreifen. Die Unternehmen haben sich nicht nur schrittweise diese neue Generation hoch dynamischer Web-Anwendungen zu eigen gemacht, sondern auch neue Verhaltensweisen übernommen.

2015 nutzten rund 39 % der Unternehmen in der EU-28 soziale Medien. Dieser Anteil nahm relativ rasch zu und ist seit 2013 um neun Prozentpunkte gestiegen. „Soziale Medien“ bezieht sich auf internetbasierte Anwendungen, wie soziale Netzwerke, Blogs, Websites zur gemeinsamen Nutzung multimedialer Inhalte oder Wikis. Die meisten Unternehmen, die soziale Medien nutzen, setzen sie zur Imagepflege und/oder zur Vermarktung von Produkten ein, um einen möglichst großen Personenkreis zu erreichen.

2015 nutzte mehr als ein Drittel (36 %) der Unternehmen in der EU-28 soziale Netzwerke,

während etwa 13 % der Unternehmen auf Blogs und Mikroblogs sowie Websites zur gemeinsamen Nutzung multimedialer Inhalte zurückgriffen. Der Anteil der Unternehmen, die wikibasierte Instrumente zum Wissensaustausch nutzten, war mit 5 % erheblich geringer.

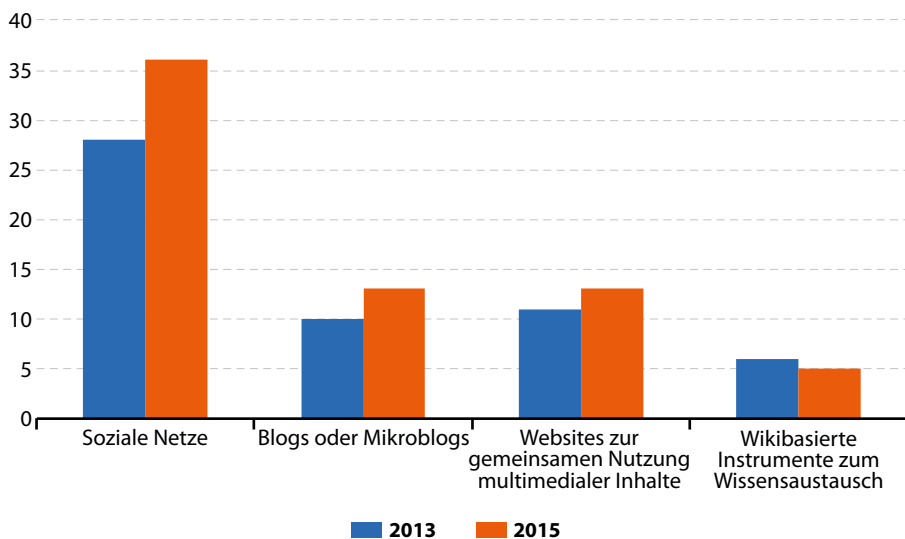
Von den Unternehmen in der EU-28, die 2015 soziale Medien nutzten, arbeitete etwas mehr als ein Viertel (26 %) mit Geschäftspartnern oder anderen Organisationen zusammen, während sich ungefähr genauso viele Unternehmen innerhalb ihres Betriebs oder mit ihren Kunden mithilfe von sozialen Medien über die Entwicklung/Innovation von Waren oder Dienstleistungen austauschten. Mehr als ein Drittel (38 %) der Unternehmen in der EU-28 nutzte soziale Medien für die Einstellung neuer Mitarbeiter, während der Anteil der Unternehmen, die soziale Medien einsetzten, in Bezug auf die Unternehmen, die diese für die Rückmeldung von Kunden (Meinungen, Übersichten, Fragen) verwenden, auf 51 % anstieg und der Anteil der Unternehmen, die soziale Medien für ihre Imagepflege oder zur Vermarktung ihrer Produkte nutzte, nahezu vier Fünftel (79 %) erreichte.

E-Commerce bezieht sich auf den Waren- oder Dienstleistungsverkehr über Computernetze wie das Internet. Die entsprechenden Statistiken sind unterteilt in E-Commerce-Verkäufe (E-Verkäufe) und E-Commerce-Käufe (E-Käufe) abhängig davon, ob ein Unternehmen Bestellungen erhält oder diese tätigt.

Im Jahr 2014 war die Zahl der Unternehmen in der EU, die E-Käufe tätigten, mehr als doppelt so hoch wie die Zahl derer, die E-Verkäufe durchführten: 40% der Unternehmen in der EU-28 tätigten E-Käufe, während 19% Bestellungen erhielten/E-Verkäufe abwickelten. Zwischen 2009 und 2014 stieg der Anteil der Unternehmen in der EU-28 mit E-Käufen um drei Prozentpunkte, während der Anteil derer mit E-Verkäufen im selben Zeitraum um vier Prozentpunkte zunahm.

Im Jahr 2014 entfiel 17% des gesamten von Unternehmen in der EU-28 erzielten Umsatzes auf E-Verkäufe. Damit lief weniger als ein Fünftel der gesamten Verkäufe in der EU-28 über E-Commerce. Der Anteil der E-Verkäufe am Gesamtumsatz stieg zwischen 2009 und 2014 um drei Prozentpunkte, da der Anteil der E-Verkäufe am Gesamtumsatz zu Beginn des Betrachtungszeitraums bei 14% lag.

Abbildung 10.11: Unternehmen, die soziale Medien nutzen, nach Art der sozialen Medien, EU-28, 2013 und 2015
(in % der Unternehmen)



Quelle: Eurostat (Online-Datencode: isoc_cismt)

11

Umwelt



Einleitung

Eurostat erstellt Statistiken und Gesamtrechnungen zu Umweltbelastungen, Auswirkungen auf den Zustand und die Veränderung der Umweltqualität und zu den Maßnahmen zur Vermeidung oder Verringerung von Auswirkungen auf die Umwelt. Umweltökonomische Gesamtrechnungen beschreiben die Beziehungen der Umwelt zur Wirtschaft, auch die Auswirkungen der Wirtschaft auf die Umwelt und den Beitrag der Umwelt zur Wirtschaft.

Umweltökonomische Gesamtrechnungen analysieren die Verknüpfungen zwischen Umwelt und Wirtschaft, indem die umweltbezogenen Informationen so zusammengestellt werden, dass sie mit den Buchführungsgrundsätzen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen übereinstimmen. Umweltökonomische Gesamtrechnungen können beispielsweise verwendet werden, um herauszufinden welche Wirtschaftstätigkeiten die Umwelt am stärksten verschmutzen oder am meisten Naturressourcen verbrauchen, welche Rolle Regierung und private Haushalte spielen,

wie hoch die Kosten für den Umweltschutz sind und wer sie trägt, wie groß der Anteil der ökologischen Wirtschaft an der Gesamtwirtschaft ist, und in welchem Umfang natürliche Ressourcen und Energie erzeugt und verbraucht werden.

Umweltaktionsprogramme lenken die Entwicklung der EU-Umweltpolitik seit den frühen 1970er Jahren. Das aktuelle Programm [EU environment action programme](#) (auf Englisch), das 7. Umweltaktionsprogramm (UAP), wurde durch den Beschluss Nr. 1386/2013 des [Europäischen Parlaments](#) und des [Rates](#) im November 2013 mit dem Titel „[Gut leben innerhalb der Belastbarkeitsgrenzen unseres Planeten](#)“ erlassen. Nach diesem Programm wird die EU-Umweltpolitik bis 2020 ausgerichtet. Das Programm basiert auf einer Reihe aktueller strategischer Initiativen, wie dem [Fahrplan für ein ressourcenschonendes Europa](#), der [Strategie zum Schutz der Biodiversität](#) und dem [Fahrplan für den Übergang zu einer wettbewerbsfähigen CO₂-armen Wirtschaft](#).

11.1 Bodenbedeckung und Bodennutzung

Der Boden ist die Grundlage für die meisten biologischen Vorgänge und menschlichen Tätigkeiten auf der Erde. Land- und Forstwirtschaft, Industrie, Verkehr, Baugewerbe und sonstige Dienstleistungen nutzen den Boden als natürliche und/oder wirtschaftliche Ressource. Der Boden ist auch integraler Bestandteil von Ökosystemen und unverzichtbar für die [biologische Vielfalt](#) und den Kohlenstoffkreislauf.

Der Bereich Boden kann in zwei miteinander verbundene Konzepte gegliedert werden:

- [Bodenbedeckung](#) bezieht sich auf die bio-physische Bedeckung des Bodens (z.B. Anbaukulturen, Gras, Laubwald und bebaute Flächen);
- mit [Bodennutzung](#) wird die sozioökonomische Verwendung einer Fläche (z.B. Land- und Forstwirtschaft, Erholung und Wohnen) angegeben.

Im Jahr 2012 bedeckten Wälder und andere bewaldete Flächen 37,1 % der Gesamtfläche der EU-27, Ackerflächen nahezu ein Viertel (24,8%), Grünland etwas über ein Fünftel (20,7%), während bebaute und andere künstlich angelegte

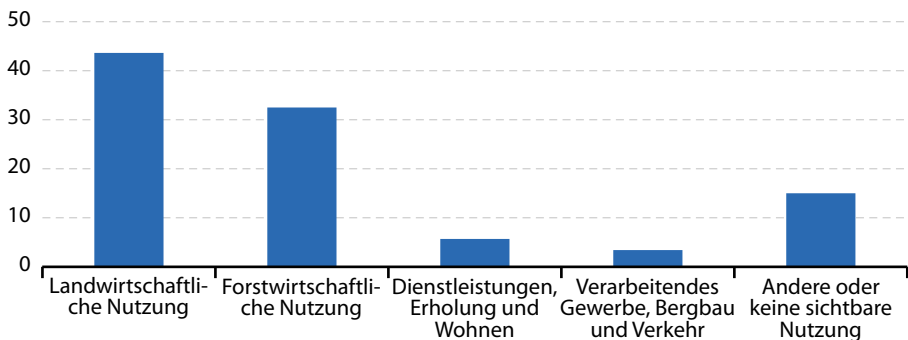


Flächen wie Straßen und Schienenstrecken einen Anteil von 4,1 % an der Gesamtfläche hatten. Bewaldete Flächen stellten 2012 die vorherrschende Bodenbedeckung in Nordeuropa und einer Reihe von Mitgliedstaaten dar, deren Topografie von Bergen und Gebirgsregionen geprägt ist. Der Anteil bewaldeter Flächen an der Gesamtfläche lag in Finnland, Schweden und Slowenien (Alpen) bei über 60,0%.

Dänemark und Ungarn waren die beiden Mitgliedstaaten mit den höchsten Anteilen von

Ackerflächen an ihrer Gesamtfläche; hier war eine Zunahme auf nahezu 50 % der gesamten Landesfläche zu beobachten. Natürliche und landwirtschaftlich genutzte Grünflächen bestimmen das Landschaftsbild in Irland (63,6 %) und dem Vereinigten Königreich (43,2 %). In Malta und den Benelux-Ländern waren die höchsten Anteile künstlich angelegter Flächen zu verzeichnen. Dies traf insbesondere auf Malta zu. Dort machten künstlich angelegte Flächen 32,6 % der Gesamtfläche aus.

Abbildung 11.1: Vorherrschende Bodennutzung nach Bodennutzungsart, EU-27, 2012
(in % der Gesamtfläche)



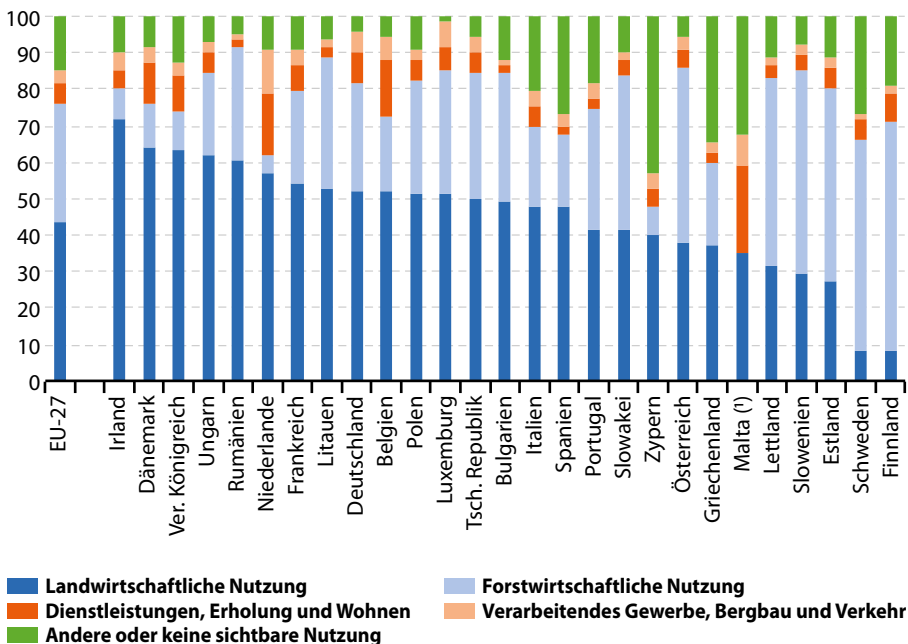
Quelle: Eurostat (Online-Datencode: lan_lu)

Die landwirtschaftliche Nutzung ist die am weitesten verbreitete vorherrschende (!) Bodennutzungskategorie in der EU; sie machte 2012 43,5 % der Gesamtfläche aus. Forstwirtschaftlich genutzte Flächen nahmen 32,4 % der Gesamtfläche der EU-27 ein, während 5,7 % dieser Fläche für Dienstleistungen, zu Wohnzwecken oder für Freizeit und Erholung genutzt wurden.

In 13 von 27 Mitgliedstaaten der EU wurde 2012 mehr als die Hälfte der Landesfläche für landwirtschaftliche Zwecke genutzt. Den höchsten Anteil landwirtschaftlich genutzter Flächen verzeichnete Irland mit 71,5 %; im Vereinigten Königreich, in Dänemark, Ungarn und Rumänien lag dieser Anteil bei jeweils über 60,0 %.

(!) Dasselbe Gebiet kann gleichzeitig mehreren Zwecken dienen (z. B. kann ein Wald für die Forstwirtschaft, die Jagd und zur Erholung genutzt werden). Die vorgelegten Statistiken beruhen auf der vorherrschenden Bodennutzung.

Abbildung 11.2: Vorherrschende Bodennutzung nach Bodennutzungsart, 2012
(in % der Gesamtfläche)



Hinweis: Kroatien: nicht verfügbar.

(!) Forstwirtschaftliche Nutzung: nicht verfügbar.

Quelle: Eurostat (Online-Datencode: lan_u)

In Finnland, Schweden, Slowenien, Estland und Lettland wurden 50,0% oder mehr der gesamten Landesfläche forstwirtschaftlich genutzt. Auf Handel und Vertrieb, kommunale Dienstleistungen, Erholungs- und Wohngebiete entfiel 2012 ein Anteil von 5,7% der Gesamtfläche der EU-27.

Davon wiederum wurde etwas mehr als die Hälfte (52,1%) für Wohngebiete genutzt, ein gutes Drittel (34,9%) diente der Erholung und Freizeit, 8,9% waren kommunalen Dienstleistungen und gerade einmal 4,1% dem Handel gewidmet.



11.2 Treibhausgasemissionen nach Wirtschaftszweigen und privaten Haushalten

Im vorliegenden Artikel werden die Emissionen von drei Treibhausgasen (THG) in der EU nach Wirtschaftszweigen und privaten Haushalten analysiert, die diese Emissionen verursachen. Bei diesen Gasen handelt es sich um Kohlendioxid (CO₂), Distickstoffmonoxid (N₂O) und Methan (CH₄).

Die von den verschiedenen Industrien und den privaten Haushalten freigesetzten Treibhausgasemissionen in der EU-28 beliefen sich 2013 auf 4,61 Mrd. Tonnen CO₂-Äquivalente.

Im Jahr 2013 entfiel mit 26,6% der Gesamtemissionen der größte Anteil an Treibhausgasen der EU-28 auf den Wirtschaftszweig Energieversorgung (NACE-Abschnitt D). Der Anteil der Herstellung von Waren (NACE-Abschnitt C) an den Gesamtemissionen belief sich auf 18,8%, so dass 2013 auf die in diesen beiden Bereichen tätigen Hersteller insgesamt knapp die Hälfte (45,4%) aller Treibhausgasemissionen in der EU-28 entfiel.

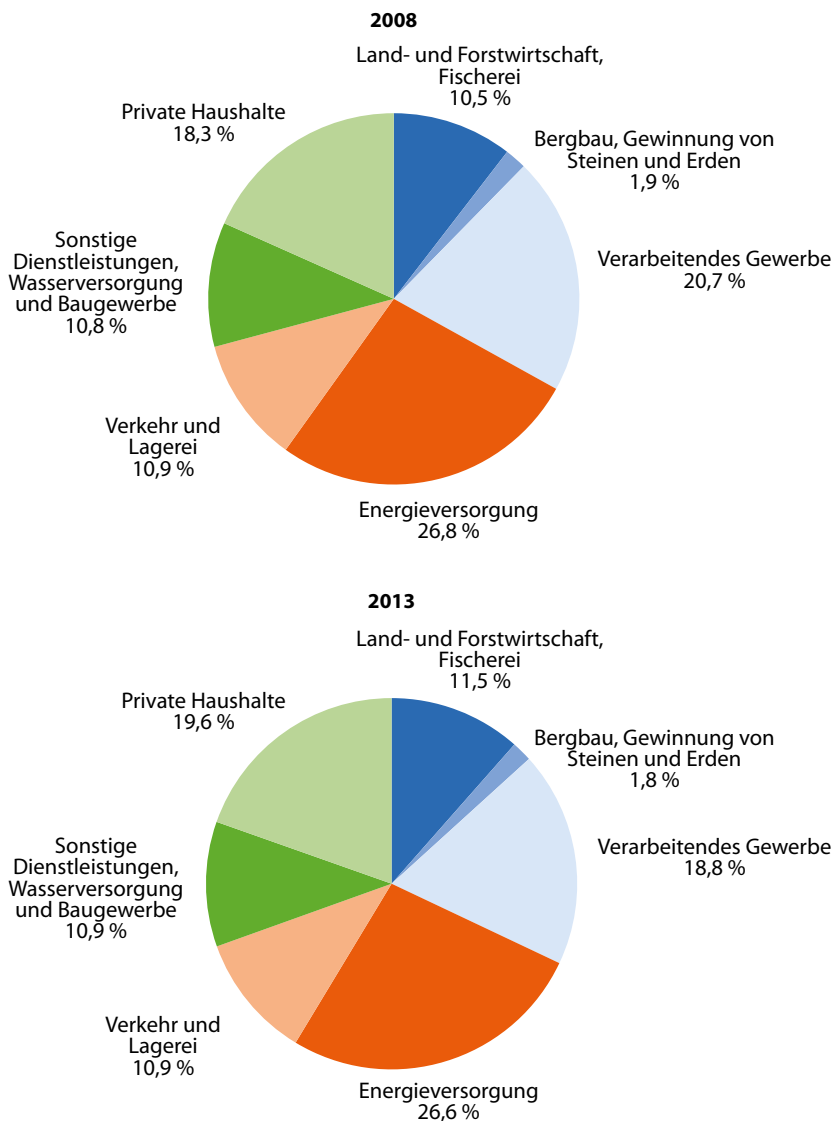
Auf private Haushalte entfielen 19,6% der Treibhausgasemissionen, während Land- und Forstwirtschaft sowie Fischerei (NACE-Abschnitt A) weitere 11,5% verursachten. Auf den Bereich Sonstige Dienstleistungen, Wasserversorgung und Bau (NACE-Abschnitte E bis G und I bis U)

entfielen 10,9% der Treibhausgasemissionen. Der Anteil des Wirtschaftszweigs Verkehrs- und Lagereidienstleistungen an den Gesamtemissionen im Jahr 2013 war zwar relativ gering (10,9%), doch ist anzumerken, dass hierunter lediglich Unternehmen fallen, deren Haupttätigkeit Verkehrsdienstleistungen sind, und der Betrieb von Kraftfahrzeugen im Werkverkehr in anderen Wirtschaftszweigen sowie von Kraftfahrzeugen durch private Haushalte nicht inbegriffen ist. Die verbleibenden 1,8% entfielen auf den Bereich Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden (NACE Abschnitt B).

Im Jahr 2013 lagen die Gesamttreibhausgasemissionen in der EU-28 um 11,8% unter dem Wert von 2008, was einem Rückgang der Emissionen um 617 Mio. Tonnen CO₂-Äquivalente entspricht.

In absoluten Zahlen wurde bei der Herstellung von Waren der größte Rückgang verzeichnet, nämlich von 1,08 Mrd. Tonnen CO₂-Äquivalente im Jahr 2008 auf 865 Mio. Tonnen im Jahr 2013, was einer Abnahme um 20,1% entspricht. Die Emissionen der privaten Haushalte in der EU-28 sanken während desselben Zeitraums um 54,6 Mio. Tonnen CO₂-Äquivalente (ein Rückgang um 5,7%).

Abbildung 11.3: Treibhausgasemissionen nach Wirtschaftszweig, EU-28, 2008 und 2013
(in % der Gesamtemissionen auf der Grundlage von CO₂-Äquivalenten)



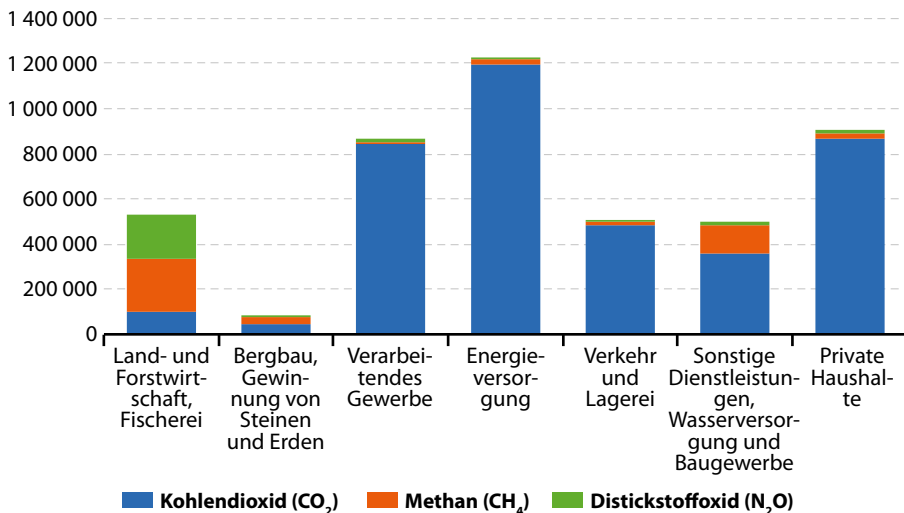
Hinweis: Schätzungen.

Quelle: Eurostat (Online-Datencode: env_ac_ainah_r2)



Abbildung 11.4: Treibhausgasemissionen nach Wirtschaftszweig und Schadstoff, EU-28, 2013

(in 1 000 Tonnen CO₂-Äquivalente)



Hinweis: Schätzungen.

Quelle: Eurostat (Online-Datencode: env_ac_ainah_r2)

11.3 Kohlendioxidemissionen durch die letzte Verwendung von Gütern

Die durch die Endverwendung von Gütern in der Wirtschaft der EU-28 verursachten CO₂-Emissionen (Verbrauchsperspektive) werden häufig auch als „Kohlenstoff-Fußabdruck“ bezeichnet. Die Endverwendung von Gütern in der EU-28 umfasst den Verbrauch durch private Haushalte und Staaten sowie die Verwendung von Gütern zur Bruttokapitalbildung (z. B. Investitionen in Gebäude, Anlagen und Maschinen, Kraftfahrzeuge und Infrastruktur). Im Jahr 2012 setzte sich der „Kohlenstoff-Fußabdruck“ aus 1,67 Tonnen pro Kopf (t/Kopf) in Verbindung mit den bei der Verbrennung fossiler Brennstoffe durch private Haushalte verursachten direkten Emissionen (z.B. beim Beheizen von Gebäuden oder beim Betan-

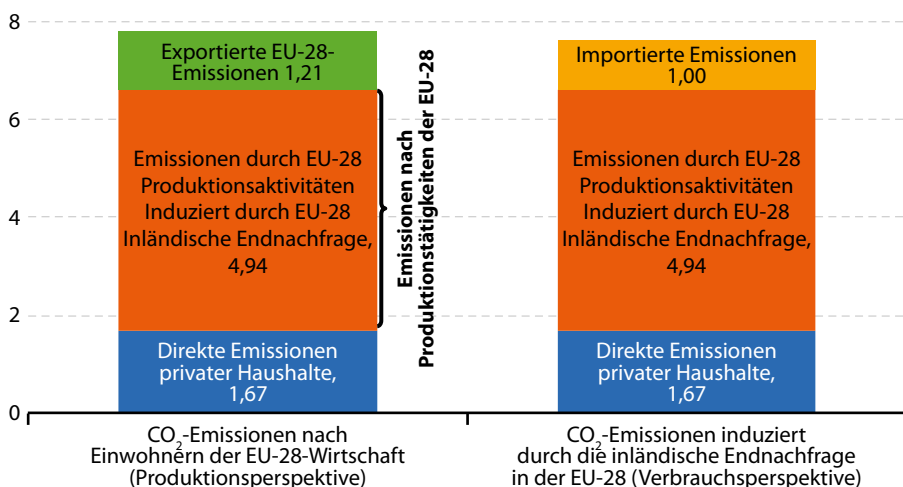
ken von Privatfahrzeugen) und 5,94 t/Kopf, die in der weltweiten Produktionskette von Waren entstehen, die entweder verbraucht wurden oder Investitionen innerhalb der EU darstellen, zusammen. Ein Großteil Letzterer — 4,94 t/Kopf — stammte aus inländischen Produktionstätigkeiten innerhalb der EU. Ein kleinerer Teil, nämlich 1,00 t/Kopf, entstand Schätzungen zufolge durch Produktionstätigkeiten außerhalb der EU, bei denen Halbwaren und Fertigerzeugnisse hergestellt wurden, die sodann zur Endverwendung in die EU eingeführt wurden. Der Kohlenstoff-Fußabdruck der EU-28 im Jahr 2012 betrug 7,61 Tonnen CO₂ pro Kopf.

Kohlendioxidemissionen können darüber hinaus aus der Produktionsperspektive betrachtet werden, d. h. im Hinblick auf die Emissionen der Wirtschaft der EU-28. 2012 beliefen diese sich insgesamt auf 7,82 Tonnen CO₂ pro Kopf. Die von der EU-Wirtschaft verursachten CO₂-Emissionen setzten sich aus direkten Emissionen der privaten Haushalte in Höhe von 1,67 t/Kopf (z.B. zum Heizen und für den privaten Transport) und 6,15 t/Kopf aus inländischen Produktionstätigkei-

ten, d. h. aus EU-Produktionstätigkeiten, zusammen. Der Großteil letzterer Emissionen steht mit der Produktion von Waren und Dienstleistungen für die inländische Endverwendung in der EU (4,94 t/Kopf) in Verbindung. Ein kleinerer Teil der EU-Produktionsemissionen entfällt auf die Produktion von Waren und Dienstleistungen, die in Länder außerhalb der EU ausgeführt werden (1,21 t/Kopf).

Abbildung 11.5: CO₂-Emissionen — Produktions- und Verbrauchsperspektive, EU-28, 2012

(in Tonnen CO₂ je Einwohner)



Hinweis: Schätzungen.

Quelle: Eurostat (Online-Datencodes: [env_ac_io10](#) und [demo_gind](#))



Tabelle 11.1: Inländische und eingeführte CO₂-Emissionen, nach Gütergruppen und letzten Verwendungskategorien, EU-28, 2012

CPA Produkt	Konsumausgaben		Bruttoinvestitionen		Inländische letzte Verwendung	
	Inländische Emissionen	Eingeführte Emissionen	Inländische Emissionen	Eingeführte Emissionen	Gesamtemissionen	
	(in kg CO ₂ je Einwohner)				(in %)	
Energie und Dienstleistungen der Energieversorgung	928	42	3	0	973	12,8
Gebäude und Bauarbeiten	29	4	565	84	682	9,0
Nahrungs- und Futtermittel, Getränke und Tabakerzeugnisse	329	60	4	1	394	5,2
Kokereierzeugnisse und Mineralölerzeugnisse	139	118	8	7	271	3,6
Einzelhandelsleistungen (ohne Handelsleistungen mit Kraftfahrzeugen)	194	23	8	1	225	3,0
Beherbergungs- und Gastronomiedienstleistungen	196	27	0	0	223	2,9
Dienstleistungen der öffentlichen Verwaltung, der Verteidigung und der Sozialversicherung	185	26	1	0	212	2,8
Großhandelsleistungen (ohne Handelsleistungen mit Kraftfahrzeugen)	151	25	31	5	212	2,8
Landverkehrsleistungen und Transportleistungen in Rohrfernleitungen	187	17	5	0	210	2,8
Dienstleistungen des Grundstücks- und Wohnungswesens	170	21	4	1	197	2,6
Dienstleistungen des Gesundheitswesens	159	27	0	0	186	2,4
Kraftwagen und Kraftwagenteile	84	23	44	12	163	2,1
Luftfahrtleistungen	127	32	0	0	160	2,1
Erziehungs- und Unterrichtsdienstleistungen	99	9	0	0	108	1,4
Erzeugnisse der Landwirtschaft und Jagd sowie damit verbundene Dienstleistungen	77	19	7	2	104	1,4
Maschinen	2	1	68	32	103	1,4
Forschungs- und Entwicklungsleistungen	10	2	66	16	94	1,2
Textilien, Bekleidung, Leder und Lederwaren	38	50	1	2	91	1,2
Andere Produkte	822	205	205	108	1 339	17,6
Insgesamt	3 925	730	1 019	271	5 945	78,1
Direkte Emissionen privater Haushalte	1 666	0	0	0	1 666	21,9
Alle CPA Produkte plus direkte Emissionen privater Haushalte	5 592	730	1 019	271	7 612	100,0

Hinweis: Schätzungen.

Quelle: Eurostat (Online-Datencodes: env_ac_io10 und demo_gind)

11.4 Materialflussrechnung und Ressourcenproduktivität

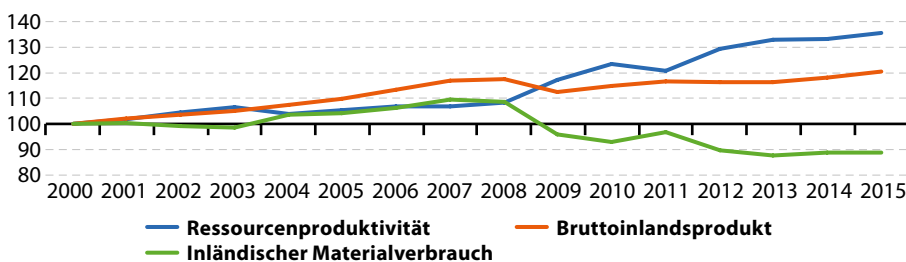
Die Materialflussrechnungen von Eurostat stellen ein umfassendes Rahmenwerk für Datenmaterial dar, in dem die Materialzugänge in die europäischen Volkswirtschaften systematisch erfasst werden. Die Ressourcenproduktivität beschreibt das Verhältnis zwischen der Wirtschaftstätigkeit und dem Verbrauch natürlicher Ressourcen und gibt Aufschluss darüber, inwieweit beide Hand in Hand gehen oder entkoppelt sind. Zu den natürlichen Ressourcen gehören **Biomasse, Erze, nichtmetallische Mineralien** und **fossile Energieressourcen/-träger**.

Die Komponenten der Ressourcenproduktivität sind das **Bruttoinlandsprodukt (BIP)** in verketteten Volumen und der inländische Materialverbrauch (DMC). Letzterer misst die Gesamtmenge der

direkt in einer Volkswirtschaft von Unternehmen für die Wirtschaftsproduktion oder von privaten Haushalten verwerteten Materialien.

Die Ressourcenproduktivität der EU-28 stieg im Zeitraum 2000-2015 von 1,48 EUR/kg auf 2,00 EUR/kg, und damit um 35,4%. Dies geschah nicht kontinuierlich: Insbesondere durch die Finanz- und Wirtschaftskrise kam es 2008 zu einer deutlichen Veränderung. Von 2000 bis 2008 nahm die Ressourcenproduktivität stetig, aber mäßig zu (8,2%). Von 2008 bis 2014 schnellte die Ressourcenproduktivität — trotz eines Einbruchs im Jahr 2011 — von 1,60 auf 2,00 EUR/kg. Dabei war die jährliche Steigerung in den Jahren 2009 (8,4%) und 2012 (7,2%) am höchsten.

Abbildung 11.6: Entwicklung der Ressourcenproduktivität im Vergleich zum BIP und zum DMC, EU-28, 2000–15 (2000 = 100)



Hinweis: BIP in verkettete Volumen; Bezugsjahr 2010.

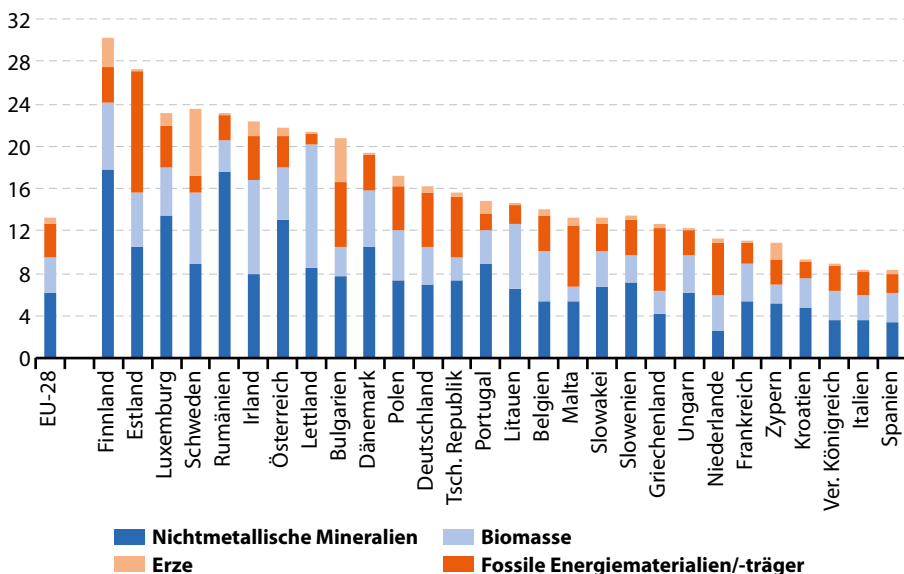
Quelle: Eurostat (Online-Datencodes: [nama_10_gdp](#) und [env_ac_mfa](#))

Der Umfang des DMC war in den EU-Mitgliedstaaten ganz unterschiedlich und reichte 2015 von etwa 8 Tonnen pro Kopf in Spanien und Italien bis 30,6 Tonnen pro Kopf in Finnland. Auch die Struktur des DMC — nach Hauptmaterialkategorie — ist in den Mitgliedstaaten unter-

schiedlich. Die Zusammensetzung des DMC in den einzelnen Mitgliedstaaten ist abhängig von der inländischen Entnahme und der natürlichen Ausstattung mit Materialressourcen, wobei letztere ein wichtiges strukturelles Element jeder Volkswirtschaft bilden können.



Abbildung 11.7: Inländischer Materialverbrauch nach Hauptmaterialkategorie, 2015
(Tonnen pro Kopf)



Quelle: Eurostat (Online-Datencodes: env_ac_mfa und demo_gind)

11.5 Abfall

Abfall — dieser Begriff bezeichnet laut Artikel 3 Absatz 1 der [Richtlinie 2008/98/EG](#) „jeden Stoff oder Gegenstand, dessen sich sein Besitzer entledigt, entledigen will oder entledigen muss“ — stellt potenziell einen erheblichen Verlust von Ressourcen, sowohl in Form von Werk- und Rohstoffen als auch von Energie, dar. Darüber hinaus können die Bewirtschaftung und die Beseitigung von Abfall bedeutende Auswirkungen auf die Umwelt haben. Die Verbringung in [Deponien](#) kann beispielsweise zu einem hohen Flächen-

verbrauch und zur Verschmutzung von Luft, Wasser und Boden führen. Bei der [Verbrennung](#) wiederum können Luftschadstoffe entstehen.

2014 belief sich das Abfallaufkommen aller Wirtschaftszweige und Haushalte in der [EU-28](#) auf 2 598 Mio. Tonnen. Es gab 2014 erhebliche Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten der [EU-28](#), sowohl beim Abfallaufkommen als auch bei den Aktivitäten, die am meisten zum Abfallaufkommen beitragen.

Die 2014 in der EU-28 erzeugte durchschnittliche Abfallmenge je Einwohner entsprach über fünf Tonnen (5 118 kg). Im Jahr 2014 entfielen in der EU-28 33,5 % der Gesamtmenge (871 Mio. Tonnen) auf das Baugewerbe, gefolgt vom Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden (29,8 % oder 774 Mio. Tonnen), dem Verarbeitenden Gewerbe (9,8 % oder 256 Mio. Tonnen), den privaten Haushalten (8,1 % oder 209 Mio. Tonnen) und der Energiewirtschaft (3,7 % oder 95 Mio. Tonnen). Die verbleibenden 15 % des Abfalls wurden von anderen Wirtschaftszweigen, insbesondere den Bereichen Abfallentsorgung und Wasserversorgung (8,8 %) sowie Dienstleistungen (3,8 %) erzeugt. Fast zwei Drittel (65 %) des gesamten Abfallaufkommens in der EU-28 entfiel auf mineralische Abfälle.

Etwa 95,6 Mio. Tonnen (3,7 % der Gesamtmenge) des 2014 in der EU-28 erzeugten Abfalls wurden als gefährlicher Abfall eingestuft. Das entspricht im Durchschnitt 188 kg gefährliche Abfälle je Einwohner in der EU-28.

2014 wurden etwa 2 145 Mio. Tonnen Abfall in der EU-28 behandelt. Dazu gehört auch die Behandlung von Abfällen, die in die EU eingeführt wurden, daher sind diese Angaben nicht direkt mit den Angaben über das Abfallaufkommen zu vergleichen.

Mehr als zwei Fünftel (43,6 %) des 2014 in der EU-28 behandelten Abfalls wurde nicht durch Abfallverbrennung sondern durch andere Verfahren, beseitigt. Weitere 39,0 % der 2014 in der EU-28 behandelten Abfälle wurden **Verwertungsverfahren** zugeführt (ausgenommen energetische Verwertung und Verfüllung). Etwas über ein

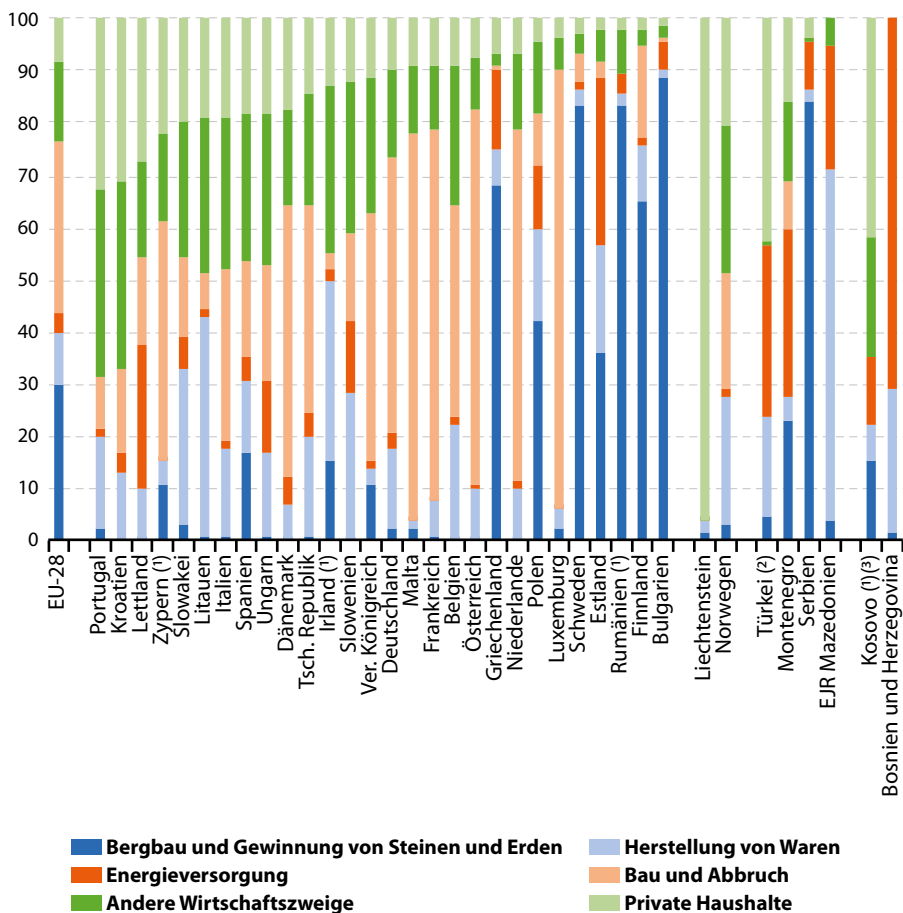
Zehntel (10,8 %) der Abfälle wurde zur Verfüllung verwendet. (Verfüllung ist die Verwendung von Abfällen zum Neigungsausgleich, aus Sicherheitsgründen oder zur Landschaftsgestaltung in Aushubbereichen.) Die übrigen 6,5 % der in der EU-28 behandelten Abfälle wurden (auch zur energetischen Verwertung) zur Verbrennung verbracht. Bei der Nutzung der Behandlungsmethoden durch die EU-Mitgliedstaaten waren erhebliche Unterschiede festzustellen.

Die in Deponien verbrachte Abfallmenge war 2014 16 % geringer als 2004. Die Menge der verwerteten Abfälle (ohne energetische Verwertung), d. h. der zum Recycling oder zur Verfüllung verwendeten Abfälle, stieg um 20,1 % von 890 Mio. Tonnen im Jahr 2004 auf 1 069 Mio. Tonnen im Jahr 2014. Der Anteil dieser Art von Abfallverwertung an der gesamten Abfallbehandlung stieg deshalb von 42,1 % im Jahr 2004 auf 49,9 % im Jahr 2014. Die Abfallverbrennung (einschließlich energetische Verwertung) nahm zwischen 2004 und 2014 um insgesamt 29,6 % zu. Der Anteil an der Gesamtmenge erhöhte sich von 5,1 % auf 6,5 %.

2014 wurden 75,6 Mio. Tonnen gefährliche Abfälle in der EU-28 erzeugt. Fast die Hälfte dieser Gesamtmenge (49,1 %) wurde auf dem oder im Boden abgelagert und in Gewässer eingeleitet (Abfallbeseitigung ohne Abfallverbrennung). Rund 6,0 % aller gefährlichen Abfälle wurden ohne energetische Verwertung und weitere 7,4 % wurden mit energetischer Verwertung verbrannt. 37,5 % der gefährlichen Abfälle in der EU-28 wurden 2014 wiederverwertet oder zur Verfüllung eingesetzt.



Abbildung 11.8: Abfälle aus wirtschaftlichen Tätigkeiten und von Haushalten, 2014
(in %)



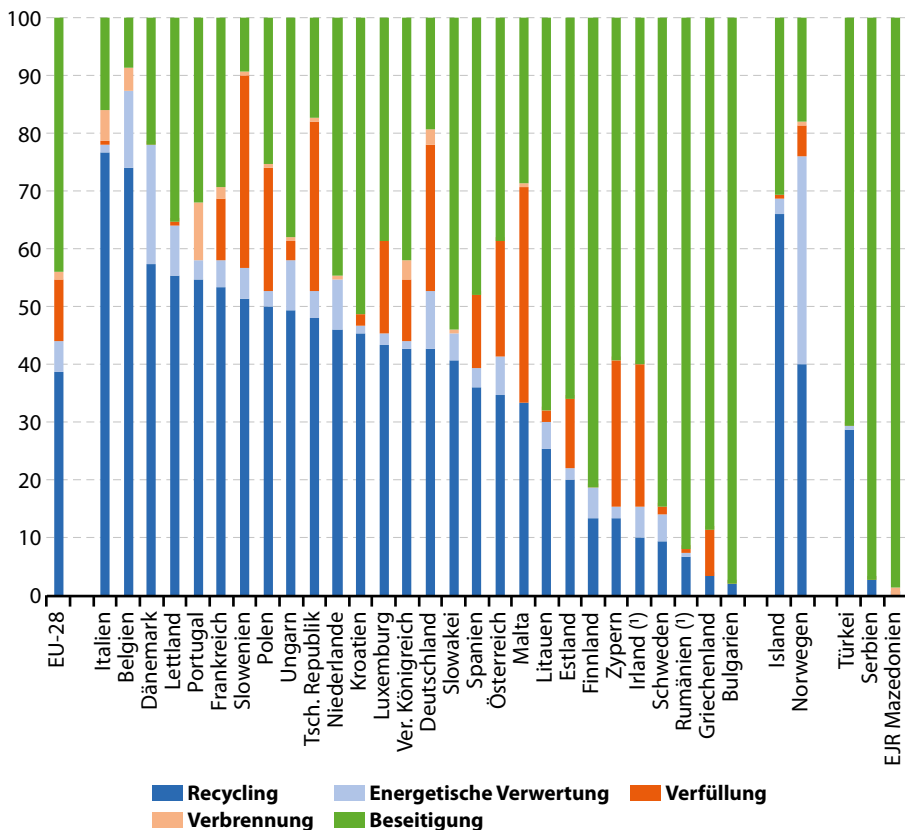
(1) 2012.

(2) Bau und Abbruch: nicht verfügbar.

(3) Gemäß der Resolution 1244 (99) des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen.

Quelle: Eurostat (Online-Datencode: [env_wasgen](#))

Abbildung 11.9: Abfallbehandlung, 2014
(in % der Abfallbehandlung insgesamt)



(¹) 2012.

Quelle: Eurostat (Online-Datencode: env_wastrt)



11.6 Wasser

Wasser ist lebensnotwendig und zudem eine unentbehrliche Ressource für die Wirtschaft; gleichzeitig spielt es eine entscheidende Rolle für den Zyklus der Klimaregulierung. Daher sind die

Bewirtschaftung und der Schutz der Wasserressourcen, der Süß- und Salzwasserökosysteme sowie des Wassers, das wir trinken und in dem wir baden, die Eckpfeiler des Umweltschutzes.

Tabelle 11.2: Süßwasserressourcen: langjährige Durchschnittsmengen
(in Mrd. m³)

	A. Niederschlag	B. Evapotranspiration	C. Interner Fluss (C. = A.-B.)	D. Externer Zufluss	E. Süßwasser- ressourcen (E. = C.+D.)	Abfluss
Belgien	28,9	16,6	12,3	7,6	19,9	15,6
Bulgarien	69,9	52,3	17,6	89,1	106,7	108,0
Tsch. Republik	54,7	39,4	15,2	0,7	16,0	16,0
Dänemark	38,5	22,1	16,3	0,0	16,3	1,9
Deutschland	307,0	190,0	117,0	75,0	188,0	182,0
Estland	29,0	:	12,3	:	12,3	:
Irland	80,0	32,5	47,5	3,5	51,0	:
Griechenland	115,0	55,0	60,0	12,0	72,0	:
Spanien	346,5	235,4	111,1	0,0	111,1	111,1
Frankreich	500,8	320,8	180,0	11,0	186,3	168,0
Kroatien	65,7	39,6	26,1	85,6	111,7	111,7
Italien	241,1	155,8	85,3	30,5	115,8	115,9
Zypern	3,0	2,7	0,3	0,0	0,3	0,1
Lettland	42,7	25,8	16,9	16,8	33,7	32,9
Litauen	44,0	28,5	15,5	9,0	24,5	25,9
Luxemburg	2,0	1,1	0,9	0,7	1,6	1,6
Ungarn	55,7	48,2	7,5	108,9	116,4	115,7
Malta	0,2	0,1	0,1	0,0	0,1	0,1
Niederlande	31,6	21,3	10,3	81,5	91,8	90,9
Österreich	98,0	43,0	55,0	29,0	84,0	84,0
Polen	193,1	138,3	54,8	8,3	63,1	63,1
Portugal	82,2	43,6	38,6	35,0	73,6	34,0
Rumänien	154,0	114,6	39,4	2,9	42,3	17,9
Slowenien	31,7	13,1	18,6	13,5	32,1	32,3
Slowakei	37,4	24,3	13,1	67,3	80,3	81,7
Finnland	222,0	115,0	107,0	3,2	110,0	110,0
Schweden	342,2	169,9	172,6	13,6	186,2	186,2
Ver. Königreich	287,6	127,3	161,4	6,5	172,9	171,0
Island	200,0	30,0	170,0	0,0	170,0	170,0
Norwegen	470,7	112,0	380,7	12,3	393,0	393,0
Schweiz	61,2	21,4	39,8	12,6	52,4	53,1
EJR Mazedonien	19,5	:	:	1,0	:	6,3
Serbien	56,1	43,3	12,8	162,6	175,4	175,4
Türkei	503,1	275,7	227,4	6,9	234,3	178,0

Hinweis: Der Mindestzeitraum für die Berechnung der langfristigen Jahresdurchschnitte beträgt 20 Jahre.

Quelle: Eurostat (Online-Datencode: env_wat_res)

Wasserressourcen beziehen sich auf das in einem Gebiet nutzbare Wasser und umfassen **Oberflächenwasser** (mit anderen Worten Küstenbuchten, Seen, Flüsse und Bäche) und **Grundwasser**.

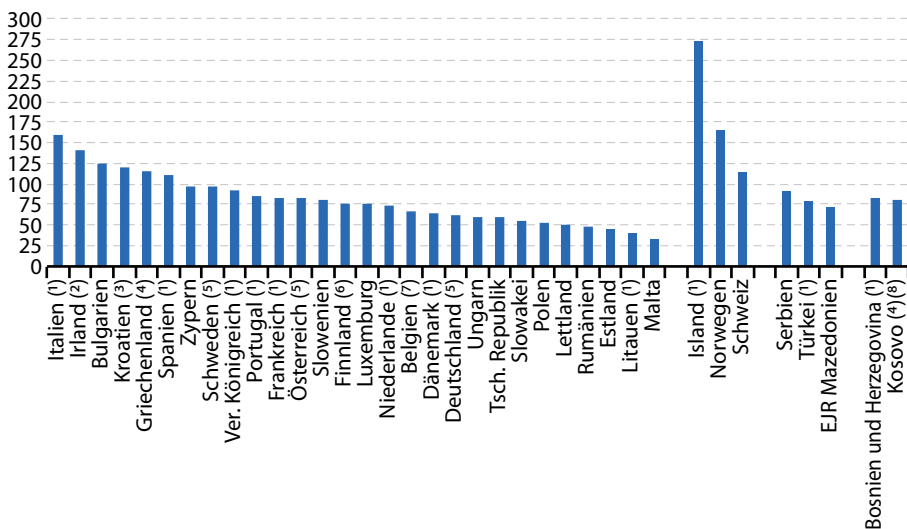
Erneuerbare Wasserressourcen bilden die Summe aus **internem Zufluss** (d.h. **Niederschlag** abzüglich tatsächlicher **Evapotranspiration**) und **externem Zufluss**. Die in einem Land zur Verfügung stehende Menge an Süßwasser ergibt sich aus Klimabedingungen, Geomorphologie, Bodennutzung und grenzüberschreitenden Wasserflüssen (in anderen Worten, externen Zuflüssen). Daher kommt es zwischen den einzelnen Ländern zu erheblichen Unterschieden: Das Vereinigte Königreich, Schweden, Frankreich und Deutschland hatten die größten Süßwasserressourcen; die

langjährigen Durchschnittsmengen betragen zwischen 172,9 und 188,0 **Mrd. m³**.

Bei der Süßwasserentnahme durch die öffentliche Wasserversorgung verzeichnete Italien 2013 unter den Mitgliedstaaten mit 159,1 m³ pro Einwohner (Daten von 2012) den höchsten und Malta mit 32,7 m³ pro Einwohner den niedrigsten Wert. Einige Muster bei der Süßwasserentnahme durch die öffentlichen Versorgungseinrichtungen spiegeln spezifische Bedingungen in den EU-Mitgliedstaaten wider: Zum Beispiel war in Irland (140,3 m³ pro Einwohner im Jahr 2007) die Wasserversorgung aus dem öffentlichen Netz noch immer kostenlos, während das öffentliche Netz in Bulgarien (125,1 m³ pro Einwohner im Jahr 2013) besonders hohe Verluste aufwies.

Abbildung 11.10: Gesamtsüßwasserentnahmen für die öffentliche Wasserversorgung, 2013

(in m³ je Einwohner)



(1) 2012.

(2) 2007.

(3) Vorläufig.

(4) 2011.

(5) 2010.

(6) Schätzung.

(7) 2009.

(8) Gemäß der Resolution 1244 (99) des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen..

Quelle: Eurostat (Online-Datencode: [env_wat_abs](#))



11.7 Umweltwirtschaft — Wachstum und Beschäftigung

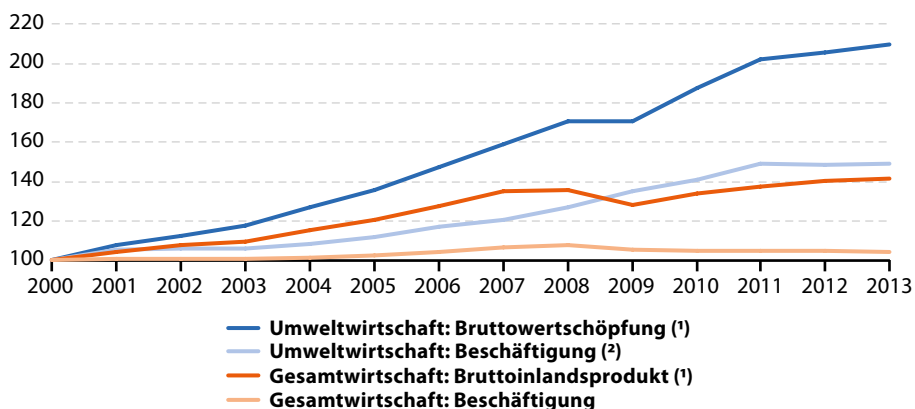
Die Umweltwirtschaft umfasst zwei große Gruppen von Tätigkeiten und/oder Produkten: ‚Umweltschutz‘ — alle Aktivitäten, die mit der Vermeidung, Verringerung und Beseitigung von Umweltverschmutzung oder jeder anderen Beeinträchtigung der Umwelt verbunden sind; ‚Ressourcenmanagement‘ — alle Aktivitäten, die mit der Erhaltung und Pflege des Bestands an natürlichen Ressourcen, also mit dem Schutz vor Übernutzung dieser Ressourcen verbunden sind.

Nach Schätzungen von Eurostat stieg die Beschäftigung in der Umweltwirtschaft der EU-28

von 2,8 Mio. **Vollzeitäquivalenten** im Jahr 2000 auf 4,2 Mio. Vollzeitäquivalente im Jahr 2013. Im gleichen Jahr verzeichnete die Umweltwirtschaft in der EU-28 einen Produktionswert von 699 Milliarden EUR und eine Wertschöpfung von 284 Mrd. EUR. Mit Ausnahme der Beschäftigungszahlen für das Jahr 2003 und der im Jahr 2012 erzielten Wertschöpfung lag die Umweltwirtschaft von 2000 bis 2013 hinsichtlich des Wachstums von Beschäftigung und Wertschöpfung/Bruttoinlandsprodukt (BIP) beständig vor der Gesamtwirtschaft.

Abbildung 11.11: Entwicklung der Schlüsselindikatoren für die Umweltwirtschaft und die Gesamtwirtschaft, EU-28, 2000–13

(2000 = 100)



Hinweis: Schätzungen.

(¹) In laufenden Preisen.

(²) In Vollzeitäquivalenten.

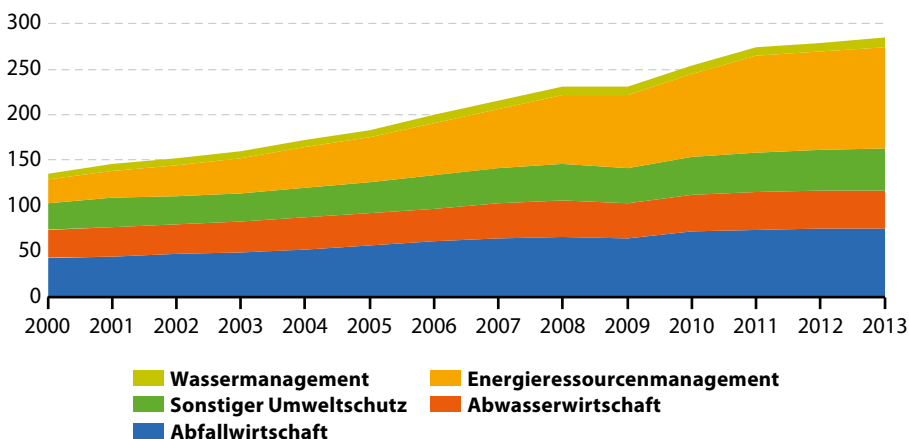
Quelle: Eurostat (Online-Datencodes: env_ac_egss1, env_ac_egss3, nama_10_pe und nama_gdp_c)

Der Beschäftigungszuwachs, der seit 2000 in der Umweltwirtschaft zu beobachten ist, ist hauptsächlich auf das zunehmende Energiemanagement zurückzuführen; hier sind v. a. die Ressourcen zu nennen, die mit der Erzeugung von Energie aus **erneuerbaren Quellen** (wie Windkraft und Solarenergie) und der Herstellung von Ausrüstungen und Anlagen zur Wärme- und Energieeinsparung in Zusammenhang stehen. Die Beschäftigung in diesem Umweltbereich erhöhte sich von 2000 bis 2013 von 547 000 auf 1,6 Mio. Vollzeitäquivalente, was einem Anstieg von über einer Million Vollzeitäquivalenten entspricht (oder 187 %). Den zweitwichtigsten Beitrag zum Beschäftigungswachstum in der Umweltwirtschaft erbrachte der Bereich Abfallwirtschaft, wo sich die Beschäftigung im Zeitraum 2000–13 von

828 000 auf 1,1 Mio. Vollzeitäquivalente erhöhte (ein Gesamtanstieg von 34 %).

Aufschluss über die Entwicklung der Bruttowertschöpfung in der Umweltwirtschaft seit dem Jahr 2000 gibt Abbildung 11.12. Diese stieg von 135 Mrd. EUR im Jahr 2000 auf 284 Mrd. EUR im Jahr 2013 (wobei zu beachten ist, dass diese Entwicklungen in jeweiligen Preisen angegeben werden), während der Beitrag der Umweltwirtschaft zum Gesamt-BIP im selben Zeitraum von 1,5 % auf 2,2 % anstieg. Die Bruttowertschöpfung der Umweltwirtschaft wuchs von 2000 bis 2008 kontinuierlich auf 231 Mrd. EUR an. Im Jahr 2009 blieb sie aufgrund der Finanz- und Wirtschaftskrise unverändert, nahm jedoch in den Folgejahren erneut zu (2010–13).

Abbildung 11.12: Bruttowertschöpfung der Umweltwirtschaft, nach Umweltbereichen, EU-28, 2000–13
(in Mrd. EUR)



Hinweis: Schätzungen.

Quelle: Eurostat (Online-Datencode: env_ac_egss2)



11.8 Umweltschutzausgabenrechnung

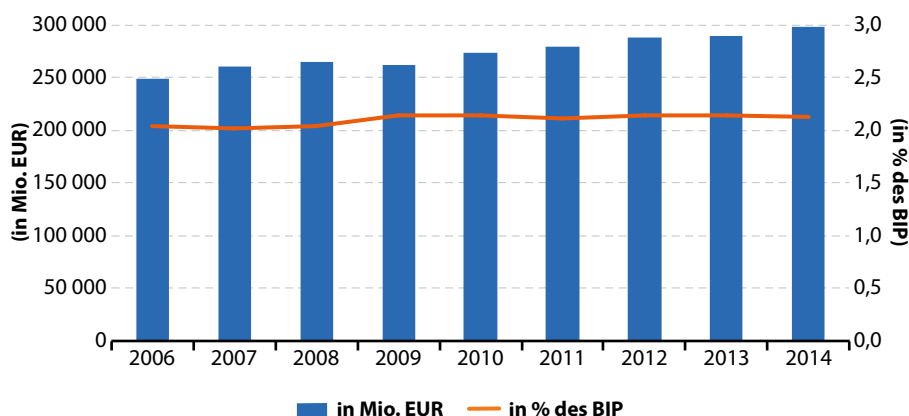
Die Umweltschutzausgabenrechnung (EPEA) bildet das Konsumverhalten sowie Investitionen und Transfers im Umweltschutzbereich ab und spiegelt produktions- und beschäftigungsspezifische Aspekte von Umweltschutzaktivitäten wider.

2014 betragen die nationalen Umweltschutzausgaben in der EU-28 297 Milliarden EUR. Zwischen

2006 und 2014 nahmen die Umweltschutzausgaben zu jeweiligen Preisen um 20 % zu. In den ersten drei Jahren dieses Zeitraums war ein Wachstum von 7 % zu beobachten, auf das zwischen 2008 und 2009 wegen der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise ein leichter Rückgang von 1 % folgte. In den Jahren von 2009 bis 2014 nahmen die nationalen Umweltschutzausgaben wieder stärker zu, insgesamt um 13 %.

Abbildung 11.13: Umweltschutzausgaben, EU-28, 2006–14

(in Mio. EUR und in % des BIP)



Hinweis: Schätzungen. Unterschiedliche Skalen für die linke und rechte Achse.

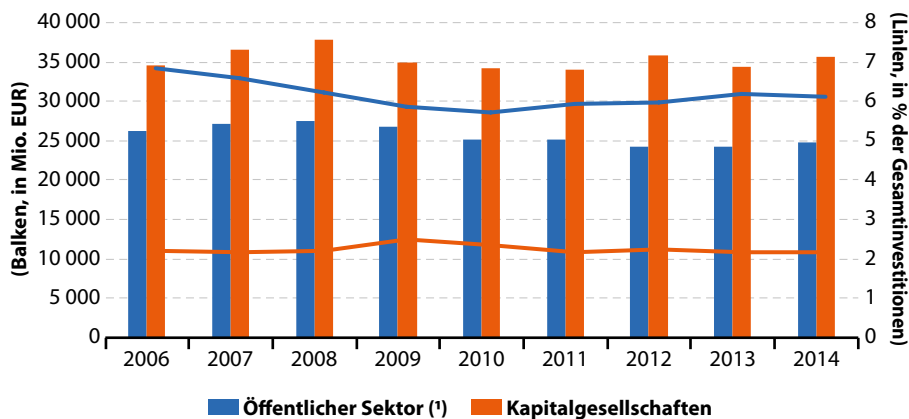
Quelle: Eurostat (Online-Datencodes: [env_ac_pepsgg](#), [env_ac_pepssp](#), [env_ac_pepsnsp](#) und [nama_10_gdp](#))

2014 gaben die privaten Haushalte in der EU-28 rund 63 Mrd. EUR für den Schutz der Umwelt aus, was 57 % der gesamten **Konsumausgaben** für den Umweltschutz entsprach. Der **Sektor Staat** (einschließlich der **privaten Organisationen ohne Erwerbszweck**) wendete rund 47 Mrd. EUR für den Umweltschutz auf (oder die verbleibenden 43 % des Gesamtwertes).

2014 investierten die Kapitalgesellschaften in der EU-28 ungefähr 36 Mrd. EUR in den Umweltschutz (ca. 59 % des Gesamtwertes). Die Investitionen des öffentlichen Sektors beliefen sich auf rund 25 Mrd. EUR (dies entspricht den verbleibenden 41 % der gesamten Umweltschutzinvestitionen). Zwischen 2006 und 2014 legten

die Umweltschutzinvestitionen der Kapitalgesellschaften zu jeweiligen Preisen um 3,2 % zu, während die Umweltschutzinvestitionen des öffentlichen Sektors um 5,2 % abnahmen. Von 2006 bis 2008 wuchsen die Umweltschutzinvestitionen des öffentlichen Sektors um 5 %, während zwischen 2008 und 2014 ein Rückgang von 9 % verzeichnet wurde. Eine ähnliche Entwicklung war auch bei den Kapitalgesellschaften zu beobachten, deren Umweltschutzinvestitionen zwischen 2006 und 2008 um 10 % zunahmen und von 2008 bis 2014 um 6 %, fielen, wobei eine derartige Entwicklung bei den Kapitalgesellschaften eher zu erwarten war als beim Sektor Staat.

Abbildung 11.14: Umweltschutzinvestitionen, EU-28, 2006–14
(in Mio. EUR und in % der Gesamtinvestitionen)



Hinweis: Geschätzt. Einschließlich der Bruttoanlageinvestitionen und des Nettozugangs an nichtproduzierten Vermögensgütern.

(¹) Einschließlich der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck. Die Schätzwerte für die gesamten Investitionen des öffentlichen Sektors und der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck (die als Nenner zur Berechnung des prozentualen Anteils eingesetzt werden) enthalten nicht die Investitionen der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck.

Quelle: Eurostat (Online-Datencodes: env_ac_pepsgg, env_ac_pepsps, env_ac_pepsns und nasa_10_nf_tr)



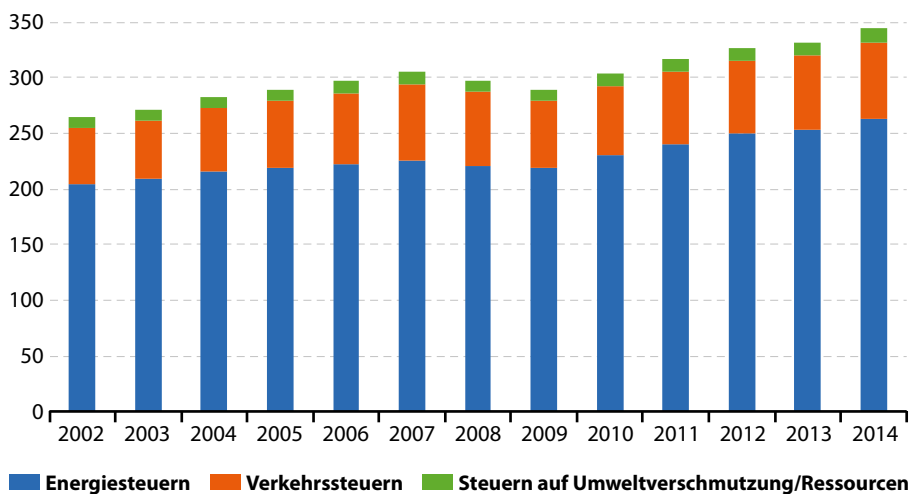
11.9 Umweltsteuern

2014 belief sich das Umweltsteueraufkommen in der EU-28 auf 343,6 Mrd. EUR; dieser Wert entspricht 2,5 % des BIP und 6,3 % der Gesamteinnahmen aus allen Steuern und Sozialbeiträgen.

Von 2002 bis 2014 stieg das Umweltsteueraufkommen in der EU um durchschnittlich 2,2 % pro Jahr (zu jeweiligen Preisen), während das

BIP zu Marktpreisen im Jahresdurchschnitt um 2,5 % wuchs. Im Jahr 2014 lagen die Einnahmen aus Umweltsteuern um rund 79 Mrd. EUR über dem Niveau des Jahres 2002. Ab 2008 kam es in der EU im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise allerdings zu einem Wirtschaftsabschwung, der in den Jahren 2008 und 2009 zu niedrigeren Steuereinnahmen führte. Ab 2010 stieg das Umweltsteueraufkommen wieder an.

Abbildung 11.15: Einnahmen aus Umweltsteuern, nach Steuerart, EU-28, 2002–14 (in Mrd. EUR)



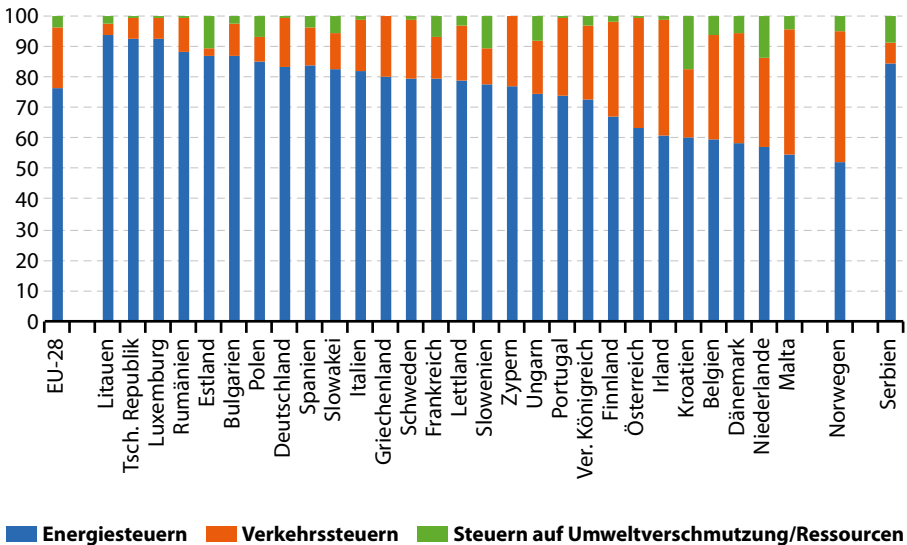
Quelle: Eurostat (Online-Datencode: env_ac_tax)

Energiesteuern (darunter auch Steuern auf im Straßenverkehr eingesetzte Kraftstoffe) stellten im Jahr 2014 mit 76,5 % den weitaus größten Anteil an den Erträgen aus Umweltsteuern in der EU-28. Diese Steuern waren besonders hoch in Litauen, der Tschechischen Republik und Luxemburg, wo ihr Anteil am Umweltsteueraufkommen mehr als 90 % betrug. In Malta hingegen machten die Energiesteuern etwas mehr als 50 % der Umweltsteuereinnahmen aus; dies war auch in Norwegen der Fall. An zweiter Stelle standen die Verkehrssteuern, die im Jahr 2014 mit 19,9 % zu den Erträgen aus Umweltsteu-

ern in der EU-28 beitrugen. Im Jahr 2014 war der Anteil der Steuern auf Umweltverschmutzung und der Ressourcensteuern an den Erträgen aus Umweltsteuern in der EU-28 mit 3,6 % vergleichsweise gering. Diese Steuerarten wurden in den meisten europäischen Ländern in jüngerer Zeit eingeführt.

In den EU-Mitgliedstaaten wurde etwas mehr als die Hälfte (53 %) des Energiesteueraufkommens von den Unternehmen entrichtet, während der Anteil der privaten Haushalte auf 45 % anstieg. Der verbleibende Anteil von 2 % wurde von Gebietsfremden entrichtet oder nicht zugeordnet.

Abbildung 11.16: Umweltsteuern, nach Steuerart, 2014
(in % der Umweltsteuern insgesamt)



Quelle: Eurostat (Online-Datencode: env_ac_tax)

12

Energie



Einleitung

Ein wettbewerbsfähiger, zuverlässiger und nachhaltiger Energiesektor ist für alle Industriestaaten von entscheidender Bedeutung. Seit einigen Jahren steht das Thema Energie aufgrund verschiedener Probleme ganz oben auf der politischen Agenda der einzelnen Staaten und der EU.

Zu den [zehn Prioritäten der Europäischen Kommission](#) (auf Englisch) gehört eine [Energieunion](#). Eine europäische Energieunion soll für sichere, nachhaltige, wettbewerbsfähige und bezahlbare Energie sorgen. Im Februar 2015 veröffentlichte die Europäische Kommission in einer Mitteilung ihre Pläne für eine Rahmenstrategie für eine krisenfeste

Energieunion mit einer zukunftsorientierten Klimaschutzstrategie ([COM\(2015\) 80](#)), in der fünf Dimensionen für die Strategie vorgeschlagen werden:

- Sicherheit der Energieversorgung, Solidarität und Vertrauen;
- ein vollständig integrierter europäischer Energiemarkt;
- Energieeffizienz als Beitrag zur Senkung der Nachfrage;
- Verringerung der CO₂-Emissionen der Wirtschaft;
- Forschung, Innovation und Wettbewerbsfähigkeit.

12.1 Energieerzeugung und -einfuhren

Die Erzeugung von Primärenergie belief sich 2014 in der EU-28 auf insgesamt 771 Mio. [Tonnen Rohöleinheiten](#) (t RÖE). Damit setzte sich der in den vergangenen Jahren beobachtete Abwärtstrend fort. Eine Ausnahme bildete das Jahr 2010, als die Erzeugung von Primärenergie nach einem relativ starken Rückgang im Jahr 2009, der mit der Finanz- und Wirtschaftskrise zusammenfiel, wieder anzog. Über einen längeren Zeitraum betrachtet war die Primärenergieerzeugung in der EU-28 im Jahr 2014 um 17,3 % niedriger als ein Jahrzehnt zuvor.

2014 stammte die Primärenergie in der EU-28 aus verschiedenen Energiequellen. Den höchsten Anteil hatte die Kernenergie (29,4 % der Gesamterzeugung).

Etwa ein Viertel der gesamten Primärenergie in der EU-28 (25,5 %) wurde aus [erneuerbaren](#)

[Energiequellen](#) erzeugt, während der Anteil fester Brennstoffe (19,4 %, hauptsächlich Kohle) knapp unter einem Fünftel und der Anteil von Erdgas etwas geringer war (15,2 %). Daneben hatte nur noch Rohöl mit 9,1 % einen größeren Anteil an der Primärenergieerzeugung.

Die Primärenergieerzeugung aus erneuerbaren Energiequellen nahm schneller zu als die Erzeugung aus allen anderen Energiequellen. Von 2004 bis 2014 blieb diese Zunahme weitgehend stabil mit einem leichten Rückgang im Jahr 2011.

Über diesen Zeitraum von zehn Jahren nahm die Erzeugung aus erneuerbaren Energiequellen insgesamt um 73,1 % zu. Im Gegensatz dazu gingen die Produktionsmengen bei allen anderen Primärenergiequellen in diesem Zeitraum zurück. Am deutlichsten war der Rückgang bei Rohöl.



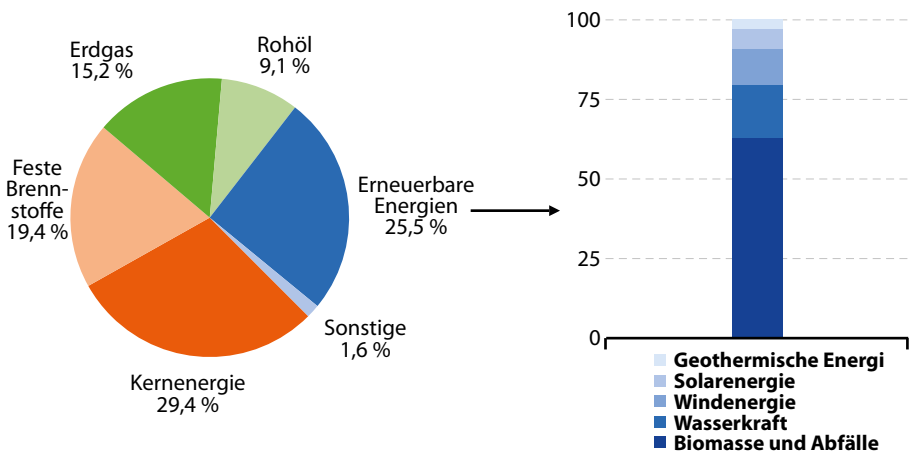
Aufgrund der rückläufigen Entwicklung der Primärenergieerzeugung aus Steinkohle, Braunkohle, Rohöl, Erdgas und in letzter Zeit auch Kernenergie ist die EU zur Deckung ihres Bedarfs zunehmend auf Primärenergieeinfuhren angewiesen, wobei sich die Situation nach dem Ende der Finanz- und Wirtschaftskrise stabilisiert hat. 2014 waren die Primärenergieeinfuhren in der EU-28 etwa 881 Mio. t RÖE höher als die Ausfuhren. Die größten Nettoimporteure waren in der Regel die bevölkerungsreichsten

Mitgliedstaaten, mit Ausnahme von Polen (das noch auf Inlandsreserven an Kohle zurückgreifen kann).

Die Abhängigkeit der EU-28 von Energieeinfuhren ist von knapp 40 % des **Bruttoenergieverbrauchs** in den 1980er Jahren auf 53,5 % im Jahr 2014 gestiegen. Damit ist die Abhängigkeitsquote gegenüber ihrem Höchststand von 54,5 % im Jahr 2008 aber auch wieder leicht gesunken.

Abbildung 12.1: Primärenergieerzeugung, EU-28, 2014

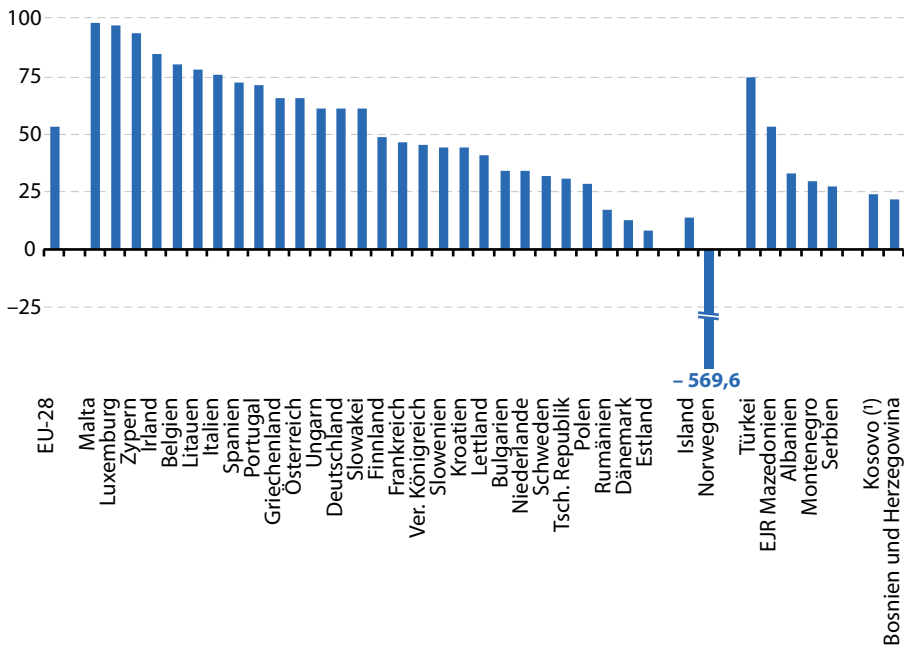
(in % der Gesamtmenge, basierend auf Tonnen Rohöleinheiten)



Quelle: Eurostat (Online-Datencodes: nrg_100a und nrg_107a)

Abbildung 12.2: Energieabhängigkeitsquote (alle Erzeugnisse), 2014

(Anteil der Nettoeinfuhren an Bruttoinlandsverbrauch und Bunkerbeständen in %, basierend auf Tonnen Rohöleinheiten)



(!) Gemäß der Resolution 1244 (99) des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen.

Quelle: Eurostat (Online-Datencode: tsdcc310)



12.2 Energieverbrauch

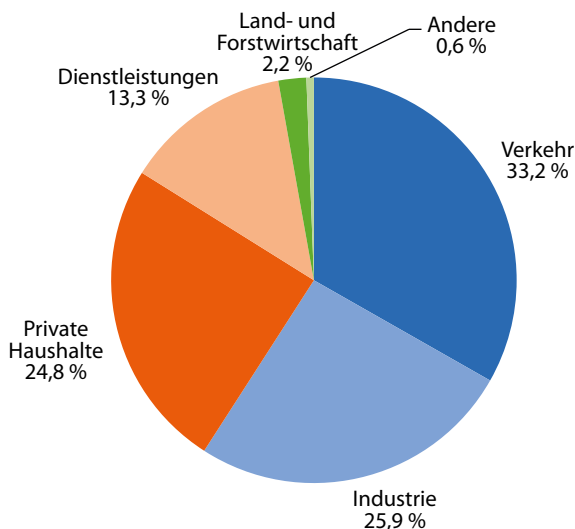
Der **Bruttoinlandsverbrauch an Energie** belief sich im Jahr 2014 in der EU-28 auf 1606 Mio. **Tonnen Rohöleinheiten** (t RÖE). Nachdem er im Zeitraum 2003 bis 2008 nahezu unverändert geblieben war, ging er 2009 um 5,8 % zurück, was teilweise auf die konjunkturelle Abschwächung infolge der Wirtschafts- und Finanzkrise und weniger auf strukturelle Veränderungen im Energieverbrauch zurückzuführen sein dürfte. Tatsächlich erhöhte sich der Bruttoinlandsenergieverbrauch in der EU-28 im Jahr 2010 wieder um 3,7 %, doch schon 2011 ging er in vergleichbarer Höhe zurück (– 3,7 %). Nach den relativ großen Schwankungen dieser drei Jahre waren 2012 mit einem Rückgang von 0,8 % und 2013 mit einem Rückgang von

1,1 % nur geringfügige Veränderungen zu verzeichnen. Diese Entwicklung verstärkte sich 2014 mit einer Verringerung des Bruttoinlandsenergieverbrauchs gegenüber dem Vorjahr um 3,6 %.

Wie hoch der Bruttoinlandsverbrauch der einzelnen EU-Mitgliedstaaten ist, hängt zu einem Großteil von der Struktur ihrer Energieversorgung, der Verfügbarkeit natürlicher Ressourcen für die **Primärenergieerzeugung** und der Struktur und Entwicklung der jeweiligen Volkswirtschaft ab. Das gilt nicht nur für konventionelle Brennstoffe und Kernenergie, sondern auch für erneuerbare Energien.

Abbildung 12.3: Endenergieverbrauch, EU-28, 2014

(in % der Gesamtmenge, basierend auf Tonnen Rohöleinheiten)



Quelle: Eurostat (Online-Datencode: nrg_100a)

Die Analyse des Endenergieverbrauchs in der EU-28 im Jahr 2014 ergibt drei große Verbrauchergruppen: Verkehr (33,2%), Industrie (25,9%) und [private Haushalte](#) (24,8%).

Nach 2007 war in der Entwicklung des Energieverbrauchs der [Verkehrsträger](#) eine deutliche Veränderung festzustellen. Bis dahin war der Verbrauch in jedem Jahr seit Beginn

der Zeitreihen 1990 stetig gestiegen. Als jedoch 2008 die Wirtschafts- und Finanzkrise einsetzte, ging der Energieverbrauch im Verkehr um 1,3% zurück, bevor 2014 ein Anstieg von 1,3% zu verzeichnen war. Insgesamt ging der Energieverbrauch des Verkehrs in der EU-28 zwischen 2007, als ein Höchstwert erreicht war, und 2013 um 9,1% zurück.



Tabelle 12.1: Bruttoinlandsverbrauch an Energie, 1990–2014
(in Mio. Tonnen Rohöleinheiten)

	1990	2000	2010	2013	2014	Anteil an EU-28, 2014 (in %)
EU-28	1 667,9	1 730,0	1 763,7	1 666,7	1 605,9	100,0
Belgien	48,6	59,3	61,2	56,5	53,4	3,3
Bulgarien	27,6	18,5	17,8	16,8	17,7	1,1
Tsch. Republik	49,9	41,1	44,7	42,2	41,5	2,6
Dänemark	17,9	19,7	20,0	18,2	16,9	1,1
Deutschland	356,3	342,3	333,0	324,5	313,0	19,5
Estland	9,9	5,0	6,2	6,7	6,7	0,4
Irland	10,3	14,4	15,2	13,7	13,6	0,8
Griechenland	22,3	28,3	28,8	24,3	24,4	1,5
Spanien	90,1	123,6	130,3	119,3	116,7	7,3
Frankreich	227,8	257,5	267,1	258,9	248,5	15,5
Kroatien	9,5	8,4	9,4	8,6	8,2	0,5
Italien	153,5	174,2	177,9	159,5	151,0	9,4
Zypern	1,6	2,4	2,7	2,2	2,2	0,1
Lettland	7,9	3,9	4,6	4,5	4,5	0,3
Litauen	15,9	7,1	6,8	6,7	6,7	0,4
Luxemburg	3,5	3,7	4,6	4,3	4,2	0,3
Ungarn	28,8	25,3	25,7	22,7	22,8	1,4
Malta	0,6	0,8	0,9	0,9	0,9	0,1
Niederlande	66,7	78,1	86,1	80,4	76,8	4,8
Österreich	25,0	29,0	34,3	33,7	32,7	2,0
Polen	103,3	88,6	100,7	98,0	94,3	5,9
Portugal	18,2	25,3	24,3	22,4	22,1	1,4
Rumänien	58,1	36,6	35,8	32,4	32,3	2,0
Slowenien	5,7	6,5	7,3	6,9	6,7	0,4
Slowakei	21,8	18,3	17,9	17,0	16,2	1,0
Finnland	28,8	32,4	37,1	34,1	34,6	2,2
Schweden	47,4	48,9	50,8	49,1	48,2	3,0
Ver. Königreich	210,6	230,6	212,5	202,2	189,3	11,8
Island	2,4	3,3	5,9	6,1	6,1	–
Norwegen	21,4	26,4	34,3	33,7	29,2	–
Montenegro	–	–	1,2	1,0	1,0	–
EJR Mazedonien	2,4	2,7	2,8	2,7	2,6	–
Albanien	2,6	1,8	2,1	2,4	2,3	–
Serbien	19,6	13,7	15,6	14,9	13,3	–
Türkei	52,3	76,7	106,9	118,5	124,0	–
Bosnien und Herzegowina	5,0	3,2	4,7	5,0	7,8	–
Kosovo (*)	–	1,5	2,5	2,3	2,1	–

(*) Gemäß der Resolution 1244 (99) des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen.

Quelle: Eurostat (Online-Datencode: nrg_100a)

12.3 Stromerzeugung, Stromverbrauch und Marktüberblick

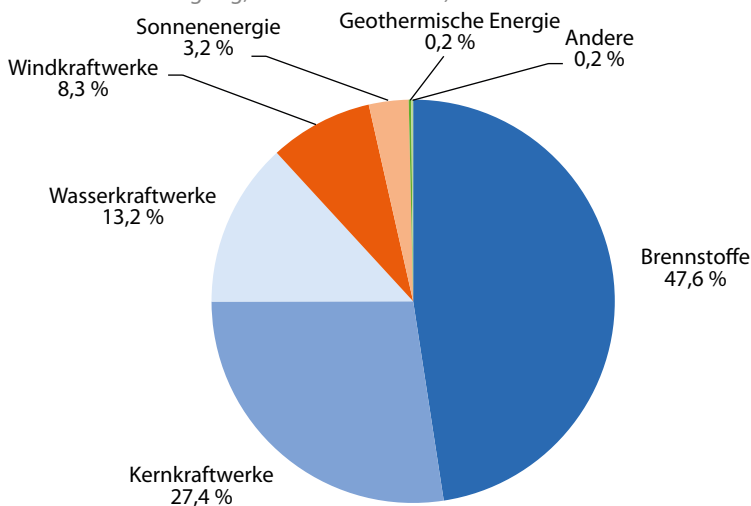
Die **Nettostromerzeugung** in der EU-28 belief sich 2014 auf insgesamt 3,03 Mio. **Gigawattstunden (GWh)**; sie lag damit 2,4% unter dem Vorjahreswert. Nach Rückgängen von 2,2%, 0,1% und 0,6% in den Jahren 2011, 2012 und 2013 war 2014 somit das vierte Jahr in Folge mit einer rückläufigen Entwicklung. Damit blieb die Nettostromerzeugung 2014 um 5,7% unter dem Höchstwert von 2008 (3,22 Mio. GWh).

Mehr als ein Viertel (27,4%) der Nettostromerzeugung in der EU-28 stammte 2014 aus Kernkraftwerken. Ein fast doppelt so großer Anteil (47,6%) wurde in Gas-, Kohle- oder Ölkraftwerken erzeugt. Bei den erneuerbaren Energiequellen entfiel 2014 der größte Anteil der Nettostromerzeugung auf Wasserkraft (13,2%),

gefolgt von Windkraft (8,3%) und Solarenergie (3,2%).

Der Anteil erneuerbarer Energiequellen an der Nettostromerzeugung in der EU-28 stieg im Zeitraum 2004–14 von 13,5% auf 24,9%, während bei den Brennstoffen ein verhältnismäßig starker Rückgang von 55,9% auf 47,6% und bei der Kernenergie ein Rückgang von 30,6% auf 27,4% zu verzeichnen war. Bei den erneuerbaren Energiequellen ist der Anteil der Nettostromerzeugung aus Solar- und Windenergie erheblich gestiegen: Solarkraft von 0,02% (2004) auf 3,2% (2014) und Windkraft von 1,9% (2004) auf 8,3% (2014).

Abbildung 12.4: Nettostromerzeugung, EU-28, 2014
(in % der Gesamterzeugung, basierend auf GWh)



Hinweis: Rundungsbedingt ergibt die Summe nicht genau 100%.

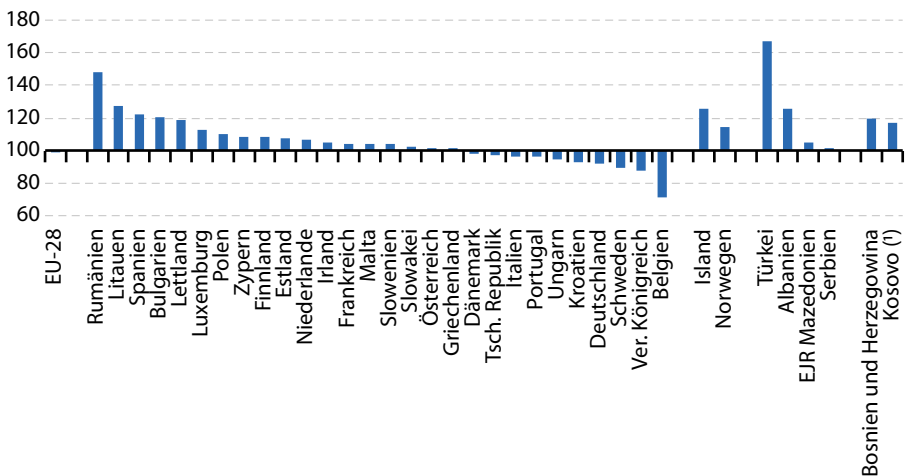
Quelle: Eurostat (Online-Datencode: [nrg_105a](#))



In den zehn Jahren von 2004 bis 2014 ging der Stromverbrauch der privaten Haushalte in der EU-28 um insgesamt 1,3 % zurück. Diese Werte für den Gesamtstromverbrauch privater Haushalte dürften zum Teil auf die durchschnittliche Zahl der Haushaltsmitglieder und die Gesamtzahl der Haushalte

zurückzuführen sein, die beide mit der Bevölkerungsentwicklung zusammenhängen. Die Verbreitung elektrischer Haushaltsgeräte und Gebrauchsgüter sowie die Nutzung energiesparender Geräte spielen ebenfalls eine Rolle.

Abbildung 12.5: Stromverbrauch der privaten Haushalte, 2014
(2004 = 100)



(1) Gemäß der Resolution 1244 (99) des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen.

Quelle: Eurostat (Online-Datencode: tsdpc310)

12.4 Erneuerbare Energien

Die Primärerzeugung erneuerbarer Energien hatte 2014 in der EU-28 mit 196 Mio. t RÖE einen Anteil von 25,4 % an der gesamten Primärenergieerzeugung aller Energieträger. Von 2004 bis 2014 nahm die Erzeugung erneuerbarer Energien in der EU-28 um insgesamt 73,1 % und im Jahresdurchschnitt um 5,6 % zu.

Der Anteil erneuerbarer Energiequellen am Bruttoinlandsenergieverbrauch der EU-28 lag 2014 bei 12,5 %. Bis 2020 will die EU 20 % ihres Bruttoendenergieverbrauchs aus erneuerbaren Energiequellen decken. Im Jahr 2014 lag der Anteil der EU-28 bei 16,0 %.

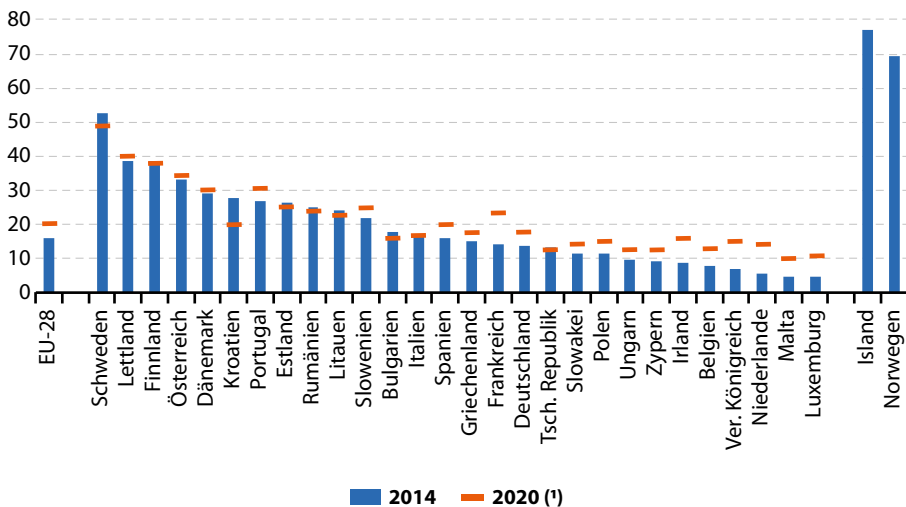
Von allen Mitgliedstaaten verzeichnete Schweden 2014 mit 52,6 % den höchsten Anteil erneuerbarer Energien am Bruttoendenergieverbrauch. Lettland, Finnland und Österreich erreichten jeweils mehr als 30,0 %.

Nach den neuesten Daten für 2014 betrug der Anteil des Stroms aus erneuerbaren Energiequellen in der EU-28 mehr als ein Viertel (27,5 %) des **Bruttostromverbrauchs**.

Für den Anstieg der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energiequellen zwischen 2004 und 2014 haben vor allem die drei Energieträger Windkraft, Solarenergie und Biomasse gesorgt.

Abbildung 12.6: Anteil erneuerbarer Energien am Bruttoendenergieverbrauch, 2014 und 2020

(in %)



(*) Rechtlich verbindliche Ziele für 2020. Island und Norwegen: nicht zutreffend.

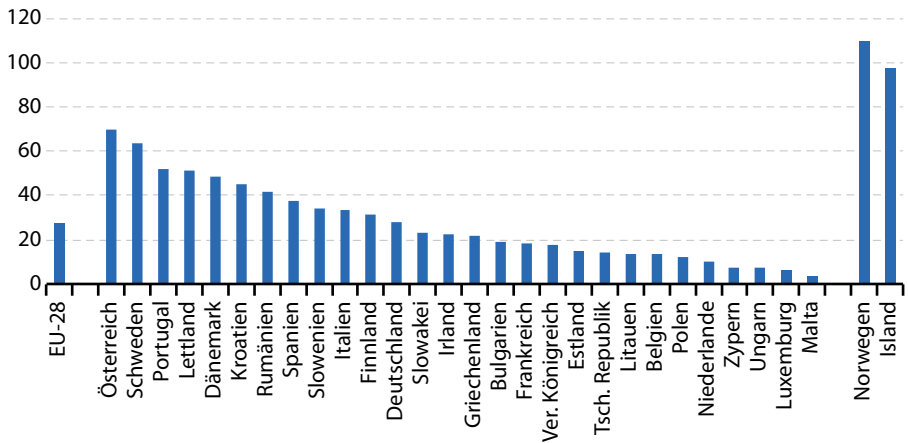
Quelle: Eurostat (Online-Datencode: t2020_31)



Zwar lieferte die Wasserkraft auch 2014 den meisten aus erneuerbaren Energien gewonnenen Strom in der EU-28 (43,9% der Gesamtmenge), doch innerhalb des vergangenen Jahrzehnts ist die erzeugte Menge weitgehend gleich geblieben und insgesamt lediglich um 12,1% gestiegen. Demgegenüber wurde 2014 aus

Biomasse (einschließlich erneuerbarer Abfälle) und mit Windkraft 1,8-mal bzw. 3,3-mal soviel Strom erzeugt wie 2004. In diesem Zehnjahreszeitraum erhöhte sich der Anteil der Solarenergie an der gesamten Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien von 0,1% auf 10,0%.

Figure 12.7: Proportion of electricity generated from renewable sources, 2014
(% of gross electricity consumption)



Quelle: Eurostat (Online-Datencode: tsdcc330)

12.5 Energiepreise

Der Energiepreis hängt von verschiedenen Faktoren ab, die Angebot und Nachfrage beeinflussen. Dazu gehören die geopolitische Lage, die Diversifizierung der Einfuhren, Netzkosten, Umweltschutzkosten, extreme klimatische Bedingungen und die Höhe der Verbrauchsteuern und Abgaben. Die in diesem Artikel angegebenen Preise für Haushaltskunden schließen im Allgemeinen Steuern, Abgaben und die Mehrwertsteuer (MwSt.) ein; dagegen ist die (abzugsfähige) Mehrwertsteuer in den Preisen für Industriekunden/Unternehmen nicht enthalten.

Der durchschnittliche Strompreis für Haushaltskunden in der EU-28 (die Preise werden für jeden EU-Mitgliedstaat dem Verbrauch des Haushaltssektors entsprechend gewichtet) betrug im zweiten Halbjahr 2015 0,211 EUR je kWh. In Dänemark (0,304 EUR je kWh) war der Strompreis für Haushaltskunden 3,2-mal so hoch wie in Bulgarien (0,096 EUR je kWh).

Vom zweiten Halbjahr 2014 bis zum zweiten Halbjahr 2015 betrug der durchschnittliche Anstieg in der EU-28 insgesamt 2,4 %, obwohl 12 Mitgliedstaaten Preisrückgänge meldeten.

Die Strompreise für Industriekunden in der EU-28 betragen im zweiten Halbjahr 2015 durchschnittlich 0,119 EUR je kWh. Am höchsten war der Strompreis für diese Verbrauchergruppe in Italien, im Vereinigten Königreich und in Deutschland, relativ niedrig dagegen in Finnland und Schweden (die das niedrigste Preisniveau aufwiesen). Vom zweiten Halbjahr 2014 bis zum zweiten Halbjahr 2015 verringerte sich der

Strompreis für mittelgroße Industriekunden in der EU-28 um 1,3 %.

In der zweiten Jahreshälfte 2015 lag der Erdgaspreis für mittelgroße Haushalte in der EU-28 bei 0,071 EUR je kWh. Am höchsten war er in Schweden (0,117 EUR je kWh) und in Portugal (0,098 EUR je kWh). Vom zweiten Halbjahr 2014 bis zum zweiten Halbjahr 2015 gingen die Erdgaspreise für Haushaltskunden in der EU-28 um 1,7 % zurück.

Die Erdgaspreise für Industriekunden mittlerer Größe in der EU-28 betragen im zweiten Halbjahr 2015 durchschnittlich 0,034 EUR je kWh. Am höchsten waren die Erdgaspreise im zweiten Halbjahr 2015 in Finnland und Schweden (in beiden Ländern 0,042 EUR je kWh). Vom zweiten Halbjahr 2014 bis zum zweiten Halbjahr 2015 sanken die Erdgaspreise für Industriekunden in 25 der 26 Mitgliedstaaten, für die Daten verfügbar sind (nicht zutreffend für Zypern und Malta).

Euro-Super 95 kostete in der EU Ende 2015 im Durchschnitt 1,30 EUR je Liter und erreichte damit den tiefsten Stand seit Ende 2009. Der durchschnittliche Preis für Dieselmotorkraftstoff betrug 1,13 EUR je Liter (ebenfalls der tiefste Stand seit Ende 2009). Der Tankstellenpreis für Euro-Super 95 war in der EU-28 für die Verbraucher insgesamt 3,0-mal so hoch wie der Preis ohne Steuern und Abgaben. Durch den Aufschlag von Steuern und Abgaben auf den Endpreis von Euro-Super 95 hat sich der Preis in allen Mitgliedstaaten mehr als verdoppelt.



Tabelle 12.2: Strom- und Gaspreise, zweites Halbjahr, 2014 und 2015
(EUR per kWh)

	Strompreise				Gaspreise			
	Private Haushalte (¹)		Industrie (²)		Private Haushalte (³)		Industrie (⁴)	
	2014	2015	2014	2015	2014	2015	2014	2015
EU-28	0,206	0,211	0,120	0,119	0,072	0,071	0,037	0,034
ER (⁵)	0,218	0,221	0,129	0,125	0,079	0,076	0,038	0,035
Belgien	0,204	0,235	0,109	0,108	0,065	0,062	0,029	0,029
Bulgarien	0,090	0,096	0,076	0,078	0,048	0,039	0,034	0,027
Tsch. Republik	0,127	0,129	0,082	0,078	0,056	0,058	0,030	0,029
Dänemark	0,304	0,304	0,097	0,091	0,088	0,076	0,037	0,034
Deutschland	0,297	0,295	0,152	0,149	0,068	0,068	0,040	0,038
Estland	0,133	0,129	0,093	0,096	0,049	0,038	0,037	0,027
Irland	0,254	0,245	0,136	0,136	0,075	0,072	0,042	0,037
Griechenland	0,179	0,177	0,130	0,115	0,080	0,075	0,047	0,036
Spanien	0,237	0,237	0,117	0,113	0,096	0,093	0,037	0,032
Frankreich	0,162	0,168	0,093	0,095	0,076	0,073	0,038	0,037
Kroatien	0,132	0,131	0,092	0,093	0,048	0,046	0,040	0,035
Italien	0,234	0,243	0,174	0,160	0,095	0,091	0,035	0,032
Zypern	0,236	0,184	0,190	0,141	–	–	–	–
Lettland	0,130	0,165	0,118	0,118	0,049	0,049	0,036	0,029
Litauen	0,132	0,124	0,117	0,100	0,050	0,044	0,037	0,022
Luxemburg	0,174	0,177	0,099	0,089	0,051	0,048	0,039	0,037
Ungarn	0,115	0,115	0,090	0,087	0,035	0,035	0,039	0,034
Malta	0,125	0,127	0,178	0,137	–	–	–	–
Niederlande	0,173	0,183	0,089	0,084	0,082	0,077	0,033	0,032
Österreich	0,199	0,198	0,106	0,105	0,073	0,071	0,040	0,038
Polen	0,141	0,142	0,083	0,086	0,050	0,050	0,036	0,034
Portugal	0,223	0,229	0,119	0,115	0,104	0,098	0,044	0,038
Rumänien	0,125	0,132	0,081	0,080	0,032	0,034	0,031	0,029
Slowenien	0,163	0,163	0,085	0,087	0,063	0,061	0,044	0,038
Slowakei	0,152	0,152	0,117	0,112	0,052	0,050	0,038	0,035
Finnland	0,154	0,153	0,072	0,071	:	:	0,047	0,042
Schweden	0,187	0,187	0,067	0,059	0,114	0,117	0,044	0,042
Ver. Königreich	0,201	0,218	0,134	0,152	0,065	0,067	0,035	0,035
Island	0,116	0,127	:	:	–	–	–	–
Liechtenstein	0,155	0,180	0,140	0,161	0,086	0,093	0,056	0,060
Norwegen	0,166	0,143	0,081	0,069	:	:	:	:
Montenegro	0,099	0,099	0,075	0,076	–	–	–	–
EJR Mazedonien	0,082	0,084	0,078	0,081	:	:	0,042	0,027
Albanien	0,116	0,082	:	:	–	–	–	–
Serbien	0,060	0,065	0,067	0,068	0,045	0,040	0,038	0,036
Türkei	0,131	0,122	0,081	0,070	0,037	0,035	0,027	0,025
Bosnien und Herzegowina	0,081	0,083	0,062	0,061	0,051	0,051	0,053	0,053
Kosovo (⁶)	0,059	0,061	0,079	0,081	–	–	–	–
Moldau	:	0,088	:	0,077	:	0,032	:	0,027

(¹) Jährlicher Verbrauch: 2 500 kWh < Verbrauch < 5 000 kWh.

(²) Jährlicher Verbrauch: 500 MWh < Verbrauch < 2 000 MWh; ohne MwSt.

(³) Jährlicher Verbrauch: 20 GJ < Verbrauch < 200 GJ.

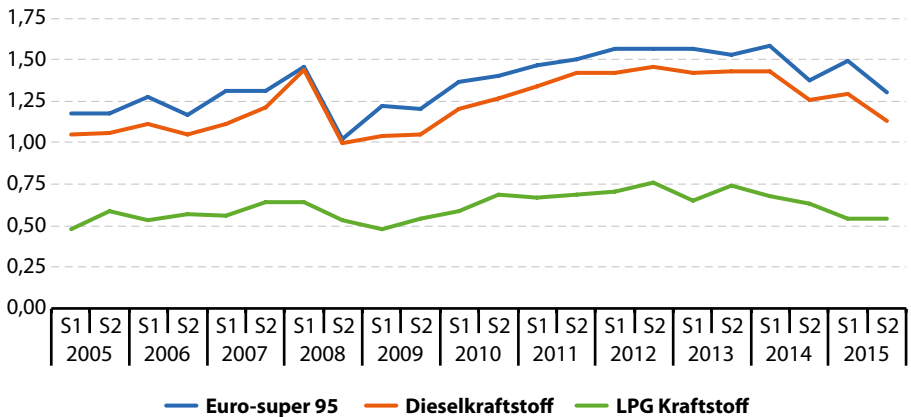
(⁴) Jährlicher Verbrauch: 10 000 GJ < Verbrauch < 100 000 GJ; ohne MwSt.

(⁵) 2013: ER-17. 2014: ER-18. 2015: ER-19.

(⁶) Gemäß der Resolution 1244 (99) des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen.

Quelle: Eurostat (Online-Datencodes: nrg_pc_204, nrg_pc_205, nrg_pc_202 und nrg_pc_203)

Abbildung 12.8: Verbraucherpreise für Mineralölzeugnisse, EU, 2005–15
(in EUR je Liter)



Hinweis: Gewogener Durchschnitt. Einschließlich Steuern und Zölle. Bezugszeiträume beziehen sich auf das Ende des jeweiligen Halbjahrs.

Quelle: Öl-Bulletin, Generaldirektion Energie, Europäische Kommission

13

Verkehr



Einleitung

im März 2011 ein Weißbuch mit dem Titel „Fahrplan zu einem einheitlichen europäischen Verkehrsraum — Hin zu einem wettbewerbsorientierten und ressourcenschonenden Verkehrssystem“ (KOM(2011) 144 endg.). Zu dieser Strategie gehören 40 konkrete Initiativen, mit denen ein wettbewerbsfähiges Verkehrssystem aufgebaut werden soll, das dazu beiträgt, die Mobilität zu steigern, größere Einschränkungen zu beseitigen sowie Wachstum und Beschäftigung zu fördern.

Im Oktober 2012 schlug die Europäische Kommission in ihrer Mitteilung „Binnenmarktakte II — Gemeinsam für neues Wachstum“ (COM(2012) 573 final) ein zweites Maßnahmenpaket zur Weiterentwicklung des Binnenmarktes der EU vor. Betont wurden darin die Rolle von Netzwerken als Rückgrat der EU-Wirtschaft und die potenziellen Vorteile eines Binnenmarktes für Verkehr, Energie und

digitale Medien, wobei diejenigen Maßnahmen herausgestellt wurden, die durch die Erleichterung des freien Personen-, Waren- und Dienstleistungsverkehrs in der EU am ehesten Wachstum und Beschäftigung fördern werden.

Statistiken von Eurostat werden die wichtigsten Merkmale des Verkehrswesens dargestellt, und zwar nicht nur in Form der Anzahl der Frachtbewegungen bzw. der Höhe des Passagieraufkommens eines Jahres oder der Anzahl genutzter Fahrzeuge und Infrastrukturen, sondern auch in Form des Beitrags der Verkehrsdienstleistungen zur gesamten Volkswirtschaft. Für die Datenerfassung maßgeblich sind mehrere Rechtsakte, mit denen die EU-Mitgliedstaaten verpflichtet werden, statistische Daten zu melden, ebenso wie freiwillige Vereinbarungen zur Lieferung zusätzlicher Daten.

13.1 Personenverkehr

Auf Pkw entfielen 2013 83,2 % des Personenbinnenverkehrs in der EU-28, während auf Busse, Reisebusse und Oberleitungsbusse (insgesamt 9,2 %) und auf Züge (7,6 %) jeweils ein Anteil von knapp unter einem Zehntel des gesamten Verkehrsaufkommens (gemessen an der Zahl der im Personenbinnenverkehr zurückgelegten **Personenkilometer (pkm)** nach Verkehrsträger) entfiel.

Den jüngsten verfügbaren Daten zufolge (im Allgemeinen für das Jahr 2014) wurden in der EU-28 381 Mrd. Personenkilometer auf den innerstaatlichen Schienennetzen zurückgelegt (einschließlich der Daten für Dänemark und Finnland für das Jahr 2013 und ohne Daten aus Belgien und den Niederlanden) und damit

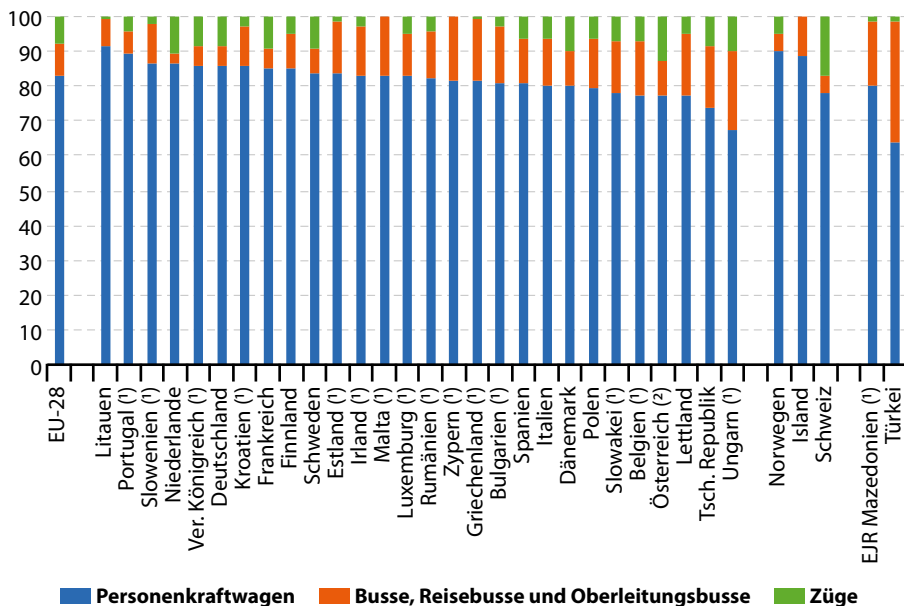
deutlich mehr als im grenzüberschreitenden Verkehr, wo 22 Mrd. Personenkilometer zurückgelegt wurden (wobei der Vergleich auf verfügbare Daten der gleichen Kategorie für die EU-Mitgliedstaaten beruht).

Im Jahr 2014 wurden in der EU-28 etwa 880 Mio. Fluggäste befördert. Das höchste Fluggastaufkommen in der EU-28 verzeichnete 2014 der Flughafen London Heathrow (73 Mio. Fluggäste), mit einigem Abstand gefolgt von Paris-Charles-de-Gaulle (64 Mio.) sowie den Flughäfen Frankfurt (59 Mio.) und Amsterdam Schiphol (55 Mio.). Die überwältigende Mehrheit (mindestens 89 %) der Fluggäste auf den vier größten Flughäfen der EU wurde auf grenzüberschreitenden Flügen gezählt.



Abbildung 13.1: Aufteilung des Personenbinnenverkehrs auf die verschiedenen Verkehrsträger („Modal Split“), 2013

(in % der gesamten pkm im Binnenverkehr)



Hinweis: Ohne motorisierte Zweiräder. Zypern, Malta und Island: Züge nicht zutreffend.

(1) Enthält Schätzungen oder vorläufige Daten.

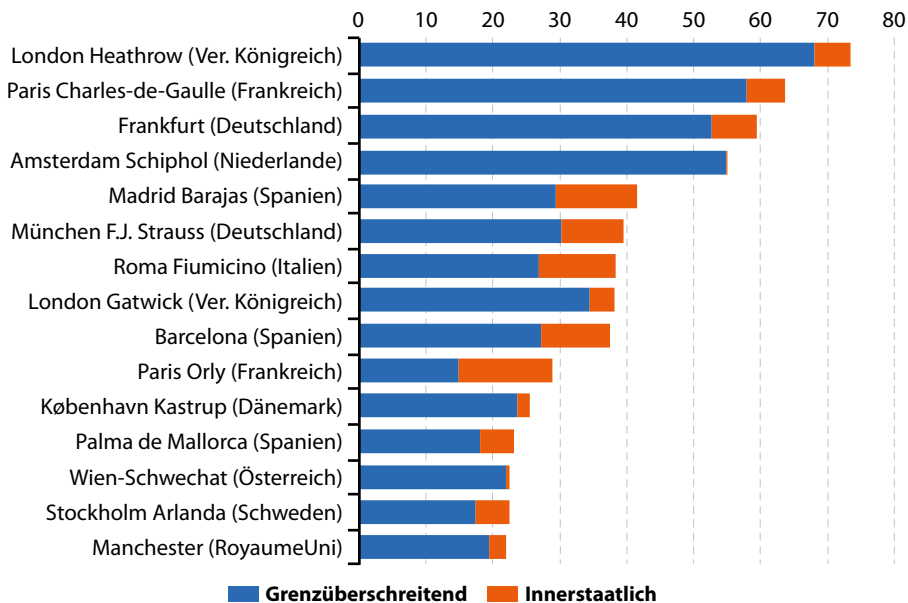
(2) Die Eisenbahn in Liechtenstein ist im Besitz und wird betrieben von der österreichischen ÖBB und ist in deren Statistiken enthalten.

Quelle: Eurostat (Online-Datencode: [tran_hv_psmo](#))

2013 wurden in den Häfen der EU-28 400 Mio. Passagiere abgefertigt. Das Schiffspassagieraufkommen der griechischen und italienischen Häfen war 2014 mit 75 Mio. bzw. 72 Mio. Schiffspassagieren jeweils etwa doppelt so hoch wie in den anderen Mitgliedstaaten. Somit entfiel nahezu ein Fünftel des gesamten Schiffspassagieraufkommens in

der EU-28 allein auf diese beiden Mitgliedstaaten. Auf dem nächsten Platz rangierte Dänemark (41 Mio. Passagiere), gefolgt von Deutschland, Schweden, dem Vereinigten Königreich, Frankreich (Daten für 2013), Kroatien, und Spanien, wo 2014 jeweils zwischen 31 Mio. und 23 Mio. Passagiere abgefertigt wurden.

Abbildung 13.2: Die 15 größten Flughäfen, beförderte (an und von Bord gegangene) Fluggäste, EU-28, 2014
(in Mio. Fluggästen)



Quelle: Eurostat (Online-Datencode: [avia_paoa](#))

13.2 Güterverkehr

Das gesamte Güterbinnenverkehrsaufkommen in der EU-28 wurde 2013 auf mehr als 2 200 Milliarden **Tonnenkilometer (tkm)** geschätzt, wovon etwa drei Viertel auf die Straße entfielen

Im Jahr 2013 war der Anteil der im Binnenverkehr in der EU-28 auf der Straße beförderten Güter (74,9%) mehr als viermal höher als der Anteil der auf der Schiene beförderten Güter (18,2%), während der verbleibende Anteil der Güter (6,9%) auf Binnenwasserwegen transportiert wurde. Verglichen mit den Verkehrsträgern des

Jahres 2008 war im Binnenverkehr der Anteil der auf der Straße beförderten Güter im Jahr 2013 0,6 Prozentpunkte niedriger, während der Anteil der auf Binnenwasserwegen transportierten Güter um den gleichen Wert zugelegt hatte und der Anteil des Schienenverkehrs konstant blieb.

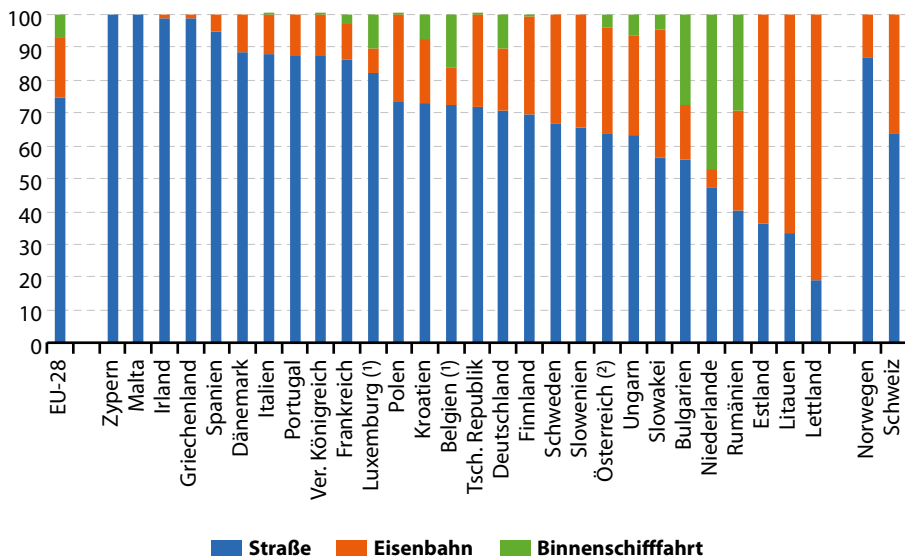
Im Jahr 2014 wurden rund 14,4 Mio. Tonnen Luftfracht (im innerstaatlichen und grenzüberschreitenden Verkehr) an den Flughäfen der EU-28 umgeschlagen. 2014 war das Luftfrachtaufkommen in der EU-28 27,1% größer als fünf Jahre zuvor im Jahr 2009.



Spitzenreiter waren 2014 die deutschen Flughäfen, deren Frachtaufkommen mit 4,3 Mio. Tonnen größer als in jedem anderen EU-Mitgliedstaat war, während das Vereinigte Königreich mit 2,4 Mio. Tonnen an zweiter Stelle und Frankreich mit 2,3 Mio. Tonnen an dritter Stelle rangierte. Einige kleinere EU-Mitgliedstaaten haben sich relativ stark auf den Luftfrachtverkehr spezialisiert, vor allem die gesamten Benelux-Länder und von diesen insbesondere Luxemburg, das von den EU-Mitgliedstaaten das siebthöchste Luftfrachtaufkommen hatte.

Im Jahr 2014 wurden im Seeverkehr 3,8 Mrd. Tonnen Güter in den Seehäfen der EU-28 umgeschlagen, was gegenüber 2013 einen leichten Zuwachs von 2,1 % und einen deutlicheren Anstieg von 9,5 % im Vergleich zum Krisenjahr 2009 bedeutet. In den Seehäfen der Niederlande und des Vereinigten Königreichs wurden 2014 jeweils mehr als 500 Mio. Tonnen Güter umgeschlagen, in Italien und Spanien waren es etwas mehr als 400 Mio. Tonnen. Auf diese vier EU-Mitgliedstaaten entfiel mehr als die Hälfte (51,2 %) des Güterumschlags in den Seehäfen der EU-28.

Abbildung 13.3: Aufteilung des Güterbinnenverkehrs auf die verschiedenen Verkehrsträger („Modal Split“), 2013
(in % der gesamten tkm im Binnenverkehr)



Hinweis: Ohne Rohrfernleitungen. Zypern und Malta: Züge nicht zutreffend.

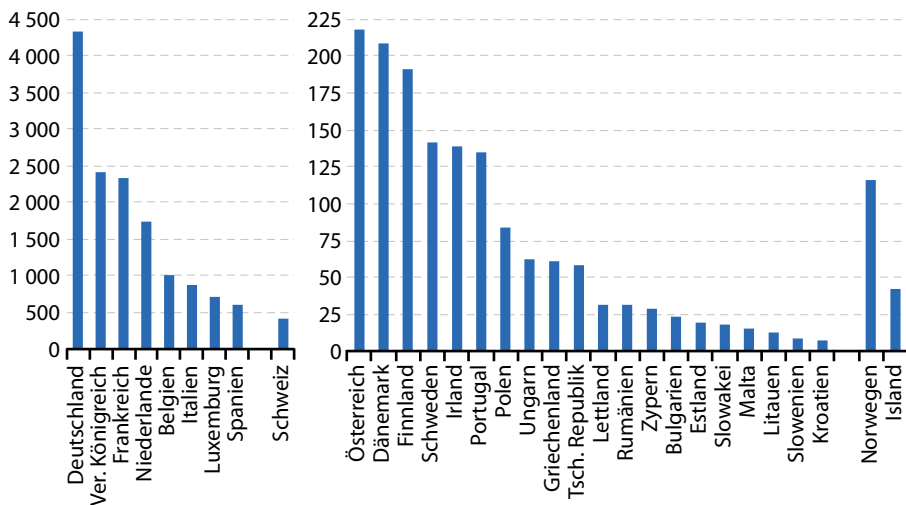
(¹) Schätzungen.

(²) Die Eisenbahn in Liechtenstein ist im Besitz und wird betrieben von der österreichischen ÖBB und ist in deren Statistiken enthalten.

Quelle: Eurostat (Online-Datencodes: rail_go_typeall, iww_go_atygo, road_go_tott und road_go_ca_c) und Eurostat Berechnungen

Abbildung 13.4: Luftfrachtverkehr, 2014

(in Tsd. Tonnen)



Hinweis: Zu beachten sind die unterschiedlichen Skalen in den beiden Teilen der Abbildung.

Quelle: Eurostat (Online-Datencode: ttr00011)

Anhänge





Abkürzungen und Akronyme

Geografische Aggregate

EU-28	Europäische Union (28 Mitgliedstaaten)
EU-27	Europäische Union (27 Mitgliedstaaten)
EU	Europäische Union
ER-19	Euroraum (19 Mitgliedstaaten)
ER-18	Euroraum (18 Mitgliedstaaten)
ER-17	Euroraum (17 Mitgliedstaaten)
ER	Euroraum
EFTA	Island, Norwegen, Liechtenstein und Schweiz

Die geografischen Beschreibungen und die Verwendung der Begriffe „Süd-/südlich“, „Nord-/nördlich“, „Zentral-“, „Ost-/östlich“ sowie „West-/westlich“ in dieser Publikation und in anderen Veröffentlichungen von Eurostat sind nicht als politische Kategorisierungen zu verstehen. Vielmehr handelt es sich dabei um Angaben zur geografischen Lage einer Gruppe von EU-Mitgliedstaaten im Vergleich zu einer anderen Gruppe von Mitgliedstaaten.

Maßeinheiten

%	Prozent
CHF	Schweizer Franken
EUR	Euro
GWh	Gigawattstunde
JPY	Japanischer Yen
kg	Kilogramm
kW	Kilowatt
kWh	Kilowattstunde
m ³	Kubikmeter
pkm	Personenkilometer
t RÖE	Tonne Rohöleinheiten
tkm	Tonnenkilometer
Tsd.	Tausend
USD	US-Dollar
VZÄ	Vollzeitäquivalent(e)



Sonstige Abkürzungen

a. n. g.	Unterweitig nicht genannt
ADI	Ausländische Direktinvestitionen
AKE	Arbeitskräfteerhebung
BD4	4. Ausgabe der Definition der ADI-Referenzgrößen
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BPM6	6. Ausgabe des Zahlungsbilanzhandbuchs
CH ₄	Methan
CO ₂	Kohlendioxid
EPA	Europäisches Patentamt
ET	Allgemeine und berufliche Bildung
Eurostat	Statistisches Amt der Europäischen Union
EZB	Europäische Zentralbank
FuE	Forschung und Entwicklung
GAP	Gemeinsame Agrarpolitik
GERD	Bruttoinlandsausgaben für Forschung und Entwicklung
HVPI	Harmonisierter Verbraucherpreisindex
IKT	Informations- und Kommunikationstechnologie
ISCED	Internationale Standardklassifikation für das Bildungswesen
JAF	Gemeinsamer Bewertungsrahmen
KMU	Kleine und mittlere Unternehmen
KS	Konjunkturstatistik
LF	Landwirtschaftlich genutzte Fläche
MwSt	Mehrwertsteuer
N ₂ O	Distickstoffoxid
NACE	Statistische Systematik der Wirtschaftszweige in der Europäischen Gemeinschaft
NUTS	Hierarchische Systematik der Gebietseinheiten für die Statistik (Regionen der NUTS-Ebenen 1, 2 und 3)
OECD	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
PDF	Portable document format
Rev.	Überarbeitung
SWP	Stabilitäts- und Wachstumspakt



TGM	Tables, Graphs und Maps (Software zum Anzeigen von Daten)
UAP	Umweltaktionsprogramm
UNESCO	Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur
VPI	Verbraucherpreisindex
WEWI	Wichtigste Europäische Wirtschaftsindikatoren
WTO	Welthandelsorganisation
WWU	Wirtschafts- und Währungsunion

Wo erhalte ich EU-Veröffentlichungen?

Kostenlose Veröffentlichungen:

- **Einzelexemplar:**
über EU Bookshop (<http://bookshop.europa.eu/de/home/>);
- **mehrere Exemplare/Poster/Karten**
 - bei den Vertretungen der Europäischen Union (http://ec.europa.eu/represent_de.htm);
 - bei den Delegationen in Ländern außerhalb der Europäischen Union (http://eeas.europa.eu/delegations/index_de.htm);
 - über den Dienst Europe Direct (http://europa.eu/europedirect/index_de.htm) oder
 - unter der gebührenfreien Rufnummer 00 800 6 7 8 9 10 11 (*).

(*): Sie erhalten die bereitgestellten Informationen kostenlos, und in den meisten Fällen entstehen auch keine Gesprächsgebühren (außer bei bestimmten Telefonanbietern sowie für Gespräche aus Telefonzellen oder Hotels).

Kostenpflichtige Veröffentlichungen:

- über EU Bookshop (<http://bookshop.europa.eu/de/home/>).

Schlüsseldaten über Europa

Ausgabe 2016

Diese Veröffentlichung enthält eine Auswahl statistischer Daten über Europa. Die meisten Daten beziehen sich auf die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten. Einige Indikatoren werden auch für andere Länder, wie die Europäische Freihandelsassoziation-, Erweiterungsländer, China, Japan oder die Vereinigten Staaten bereitgestellt.

Diese Veröffentlichung kann als Einführung in die europäische Statistik betrachtet werden und bietet einen Ausgangspunkt für jene Leser, welche das kostenlos verfügbare Datenangebot auf der Eurostat-Webseite erkunden möchten.

Weitere Informationen unter
<http://ec.europa.eu/eurostat/>

